

DIE AUFFASSUNG VON RECHT, STAAT, POLITIK UND GESELLSCHAFT IN ZEDLERS LEXIKON

INAUGURAL - DISSERTATION

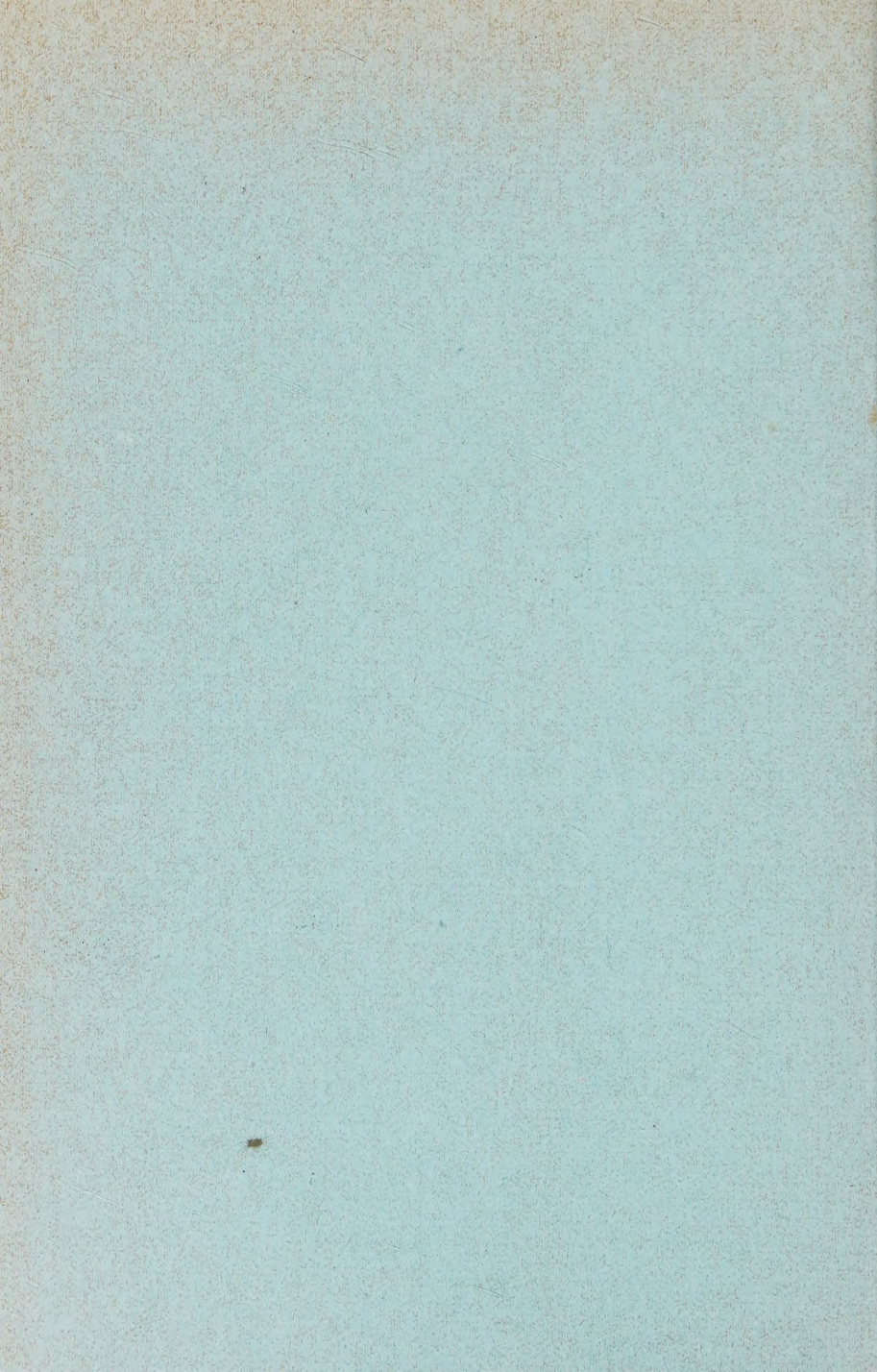
im Fachbereich Philosophie, Geschichte
und Sozialwissenschaften
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

1978

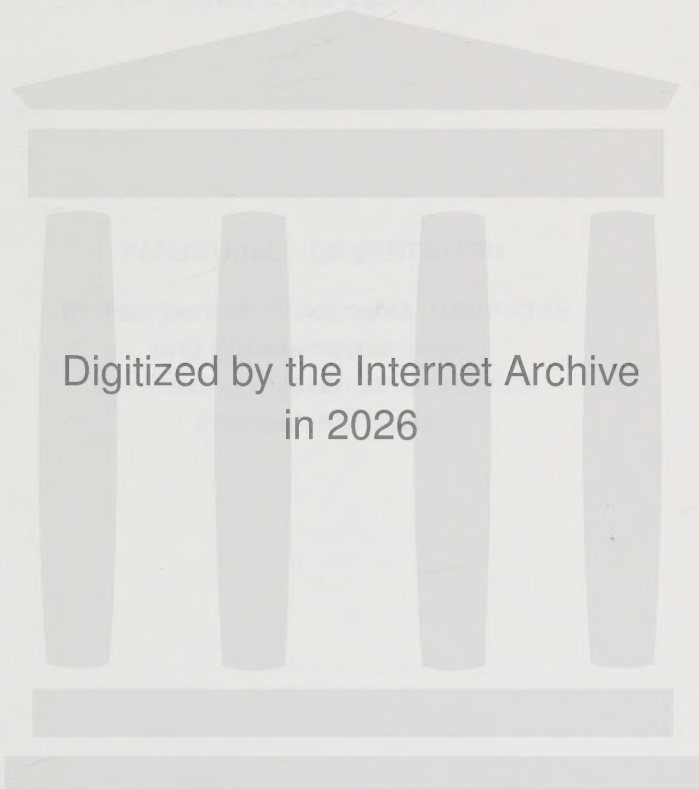
D 29

vorgelegt von
Dietrich Fuhrmann

aus
Brieg (Schlesien)



Die Auffassung von Recht,
Staat, Politik und Gesellschaft
in Zedlers Lexikon



Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE AUFFASSUNG VON RECHT, STAAT, POLITIK UND GESELLSCHAFT IN ZEDLERS LEXIKON

INAUGURAL - DISSERTATION

**im Fachbereich Philosophie, Geschichte
und Sozialwissenschaften
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg**

**vorgelegt von
Dietrich Fuhrmann**

**aus
Brieg (Schlesien)**



Tag der mündlichen Prüfung: 30. Juni 1978

Dekan:	Universitätsprofessor Dr. Ruffmann
Referent:	Universitätsprofessor Dr. Rumpel
Korreferent:	Universitätsprofessor Dr. Kluxen

I N H A L T

Kapitel	Seite
Vorwort	III
I. ZUR EINFÜHRUNG	
Wesen, Aufgabe und Bedeutung von Zedlers Lexikon	1
II. STAATSGRÜNDUNG UND STAATSZWECK	22
III. DIE MAJESTÄT UND DIE MAJESTÄTS- RECHTE	52
1. Das Recht auf Krieg bzw. Friedensschließung	75
2. Das Recht der Gesetzgebung	103
3. Das Recht der Gerichtsbarkeit und das Recht zu strafen	130
4. Das Recht eines Fürsten in Kirchensachen	154
5. Das Recht über das Vermögen der Untertanen	180
6. Das Recht über Polizeisachen und Kommerzien	201
IV. DAS WIDERSTANDSRECHT	230

V.	UNTERTAN, REGENT UND GEMEINSCHAFT	253
VI.	DER UNTERTAN IN DER BÜRGERLICHEN RECHTSORDNUNG	287
VII.	ZUSAMMENFASSUNG Die Auffassung von Recht, Staat, Politik und Gesellschaft in Zedlers Lexikon	315
VIII.	BENUTZTE LITERATUR	339
	A) Quellenverzeichnis	339
	B) Sekundärliteratur	347

V O R W O R T

Die vorliegende Arbeit empfang ihre entscheidende Anregung durch Herrn Prof.Dr.Hubert Rumpel. Ihm möchte ich an dieser Stelle für die stete Förderung und die wohlwollende Anteilnahme, mit der er das Werden der Arbeit begleitet hat, aufrichtig Dank sagen.

Oberwerrn, im Oktober 1977 Dietrich Fuhrmann

K A P I T E L I

ZUR EINFÜHRUNG

Wesen, Aufgabe und Bedeutung von Zedlers Lexikon

Der Gegenstand dieser Arbeit ist ein Werk, das unter dem zeitgemäß anspruchsvollen Titel "Großes vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschafften und Künste, Welche bißhero, durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden", seit 1731 in Halle und Leipzig erschien. Der Verfasser der Vorrede über das "Universal-Lexicon" - auf 16 Folioseiten des 1.Bandes, Halle, den 30. September 1731 -, Johann Peter von Ludewig, der berühmte Rechtsgelehrte, Historiker und Kanzler der neuen aufstrebenden Universität Halle¹⁾, hatte nicht nur durch die Ehre seines Vorwortes die Aufmerksamkeit der gebildeten Zeitgenossen erregt, sondern auch gleichzeitig auf die Bedeutung des Lexikons hingewiesen. Titelformulierung und Titelinhalt des vorgestellten Lexikons, dazu der angekündigte Umfang (anfangs waren 12 Foliobände vorgesehen), verhiessen etwas Neues und Besonderes. Die sich steigernden Beiwörter "groß, vollständig, universal" waren auffällig genug, um die Neugier zu wecken und auf das Wagnis hinzuweisen, das zweifellos mit der Veröffentlichung verbunden war.

1) Elger BLÜHM, Johann Zedler und sein Lexikon, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Würzburg 7 (1962), S.184. vgl. auch Bernhard KOSSMANN, Deutsche Universallexika des 18.Jahrhunderts, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 24 (1968), S.2952 ff.

Der Umfang und der lange, den Inhalt wiedergebende Titel hat dem Universallexikon die Bezeichnung "stolzer Barockbau"²⁾ eingetragen.

Blühm weist aber mit Recht darauf hin, daß die Darstellung des Stoffes und die Ziele eher in die Frühaufklärung weisen³⁾. Auch ist mit dem Epochenbegriff allein nicht viel gewonnen. Die Titelseite enthält nicht nur den Hinweis auf die Barocktradition, sie macht - wie wir im folgenden sehen werden - ganz präzise Aussagen.

So wird in den Vorreden zum 1. und 19. Band ausdrücklich auf das Wort "universal" als Bezeichnung der inhaltlichen Vollständigkeit verwiesen. Johann Peter von Ludewig zieht in seinem Vorwort die Verbindung zwischen "universal" und "Universität" und fährt dann fort: "und gleichwol mag man von unserm Universallexicon sagen: daß dessen Gräntzen viel weiter, als die Academischen Wissenschaften, so viel derer auch nur seyn mögen, reichen"⁴⁾. Ebenso bedachtsam ist der Begriff "Lexikon" gewählt - abgeleitet von dem griechischen Wort $\lambda\epsilon\gamma\epsilon\iota\varsigma$ als einzelner Bestandteil der Rede gegenüber $\lambda\omicron\gamma\omicron\varsigma$ -, wobei das Prinzip der alphabetischen Ordnung zum Ausdruck kommt. Die Bezeichnung "Universallexikon" will also andeuten, daß das Nachschlagewerk alle

2) Ernst Herbert LEHMANN, Geschichte des Konversationslexikons, Leipzig 1934, S.21.

3) E. BLÜHM, Zedler und sein Lexikon, a.a.O., S.197.

4) ZEDLER, Bd.1, S.6.

Gegenstände menschlichen Wissens beinhaltet. Von alters her wird die Gesamtheit der Kenntnisse in theoretische und praktische eingeteilt, im Sprachgebrauch des 18. Jahrhunderts: in Wissenschaft und Kunst.

"Sowohl die Gegenstände der menschlichen Erkenntniß, als die Beschäftigung mit denselben, sind entweder theoretisch oder praktisch. Jene Gegenstände kennen oder wissen wir, wenn wir von ihnen und ihren Beschaffenheiten eine deutliche und vollständige Vorstellung im Verstande besitzen. In diesen ist man fertig oder geschickt, wenn man sie, ihren Erfordernissen und Zwecken gemäß, auszuüben oder darzustellen vermag. Hierin vornehmlich liegt der Unterschied der beiden Begriffe Wissenschaft und Kunst... Jene ist in einem theoretischen, diese in einem praktischen Vermögen gegründet"⁵⁾.

Mit der Formel "Wissenschaft und Kunst" im Titel soll die Vollständigkeit des Inhalts angegeben und systematisiert werden. Der den Titel abschließende Relativsatz läßt das anklingen, wodurch sich die Aufklärung als Aktualisierung der kritischen Vernunft erweist. Verstand und Witz gehören beide zum intellektuellen Vermögen des Menschen, wobei "Witz" in etwa dem französischen "esprit" entspricht. Verstand und Witz schaffen als spontanes Vermögen neue Erkenntnisse und prüfen als kritische Instanz den Wahrheitsgehalt des bisherigen Wissens.

5) Johann, Joachim ESCHENBURG, Lehrbuch der Wissenschaftskunde, Ein Grundriß encyklopädischer Vorlesungen, 2.verb.Aufl., Berlin/Stettin 1800, S.3. vgl. in diesem Zusammenhang: B.KOSSMANN, Deutsches Universallexika des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S.2956.

So jedenfalls lautet der ideale Anspruch der Zeit, übrigens auch in einer Formulierung, die im 17. Jahrhundert, der Barockepoche, nicht möglich war. Der Inhalt ist auf dem Titelblatt in dieser Reihenfolge aufgeführt: Geographie und Politik, Geschichte und Genealogie des Adels, die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Daseins- und Erwerbsformen, Biographie und schließlich die Gegenstände und Begriffe (Kunstwörter) der einzelnen Wissensgebiete.

Bevor wir in eine kurze Erörterung über wichtige Daten aus der Entstehungsgeschichte bzw. über die Bedeutung und Zielsetzung des Universallexikons eintreten, folgen noch einige Hinweise zu den Widmungen und Vorreden, mit denen jeder Band versehen ist.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß Zedler jeden einzelnen Band einer hohen Standesperson widmet. Dabei hat er eine strenge Rangordnung eingehalten. Bd.1 ist an Karl VI. und seine Frau Elisabeth Christine, Bd.2 an Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, gerichtet, von denen er ja die Privilegien erhalten hatte. Die Bände 3 und 7 sind Friedrich August II., König von Polen, gewidmet, der auf Grund der Personalunion zugleich Kurfürst von Sachsen und damit Zedlers Landesherr war. In der ersten Dedikation (Oktober 1732) konnte sich der Verleger wenigstens dafür untertänig bedanken, "daß auch die Pränumeranten dieses Universal-Lexicons in Dero Landen ihre Exemplare aus Halle sich bekommen lassen dürfen"⁶⁾. Die Bände 4,5 und 6 gelten den großen

6) ZEDLER, Bd.3, S.5.

europäischen Herrschern Anna Iwanowna, Kaiserin von Rußland, Georg II., König von Großbritannien und dem französischen König Ludwig XV. Zedler widmete ferner den 13.Bd (1735) dem preußischen Kronprinzen Friedrich, dann noch einmal den 25.Bd. (1740), nachdem der Prinz als Friedrich II. König geworden war. Die größte Zahl der Bände ist an heute weniger bekannte Fürsten, Herzöge und Grafen, meist aus dem Umkreis von Sachsen-Anhalt, gerichtet; unter den Adressaten befinden sich auch vier geistliche Würdenträger.

Was die sachliche Aussage dieser Widmungen über das Universallexikon betrifft, so ist das Ergebnis eher dürftig. Im wesentlichen enthalten sie einen überschwenglichen Lobpreis der Standesperson, je nach Lage entweder den Friedenswillen und die Pflege der Wissenschaften und Künste oder in Kriegzeiten die Heldentaten hervorhebend. Der Zweck der Dedikation ist der, den Karl Schottenloher schon für die Vorrede im Buch des 16.Jahrhunderts angibt. Es war der Wunsch, "einen Gönner oder Beschützer zu gewinnen, der die ihm zugeeignete Veröffentlichung mit seinem Namen decken und die Widmung mit irgendeiner Gegengabe, einer Empfehlung, einem Geschenk oder einem Ehrensold beantworten würde"⁷⁾.

Daß Zedlers Bemühungen in dieser Richtung nicht umsonst waren, beweist der ihm zugedachte Artikel im

7) Karl SCHOTTENLOHER, Die Widmungsvorrede im Buch des 16.Jahrhunderts, Münster 1953. (Reformationsgeschichtliche Studien und Quellen, 76/77), S.175.

Universallexikon. Das Werk habe, so heißt es, viel Beifall erhalten, "immassen viele sowohl Geist- als Weltliche Fürsten, denen er die Theile desselben in devotester Unterthänigkeit zu widmen sich die Freyheit genommen, ihn nicht allein mit eigenhändigen Dancksagungs-Schreiben, sondern auch sonst mit ansehnlichen Geschencken zu begnadigen gewürdiget"⁸⁾.

Entsprechend der Größe und - wie wir noch sehen werden - dem wechselvollen Schicksal enthält das Universallexikon mehrere Vorreden. Wie bereits angedeutet schrieb Johann Peter von Ludewig im 1. Band auf 16 Seiten das Vorwort für das gesamte Werk. Mit einer Vorrede im Bd. 19 stellte sich dann Ludovici als neuer Herausgeber vor. Weitere Vorreden ließ er in Bd. 21 und 23 folgen, so daß man annehmen kann, er habe das Werk in jedem zweiten Band mit grundsätzlichen Erörterungen begleiten wollen. Allerdings hat er diese Gewohnheit nicht beibehalten. Das nächste Vorwort findet sich im ersten Supplement. Die Vorrede Ludewigs unterscheidet sich von denen Ludovicis dadurch, daß ersterer nur kurz auf den Gesamtplan, im wesentlichen auf die Umstände der Entstehung und die rechtliche Lage eingeht, während der zweite neben seinen konkreten Plänen grundsätzliche Überlegungen zum Sinn der Lexika mitteilt. Es ist der Unterschied zwischen der Vorrede eines Interessierten, aber Außenstehenden, und der eines verantwortlichen Mitarbeiters oder, wenn man so will,

8) ZEDLER, Artikel Zedler, Bd. 61, S. 311.

zwischen der Vorrede des Juristen und der des Philosophen. Zugleich benutzt Ludovici die Gelegenheit, um zu dem jeweils vorliegenden Band nötige Verbesserungen und Ergänzungen nachzutragen. Schließlich dienen die Vorreden noch dazu, Ankündigungen und Mitteilungen des Verlags zu verbreiten. Ludewigs Vorwort endet mit der Versicherung aus dem Verlag, "das Buch selber nicht vermehrte aufzulegen, und dadurch die Besitzer des ersten Druckes um ihr Geld zu bringen"⁹⁾.

Ebenso wichtig für den Absatz des Lexikons ist die Bemerkung im 23. Band, "daß die bisher gefehlten Theile wiederum aufgelegt worden seyn und folglich sowohl diese Theile als auch das gantze Werck complet bis mit den jetzigen Theilen... nunmehr zu haben seyn."¹⁰⁾.

Im Jahre 1750 war es dann soweit. Weit über den geplanten Umfang hinaus standen nach zwei Jahrzehnten 64 Foliobände mit durchschnittlich je 2000 Seiten zu 2 Kolumnen zur Verfügung, weitere 4 Supplementbände mit durchschnittlich 1400 Seiten zu ebenfalls 2 Kolumnen folgten bis zum Jahre 1754. Damit wurde das gewaltige Werk zur größten und bedeutendsten Enzyklopädie¹¹⁾ in deutscher Sprache, "ein Zeugnis

9) ZEDLER, Bd.1, S.16.

10) ZEDLER, Bd.23, S.4.

11) vgl. auch die Vorrede zum 21. u. 22. Band, Seite 1: "allein wir wollen nicht dabey stehn bleiben, daß dieses Werck nur als ein Lexicon könne gebraucht werden... daß auch zugleich einen wahrhaftig systematischen Zusammenbegriff oder Körper aller Künste und Wissenschaften abgeben könne. Ein solcher vollständiger Körper... wurde von den Alten mit dem Namen Enzyklopädie belegt."

buchhändlerischer Tatkraft, ein großer Spiegel des Wissens einer Epoche, eine Quelle der Unterrichtung, aus der Zeitgenossen wie Nachkommende schöpften."¹²⁾

Daß die Zeitgenossen schon während des Erscheinens das Universallexikon als hilfreiches Nachschlagewerk benutzten, scheint natürlich. Es sollte ein Nachschlagewerk sein, das über den damaligen Stand der Wissenschaften und der Technik Auskunft gibt, sollte als Mittel zur Belehrung, Bildung und praktischen Unterweisung jeder Art von Lesern für alle Gebiete des Wissens dienen. Dieser Anspruch wird in der Widmung des neunten Bandes als das erklärte Ziel des Lexikons genannt, nämlich "das Aufnehmen und die Ausbreitung gelehrter Wissenschaften zu befördern"¹³⁾. Ganz ähnliche Wendungen finden sich in den Bänden 5,6,7,14,28 und 34. Das Lexikon sollte der Wissenschaft selbst (Ausbreitung) und der Gesellschaft (Aufnahme) dienen. Das sind Ziele, die der Epoche der Aufklärung entsprechen.

Im Gegensatz zum Konversationslexikon, das für den interessierten, aber nicht speziell gebildeten Leser geschaffen war, will das Universallexikon den gelehrten Laien ansprechen, d.h. es will den Gelehrten in die Disziplinen einführen, in denen er kein Fachmann ist. Die Notwendigkeit dazu formuliert Ludovici so: "Niemand kan ein gründlich Gelehrter geheissen werden, der nicht, ausser seiner Haupt-Wissenschaft, auch in denen übrigen einigermassen bewandert ist"¹⁴⁾

12) E.BLÜHM, a.a.O., S.185.

13) ZEDLER, Bd.9, S.5

14) ZEDLER, Bd.21, S.2.

Lexikalische Werke haben seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts auf dem deutschen Büchermarkt eine große Rolle gespielt. Die Erklärung dafür lautet, daß die 'alte Zeit' mit ihren in der Gelehrtensprache geschriebenen enzyklopädistischen Schriften durch die Aufklärung abgelöst wurde und jetzt nationalsprachige¹⁵⁾, alphabetische Nachschlagewerke, die weite Kreise der Gebildeten ansprachen, entstanden.

So wurde im Jahre 1700 das "Allgemeine Historische Lexicon" angezeigt, das im Jahre 1709 dann im Verlag Thomas Fritsch zu Leipzig herauskam¹⁶⁾. Es war eine Übersetzung von L.Moréris Grand dictionaire historique ou le mélange curieux de l'histoire

15) vgl. den Vorbericht zum 19.Bd., Seite 2, in dem Zedler noch einmal den Sinn und Zweck der Abfassung des Lexikons in deutscher Sprache erörtert: "Und weil dieses Lexicon in Deutscher Sprache abgefasset ist, so wird der Herr Director...Sorge tragen, daß auch die Reinlichkeit dieser Sprache in allen Artickeln genau beobachtet werde... Denn einmal ist dieses Werck nicht allein dem Gebrauch der Gelehrten, sondern auch dem Dienste der Ungelehrten gewidmet, welch die gebrauchten Wörter anderer Sprachen öfters einen ganzen Artickel unbrauchbar machen. Hiernächst so leben wir vorjetzo in einer solchen Zeit-Rechnung, in welcher die Deutsche Sprache vornehmlich ercoliret wird und viele auch vor den Sachen selbst daher einen Eckel haben, wenn sie in undeutschen Deutschen, daß ich so schreibe, vor getragen worden sind."

16) BLÜHM, a.a.O., S.190.

sainte et profane¹⁷⁾, eines sehr verbreiteten und bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts immer wieder neu aufgelegten Nachschlagewerks. Mit ihm hatte sein Verfasser, der Abbé Louis Moréri, 1674 die Reihe der nationalsprachigen Lexika historischer, biographischer, geographischer Prägung eingeführt. Die deutsche Fassung von 1709 verwertete die Bearbeitungen Bayles (1696/97)¹⁸⁾ und fügte eine ganze Reihe eigener, den deutschen Bereich behandelnde Ergänzungen hinzu.

Das "Reale Staats- und Zeitungs-Lexicon", verfaßt von Philipp Balthasar Sinold von Schütz (1657-1742), kam, nach dem Verfasser der Vorrede, Johann Hübner, fünf Jahre vor dem "Allgemeinen Historischen Lexicon" in Leipzig bei Johann Friedrich Gleditsch, dem Stiefvater Thomas Fritschs, heraus. Es wollte "denen Gelehrten und Ungelehrten" die "in Zeitungen und täglicher Conversation" vorkommenden "aus allerhand Sprachen bestehende Termini Artis" erklären, war demnach zum praktischen Gebrauch breiter Kreise bestimmt. Es wurde das erfolgreichste deutsche Lexikon des 18. Jahrhunderts (81. Auflage 1821-28), Keimzelle und Namensgeber unserer Konversationslexika¹⁹⁾.

17) vgl. das Stichwort "Enzyklopädie", in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, a.a.O., Bd.8, S.9: "In P.Bayles "Dictionaire historique et critique" (1696/97), das nach seiner ursprünglichen Intention Moréris "Grand dictionnaire" korrigieren und erweitern sollte, wird eine gänzlich neue Konzeption entwickelt: klare und knappe Artikel mit ausführlichen Anmerkungen ersetzen die unkritischen Autoritätsgläubigkeit zeugenden Zitatenschatze früherer Enzyklopädien durch kritische, bereits vom aufklärerischen Geist bestimmte Stellungnahmen".

18) Ibid.

19) E.BLÜHM, a.a.O., S.191.

Eine Flut lexikalischer Bücher folgte diesen beiden bahnbrechenden Leipziger Wörterbüchern, historische, geographische, genealogische, ökonomische u.a.m. Erst im Hinblick auf die Vielzahl der vorhandenen allgemeineren und speziellen Lexika versteht man den Anspruch, den Zedlers "Großes vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste" in seinem Titel erhebt²⁰⁾. Gab es bisher viele Lexika und verblieben diese "Real-Lexicons" nach der Vorrede Ludovicis in "Einer Wissenschaft", so wollte das Universallexikon die Erkenntnisse aller menschlichen Wissensbereiche vereinen, und folgerichtig konnte der Hallische Kanzler ankündigen²¹⁾, daß man darin 22 Lexika beisammen antreffen werde, nämlich

- | | |
|-----------------------------------|---------------------------------|
| "ein 1) biblisches | 12) Alterthums |
| 2) theologisches | 13) der Gelehrten |
| 3) juristisches | 14) Berühmten |
| 4) medicinisches | 15) Heiligen |
| 5) philosophisches | 16) vornehmen Standes |
| 6) mathematisches | 17) Geschichte und Historisches |
| 7) Staats | 18) poetisches |
| 8) Zeitungs | 19) geographisches |
| 9) Kauf- und Handels | 20) philologisches |
| 10) Handwercks | 21) Kunst und |
| 11) Haushaltungs und Wirthschafts | 22) Natur-Lexicon". |

20) Zum "Zedler" als Universallexikon im Gegensatz zu anderen Lexika siehe LUDOVICIS Vorrede zum 19. Band, Seite 3.

21) Johann Peter von LUDEWIG: Gelehrte Anzeigen in alle Wissenschaften, so wol geistlicher als weltlicher, alter u. neuer Sachen, welche vormals denen Wöchentlichen Hallischen Anzeigen einverleibt worden. Halle 1743, S. 290. vgl. dazu KOSSMANN, Deutsche Universallexika des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S. 2958.

Die Fülle des Stoffs, die sich in der großen Anzahl der Artikel und auch in diesen selbst widerspiegelt, läßt Zedlers Universallexikon als "Inventartyp" erscheinen. Mit einer solchen Charakterisierung versuchte man Zedlers Werke von den französischen Allgemein-Enzyklopädien und von Diderot und d'Alembert²²⁾ abzugrenzen.

"Es vertritt in typischer Weise einen mehr auf bloße Anhäufung des Materials eingestellten älteren Lexikontyp, der zu einer Zeit entstand, da man in Frankreich in den gleichzeitigen Auflagen des Bayleschen Dictionnaires schon den fortschrittlichen kritischen Standpunkt vertrat und man es verstand, mittels der Enzyklopädie auf die breite Masse Einfluß zu nehmen. Während daher die französischen Werke der Aufklärung heute lediglich noch Quellen für die Geistesgeschichte darstellen, frequentiert man die fleißigen deutschen Lexika vom Inventartyp noch in ihrer ursprünglichen Eigenschaft als Nachschlagewerke"²³⁾.

Man kann mit Recht behaupten, daß das Universallexikon und Diderots Enzyklopädie nach Inhalt und Anlage grundverschieden sind. In Zedlers Lexikon ist die Summe des bisherigen Wissens gezogen, während es in der "Enzyklopädie" um die Verbreitung

22) Über Diderots Enzyklopädie vgl.: Eberhard WEIS, Geschichtsschreibung und Staatsauffassung in der französischen Enzyklopädie (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd.14), Wiesbaden 1956.

23) Gert ZISCHKA, Index lexikorum, Bibliographie der lexikalischen Nachschlagewerke, Wien 1959; vgl. dazu KOSSMANN, a.a.O., S.2958.

neuer Ideen und Interpretationen geht. Das deutsche Werk wollte die Welt im Spiegel der bis dahin erlangenen menschlichen Erkenntnisse repräsentieren, die französischen Aufklärer wollten mit den eigenen Vorstellungen die Welt verändern.

Das Universallexikon blieb allein ein alphabetisches Nachschlagewerk. Aber auch so wurde es dem Anspruch, der Wissenschaft zu dienen, gerecht.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, wenn der Name des Verlegers Johann Heinrich Zedler zu einem Begriff der Buchgeschichte wurde. Daß dem Verleger der Ruhm zukomme, für das Werk zu stehen, davon war schon Ludewig überzeugt. Er wies zu Beginn seiner Vorrede auf ihn als den Unternehmenden hin. Ihm gebühre "als Anfänger und Urheber" des Werkes "die Ehre und der Vorzug davon", und am Ende der Vorrede, als er Namen und Titel des Verlegers genannt hat, wünscht er ihm "von Herten: Daß er in seinen besten Jahren, worinnen er stehet, Muth, Sinnen, Kräfte und Gesundheit behalten möge", und wünscht ihm auch "von diesem Universal-Lexicon das erwünschte leidige Geld zu sehen"²⁴⁾.

Der Werdegang des Lexikons ist daneben eine Geschichte von Anfeindungen, Verboten, Erfolgen, Intrigen für und wider das Lexikon. Zedlers Unterfangen mußte auf die Verleger der "anderen Real-Lexicons" alarmierend wirken, wurde doch der Absatz ihrer Bücher gestört, ihre kleineren Werke durch

24) vgl. die Vorrede zum 1. Band, Seite 16.

das neue große und vereinigende in Frage gestellt. Zedler hatte, um dem entgegenzuwirken, in seinem Privilegiantrag vom 13. September 1730 an die kur-sächsische Regierung darauf hingewiesen, daß ein Lexikon wie das von ihm geplante noch nie in Deutschland veröffentlicht worden sei und dadurch einem anderen Verleger kein Schaden entstehen könne.

Es begann ein jahrelanger Streit, den Zedler mit den Verlegern Fritsch und Gleditsch²⁵⁾ auszutragen hatte. Ihm wurde vorgeworfen, er lasse Artikel aus dem Fritschen Lexikon abschreiben und nachdrucken²⁶⁾. Trotz dieser Schwierigkeiten waren 1734 8 Bände des großen Werkes (bis zum Buchstaben E) erschienen, 7 weitere (bis zum Buchstaben I) folgten 1735. So sehr diese Leistung von Verleger, Bearbeitern und Druckern zu bewundern ist, sie hatte Johann Heinrich Zedlers Kräfte aufgezehrt und das Drucken an verschiedenen Orten, die Honorarzahungen und die Absatzhemmnisse²⁷⁾ hatten seine finanziellen Mittel erschöpft. Im Frühjahr 1735 kam es zum Konkurs.

25) Elger BLÜHM, a.a.O., S.192.

26) Ludewig verteidigt Zedler gegen die Angriffe seiner Gegner in der Vorrede zum 1. Band, S.15: "Er läßt keine Lexika, wie ihm falschlich schuld gegeben worden zusammen schreiben und andere Leute ihre Arbeit drucken. Er hält und besoldet seine neun Musen oder Mitarbeiter darauf: daß jeder selbst in seiner Art oder metier sein Heil versuchen möge. Er will aber und kan denselben den Weg und Mittel nicht verwehren oder verschliessen; daß Sie nicht hierzu dienliche Bücher brauchen und also die vorhero geschriebene Lexika mit ansehen...".

27) Elger BLÜHM, a.a.O., S.193.

Es war nun das Verdienst von Zedlers Gläubigern, daß das "Universal-Lexicon" den finanziellen Zusammenbruch des Verlegers überstand. Vor allem muß hier der Leipziger Kaufmann Johann Heinrich Wolf²⁸⁾ genannt werden, der "Ausarbeitung" und die "Bestreitung der Kosten" übernahm, nachdem Zedler, wie sich der Artikel über ihn ausdrückt, "die Ruhe der Handels-Geschäften vorzuziehen sich entschlossen"²⁹⁾.

Die nun beginnende zweite Phase der Arbeit am "Zedler" wurde mit der Genehmigung des Oberkonsistoriums in Dresden vom 14.März 1738, der Fortführung des Universal-Lexicons stattzugeben, eingeleitet.

Ein Wechsel war nicht nur in der rechtlichen Lage und in der Finanzierung des Universal-Lexicons eingetreten. Seit dem 19.Band (1739) hatte Carl Günther Ludovici die redaktionelle Leitung übernommen. Mit drei Vorreden, im 19.Band, im 21.Band und im 23. Band, führte er sich als Leiter der "Direction" ein. Er stellte aufs neue die einmalige Bedeutung und den dauernden Nutzen des Werkes vor Augen, nannte Johann Heinrich Wolf als Finanzier und verdienstvollen Förderer des Unternehmens und bat Adel, Stadträte und gelehrte Gesellschaften um nützliches Material.

Die Organisation der redaktionellen Arbeiten war von Anfang an planvoll und weitblickend gewesen,

28) vgl. den Vorbericht im 19.Bd., S.2.

29) ZEDLER, Artikel Zedler (Joh.Heinrich), Bd.61, S.309.

nach Ludewigs Vorrede im 1. Band ein Verdienst Zedlers. Zedler war den neuartigen Weg gegangen - der "vor Ihme ungebahnet gewesen" sei - eine Gruppe von Gelehrten, "nach Anzahl der IX Musen"³⁰⁾, zur Ausarbeitung der Artikel zu gewinnen und zwar mit dem Auftrag, daß jeder von ihnen sein Fachgebiet zu betreuen habe; ein frühes Beispiel moderner Arbeitsweise an wissenschaftlichen Großunternehmen.

Was die Mitarbeiter an Zedlers Universallexikon betrifft, so ist die Frage nach den leitenden Redakteuren und Mitarbeitern nicht restlos geklärt. Diesem Umstand wird auch in der vorliegenden Arbeit insofern Rechnung getragen, als immer wieder "vom Zedler" bzw. "Zedlers Lexikon" die Rede sein wird.

Eine knappe Auskunft zu diesem Problem gibt das Verzeichnis der deutschen Lexika. "Redacteurs waren nach einander J.A. Frankenstein, P.D. Longolius, C.G. Ludovici"³¹⁾. Diese Aussage stimmt mit dem überein, was Meusels Schriftstellerlexikon im Artikel über Longolius etwas genauer ausdrückt.

"Longolius hatte auch starken Anteil an dem sogenannten Zedlerischen Lexikon... indem er, da der erste Bearbeiter dieses Werks, Jakob August Frankenstein, bald Anfangs starb, die ersten 18 Bände bearbeitete"³²⁾.

30) Vorrede zum 1. Bd., Seite 6.

31) Verzeichnis der in deutscher Sprache verfaßten Real-Wörterbücher über Wissenschaften und Künste, in: Journal von und für Deutschland, Jhrg. 8 (1971), S. 1049.

32) Johann Georg MEUSEL, Lexikon der vom Jahr 1750 bis 1800 verstorbenen deutschen Schriftsteller, Bd. 8, Leipzig 1808, S. 347; vgl. dazu KOSSMANN, Deutsche Universallexika des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S. 2955.

Ludovici schließlich sagt selbst in der Vorrede zum 19. Band, daß er "die Direction dieser und der folgenden noch zu gewartenden Bände"³³⁾ übernommen habe. Er war es vor allem, der als verantwortlicher Redakteur dem Lexikon die entscheidende, einheitliche Gestalt gegeben hat.

Als weitere Mitarbeiter sind noch zwei Gelehrte aus Akten belegt. Nach einem Schreiben der Gegner Zedlers im Privilegienstreit zu urteilen, stand das Universallexikon "unter Direction des Commissions-Raths Rothers und Professor Gottscheds"³⁴⁾. Wie weit diese Behauptung zutrifft, kann nicht genau nachgeprüft werden. Es ist jedoch belegt³⁵⁾, daß im Universallexikon der Artikel über Johann Heinrich Rother (1685 - nach 1750) von diesem selbst verfaßt worden ist.

Eine Durchsicht der Gelehrtenartikel liefert neben den wichtigen Ergebnissen auch eine im weiteren Zusammenhang interessante Erkenntnis. Das Gewichtsverhältnis zwischen der Lebensbeschreibung und der Bibliographie macht eine Wandlung durch, d.h. der Raum für die Lebensbeschreibung wird kürzer, der für das Schriftverzeichnis umfangreicher. Ein typisches Beispiel dafür ist die Darstellung über

33) ZEDLER, Bd.19, S.3.

34) Albrecht KIRCHHOFF, Lesefrüchte aus den Acten des städtischen Archivs zu Leipzig. 5: Klagen u. Mißstände im Anfang des 18. Jahrhunderts, in: Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels, Jhrg.14 (1891), S.198.

35) MEUSEL, Lexikon der teutschen Schriftsteller, a.a.O., Bd.11, 1811; vgl. dazu KOSSMANN, Deutsche Universallexika am Ende des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S.2955.

Christian Wolf und seine Philosophie³⁶⁾. Umfaßt die Lebensbeschreibung 54 Spalten, so entfallen 107 Spalten auf Bibliographie. Im Gegensatz zu alten Bibliographien, für die die Person wichtiger war als ihr literarisches Werk, wird in Zedlers Lexikon der Übergang zu der Auffassung greifbar, daß die entscheidenden und weiterführenden Informationen diejenigen über die Schriften des Autors sind. Mit diesem Wandel wurde das Universallexikon zeitgemäßer und für die Nachwelt unentbehrlich.

Ein alter Plan Zedlers war es auch, den Ludovici in der Vorrede zum 21. Band wieder aufnahm: nämlich nach Fertigstellung der alphabetisch geordneten Bände eine umfassende, ein bis zwei Bände füllende systematische Darstellung aller Wissenschaften zu bringen. "Alle Künste und Wissenschaften sind Inbegriffe gewisser Wahrheiten", schrieb er. "Alle Wahrheiten haben eine sogenannte Verwandtschaft unter einander, daß immer die eine die andere bestätigt und erklärt"³⁷⁾.

Ein rechter Gelehrter müsse nicht nur in seiner "Haupt-Wissenschaft", sondern auch in den übrigen "einigermaßen bewandert" sein. Da jedoch Universitäten und Schulen bei der Aufgabe versagten, einen wahrhaft pansophischen Überblick über Größe und

36) ZEDLER, Artikel Wolf, Christian, Bd. 58, S. 549-677. Artikel Wolfische Philosophie, Bd. 58, S. 883-1232.

37) vgl. die Vorrede zum 21. Band, Seite 2.

"Inbegriff" des Gesamtbaues der Wissenschaften zu vermitteln und man allein zu alten Werken seine Zuflucht nehmen müsse - etwa zu Alstedts "Encyclopaedia", die das Lob Leibniz gefunden habe - , so werde durch die geplante "vollständige und accurate Encyclopädie" als Abschluß des Universal-Lexicons dieser Mangel behoben³⁸⁾.

Zur Ausführung dieses Plans ist es nicht gekommen, dennoch wird deutlich, in welchem Maße Zedlers Lexikon Ausdruck der geistigen Bestrebungen seiner Zeit gewesen ist.

In den Artikeln, die auf die Ausführungen über Staat, Recht, Politik und Gesellschaft Bezug nehmen, wird der Charakter einer "aus der theologischen Bindung sich lösenden, fortschrittsbewußten, auf Bildung einer nicht mehr kleinen, gesonderten Schicht ausgehenden Frühaufklärung"³⁹⁾ aufgezeigt.

Es geht also um eine sachliche und ausführliche Information, um die Unterrichtung neuer philosophischer Ideen, um die Belehrung der Gebildeten und nicht so sehr - wie in der französischen Enzyklopädie - um Rüstzeug zu politischem Kampf oder umwälzender gesellschaftlicher Kritik.

Diese Untersuchung geht somit von der - noch im einzelnen zu erhärtenden - Annahme aus, daß man

38) Ibid.

39) Elger BLÜHM, a.a.O., S.197.

bei Anwendung kritischer Maßstäbe aus allen hier zugrundegelegten Artikeln mehr oder weniger sicher herauslesen kann, was die Verfasser eigentlich dachten und wollten.

Im einzelnen werden wir feststellen können, daß die naturrechtliche Staats- und Rechtsphilosophie (Hauptvertreter Thomasius und Christian Wolff) den Zweck des Staates nicht allein in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit sah, sondern vor allem in der Beförderung der "Glückseligkeit der Untertanen", d.h. in der Verschaffung alles dessen, was zur Notdurft, Bequemlichkeit und Ergötzung der Untertanen dient⁴⁰⁾.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wandelt sich der Begriff des "gemeinen Besten". In Zedlers Lexikon ist er nicht mehr ausschließlich Ausdruck der Rechts- und Friedensbewahrung, sondern unter dem Einfluß von Christian Wolff tritt der Gedanke der Förderung der Wohlfahrt immer stärker hervor. Das "Beste" als die "Absicht einer Vereinigung" beruht auf der Wohlfahrt des Staates, die zum Hauptgesetz des gesellschaftlichen Lebens erklärt wird⁴¹⁾. Man könnte, etwas überspitzt formuliert, sagen: alles für den Staat, nichts durch das Volk!

40) vgl. Hans THIEME, Die Zeit des späten Naturrechts, in: ZRG 56 (GA) 1932, S.207.

41) Christian WOLFF, Vernünftige Gedanken vom gesellschaftlichen Leben der Menschen, in Sonderheit dem gemeinen Wesen (1721), zit. 4.Aufl. Frankfurt/Leipzig 1736, 1, § 11, S.7.

Erkenntnisziel dieser Untersuchung sind die gesellschafts- und staats-theoretischen Aussagen des Lexikons, v.a. in ihrer möglichen zeitkritischen Funktion des politischen Bewußtseins. Diese an sich isolierte Analyse und Darstellung der Thematik resultiert aus der zentralen Beobachtung, daß das Zedlersche Lexikon durchgehend die breiten Informationen über die Verfassungswirklichkeit von Staat und Gesellschaft im eigentlichen ohne direkten Argumentationsbezug neben die theoretischen Begründungs- und Erwartungshorizonte setzt.

Die Darlegung der Verfassungswirklichkeit modifiziert die traditionellen Rechts- und Verfassungsbestände der ständisch gegliederten Gesellschaft zugunsten der Sozialverfassung und Regierungsform des monarchischen Absolutismus und seiner kameralistischen Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik. Die Analyse der entsprechenden Artikel führt dabei zu der Erkenntnis, daß dem Lexikon eine wichtige Erkenntnis in der Stärkung des politisch-patriotischen Bewußtseins jener Zeit und der Überzeugung der Gültigkeit aufgeklärter Fürstenherrschaft zukam. Da die Verfasser aber offensichtlich bewußt auf einen verifizierenden Kommentar bzw. kritischen Bezug verzichteten, erscheint im Lexikon die Frage nach der Verfassungswirklichkeit von untergeordneter Bedeutung.

So drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die unverkennbaren politisch-gesellschaftlichen Zielvorstellungen des Lexikons nicht in kritischer Position zur Verfassungswirklichkeit, sondern zweckbedingt nur im System der theoretischen Begründung und Rechtfertigung von Staat und Gesellschaft erscheinen.

K A P I T E L II

STAATSGRÜNDUNG UND STAATSZWECK

Die Auffassung des Lexikons über das Entstehen des Staates ergibt sich im wesentlichen aus den Artikeln¹⁾, die sich in mehr abstrakt-theoretischer Form mit Wesen und Aufgaben des Staates beschäftigen. Sie enthalten kaum eine in sich geschlossene Staatslehre oder einen detaillierten Verfassungsentwurf. Um dennoch ein möglichst abgerundetes Bild von den Ausführungen des Universallexikons über den Komplex 'Staat' zu bekommen, bietet sich eine Beurteilung des Verhältnisses zwischen Untertan und Bürger, ja der 'bürgerlichen Gesellschaft' an sich, an. Bevor wir somit in eine Erörterung des Naturzustandes bzw. des Gesellschafts- und Herrschaftsvertrages als Voraussetzung jeglicher Staatsgründung in Zedlers Lexikon eintreten, ist eine Klärung der Begriffe 'Herrschaft' und 'Gesellschaft' erforderlich.

-
- 1) vgl. folgende Artikel in Zedlers Universallexikon:
ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des),
Bd.23, S.1223 ff.
Natur-Recht, Natürliche Rechtsgelahrtheit, Bd.23, S.1192.
Zedler bezieht sich hier vor allem auf Pufendorfs Jus Naturae et Gentium (VII,2; II,1, § 2).
Artikel Staat, Stand, Bd.39, S.639.
Staatsraison, Bd.39, S.672 ff.
Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1093 ff.

In Zedlers Universallexikon ist zunächst einmal eine sprachliche Synonymität zwischen den Begriffen 'Gesellschaft'²⁾ und der latinisierten Wortform 'Societät'³⁾ festzustellen. Gesellschaft bedeutet "eine wirkliche Vereinbarung der Kräfte vieler zur Erlangung eines gemeinschaftlichen Zweckes"⁴⁾. Das bloße Beieinandersein macht noch keine 'Gesellschaft', ja dieses ist, wie das Lexikon im Hinblick auf die neu gegründeten Akademien bemerkt, nicht einmal notwendig, "inmaßen eine Gesellschaft unter Anwesenden auch wohl unterhalten werden kann"⁵⁾ Unter 'Societät' (öffentliche) oder gemeine Societät (*societas publica* oder *societas communis*) versteht das Lexikon "den allgemeinen Umgang aller Menschen mit- und untereinander, welche Gott und die Natur, oder vielmehr der erstere durch die letztere selbst, geordnet, und wohin auch alle gute Polizey-Gesetze, Statuten und Ordnungen abgezwecket sind, daß solche erhalten und gehandhabet werden"⁶⁾.

2) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260.

3) ZEDLER, Artikel Societät (öffentliche) oder gemeine Societät, *societas publica*, oder *societas communis*, Bd.38, S.180.

4) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260.

5) Ibid.

6) ZEDLER, Artikel Societät (öffentliche) oder gemeine Societät, Bd.58, S.180. Das Lexikon handelt u.a. die von Wolff aufgenommenen Sprechweisen der traditionell-aristotelischen Sozialphilosophie ab (*societas simplex*, *prima* und *minima*, *societas composita* oder *secunda*, auch *major*). "Societas simplex, *prima* und *minima*... werden diejenigen Gesellschaften genennet, welche bloß für sich und ohne anderer Gesellschaften Beyhülffe bestehen können... Societas composita oder *secunda*, auch *major*...werden diejenigen Gesellschaften genennet, welche aus anderen kleineren Gesellschaften bestehen (Ibd. S.233 u.227) und wozu verschiedene Personen erfordert werden. Z.E. Familien, Dörffer, Städte."

Neben 'Gesellschaft' steht also latinisiert 'Societät' (häusliche) oder Oeconomische Societät, Societät (bürgerliche) oder die bürgerliche Gesellschaft; daraus ist auch zu erséhen, daß das Wort nicht erst über das englische 'society' bzw. französische 'société'⁷⁾ während des 18. Jahrhunderts in den deutschen Sprachraum eingedrungen ist.

Für unseren Zusammenhang ist von Bedeutung, daß Zedlers Lexikon⁸⁾ in starker Anlehnung an Pufendorf⁹⁾ u.a. unter bürgerlicher Gesellschaft nichts anderes als "verbundene Obrigkeiten und Untertanen" versteht. Damit ist im Lexikon noch entscheidend der ältere Sinn des Begriffs vorherrschend. Die bürgerliche Gesellschaft ist in der aristotelischen Politiktradition ein Personenverband, die politische Gemeinschaft der freien, verantwortlichen Männer (Hausherren oder Bürger) des Landes oder einer Stadt. Eine Scheidung zwischen dem 'Staat' als Institution und der 'Gesellschaft' als Untertanen findet noch nicht statt. Bürgerliche Gesellschaft und politische Organisationsform sind noch einander angeglichen. Diese stark in der altständischen Tradition wurzelnde Auffassung bedeutet, daß der Begriff 'Bürgerliche Gesellschaft' über den 'Staat'

7) So noch Dankmar AMBROS, Artikel Gesellschaft, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.4 (1964), S.427 ff.

8) ZEDLER, Artikel Societät (bürgerliche), Bd.38, S.174.

9) Ibd. Das Lexikon verweist auf Pufendorf, De jure naturae et gentium VII, 2; II,1, § 2.

und die 'Stadt' hinaus auf alle 'politischen Verbände' angewandt werden kann, d.h. auch auf die verschiedenen Herrschaftsgebilde des Landes. Der Grund- oder Hausherr ist, bis herunter zum Stand eines großen Hofbauern oder eines Handwerks- und Zunftmeisters, Träger einer politischen Teilgewalt, aus der sich die der bürgerlichen Gesellschaft eigene Herrschaftsgewalt zusammensetzt. Sie umfaßt daher in der Regel nur eine Minderheit der 'Gesellschaft' (= Menge von Menschen, die ein Land oder Gebiet bewohnen); personell ausgedrückt: "die durch Abstammung, Besitz, Stand und Herkunft herausgehobenen freien Männer"¹⁰⁾.

Das Prinzip der Herrschaft wiederum, das den beherrschten Untertan von dem Recht der bürgerlichen Gesellschaft trennt und ausschließt, ist überall gleich; es geht um die Anerkennung der Herrschaftsbasis, des Hauses, und dies schließt notwendigerweise die Herrschaft von Menschen über Menschen in sich ein.

"Wie der antike Bürger sich vom Anhang des Hauses abhebt, so der Monarch vom Gefolge seines Hofes, der Fürst von seiner Dienerschaft, der adelige Grundherr vom Leibeigenen und Freisassen, der Handwerksmeister von seinem Gesellen"¹¹⁾.

10) vgl. dazu Artikel Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrg. von O.Brunner, W.Conze, R.Kossellek, Bd.1-2, Stuttgart 1972; hier: Bd.2, S.740 und die unter Anmerkung 66 gemachten Literaturangaben.
Werner CONZE, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands, HZ 186 (1958), S.1 ff.

11) Artikel Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon, a.a.O., Bd.2, S.740/741.

Wir können somit feststellen, daß der Anteil an Herrschaftsbefugnis (Status politicus) ausschlaggebend ist für die Rolle des Einzelnen in der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser erst von den Vertretern des modernen Naturrechts bestrittenen Position schließt sich das Universallexikon im Ansatz noch voll an. Die Rechtskonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft wird wohl von einem Vertragsbegriff bestimmt, der aber Herrschaft (dominium) zur Voraussetzung hat. Die Rechtsfähigkeit des Menschen folgt nicht daraus, daß er Mensch, sondern daß er Eigentümer an Rechten, Handlungen und Dingen ist. In anderen Worten ausgedrückt bedeutet dies, daß sich das Vorrecht (Privileg) noch als das beherrschende Prinzip dieser Gesellschaft erweist; es bestimmt die rechtlich-politische Stellung des einzelnen, seine Zugehörigkeit zu einem der 'Stände' und 'Herrschaften', aus denen sich die bürgerliche Gesellschaft zusammensetzt¹²⁾. Diese bürgerliche Gesellschaft ist zugleich aber auch eine politische. Die Teilhabe an der Herrschaftsordnung erhebt die Elemente des bürgerlichen (Besitz, Familie, Art und Weise der Arbeit) zu Elementen des politischen Lebens (Grund-Stadtherrschaft, Stand, Korporation).

So ist auch zu verstehen, wenn in Zedlers Lexikon keine grundsätzliche Unterscheidung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft durchgeführt wird¹³⁾; der Begriff 'politische Societät' wird mit dem Hinweis

12) ZEDLER, Artikel Societät (bürgerliche), Bd.38, S.174.

13) Ibid.

auf die bürgerliche Societät oder Gesellschaft erklärt¹⁴⁾. Das Adjektiv 'bürgerlich' bezieht sich also zunächst immer nur auf die politische (= herrschaftliche) Gliederung dieser Gesellschaft, d.h. die bürgerlich Bevorrechteten, an der Herrschaft teilhabenden Personen und Städte. In der Synonymität von bürgerlich/politisch drückt sich somit das in sich homogene Herrschaftsgefüge der alten bürgerlichen Gesellschaft aus, das auf unmittelbaren oder vermittelten Abhängigkeitsverhältnissen beruht und von ihnen sich abhebt.

Nach Klärung des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft müßte an dieser Stelle - wie angekündigt - eine eingehende Erörterung des Begriffs 'Herrschaft' erfolgen. Da in Zedlers Universallexikon dieser Begriff in enger Verbindung mit der Vertragslehre steht, erscheint es methodisch ratsam, ihn in diesem Zusammenhang abzuhandeln.

Beginnen wir aber zunächst mit den Ausführungen des Lexikons über den Naturzustand bzw. das Naturrecht, denn beide bilden den Bezugsrahmen für die Entstehung des Staates. In Anlehnung an Pufendorf¹⁵⁾ nennt ihn das Lexikon den "Stand der natürlichen Freyheit, indem die Menschen voneinander gleich sind, daß keiner dem anderen was zu befehlen"¹⁶⁾ hat. In diesem Sinne bildet der Naturzustand den

14) ZEDLER, Artikel Societät (bürgerliche), Bd.38, S.174.

15) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1094; das Lexikon verweist auf Pufendorf, Jus Naturae et Gentium, II,1, § 5.

16) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1094.

Gegensatz zur altständisch bürgerlichen Gesellschaft¹⁷⁾.

Dieser Naturzustand ist nicht, wie ihn Hobbes¹⁸⁾ beschreibt, ein bellum omnium contra omnes, sondern nach Auffassung des Lexikons an sich ein Friedenszustand¹⁹⁾. Da im Naturzustand die Menschen durch die von der Vernunft diktierten natürlichen Gesetze, Rechte und Pflichten geleitet werden²⁰⁾, der Mensch ihnen als göttlichen Befehlen unterworfen ist und da der aus ihrer Beachtung entspringende Friede vorteilhaft ist, folgt, daß der Naturzustand an sich friedlich ist.²¹⁾

Die natürlichen Rechte und Pflichten der Menschen lassen sich aus dem Trieb zur Glückseligkeit²²⁾

17) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1094.

18) Thomas HOBBS, Leviathan, a.a.O., Chapt.13, S.66.

19) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205 und 1217. Das Lexikon nennt als Prinzip des Naturrechts im theoretischen Sinn die "gesunde Vernunft"; im praktischen Sinn den "schuldigen Gehorsam gegen Gott"(Ibd.S.1205).

20) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen oder Personen, Bd.39, S.1094; vgl. auch Hans THIEME, Die Zeit des späten Naturrechts, in: ZRG (GA), 56 (1936), S.207.

21) ZEDLER, Artikel Stand, Bd.39, S.194.

22) Der im Lexikon oft zitierte Begriff "Glückseligkeit" steht in der Tradition der klassischen Lehre vom summum bonum. Christian WOLFF identifiziert die beatitudo philosophica mit dem summum bonum hominis und definiert sie (im Anschluß an Leibniz) als "non impeditus progressus ad majores continuo perfectiones" (ungehinderter Fortschritt zu immer höheren Vollkommenheiten). Das Lexikon geht mit den Wolffschen Vorstellungen konform; vgl. dazu Artikel Glück, Glückseligkeit, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von J.Ritter, Darmstadt 1974, Bd.3, S.702.

herleiten, der die Grundlage unserer ganzen moralischen Natur ist²³⁾. Jeder Mensch ist dabei von Natur aus berechtigt, alles zu tun, was seine Glückseligkeit erhält und befördert, sowie verpflichtet, alles zu unterlassen, was diese Glückseligkeit stört oder hindert²⁴⁾. Glückseligkeit beinhaltet das Recht, seinen Verstand aufzuklären, Wahrheit zu suchen²⁵⁾, seine Begriffe und Kenntnisse zu mehren; der Mensch hat darüber hinaus das Recht, die Freiheit seines Willens zu behaupten²⁶⁾ und sich in seinen Entschlüssen und Handlungen durch die Einsichten des Verstandes, nicht aber durch bloße Triebe oder äußeren Zwang bestimmen

23) ZEDLER, Artikel Natur-Recht, Natürliche Rechtsgelahrtheit, Bd.23, S.1192:

"...so ziehet es (das Naturrecht) auf den Nutzen und die Glückseligkeit der Menschen los, daß, wer darnach thut und lebet, in der That glücklich ist und seyn kann, folgentlich kann auch der Nutzen und die Nothwendigkeit desselben nicht geleugnet werden".

24) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146:

"...auch zu dem Ende alles zu veranstalten, daß die, welche der natürlichen Verbindlichkeit Raum geben, desto bequemer das Gesetz der Natur beachten können, hingegen die Widerspenstigen zu dieser Beobachtung angehalten werden".

25) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205:

Das Lexikon folgert diese Eigenschaften aus dem "principium juris naturae"; die "Schlüsse aber des natürlichen Rechts sollten gleichwol Wahrheiten seyn...".

26) Ibid.

zu lassen²⁷⁾. Da jeder Mensch das Recht hat, seine Glückseligkeit zu suchen²⁸⁾ und durch Anwendung seiner Fähigkeiten und Kräfte diese zu mehrern trachtet, so ist der Mensch auch berechtigt, sich jedem, der ihm diese Güter entreißen oder ihn am freien Gebrauch seiner Kräfte zur Vermehrung derselben hindern will, mit Gewalt zu widersetzen und demnach auch jedem, der ihn beleidigt, mit Gewalt entgegenzutreten²⁹⁾.

Dieser Zustand der natürlichen Gleichheit einer Gesellschaft ist aber nach Auffassung des Universallexikons ein Ideal und ein Blick auf die Geschichte³⁰⁾ zeigt, daß ein solches Bild in der Wirklichkeit nie existiert hat noch existieren kann³¹⁾. Die bloße Scheu vor dem Naturgesetz garantiert nicht ausreichend die Sicherheit des Menschen; dazu kommt, daß uns die Naturgesetze nur durch Vermittlung der Vernunft³²⁾ einsichtig werden, die dem Irrtum und der Täuschung unterworfen ist. Wo darum jeder in natürlicher Freiheit

27) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1207:

Das Lexikon glaubt, daß eine Übereinstimmung in der Moralität gewisser Handlungen gegeben ist; "aus der Beschaffenheit der moralischen Verrichtungen, worinnen sie mit einander übereinstimmen, schlüsset man, daß dieses oder jenes müsse geboten, oder verboten seyn".

28) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1217/1218. ZEDLER, Artikel Natur-Rechts, Natürliche Rechtsgelahrtheit, Bd.23, S.1192.

29) Ibid.; vgl. auch Artikel Majestät, Bd.19, S.539.

30) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657.

31) Ibid.

32) Ibid.; vgl. auch ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205.

lebt und selbst zu bestimmen hat, was er tun soll, kann leicht aus der Ungleichheit der Meinungen Verwirrung und Streit entstehen. Wo die Sicherheit bei dem Besitz und Genuß natürlicher Güter und die Freiheit in dem Gebrauch der Kräfte und Fähigkeiten als Ausdruck der Glückseligkeit in der Entscheidung des einzelnen liegen, wird Stärke für Recht gehalten³³⁾. Nach Auffassung des Lexikons besteht daher die größte Aussicht auf Durchsetzung der Naturgesetze und damit die größte Sicherheit vor fremden Angriffen im Staat; durch ihn wird der Naturzustand für die Gesellschaften, die vor ihm bestanden haben mögen und aus denen er sich zusammensetzt, aufgehoben und durch die Vereinigung der Individuen oder Familien zu einer Gesellschaft ist die erste Stufe der Staatsbildung erfüllt³⁴⁾.

Das Lexikon weist im folgenden darauf hin, daß die Entstehung des Staates und das Verhältnis zwischen Regent und Untertan zu verschiedenen Zeiten verschieden begründet worden ist. Es nennt zunächst die These der Rechtsgelehrten³⁵⁾, die, gestützt auf die Bibel, die Gewalt des Regenten unmittelbar von Gott ableiteten³⁶⁾ und die Untertanen folglich um Gottes Willen gehorchen mußten.

33) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657.

34) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658.

35) das Lexikon verweist auf Kulpisius, Graswinckel, Böcler und Ziegler; vgl. Artikel Majestät, Bd.19, S.535.

36) Ibid.

Daneben folgt das Lexikon der Staatstheorie, die den ersten Ursprung der königlichen Obergewalt im Staat aus dem sogenannten Recht des Stärkeren, also durch Gewalt³⁷⁾, ableitet. Grundlegend ist für Zedlers Lexikon jedoch die Erklärung, die die Entstehung des Staates auf den Gesellschaftsvertrag zurückführt und in aller Ausführlichkeit lehnt es sich hier an Pufendorf an³⁸⁾.

Folgerichtig stimmen in der Frage nach der entscheidenden Ursache einer Staatsgründung die Ausführungen des Universallexikons sehr stark mit Pufendorfs Ideen überein.

Das Lexikon nennt als entscheidendes Motiv, daß "der Mensch verbunden sey, in der Gesellschaft zu leben, indem Gesellschaft (societas) und die Geselligkeit (socialitas) allerdings unterschieden"³⁹⁾ werden, das sogenannte 'Sozialitätsprinzip'⁴⁰⁾.

Das Lexikon bezieht sich darüber hinaus direkt auf Aristoteles⁴¹⁾, der den Menschen auf Grund des ihm von Natur aus eingepflanzten Triebes zu Gesellschaft, ein 'animal politicum' genannt hat, d.h. der Mensch wird als ein Wesen gesehen, das nur in der Gesellschaft leben kann.

37) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657; vgl. auch Artikel Natur-Recht, Bd.23, S.1197: das Lexikon verweist auf HOBBS.

38) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1218; vgl. auch Pufendorfs Kapitel 'Von den Motiven, welche die Menschen veranlaßt haben, bürgerliche Gesellschaften zu bilden', in: Jus naturae et Gentium I,3, § 8-10; zitiert nach E.REIBSTEIN, Volkssouveränität und Freiheitsrechte, a.a.O., Bd.II, S.111 ff.

39) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1218.

40) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657.

41) Ibid.

Die Artikel des Lexikons folgen dieser Lehre; immer wieder wird auf die 'Geselligkeit', die 'gesellige Natur' des Menschen verwiesen und somit dieses Sozialitätsprinzip zum Grundgesetz des natürlichen Rechts erhoben⁴²⁾.

Als notwendige Konsequenz aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß die verschiedenen Zustände⁴³⁾, die den Naturzustand modifizieren und ergänzen, Auswirkungen jener 'Socialität'⁴⁴⁾ sind: sie entsprechen den Bedürfnissen entweder der Menschheit überhaupt, der 'menschlichen Gesellschaft', wie man seit der Antike sagt oder den Bedürfnissen bzw. dem natürlichen Zusammenhang einzelner Gruppen, doch so, daß sie in jedem Fall ihre Entstehung einer menschlichen Aktion verdanken. Das Universallexikon verweist auf den Ehe-, Familien-, Herren- und Regentenstand⁴⁵⁾; es sind diejenigen, die an und für sich genügen, um alle Ansprüche der geselligen Natur des Menschen zu erfüllen, also auch die sozialen Pflichten des Menschen zu begründen.

42) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1217, 1218.

43) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1093 ff.

44) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1218: Im Lexikon wird betont, daß die "socialität nach der göttlichen Intention ein Mittel zu der menschlichen Glückseligkeit" (sei), "so versteht sich, daß man in einer solchen Gesellschaft leben müsse, die seinem Willen gemäß, und der Endzweck kann erhalten werden...".

45) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1094.

Damit stellt sich die Frage, wie unter diesen Umständen der Mensch einen weiteren, umfassenderen "Zustand" geschaffen hat, der zu den Pflichten des Menschen diejenigen des Bürgers⁴⁶⁾ hinzufügt.

Nach der Auffassung des Universallexikons kann die Antwort nur darin bestehen, daß diejenigen, die aus eigenem Antrieb in eine bürgerliche Gesellschaft eintreten, sich davon einen Vorteil versprechen, den sie in der Unabhängigkeit des Naturzustandes nicht finden würden. Dies bedeutet aber auch, daß sich das Verhältnis des einzelnen zur 'societas civilis' aus dem Verhältnis zu den Rechten, die er auf Grund seines Status genießt, bestimmt. Die Rechtsstellung hängt von der Positivität der bürgerlichen Gesellschaft ab, deren

46) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658. Der Begriff Bürger bzw. bürgerliche Gesellschaft muß - wie bereits angedeutet - im Rahmen der Aristotelestradition gesehen werden. Hinzu kommt aber der Einfluß des Römischen Rechts, das die Differenzierung von 'Mensch' und 'Person' weitgehend bestimmte. Das Recht, eine Person zu sein, ist kein Menschenrecht, sondern was eine Person ist, ergibt sich aus dem Verhältnis zum status civilis. Der moderne Begriff der Rechtspersönlichkeit des Menschen ist diesem Denken fremd; nur kraft der Zugehörigkeit zu einem status ist man Person. Allgemein gilt der Satz: Wer keinen bürgerlichen Zustand hat, ist keine Person, sondern wird für eine Sache (nach Röm.Recht die servi) oder für einen Menschen niederen Rechts gehalten (vgl. dazu Artikel Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.742/743);

vgl. auch ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2253: "Und differieret (ein Bürger) proprie loquendo von einem Unterthan. Denn dieses Wort ist etwas weitläufiger, als ein Bürger, und übertrifft ein Bürger einen Untertan an der Würde und Freyheiten. Es gibt viel Untertanen in einer Republic, die Güter darinnen besitzen und doch keine Bürger sind. Doch kann eine Person ein Bürger und zugleich Untertan sein".

ständischer Ordnung sich die Statuslehre anpaßt⁴⁷⁾.

Die folgenden Ausführungen von Zedlers Lexikon über den nichtstaatlichen bzw. vorstaatlichen Zustand gehen im übrigen ganz mit Pufendorf konform, der mit dieser Theorie nicht ein besonderes 'Recht' des Naturzustandes konstruierte, sondern die traditionelle, naturrechtliche Moralphilosophie von vornherein für alle sozialen Gebilde als verbindlich erklärte⁴⁸⁾.

Indem sich das Lexikon dieser Theorie voll anschließt, wird auch die kritische Distanz zu Hobbes sichtbar⁴⁹⁾, für den jede Art von rechtlicher Ordnung, einschließlich des Eigentums, nur ein Geschenk des Ermessens des Staates ist, des Staates, der mit Vergesellschaftung des Menschen identisch ist und ohne den es keine Gesellschaft gibt. Eine so folgenschwere Bewertung des Staates

47) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1100 ff. Diese Lehre, die auf das Naturrecht einen erheblichen Einfluß ausübte, verhinderte bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts die Ausbildung eines allgemeinen Begriffs der Rechtsfähigkeit (= Rechtsperson, im Gegensatz zu dem status personarum) des Menschen; vgl. dazu Hermann CONRAD, Individuum und Gemeinschaft in der Privatrechtsordnung des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Karlsruhe 1956, S.8 ff. Noch bei Christian WOLFF macht die Positivität des status der societas civilis eine Vermittlung zwischen den natürlichen Rechten des Menschen und dem Recht der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich.

48) vgl. E.REIBSTEIN, Volkssouveränität und Freiheitsrechte, a.a.O., Bd.II, S.113.

49) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657.

aus der Sicht der Basis des naturrechtlichen Gesellschaftsvertrags, ist mit dem in der aristotelischen Politiktradition stehenden Konzept des Universallexikons unvereinbar, aber das Problem des 'Kriegs aller gegen alle' sehen auch die Verfasser der hier zugrundegelegten Artikel, nachdem klargestellt ist, wie sich bürgerliche Gesellschaft und Staat im Prinzip zueinander verhalten. Es ist zunächst nicht etwa eine höhere, vollkommener Form des Geselligkeitstriebes, die den Staat aus der Gesellschaft heraus, gewissermaßen als deren Krönung produziert; der Ursprung des Politischen liegt vielmehr in dem mit dem Geselligkeitstrieb konkurrierenden Selbsterhaltungstrieb, anders ausgedrückt: in einer Art gegenseitigen Mißtrauens und in dem daraus entspringenden Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit⁵⁰⁾ und deren entsprechender politischer Organisation.

Der beste Schutz und die größte Hilfe gegen die von Menschen drohenden Gefahren sind somit die Mitmenschen, wenn sich ihre Kräfte vereinen⁵¹⁾ und die Gefahren gemeinsam abgewehrt werden. Hauptsächlich sind es zwei Fehler, die eine dauernde Vereinigung vieler verhindern. Einmal ist es die Verschiedenheit der Neigungen und Urteile über das, was dem gemeinsamen Ziel dient, weil die meisten nicht scharfsinnig genug sind, das Rechte zu erkennen⁵²⁾. Zweitens sind es Faulheit und Widerwillen, das Nützliche von selbst zu tun, wenn der Zwang fehlt.

50) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657/658.

51) Ibid., S.657.

52) ZEDLER, Artikel Staatsklugheit, Bd.39, S.651.

Zur Beseitigung dieser Übel ist es nach Auffassung des Lexikons⁵³⁾ notwendig, daß der "Gebrauch der vereinigten Kräfte" des Volkes einer Obrigkeit übertragen wird. Nach den Vorstellungen des Universallexikons haben wir demnach zwei Vertragsgrundlagen zu unterscheiden: der Gesellschaftsvertrag, d.h. "ein gewisses Pactum, wodurch das Volck, so sich versamlet hat, in eine Gesellschaft"⁵⁴⁾ zu treten. Der erklärte "Endzweck" ist die "Beförderung" der gemeinen Wohlfahrt, welches ...durch einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Consens geschehen"⁵⁵⁾ kann. Die zweite Vertragsgrundlage wäre dann der Herrschaftsvertrag, der zur Bildung des Staates führt. Auch hier spricht das Lexikon⁵⁶⁾ zunächst von einem "gewissen Pactum zwischen dem Volck und der künftigen Obrigkeit, wodurch sich das Volck der neuen Obrigkeit dergestalt unterworffen, daß jene Macht haben sollte zu befehlen, was zur Beförderung vor nöthig erachtet; dieses aber schuldig seyn sollte, solchen Befehlen zu gehorchen, da hingegen sich die Obrigkeit wieder verbindlich machet, die Wohlfahrt des Volckes bestens zu befördern"⁵⁷⁾.

Der so gebildete Staat, der sich in der Abstufung bürgerlicher Gesellschaft der Kräfte und Fähigkeiten der einzelnen wegen der "gemeinen Wohlfahrt" bedient, wird "zuförderst für seine eigene Erhaltung

53) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658.

54) Ibid.

55) Ibid.

56) Ibid.

57) Ibid.

und Sicherheit sorgen"⁵⁸⁾.

Wir müssen an dieser Stelle noch einmal auf die beiden Vertragsgrundlagen zurückkommen. Abgesehen von der bereits getroffenen Feststellung, daß im Lexikon eine Unterscheidung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft begriffsgeschichtlich nicht vorgenommen wird, bedeuten die beiden Gesellschaftsverträge nichts anderes als eine systemgerechte Begründung der Entstehung von Staatlichkeit, zudem aber der Zuordnung von Macht und Regierungsgewalt an Staat und Staatsoberhaupt⁵⁹⁾.

Diese im Lexikon vertretene Auffassung ist von großer Bedeutung, kommen doch damit auch die Strukturen der alten bürgerlichen Gesellschaft in Bewegung. Die geforderte Konzentration der politischen Herrschaftsgewalt in der Hand des absolutistischen Herrschers und seiner Bürokratie als geschichtliche Folge der Entstehung des modernen Staates führt dazu, daß "die ursprünglich 'bürgerliche', d.h. selber politisch verfaßte Gesellschaft zur 'zivilen' Gesellschaft (wird), der status civilis sive politicus zum 'Civilstaat' "⁶⁰⁾.

Auch wenn wir in Rechnung stellen, daß diese begriffsgeschichtliche Unterscheidung nur allmählich vorankam, so ist doch der hier zitierte Artikel ein wichtiges Zeugnis für einen ersten Wandel zugunsten des Individuums in der Grundstellung der bürgerlichen Gesellschaft.

58) ZEDLER, Artikel Staatsinteresse oder Staatsabsichten, Bd.39, S.649.

59) Vgl. Artikel Gesellschaft (bürgerliche), in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.746.

60) Ibid.

Das unterstreichen die weiteren Ausführungen des Lexikons. Sie sind erneut auf den Gesellschaftsvertrag gerichtet und beschäftigen sich vor allem mit der Frage nach den Motiven, die in natürlicher Freiheit und Gleichheit lebende Menschen bewogen haben, einen Staat zu gründen⁶¹⁾.

Nach Auffassung des Lexikons ist das Handlungsschema dieser sich vergesellschaftenden Menschen der Vertrag, d.h. die Vereinbarung der Individuen über gemeinsame Zwecke⁶²⁾. Mit dieser Vorstellung geht das Universallexikon nicht nur wieder mit Pufendorf konform, sondern es findet sich auch eine Parallele zu Christian Wolff, der mit seinem Buch "Vernünfftige Gedancken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen", die aristotelische Lehre wiederholte, indem er sie dem naturrechtlichen Vertragsdenken anglich. Die Auffassung Wolffs, "wenn Menschen miteinander eines werden, mit vereinigten Kräften ihr Bestes worinnen zu befördern, so begeben sie sich miteinander in eine Gesellschaft. Und demnach ist die Gesellschaft nichts anderes als ein Vertrag einiger Personen mit vereinigten Kräften ihr Bestes worinnen zu befördern"⁶³⁾, entspricht der Definition der Gesellschaft in Zedlers Lexikon, das

61) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.657.

62) Ibid.

63) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen, in sonderheit dem Gemeinen Wesen, 4.Auflage (Frankfurt, Leipzig 1736), 1, § 2; vgl. §§ 3 ff. (S.3 ff).

darunter "eine würckliche Vereinbarung (also Vertrag) der Kräfte vieler zur Erlangung eines gemeinschaftlichen Zweckes"⁶⁴⁾ versteht.

Der Begriff Gesellschaft hat demnach im Lexikon wie bei Wolff einen doppelten Sinn; er ist gleichbedeutend mit 'Vertrag', zugleich aber mit der "Menge der Menschen selbst", die einen Vertrag, d.i. eine Gesellschaft überhaupt schließen⁶⁵⁾.

Die Entstehung der Gesellschaft im Sinne des "Civilstaats" und die damit verbundene Herrschaft von Menschen über Menschen beruht also auf einem Vertrag. Das Recht der öffentlichen Gewalt empfängt seine Legitimation nicht durch das "natürliche Recht, sondern wie alle Herrschergewalt unter Menschen, aus dem Vertrag. Durch ihn veräußern die Individuen das natürliche Recht, die Herrschaft über sich selbst, an die Gesellschaft als Ganzes, die so die Berechtigung der Herrschaft erwirbt"⁶⁶⁾. Dieser Herrschaftsvertrag ist jedoch ein einseitiger: die

64) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260; vgl. Manfred RIEDEL, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, a.a.O., S.311.

65) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260, Artikel Republick, Bd.31, S.658.

66) Christian WOLFF, Jus naturae (1740-49), 8, § 29; vgl. auch Werner FRAUENDIENST: Christian Wolff als Staatsdenker (Berlin 1927), S.99 ff. Der Verfasser berührt die hervorgehobene Identität des Gesellschafts- und Herrschaftsbegriffs nicht. Sie liegt auf ausschließlich "staatsrechtlichem" Felde.

Individuen veräußern ihre Rechte an die Gesellschaft, empfangen aber nicht das Recht zurück, das deren Herrschaftsgewalt zu einer allgemeinen und gesetzlich notwendigen machte. Diesen Schritt vollzieht das Universallexikon noch nicht, sondern das Recht der öffentlichen Gewalt wird noch immer nach dem Gesetz bemessen, wonach die Menschen durch die Zwecke ihres Lebens miteinander verbunden sind⁶⁷⁾.

So ist es auch zu verstehen, wenn in Zedlers Lexikon jegliche willkürliche Handlung der Herrschaft, sprich Obrigkeit, ausgeschlossen ist⁶⁸⁾. Sie wird vielmehr immer den 'Nutzen' und die 'Wohlfahrt' der Untertanen im Auge haben. Die utilitaristische Deutung der Aufklärung - die Rationalisierung des herkömmlichen Eudämoniegedankens - neutralisiert

67) Christian WOLFF, Jus naturae 8, § 30: Jus universorum in civitate in singulos ex fine civitatis metiendum; dazu

ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146.

Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des)
Bd.23, S.1218.

Artikel Natur-Recht, Natürliche Rechtsgelahrtheit, Bd.23, S.1192.

Artikel Majestät, Bd.19, S.541:

"Denn überall wird sie (die höchste Gewalt)... durch die Nothwendigkeit dessen, was die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit erfordert, bestimmt und gehet dennoch soweit, als die Nothwendigkeit der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit selbst".

68) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535.

Artikel Staats-Raison, Bd.39, S.672.

den herrschaftlichen Gesichtspunkt einer noch 'unaufgeklärten' Tradition. Das 'Beste' als die Absicht einer Vereinigung beruht auf der Wohlfahrt der Gesellschaft, die zum Hauptgesetz des gesellschaftlichen Lebens der Menschen erklärt wird⁶⁹⁾.

Hinsichtlich der weiteren Ausführungen des Lexikons über die einzelnen Vorgänge des Staatsgründungsaktes läßt sich kein klares Bild gewinnen. Entgegen der sonstigen Orientierung dieses Problemkreises an Pufendorf bzw. Wolff, werden diese Vorgänge⁷⁰⁾, aus denen die reale Existenz der ständisch gegliederten Staatsgesellschaft nicht ausgeklammert werden konnte, nicht angesprochen; man spürt an dieser Stelle, wie sehr das Universallexikon hier einem Argumentationsbezug zur Verfassungswirklichkeit ausweicht, sicherlich ein deutlicher Ausdruck der Akkomodation an die absolutistische Herrschaft in Brandenburg-Preußen.

Entsprechend der realen politischen Verhältnisse ist nicht von Rechten, sondern vor allem nur von den Pflichten der Untertanen die Rede.

69) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken, a.a.O., I, § 11, S.7; vgl. §§ 3 ff.

70) gemeint ist im Sinne von Pufendorf:

- a) die territoriale und personelle Abgrenzung einer bestimmten Gesellschaft zum Zwecke der Staatsbildung (Gesellschaftsvertrag);
- b) die Frage der Form der Regierung (Organisation der Staatsgewalt);
- c) die gegenseitigen Verpflichtungen der Regierenden und der anderen Mitglieder der Gesellschaft (Herrschaftsvertrag).

vgl. in diesem Zusammenhang: E.REIBSTEIN, Volkssouveränität und Freiheitsrechte, Bd.II, München 1972, S.85 ff.

So erklärt sich die Obrigkeit bereit, für die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit zu sorgen, die Untertanen versprechen dagegen, "daß sie willig seyn wollen, alles dasjenige zu thun, was sie (die Obrigkeit) für gut befinden wird"⁷¹⁾. Der Schwerpunkt der Ausführungen des Universallexikons liegt also deutlich beim Gehorsam der Untertanen, hierin liegt die Unterwerfung und Willenseinigung, die den regulären Staat konstituiert. Da die Sorge für die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit entweder einer oder verschiedenen Personen und zwar entweder "schlechterdings oder unter gewissen Bedingungen aufgetragen"⁷²⁾ wird, entstehen hieraus die verschiedenen Arten des gemeinen Wesens, "welche man die Regierungsformen zu nennen pfleget"⁷³⁾.

71) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146; der volle Wortlaut des Artikels lautet:
"Hingegen die Unterthanen versprechen dagegen, daß sie willig seyn wollen, alles dasjenige zu thun, was sie (Obrigkeit) für gut befinden wird. Da ein jeder Vertrag rechtmäßig ist, wenn er von beyden Parteyen nicht versprochen wird, als was dem Gesetze der Natur gemäß, ist, so siehet man auch, daß der Vertrag zwischen der Obrigkeit und den Unterthanen rechtmäßig ist indem er bloß dahin gehet, daß die Beobachtung des Gesetzes der Natur befördert und durch Widerspenstige nicht gehindert werde, weil viele nun verbunden sind, einen jeden rechtschaffenen Vertrag zu halten; so ist auch wohl die Obrigkeit als der Unterthan schuldig, den zwischen ihnen aufgerichteten Vertrag zu halten, und also muß die Obrigkeit ihr die Sorge für die gemeine Wohlfahrth und Sicherheit angelegen seyn lassen hingegen der Unterthan bereit und willig seyn, dasjenige zu thun und zu lassen, was dazu gut befindet."

72) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146.

73) Ibid.

Zedlers Lexikon unterscheidet dabei drei Arten von Staatsformen: Je nach Zahl der die höchste Gewalt ausübenden Personen sind Monarchie, Aristokratie und Demokratie zu unterscheiden⁷⁴⁾.

Die Demokratie ist eine "ordentliche Regimentsform, in welcher die Majestät bey dem gesamten Volck ist"⁷⁵⁾. Es wird betont, daß nicht eher eine Demokratie vorhanden sei, als bis das Grundgesetz einer Demokratie existiere, welches verlangt, daß der "Wille des einig gewordenen gesamten Volckes eine Richtschnur aller und jeder insbesondere seyn soll. Eine Menge also einzelner Personen, die sich verbinden zusammenzuhalten, ist noch kein Volck oder durch die Majestät vereinigt Volck, sondern es müssen ausdrücklich die in deren gemeinen Versammlungen festgesetzten Schlüsse, als ein allgemeines Gesetz angesehen werden..."⁷⁶⁾. Bei dem hier zugrundegelegten Artikel ist von "unumschränkter" und "umschränkter" Demokratie die Rede. "Die erstere ist, wenn allen Bürgern ohne Ausnahme ein gleiches Recht bey den öffentlichen Zusammenkünften zugestanden wird. Die andere hingegen ist, wenn einigen Bürgern ein

74) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539:
"Denn bißweilen ist sie in den Händen eines einzigen Menschen, welches die Monarchie heißet, bißweilen ist sie bey dem Rath, dazu man einige Personen aus der Republic erwählet, welches die Aristocratie ist, bißweilen kommt das Regiment auf die allgemeine Versammlung aller und jeder Haus-Väter an, und das ist die Demokratie, oder wie sie sonst auch genennet wird, die Politie".

75) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.524 ff.

76) Ibid.

sonderbarer Vorzug nach denen Grundgesetzen eingeräumt wird"⁷⁷⁾.

Das Lexikon verkennt dabei nicht den Vorzug der Demokratie, deren Staatsverfassung sich dem Stande der natürlichen Freiheit⁷⁸⁾ am meisten nähert und in der eine Befolgung der Gesetze eher gewährleistet ist, zumal die Bürger sich diese Gesetze selbst gegeben haben.

Nichtsdestoweniger ist die demokratische Verfassung der Freiheit des Eigentums und der Rechte am wenigsten günstig. Wenn die Souveränitätsrechte in den Händen des 'großen Haufens' sind, so erfolgt nicht die Ausübung derselben nach richtigen allgemeinen Grundsätzen.

"Man findet sehr selten Einigkeit, welche in geschwinden Fällen höchst nöthig ist: Ferner so muß die Vielheit derer Stimmen nicht, aber ihre wahre Wichtigkeit den Platz behalten: Sind nun viele Bürger erfahren, klug und wohlgesinnt, so besteht dadurch das gemeine Wesen: Wie offte läßt sich aber hierbey das Gegenteil verspüren? Und überhaupt sind unter einer großen Anzahl mehr böse und unverständige zu vermuthen"⁷⁹⁾.

Die 'große Anzahl' wird dabei von Laune und Leidenschaft regiert; sie wird durch den Eigennutz einzelner, durch die Eingebungen und Kunstgriffe der Demagogen⁸⁰⁾ irregeleitet. Eine weise, nach gleichen festen Grundsätzen handelnde Gesetzgebung

77) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.524.

78) Ibid. S.525.

79) Ibid. S.526.

80) Ibid.

ist also nicht zu erwarten. "So lange die Democratien noch äußerliche Feinde haben, so bestehen sie. So bald sie aber Frieden haben, mißbrauchen sie ihre Gewalt gegeneinander selber"⁸¹⁾.

Die aristokratische Regierungsform⁸²⁾ scheint die Fehler einer Volksregierung von Bürgern zu vermeiden, da aber die in solchem Stande lebenden Personen sich nicht nur durch ihre "Kräfte", sondern auch ihre Schwächen auszeichnen, "können nicht allemahl die besten Rathschläge ergriffen werden"⁸³⁾. Für das Lexikon ist diese Regierungsform somit nicht durchführbar. Es treten vor allem auch zu große Mängel in der Schnelligkeit der Ausführung geplanter Maßnahmen auf und darüber hinaus werden die an der Macht regierenden Familien versuchen, die übrigen von der Regierung auszuschließen. Aus Eifersucht, Argwohn und Eigennutz werden sie dem "gemeinen Wesen den größten Schaden" verursachen⁸⁴⁾.

Demgegenüber verweist das Universallexikon auf die Vorteile der uneingeschränkten Monarchie. An dieser Stelle mag die Annahme berechtigt sein, daß die Verfasser dabei vor allem an den preußischen Staat denken, der ihnen ohnehin als Leitbild dient. Die Vorzüge bestehen vor allem darin, daß eine

81) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.526.

82) Ibid. S.524; das Lexikon spricht von unumschränkter (temperatam) Regierungsform.

83) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1099.

84) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.526.

höchste Gewalt im Staat existiert, neben der irgendwelche Gruppen nicht aufkommen, die eine Aristokratie bedrohen. Infolge der Gleichförmigkeit, Geheimhaltung und schnellen Ausführung der Beschlüsse bietet sie den zuverlässigen Schutz gegen auswärtige Feinde⁸⁵⁾. Eine solche Monarchie bildet leichter eine feste Zentralstelle aus, wo sie die Räte gleich bei der Hand hat, wo der Amtsbetrieb schnell arbeitet und wo die Beschlüsse viel besser geheim bleiben⁸⁶⁾. Im übrigen ist sie deshalb die beste Regierungsform, "indem kein Regent den Nutzen seiner Unterthanen besser befördern kann, als ein Monarch"⁸⁷⁾.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einsicht des Lexikons, daß gerade die monarchische Regierungsform die Untertanen auch in großes Elend bringen kann, "aber wenn sie dieses thut, so ist es alsdenn nicht so wohl ein Fehler oder Mangel der Herrschaftsform, als vielmehr der Person, so in solchem Stande lebet, und desselben mißbrauchet"⁸⁸⁾.

Grundsätzlich gilt jedoch nach Meinung der Verfasser der hier zugrundegelegten Artikel, daß das Interesse des Regenten und das des Volkes nicht

85) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.524, vor allem Artikel Majestät, Bd.19, S.539.

86) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.524.

87) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Stand der Menschen, Bd.39, S.1095.

88) Ibid. S.1099.

entgegengesetzt sind; je blühender sein Land ist, je mehr Wohlstand und Zufriedenheit herrschen, desto größer ist seine eigene Macht⁸⁹⁾.

Die einzige Gefahr für die öffentliche Glückseligkeit in einer uneingeschränkten Monarchie ist nur dann gegeben, wenn auf Grund der Erbmonarchie verständnislose Männer das höchste Amt bekleiden. Aus Mangel an Einsicht oder aus Schwäche des Charakters können sie leicht zu Despoten werden. Ein solcher Monarch handelt aber wider seine Pflicht und die unparteiische Geschichte wird früher oder später das Urteil über ihn bzw. über seine Familie fällen. Im übrigen ist aber ein solcher Herrscher die Ausnahme für das Lexikon und jedes Versehen oder Abweichen von den Grundregeln der Monarchie darf nicht gleich als Recht auf Widerstand gedeutet werden. Auch die Regierenden sind irrende Menschen⁹⁰⁾.

Im übrigen wird der Regent seine Handlungen und Unternehmungen auf die Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wohls seiner Untertanen ausrichten.

"Denn ein gantzes gemeines Wesen wird wie eine Person angesehen, und viele verhalten sich gegeneinander wie verschiedene einzelne Personen. Gleichwie nun ein jeder Mensch eine unumschränkte Gewalt und Macht hat, sein Bestes zu befördern, und ihm niemand

89) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.541.
ZEDLER, Artikel Staats-Interesse oder Staats-Absichten, Bd.39, S.649/650.

90) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.541.

sich zu widersetzen Recht hat, als wenn er seine Macht ihm zu Schaden mißbrauchen will: eben so hat ein jedes gemeines Wesen seine Macht und Gewalt, das gemeine Beste zu befördern, ganz unumschränkt, und kann niemand anders mit Recht sich dagegen auflegen so lange er nicht Schaden abzuwenden verbunden ist"⁹¹⁾.

Das bedeutet, daß die Freiheit des einzelnen nur soweit eingeschränkt wird, als es notwendig erscheint, die Sicherheit und Freiheit aller zu schützen und aufrechtzuerhalten⁹²⁾. Im übrigen - und hier müssen wir uns wiederholen - betont das Lexikon als oberstes Ziel und "Pflicht der Obrigkeit"⁹³⁾, alles in ihrer Gewalt stehende zu tun, um zur "Glückseligkeit der Unterthanen"⁹⁴⁾ beizutragen. Dabei ist nicht an eine "Ausweitung des Staates (Conqueten)"⁹⁵⁾ oder Anhäufung staatlichen Reichtums gedacht, denn "hat der Fürst die größten Schatzkammern mit Geld angefüllet, so ist dies dem Land vielmehr schädlich, als daß es nützlich seyn solte, wenn das Geld ruhet"⁹⁶⁾. Es ist auch schlecht um einen Staat bestellt, wenn die Unterthanen nicht ihr Auskommen haben "oder in Unruhe und ...Furcht leben müssen"⁹⁷⁾.

91) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539.

92) Ibid. S.540.

93) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.662.

94) Ibid.

95) Ibid.

96) Ibid.

97) Ibid. S.663.

Mit dem Anspruch des "gemeinen Besten" ist es darüber hinaus nicht zu vereinbaren, wenn "die Gesetze oder die Verordnungen... nicht nach des Volcks oder Landes-Art eingerichtet sind; oder wo sie den Unterthanen zu einem Aufruhr Anlaß geben; oder wo sie dieselben zu den Verrichtungen untüchtig machen, welche zu Erhaltung der Republik nöthig sind; oder wenn die Grundsätze also eingerichtet sind, daß dadurch die öffentlichen Geschäfte nicht anders, denn langsam und schwerlich eingerichtet werden können"⁹⁸⁾.

Die wahre Glückseligkeit ist nach Ansicht des Lexikons dann zu erreichen, wenn man sich von bestimmten Zwängen und Ursachen lossagt⁹⁹⁾. Sie ist dann gegeben, wenn in einem Staate alles so beschaffen ist, "daß die Unterthanen bequem und ruhig leben können"¹⁰⁰⁾. Sie beruht "auf den Zustand des Regenten und der Unterthanen; auf die Einrichtung selbst und Verfassung bürgerlicher Gesetze, und auf die Beschaffenheit des Landes selbst"¹⁰¹⁾. Wenn diese Kriterien miteinander in Einklang gebracht werden, dann ist das erklärte Ziel des Staates, die Glückseligkeit, erreicht.

Die "Beförderung der gemeinschaftlichen Glückseligkeit" ist indessen nur als Oberbegriff für eine Anzahl von Haupt- und Nebenzwecken des Staates zu verstehen. An ihrer Spitze steht die

98) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.663.

99) Ibid.

100) Ibid.

101) Ibid.

Sicherheit, die der Staat jedem Mitglied für seine Person und sein Vermögen gegen alle gewaltsamen Angriffe und Störungen gewähren soll. Es geht um die Festlegung der Rechte und Pflichten zwischen den Untertanen, um die Regelung von Kollisionsfällen, um Aufklärung und Unterricht für die Untertanen, insbesondere über ihre moralischen und sittlichen Pflichten, in gewissen Fällen auch um die Wahrung solcher Pflichten. Die Zwecke des Staates lassen sich ohne Aufgabe gewisser Rechte, die die Menschen im Naturzustande haben, und ohne Übernahme von Pflichten nicht erreichen. Richtschnur für das Handeln ist nicht mehr die eigene Einsicht, welche Mittel zur Zweckerreichung am dienlichsten wären, sondern der "allgemeine Wille", der durch Gesetze proklamiert wird. Die Obrigkeit erläßt gleichsam als Sachwalter des allgemeinen Willens die zur "Beförderung des gemeinen Besten" notwendigen Gesetze und Verordnungen. Indem die Untertanen die gemeinschaftlichen Kräfte dieser Obrigkeit zur Verfügung gestellt haben, sind sie auch verpflichtet, mit körperlichen, geistigen und finanziellen Kräften dem Staat zu dienen. Auf das Recht der Selbstverteidigung haben sie Verzicht geleistet und die Obrigkeit damit betraut, die unter ihnen entstehenden Streitigkeiten zu schlichten und zu entscheiden.

Damit haben wir die wichtigsten Rechte der Obrigkeit umrissen, die in den folgenden Kapiteln einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen. Zunächst wird allerdings die Frage nach dem wirklichen Inhaber und Träger der Souveränität und der sie legitimierenden rechtlich-sittlichen Kompetenz im Vordergrund stehen.

K A P I T E L I I I

DIE MAJESTÄT UND DIE MAJESTÄTSRECHTE

Der Begriff der obersten Staatsgewalt wird in Zedlers Lexikon im institutionellen Sinne gewöhnlich mit Regimentsform, im Sinne der Herrschaft mit Majestät, an anderer Stelle mit Souveränität wiedergegeben. Entsprechend der Definition, daß die Majestät in "seinem innern und eigentlichen Wortverstande nach nichts anderes (ist), als das höchste Ansehen, die oberste Hoheit und Gewalt im Staate, welche ein jeder Souverän, er sey gleich ein König, freyer Herzog oder Republic besitzt"¹⁾ kann gefolgert werden, daß der Inhaber der Staatsgewalt der Souverän schlechthin ist. Wie im deutschen Sprachgebrauch bezeichnet das Wort vorzugsweise den Herrscher, der in seinem Staat 'souverän' ist.

Das Universallexikon befindet sich mit diesen Ausführungen in Einklang mit der Staatslehre eines Jean Bodin, der zum ersten Male grundlegend die Idee des souveränen, d.h. in seiner Gewalt von keinerlei äußeren oder inneren Mächten abhängigen, Zwischengewalten daher auch nicht mehr anerkennenden Staates behandelt. Der Monarch ist demnach Träger aller Hoheitsgewalt als deren

1) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535.

vornehmster Bestandteil das Gesetzgebungsrecht erscheint, ist selbst 'legibus solutus' und darin von allen Untertanen unterschieden. Diese wiederum sind an das fürstliche Gesetz gebunden und hier allein liegt die prinzipielle "Gleichheit vor dem Gesetz".

Gegenüber der im Monarchen vereinten Staatsgewalt ist etwa für Grundrechte der Untertanen kein Raum. Die Auffassung des Lexikons ist zwar ganz im Einklang mit Bodin, Pufendorf und Christian Wolff der aristotelisch-scholastischen Tradition des 'bene vivere' verbunden, d.h. der Bindung des Fürsten an ein göttliches und natürliches Recht und die Beschränkung obrigkeitlicher Gewalt durch Eigentum der Untertanen und natürliche Freiheit - und dies wiederum der "Beförderung der Ruhe und äußerlichen Glückseligkeit" wegen -, aber die Entscheidung über Recht und Unrecht steht allein dem Souverän zu - ein Recht auf Widerstand ist ausgeschlossen²⁾.

Diese Lehre von der Herrschersouveränität fand im Heiligen Römischen Reich eine Modifikation in der Lehre von der doppelten Majestas (es ging dabei um eine Begründung der unbezweifelten Bindung an die Reichsgrundgesetze durch die reale Majestät der Reichsstände, die es gestattete, den Kaiser in personaler Majestät gleichwohl als "princeps

2) vgl. darüber das Kapitel 'Das Widerstandsrecht'

legibus solutus" anzusprechen, dem die majestas zukomme). Sie leistete der Entwicklung der absolutistischen Auffassung von Landeshoheit und ihres Souveränitätsanspruchs (Majestät) in den Territorien Vorschub. Damit ergab sich freilich ein Widerspruch zum Reichsrecht wie zum positiven Verfassungsrecht der meist ständisch organisierten Territorien.

Wenn das Universallexikon bei seinen Ausführungen über die Lehre von der Herrschersouveränität von bestimmten Rechten, "welche diese Majestät unter sich begreift"³⁾ spricht, d.h. mit Pufendorf⁴⁾ ausdrückt, das "Teile der Souveränität" gemeint sind, so wird hier lediglich eine schon seit Pufendorf in Gang gebrachte Diskussion fortgesetzt, die aber an der Unteilbarkeit der Souveränität nichts änderte. Der Umfang der Gewalt, der 'plenitudo potestas' ist gemeint, wenn das Lexikon aus dem Zweck des Staates - die Glückseligkeit zu befördern - folgende Funktionen der Staatsgewalt als Teile der Souveränität ableitet:

3) ZEDLER, Artikel Staats-Recht (allgemeines), Bd.39, S.677.

4) vgl. Pufendorf und Barbeyrac, in: E.REIBSTEIN, Bd.II, a.a.O., S. 116 ff.

1. das Recht der Gesetzgebung;
2. das Recht der obersten Gerichtsbarkeit;
3. das Recht zur Beamtenernennung⁵⁾
4. das Recht über das Vermögen der Untertanen;
5. das Recht über Polizeisachen und Kommerzien;
6. das Recht auf Krieg bzw. Friedensschließung;
7. das Recht eines Fürsten in Kirchensachen⁶⁾.

Alle diese Teile der Souveränität müssen nach der Auffassung des Lexikons in ein und derselben Hand liegen⁷⁾. Trennt man diese Gewalten, so ergibt sich daraus keine echte Möglichkeit, "der Unterthanen Thun und Lassen zu regieren, und mit denen, die außer der Republick sind, im Namen derselben Krieg- und Friedenssachen vorzunehmen, den Endzweck der Republick zu erhalten"⁸⁾.

5) Das Recht, Ämter und Würden zu verleihen, wird nicht gesondert behandelt.

6) ZEDLER, Artikel Staatsrecht, Bd.39, S.677:
"Die Rechte, welche diese Majestät unter sich begreiffet, sind die Gewalt, Gesetze zu geben, nach welchen die Untertanen leben müssen; Recht zu sprechen, wodurch die Selbststrache aufgehoben wird; Obrigkeiten zu bestellen; die Laster zu bestraffen, und auf eines oder das andere diese oder jene Straffe zu setzen, das Schwerdt zu führen, und hinwiederum einen oder den anderen der Straffe zu entziehen, und ihm Gnade zu erweisen; das Staatseigenthum über gemeine und Privatsachen; das Recht, wegen des Gottesdienstes und der Mittel-Dinge Kirchen-Ordnungen zu machen, nicht aber der Zwang zum Gottesdienste; Ehrenstellen und Würden zu ertheilen; das Recht Kriege zu führen und Friede zu machen, welches letztere aber in besondere andere Republicken zugleich mit angehet..."
Vgl. ZEDLER, Artikel Regent, Bd.30, S.1767.

Artikel Politique, Bd.28, S.1526.

Artikel Regalien, Bd.30, S.1706 ff.

7) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535.

8) Ibid.

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die von der Doktrin postulierte Einheit der souveränen Staatsgewalt in der politischen Praxis doch mannigfach durchbrochen war und blieb: der absolutistische Staat vermochte ja die öffentliche Gewalt nie völlig zu monopolisieren. Das hat auch begriffsgeschichtlich seinen Niederschlag gefunden. Als 'souverän' galten im absolutistischen Staat zwar ausschließlich die Herrscher, nicht etwa auch die Stände, Parlamente oder sonstigen regional-eigenständigen Institutionen; wohl kam aber auch diesen verfassungspolitisch "retardierenden" Kräften nach Meinung der Zeit 'Autorität' zu, die Grenzen solcher Autorität waren freilich immer wieder umkämpft; ein sehr bezeichnendes Beispiel dafür ist die Randbemerkung Friedrich Wilhelm I. zu einer Eingabe seiner Stände (1716):

"Ich komme zu meinem zweig und stabilriere
die suverenitet und setze die krohne fest
wie ein Rocher von Bronse und laße die
herren Juncker den windt von Landtdahge"⁹⁾

Was nun das Wesen der Majestät angeht, so ist sie nach der Auffassung des Lexikons eine souveräne und unabhängige Gewalt, die von ihrem Inhaber so ausgeführt wird, wie er es für richtig hält, ohne darin von einem anderen Menschen wie von einem Höheren abzuhängen¹⁰⁾.

9) Acta Borussica, Behördenorganisation, Bd.2
(Berlin 1898), 352. Nr.175.

10) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535.

Diese höchste Gewalt ist gleichsam die Seele des Staates, durch die er lebt und im Gleichgewicht gehalten wird. Es ist jene einheitliche voluntas civitatis, durch die eine Mehrheit von Menschen überhaupt erst zur Einheit integriert wird¹¹⁾. Obwohl nun dieser Staatswille in der Wirklichkeit von physischen Personen erzeugt wird, so ist er doch als Wille des Staates von dem Privatwillen dieser Personen sorgfältig zu unterscheiden.

Wille des Staates und damit Prinzip staatlicher Akte ist der Wille jener Personen nur, soweit er staatliche Zwecke betrifft. Diesem Staatswillen als solchem kommt das Merkmal der Souveränität zu: Das Kriterium der Souveränität in einem Staate liegt darin, daß sie nach eigenem, völlig unabhängigen Ermessen darüber bestimmen kann, was ihrem Vorteil und Heil dienlich zu sein scheint¹²⁾. Da der Endzweck dieser höchsten Gewalt nichts anderes ist, als für die "Erhaltung und Wohlfahrt des Staates oder Republick"¹³⁾ Sorge zu tragen, ist das "Object, darauf sich die höchste Gewalt erstreckt... alles, was sich im Staat befindet, als die Personen oder Unterthanen, ihr Thun und Lassen, und die Haab und Güther, soweit es der Endzweck des gemeinen Wesens erfordert"¹⁴⁾.

Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang, daß "wenn die Gewalt die höchste seyn soll, so müsse sie sich auf alle Unterthanen und zugleich mit

11) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.541; vgl. Pufendorf und Barbeyrac in REIBSTEIN, Bd.II, a.a.O., S.118.

12) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146.

13) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.537.

14) Ibid.

auf die Geistlichen erstrecken"¹⁵⁾. Das bedeutet, daß diese höchste und von keinem höheren Menschen auf Erden abhängige Gewalt, auch ihre Handlungen nicht durch Belieben eines anderen menschlichen Willens ungültig gemacht werden können¹⁶⁾. Aus der Beobachtung, daß das Urteil über gut und böse verschieden ist, folgert das Lexikon:

"So kann einem die Herrschaft nicht mit der Bedingung übertragen werden, daß das Volck, wenn er wohl regieret, gehorchen soll, wenn er aber übel regieret, ihm widerstehen und ihn bestrafen kan, folglich findet nicht statt, daß der Regent und das Volck ständig unterworfen sind"¹⁷⁾.

Zedlers Universallexikon geht in diesem Zusammenhang, was das Ausmaß der höchsten Gewalt und damit die politischen Möglichkeiten des Herrschers anbelangt – der ja mit der höchsten Gewalt identisch ist – noch einen Schritt weiter. Es wiederholt nicht nur, daß vom Herrscher weder politisch noch strafrechtlich Rechenschaft verlangt werden könnte, es erweitert vielmehr die Legitimität, daß der Herrscher von allen positiven menschlichen Gesetzen entbunden ist¹⁸⁾. Das Universallexikon redet auch

15) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.537.

16) Ibid. S.544.

17) Ibid.

18) Ibid. S.536:

"...daß Fürsten, die niemand als Gott über sich haben, an keine menschlichen Gesetze gebunden sind. Weil sie Menschen sind, stehen sie unter den göttlichen Gesetzen, indem sie Gott als ihren Ober-Herren anzusehen haben, menschliche Gesetze aber können sie deswegen nicht verbinden, weil sie als die höchste Obrigkeit keiner menschlichen Bothmäßigkeit unterworfen sind".

hier wieder Pufendorf das Wort, wenn es ausführt, daß solche Gesetze nichts anderes sind, als Gebote der souveränen Gewalt hinsichtlich dessen, was die Untertanen zum Wohle des Staates beachten müssen.

Es ergibt sich natürlich jetzt die Frage, inwieweit bei dieser Sachlage überhaupt noch von der Verbindlichkeit positiver Gesetze oder gar der sogenannten Fundamentalgesetze für den Herrscher gesprochen werden kann. Das Lexikon führt hier aus, daß diese Art von Gesetzen (gemeint sind zunächst die positiven) die Herrscher nicht unmittelbar verpflichten²⁰⁾; sie hängen in ihrer Entstehung und in ihrer Dauer vom Willen der Majestät ab, weshalb der Fürst ihnen nicht kraft ihrer Verbindlichkeit gerade als Gesetz unterworfen sein kann²¹⁾; sonst wäre er sich selbst übergeordnet, was sinnlos ist.

"Aus Klugheit nehmen sie die Gesetze, die sie ihren Unterthanen vorgeschrieben, selbst in acht, damit sie durch ihr Beispiel das Volck desto eher zum Gehorsam bewegen können. Den Grundgesetzen kommen sie zwar nach, wie aber selbige keine eigentlichen Gesetze sind, sondern vielmehr eingegangene Verträge und Vergleiche, also geschieht dies nur wegen des natürlichen Gebots, daß man die Verträge halten soll"²²⁾.

19) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.540. vgl. auch E.REIBSTEIN, Bd.II, a.a.O., S.118.

20) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.536.

21) Ibid.

22) Ibid.

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, kurz auf den Begriff des sogenannten 'lex fundamentalis' oder Grundgesetz - wie es seit 1645 in deutscher Übersetzung anzutreffen ist²³⁾ - einzugehen. Neben der allgemeinen Bedeutung von Gesetzen, "welche entweder von dem gesamten Volcke oder doch von deren vornehmsten Ständen desselben zu besserm Aufnehmen des gemeinen Wesens mit dessen Fürsten und Regenten verabredet und errichtet werden"²⁴⁾, gelten als 'Reichsgrundgesetze', "gewisse zwischen dem Kaiser und den Ständen getroffene Konventionen und Vergleiche, wodurch der Staat des Heiligen Römischen Reichs ganz oder zum Teil formiert oder erhalten wird"²⁵⁾.

Wesentlich für den Charakter der Grundgesetze ist demnach die Form des Zustandekommens, auf Reichsebene vor allem der Charakter als Verfassungsgesetz. Die Garantie der sogenannten 'Freiheiten' gehört dagegen nicht zum Wesen des Grundgesetzes²⁶⁾. Die Freiheitserklärungen wurden lediglich den 'Grundgesetzen' zugerechnet²⁷⁾, aber nicht wegen ihres freiheitsverbriefenden, sondern bestenfalls wegen ihres verfassungsrechtlichen Charakters bzw. ihres Zustandekommens.

23) vgl. Artikel Grundrechte, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.1055.

24) ZEDLER, Artikel Reichsgrundgesetze, Bd.31, S.83.

25) Ibid.

26) vgl. Artikel Grundrechte, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.1055.

27) Ibid. Anmerkung 19 und 22.

Hinsichtlich der Verbindlichkeit der 'leges fundamentales' verweist das Lexikon²⁸⁾ auf Pufendorf und Christian Wolff. Pufendorf²⁹⁾ bejaht die Bindung des Herrschers einerseits an die 'leges fundamentales', der politischen Wirklichkeit im Reich entsprechend³⁰⁾, andererseits sieht er den Herrscher gebunden an den Zweck des Staatswohls und an das Naturrecht³¹⁾. Christian Wolff verweist ebenfalls auf die 'leges fundamentales' als einzige Bindung der höchsten Gewalt³²⁾; sie bieten vor allem die Möglichkeit, wie sich am Auswanderungsrecht zeigt, Rechte einzelner gegenüber dem Herrscher festzulegen³³⁾.

Aus dem oben aufgezeigten Sachverhalt ist die Auffassung des Lexikons nur allzu schlüssig, daß die auch den Reichsfürsten zugesprochene souveräne Gewalt als heilig und unverletzlich anzusehen ist. Bevor wir in eine Diskussion darüber eintreten, ist noch die Frage nach dem Ursprung³⁴⁾ der Majestät zu untersuchen, denn hier werden sich gerade einige Folgerungen für den ersten Punkt ergeben. Das Lexikon stellt hier im wesentlichen drei Meinungen gegenüber.

28) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.536.

29) dazu Hans WELZEL, Die Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs (Berlin 1958).

30) vgl. Artikel Grundrechte, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.1059.

31) Ibid.

32) Ibid.

33) Ibid. S.1060.

34) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.542.

"Einige haben die Majestät von Gott herleiten wollen, welche Meinung auf zweierlei Art pflegt vorgetragen zu werden. Denn etliche machen einen Unterschied unter der Majestät und unter der Ertheilung derselbigen und sagen, daß Gott zwar unmittelbar Urheber der Majestät sey, sie werde aber mittelbar mittelst der Einwilligung des Volcks diesem oder jenem übergeben, welches die Gedanken des Conrings de majestate civili § 14 sind".³⁵⁾

Ausführlich beschäftigt sich das Lexikon in diesem Zusammenhang mit einem deutschen Lutheraner, Johann Friedrich Horn³⁶⁾, der in seinem Buch 'De civitate' zwischen der Sache des Staates und der Sache der Obrigkeit oder Souveränität unter dem Gesichtspunkt des göttlichen Ursprungs unterschieden wissen wollte: die Staaten, das gibt Horn zu, beruhen auf Konventionen, aber die Obrigkeit, der Fürst, erhält die höchste Gewalt unmittelbar von Gott; die freien Völker - im Sinne des Grotius zum Beispiel, d.h. diejenigen, die sich selbst einen König wählen, bekleiden ihn darum nicht mit der höchsten Gewalt. Sie bestimmen nur denjenigen, dem der Himmel sie übertragen soll. Menschliches Tun könne in keiner Weise das höchste, das es in der Welt gibt, die Souveränität, hervorbringen. Das Universallexikon lehnt dies ab³⁷⁾, weil damit alle

35) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.542.

36) Ibid. Der Verfasser über Horn de civitate, lib.2, Cap.I:

"Andere gehen noch weiter und behaupten, daß Gott unmittelbar einem die höchste Gewalt auftrage, so daß das Volk nichts mehr dabey hätte, als daß es diejenige Person anzeige, der Gott die höchste Gewalt aufgetragen...".

37) Ibid.

Rechtsbeziehungen der Herrscher mit ihren Untertanen und alle Grundgesetze des Staates über den Haufen geworfen werden.

"Einmal hat man schon zu den älteren Zeiten dieses den Leuten weiß gemacht, daß die Könige und Regenten unmittelbar von Gott eingesetzt würden, und dieses zu einem Staatsstreich gebraucht, damit man auf solche Art das Volk desto eher in dem blinden Gehorsam erhalte, in welcher Einbildung sie noch mehr durch allerhand Betriegerereyen der Priester unterhalten worden. Andere haben damit ihre Fürsten schmeicheln und ihnen desto größeres Ansehen bringen wollen, oder haben sich durch verschiedene Sprüche Heiliger Schrift, die sie nicht recht verstanden, dahin verleiten lassen, daß also die Veranlassung und Absicht solcher Meinungen nichts daucht."³⁸⁾

Aus diesem Zitat die Schlußfolgerung ziehen zu wollen, daß das Lexikon den göttlichen Ursprung der Majestät ablehne, wäre jedoch verfehlt. Das Lexikon schlägt hier einen Mittelweg ein und betont die Übereinstimmung mit Pufendorf³⁹⁾.

38) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.542.

39) Ibid. S.543; das Lexikon verweist auf Pufendorf Jus Naturae et Gentium, VII, 3, § 2.

"Noch andere erwähnen die Mittel-
Strææ und sagen, daß Gott zwar in
so weit überhaupt Urheber der Majestät
sey, so fern man nach seinem Willen
zur Erhaltung und Ruhe des mensch-
lichen Geschlechts habe bürgerliche
Gesellschaften aufrichten müssen; sie
werden aber durch die Einwilligung
des Volcks, es sey durch eine Erbfolge
oder Wahl, einem unmittelbar aufgetragen,
jedoch so, daß Gott dabey seine beson-
dere Direction habe und ohne dessen
Willen niemand zur Regierung kōnnen
kōnne"⁴⁰⁾.

Für Zedlers Universallexikon stellt sich diese
'besondere Direction' so dar, daß die Menschen
beim Nachdenken über ihre Lage vor der Entstehung
der Staaten einsehen konnten, daß Gott die Bil-
dung solcher Gesellschaften wollte, ohne die sie
nicht im Frieden und Sicherheit hätten leben
können; indem sie also ihrer Vernunft gemäß dem
Ziele des natürlichen Gesetzes folgten, haben sie
den Willen Gottes effektiv erfüllt. Nach der Auf-
fassung des Lexikons genügt dies, um den Ursprung
der Staatsgewalt als göttlich zu betrachten und
die Untertanen zur Achtung und Ehrerbietung für
ihre Herrscher zu veranlassen.⁴¹⁾

40) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.543.

41) Ibid.

So gesehen versteht es sich von selbst, daß das Lexikon die oberste Gewalt als heilig und unverletzlich anerkennt. Dieser Anspruch gilt für die "majestatem absolutam oder limitatam"; eine Einschränkung der Gewalt wegen "bestimmter Grund-Gesetze thut der höchsten Gewalt keinen Eintrag"⁴²⁾.

"Denn daß sie solchen Grund-Gesetzen nachkommen, dieses geschieht nicht wegen der Krafft einer damit verknüpften Verbindlichkeit, sondern wegen des freywillig aufgerichteten Vertrags, den man nach dem natürlichen Recht zu halten verbunden ist"⁴³⁾.

Am stärksten wird somit die Gewalt des Fürsten dann eingeschränkt, wenn bei Übernahme der Herrschaft zwischen Monarch und Volk ausdrücklich vereinbart wird, daß der Fürst seine Herrschaft nach bestimmten Grundsätzen führen soll und solche Angelegenheiten, über die er kein absolutes Bestimmungsrecht hat, an die Versammlung des Volkes oder der Vornehmsten bringen und ohne deren Zustimmung nichts verordnen soll; andernfalls wollen die Untertanen an solche Befehle nicht gebunden sein. In diesem Falle hat das Volk nicht absolut und allgemein Gehorsam gelobt, sondern nur soweit die Herrschaft den Grundgesetzen gemäß geführt wird; die von ihnen abweichenden Handlungen sind ipso iure ungültig und haben keine verbindliche Kraft⁴⁴⁾.

42) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.538.

43) Ibd.

44) Ibd. S.537/538.

Eine derartige Beschränkung verstümmelt die Souveränität nicht; es können in einem solchen Staate alle Rechtshandlungen vorgenommen werden wie in einem Staat mit absolutem Souverän, nur daß die Kraft der höchsten Gewalt von der Zustimmung einer Versammlung als der *conditio sine qua non* abhängt. Auch bestehen nicht zwei Willen, sondern alles, was der Staat will, will er durch den Willen des Königs⁴⁵⁾, nur daß dieser Wille insoweit unwirksam ist, als die Bedingung nicht erfüllt ist. Die höchste und die absolute Gewalt sind eben nicht ein und dasselbe: jene bezeichnet die Abwesenheit eines Höheren oder Gleichgeordneten; diese die Fähigkeit, nach eigenem Ermessen ein Recht auszuüben⁴⁶⁾.

Die Untertanen müssen allen Anordnungen der bürgerlichen Gesetze gehorchen und ihnen nachleben, sofern sie nichts enthalten, was den natürlichen und damit göttlichen Gesetzen zuwiderläuft. Sie befolgen diese nicht nur aus Furcht vor Strafe, sondern auch um des Gewissens willen und kraft des natürlichen Rechts, das mit einem seiner Gesetze befiehlt, dem Herrscher zu gehorchen⁴⁷⁾.

Dieser recht einseitige Pflichtenkatalog des Untertanen wird freilich dadurch etwas gemildert,

45) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.537/538.

46) Ibid.

47) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539.
Republick, Bd.31, S.658.
Unterthan, Unterthanen, Bd.49,
S.2254.

daß nach Auffassung des Lexikons der Herrscher stets die Förderung des 'gemeinen Besten' im Auge hat. Es wird daher immer wieder betont, daß das Glück des Fürsten und das des Volkes wechselseitig bedingt sind⁴⁸⁾. Diese Auffassung steht in völligem Einklang mit der Tradition der aristotelischen Philosophie des Politischen, wo es heißt, daß das Glück für die auf Freiheit gegründete Stadt und für den einzelnen dasselbe sei⁴⁹⁾.

Die Ausführungen des Lexikons zeigen nun gerade hinsichtlich der Herrschaftsauffassung noch eine deutliche Parallele zu der praktischen Philosophie der Aristotelestradition, mit der - wie Hans Maier⁵⁰⁾ ausgeführt hat - die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten beginnt.

So wird im Lexikon immer wieder die persönliche Rechtschaffenheit des Fürsten betont⁵¹⁾, wenig oder gar nicht auf die Theorie eines guten Staates hingewiesen. Die Erklärung ist darin zu finden, daß entsprechend der zeitlichen Einordnung des Universallexikons sich der ursprüngliche teleologische

48) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658, 661 ff.

49) Joachim RITTER, Zur Grundlegung der praktischen Philosophie bei Aristoteles, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 45 (1960), S. 177-199.

50) Hans MAIER, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, in: Politische Wissenschaft in Deutschland (Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis), München 1969, S.20. DERSELBE, Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition, in: Politische Wissenschaft in Deutschland, a.a.O., S-133-152.

Zusammenhang von Ehtik, Ökonomie und Politik durch die christliche Tradition gelockert hat⁵²⁾. Von nun an kommt alles auf die Tugend an, die sich im persönlichen Leben, in der wirtschaftlichen Sphäre, im Staat gleichsam wie in verschiedenen Rollen bewährt, während die Eigengesetzlichkeit dieser Bereiche noch kaum gesehen und ihre Theorie dementsprechend vernachlässigt wird⁵³⁾.

Darüber hinaus ist es vor allem eine Konsequenz aus dem veränderten Verhältnis von Politik und Ehtik im christlichen Denken. Wo gutes Leben wesentlich aus der moralischen Einstellung der Einzelperson verstanden wird, als personale Tugend, der sich verschiedene Lebensstellungen wahlweise zuordnen können, da kommt alles auf die persönliche Rechtschaffenheit des Fürsten, wenig oder gar nichts auf die Theorie des guten Staates an. Diese Auffassung hat auch in Zedlers Lexikon ihren Niederschlag gefunden und so ist es zu verstehen, wenn unter der Theorie des guten Staates wesentlich das Traditionsgut der Auffassung von Herrschaft als Amtspflicht des Fürsten⁵⁴⁾ zu verstehen ist.

52) Hans MAIER, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, a.a.O., S.21.

53) Ibid.

54) ZEDLER, Artikel Staatsklugheit, Bd.39, S.651 ff. das entspricht zugleich dem 'personalen Ethos' mittelalterlicher Staatsauffassung, in der Herrschaft nicht formell aus einer zentralen Gewaltquelle abgeleitet, sondern als eine aller Delegation vorausliegende 'Teilhabe' des einzelnen Herrschaftsträgers am Staat, an der 'Staatsidee im platonischen Sinne' begriffen wird; so H.MITTEIS, Land und Herrschaft. Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch O.Brunners, in: HZ 163 (1941), S.280 ff.

Zedlers Universallexikon geht in der Beschreibung der guten Amtsführung sogar soweit, daß es dem Herrscherideal eher 'aufklärerische' Wesensmerkmale zubilligt. So sind zukünftige Herrscher durch beste Lehrer zu erziehen, eine Schulung in der Wissenschaft ist unumgänglich, wie überhaupt jeder Herrscher nach festen Prinzipien handeln sollte⁵⁵⁾. Der Idealherrscher muß Laune und Willkür, Unwissenheit und Leidenschaftlichkeit überwinden, er wird nie auf seinen eigenen Vorteil sehen⁵⁶⁾. Darüber hinaus sollte er juristisch vorgebildet sein, Erfahrung haben im Umgang mit Leuten und sein Amt mit Behutsamkeit führen⁵⁷⁾.

Für ein solches Herrscherideal war der Gedanke einer Gewaltenteilung fremd⁵⁸⁾. Das Lexikon hält es hier mit Pufendorf, für den ein Staat nur dann als 'gesund' gilt, wenn das 'summum imperium' ungeteilt in einer Hand liegt⁵⁹⁾. Bestehende Mitwirkungsrechte einzelner Gruppen werden deshalb auch nicht unter dem Gesichtspunkt einer allgemeinen Machtbeschränkung gesehen, sondern als Sicherung jeweils bestehender Rechte⁶⁰⁾.

55) ZEDLER, Artikel Staatsklugheit, Bd.39, S.651/652.

56) Ibid.

57) Ibid.

58) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535, vor allem S.539.

59) Ibid. vgl. dazu Artikel Gewaltenteilung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.931, Anmerkung 48.

60) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.538.
Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91,

Ein weiteres Hindernis für den Aspekt herrschaftlicher Machteinschränkung lag in der zögernden Ausprägung des naturrechtlichen Denkens in Deutschland. Wegen der nach dem 30-jährigen Krieg vielfältigen, von den Territorien zu lösenden Aufgaben richtete sich das Denken sehr viel stärker auf das Wohl der Gesamtheit als auf Rechte der Individuen. Die Fürsorgepflicht des Landesherrn wurde außerordentlich stark betont. Mit Pufendorf ausgedrückt könnte man sagen: "Generalis lex summorum imperantium est haec: salus publica suprema lex esto"⁶¹⁾.

Freilich findet sich daneben auch der Satz, daß die einzelnen bei der Übertragung der Gewalt auf den Herrscher "de suis juribus omnia sibi reserveasse... quae cum natura civitatis consistere possint"⁶²⁾, wobei natürlich über das Maß der für den Gesellschaftszweck erforderlichen Rechte Divergenzen entstehen konnten. Meistens wurde allerdings der Anspruch der Gesamtheit sehr breit verstanden. "Die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit ist

61) vgl. dazu Artikel Gewaltenteilung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.933. ZEDLER, vor allem Artikel Majestät, Bd.19, S.535, 537, 539. ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658. ZEDLER, Artikel Obrigkeit (allerhöchste), Bd.25, S.247. vgl. Hans MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Neuwied 1966), S.116 ff.; vgl. Walter MERK, Der Gedanke des gemeinen Besten in der deutschen Staats- und Rechtsentwicklung, in: Festschrift für Alfred Schultze, hg. von Walter Merk (Weimar 1934), S.469.

62) vgl. Artikel Gewaltenteilung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.933.

das höchste und letzte Gesetz im gemeinen Wesen"⁶³⁾, sie geht der besonderen durchaus vor. Die Regel, nach der alles zu entscheiden war, lautet:

"Thue, was die gemeine Wohlfahrt befördert und die gemeine Sicherheit erhält. Hingegen unterlaß, was die gemeine Wohlfahrt hindert und der gemeinen Sicherheit zuwider ist"⁶⁴⁾.

Das Lexikon betont zwar an anderer Stelle⁶⁵⁾, daß der Mensch unverzichtbare Rechte besitze, daraus aber eine Trennung der Majestätsrechte ableiten zu wollen, wäre noch verfrüht. In Zedlers Universallexikon läßt sich lediglich eine gewisse Tendenz dahingehend erkennen, ein umfassendes 'ius scriptum' zu schaffen, um den Staat so in das Recht zu stellen. Auch hier bei hatte eher die deutsche naturrechtliche Auffassung als die Aufklärungsphilosophie westeuropäischer Prägung Einfluß⁶⁶⁾.

Obwohl Montesquieus 'Geist der Gesetze' erstmals 1753 übersetzt und damit in Deutschland bekannt wurde, werden die nach der heutigen Sicht an zentraler Stelle stehenden Kapitel in Zedlers Universallexikon nicht besprochen. Auch für die vielerlei kulturgeschichtlichen Bemerkungen, die

63) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken..., a.a.O., §§ 215, 218, S.163 u. 164.

64) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.540.

65) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205, 1217; vgl. auch das Kapitel 'Der Untertan in der Bürgerlichen Rechtsordnung'.

66) Hans von VOLTELINI, Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18.Jahrhunderts, HZ 105 (1910), S.69, 71.

lokale Bedingtheit der Gesetze und den Gedanken der altgermanischen Freiheit, der damals in Deutschland gelehrtes Interesse fand, findet sich im Lexikon kein Hinweis.

Für die Verfasser des Lexikons war der englische Verfassungsgedanke kein Vorbild. Sie reden vielmehr dem obrigkeitlichen Stand das Wort, weil er allein zu einer schnellen Lösung aller anstehenden Fragen befähigt⁶⁷⁾. Die einzige Forderung, die das Lexikon in diesem Zusammenhang erhebt, ist eine strenge Beachtung der Gesetze durch den Monarchen⁶⁸⁾.

Abschließend könnte man die Auffassung des Universallexikons gegenüber einer Gewaltenteilung mit der selbstbewußten Kritik Carl Gottlieb Svarez vergleichen, die dieser in seinen 'Kronprinzenverträgen' (1791/1792) macht. Obwohl zwischen Zedlers Universallexikon, soweit wir die Ausgabe des 64.Bandes (1754) zugrundelegen, und Svarez Ausführungen 40 Jahre liegen, ist die Aussage bezüglich dieser Frage nahezu identisch.

Svarez führt aus, daß das so "glückliche Gleichgewicht" einer beschränkten Monarchie letzten Endes doch ein Hauptmangel sei, "wären doch dauernde Störungen zu befürchten, Grenzüberschreitungen

67) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539.

68) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.7o2.

zwischen den politischen Mächten und damit eine immerwährende Eifersucht⁶⁹⁾. Damit müßten sich zwangsläufig nachteilige Folgen für die Glückseligkeit und Moralität des Volkes ergeben. Der in diesem System gegebene Vorteil einer sehr viel freieren Lebensgestaltung und größeren politischen Interesses würde damit wieder aufgehoben werden. Wegen der Schnelligkeit und Sicherheit der Entscheidungen und ihrer Durchführung sei die unumschränkte Monarchie auf jeden Fall überlegen. Allerdings müsse der Monarch richtige Begriffe haben, dann werde er auch kein Interesse zeigen, das von dem des Volkes abweiche oder ihm gar entgegengesetzt sei⁷⁰⁾.

Nachdem wir uns in diesem Kapitel einen Überblick über die Stellung des Herrschers im Staate im ganzen verschafft haben, wenden wir uns jetzt den Rechten der Obrigkeit als solchen zu. Entsprechend der ablehnenden Haltung gegenüber einer Gewaltenteilung kann bei der Darstellung der einzelnen Hoheitsrechte eine Unterscheidung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vollziehung nicht getroffen werden. Sie wäre auch ohne praktische Bedeutung, da der Herrscher - wenigstens theoretisch - Träger aller dieser Teile der höchsten Gewalt sein wird.

69) CONRAD/KLEINHEYER (Hrg), Vorträge über Recht und Staat von Carl Gottlieb Svarez (1746-1798), Köln und Opladen 1960, S.474 u. 475.

70) Ibid. S.475; vgl. dazu ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539; Artikel Staatsklugheit, Bd.39, S.651.

Der Überblick über die einzelnen Rechte staatlicher Gewaltausübung folgt im wesentlichen der bereits im Lexikon genannten Reihenfolge. Wenn wir dennoch mit dem "Recht auf Krieg bzw. FriedensschlieÙung" beginnen, dann deshalb, weil gerade hier der Einblick in die sittlichen Grundlagen des preußischen Militär- und Machtstaates - so wie er sich den Verfassern des Lexikons präsentierte - am besten möglich ist.

1. Das Recht auf Krieg bzw. Friedensschließung

Bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes muß eingangs darauf hingewiesen werden, daß die Ausführungen des Lexikons hier im besonderen Maße an Hugo Grotius, De Jure Belle ac Pacis bzw. an Justus Lipsius, dem Vertreter des politischen Humanismus und der neustoisichen Philosophie, oder - um Gerhard Oestreich¹⁾ zu zitieren - dem Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates - ausgerichtet sind. Der Bezug auf Justus Lipsius²⁾ und dessen Hauptwerk "Politicorum seu civilis doctrinae libri sex" erscheint um so wichtiger, als gerade die noch im folgenden zu erhärtende Aussage über den gerechten und ungerechten Krieg bzw. die Forderung nach militärischen Machtmitteln als Voraussetzung für das Werden des "souveränen Machtstaates", deutlich von Lipsius diesbezüglichen Vorstellungen geprägt sind.

Hatten wir schon in dem vorausgehenden Kapitel darauf hinweisen können, daß das Universallexikon die Rolle der Obrigkeit immer in Zusammenhang mit dem Gemeinwohl und dem gemeinen Nutzen

1) Gerhard OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, in: HZ 181 (1956), S.31 ff. DERSELBE, Römischer Stoizismus und oranische Heeresreform, in: HZ 176 (1953), S.17 ff.

2) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1398.

als bestimmende Faktoren ihres Handelns sah, so wird diese Maxime zunächst beibehalten, aber die moralische Autorität und sittliche Größe allein genügen nicht mehr. Mit der Forderung nach militärischer Gewalt wird der Bereich staatlicher Macht erweitert.

Unter dem Einfluß von Lipsius breitet das Lexikon eine politisch-militärische Tageslehre aus, die für die Geschichte des Frühabolutismus und das Werden des Machtstaates von Bedeutung geworden ist.

Bei der Durchsicht der entsprechenden Artikel in Zedlers Universallexikon fällt zunächst einmal auf, daß der Begriff 'Kriegsrecht' nicht nur nach dem Vorbild Grotius das *ius belli* des förmlichen Krieges bezeichnet, sondern auch in diesem Sinne im Innern des Landes, nämlich im Falle eines Bürgerkrieges, Anwendung findet. So stellt das Lexikon 1737 fest:

"Das Kriegsrecht hat zwar sein vornehmstes Absehen auf die Kriegszeiten, inmittelst kann es aber auch währenden Frieden, sowohl in Absicht derer Soldaten und sonst statthaben. Die Armeen leisten nicht nur Dienste, wenn der Feind einbrechen will, sondern dienen auch zum Schutz und Schirm derer Unterthanen. Die Soldaten müssen in Friedenszeiten oft

zuwege bringen, daß denen Bürgerlichen Gesetzen von jederman gehorsam nachgelebet werde"³⁾.

In diesen Fällen handelt es sich vornehmlich um den Einsatz von Soldaten gegen Aufruhr. Es betrifft Zustände, die das Lexikon an anderer Stelle als Duell, Straßenraub oder Rebellion bezeichnet⁴⁾. Das Ziel ist die Wahrung des Landfriedens und derartige Formulierungen machen somit "den Bezug zur Landfriedensstiftung des 12. bis 16. Jahrhunderts deutlich, zu jener ersten großen Reformmaßnahme gegen öffentliche Notstände um des gemeinen Nutzens willen"⁵⁾.

Abgesehen von der Tatsache, daß der Begriff 'Krieg' eine Bezeichnung für militärische Gewaltanwendung bei Bedrohung der Obrigkeit durch Feinde oder durch eigene Untertanen war, ist der erwähnte Artikel noch insofern von Interesse, als sich eine für die kommende Zeit bedeutende Verdoppelung des Kriegsrechtsbegriffs anzeigt. Der Begriff 'Kriegsrecht' muß auch als Synonym für 'Kriegsartikel' und 'Kriegsgesetze' gesehen werden. Es geht dabei um Rechtsregeln, die für die Aufrechterhaltung der Zucht unter den Soldaten notwendig sind⁶⁾.

3) ZEDLER, Artikel Kriegs-Recht, Bd.15, S.1934.

4) ZEDLER, Artikel Staatsinteresse, Bd.39, S.650.

5) vgl. Artikel Ausnahmezustand (Kriegsrecht), in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.1, S.332 ff.

6) ZEDLER, Artikel Standrecht, Bd.39, S.1134 ff: "Da 'Kriegsrecht' und 'Kriegsgericht' vielfach synonym verwandt wurden, konnte sich die Formel 'Kriegs- oder Standrecht' durchsetzen und schließlich mit der Anwendung des Kriegsrechts gegen die Unterthanen auch das Standrecht verhängt werden".

Wo Aufruhr erregt wurde, wo den Aufrührern die Qualität einer Bürgerkrieg führenden Partei nicht zuerkannt wurde, dort herrscht nicht Kriebsrecht im Sinne einer rechtlichen Kriebsführung, sondern das 'Kriebsrecht', das normalerweise nur für das "besondere Gewaltverhältnis" des Soldatenstandes galt. Insoweit kannte das 18. Jahrhundert noch keine Entgegensetzung von Kriebs- und Naturzustand zum Friedens- und Zivilisationszustand des Staates trotz Trennung von Kriebs- und Civilstaat⁷⁾.

Die bürgerliche Gesellschaft war als 'zivile' auch eine antikriegeische und dem rohen Naturzustand entgegengesetzte Veranstaltung nicht nur der öffentlichen Ruhe, sondern auch der die Kreatürlichkeit überwindenden Zivilisation. 'Bürgerlich', 'zivil' war zwar als Gegensatz zu 'kriegeierisch' oder, wie wir heute sagen 'militärisch' verstanden worden, nicht aber als Gegensatz zu 'staatlich' oder 'öffentlich', wie später nach der Erhebung der bürgerlichen Gesellschaft gegen den fürstlichen Machtstaat. Zur Zeit des Universallexikons war gerade er Garant und Förderer der Zivilisation und die Erhebung gegen ihn eine rebellierende Aktion, die eine 'kriegeierische' Entgegnung erforderte, während der die 'bürgerlichen' Gesetze schweigen. Eine weitere Rechtfertigung der militärischen Maßnahmen als durch

7) ZEDLER, Artikel Staat oder Etat, Bd.39, S.640.
 Artikel Staat (Kriebs) oder Militair-Staat.

die Berufung auf das Notwehr-Prinzip⁸⁾ bedurfte es nicht, die Institutionalisierung und Regelung eines Ausnahmezustandes ist für das Lexikon keine Frage dieser Zeit.

Wenden wir uns jetzt aber dem Recht zur Kriegsführung⁹⁾ im völkerrechtlichen Sinne zu, so wie es freien Staaten¹⁰⁾ zusteht und nicht denjenigen, "welche einer andern Oberherrschaft unterworfen sind"¹¹⁾, Zedlers Universallexikon beruft sich dabei zunächst auf das Naturrecht und betont in diesem Zusammenhang immer wieder, daß es keine Erbfeindschaften zwischen einzelnen Völkern oder Staaten gibt. Aus der natürlichen Gleichheit und aus der Geselligkeit fließen die Pflichten der Notwendigkeit. Zu den Pflichten der Gefälligkeit gehören vor allem das Anbieten einer Vermittlerrolle zwischen streitenden Parteien, das freie Durchzugsrecht und die Ermöglichung von Handels-

8) ZEDLER, Artikel Noth-Recht, Bd.24, S.1434:
"Was die Menschen-Gesetze betrifft, so fragt sichs, ob selbige eine so starke Verbindlichkeit haben, daß man ihrentwegen im Fall der Noth das Leben daran setzen müsse? Wozu man allerdings ja sagen muß, wenn die hohe Obrigkeit solches ausdrücklich im Gesetz einrückt, indem dieses die Wohlfahrt des gemeinen Wesens erfordert, vor welche alle Glieder auf bedürffenden Fall das Leben in die Schantze zu schlagen, verstanden wird."

9) vgl. Emer de Vattel: Le droit des gens ou principes de la loi naturelle (in: Die Klassiker des Völkerrechts, hrsg. von W.Schätzel, Bd.III, Tüb. 1959, S.365 ff.

10) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.104.

11) Ibid.

beziehungen¹²⁾. Zu den Pflichten der Notwendigkeit gehört es, die Länder, Rechte und Vorzüge des anderen Staates nicht anzutasten¹³⁾.

Eines der Ziele jeder politischen Gemeinschaft muß deshalb darin bestehen, sich mit allen Kräften gegen jede Verunglimpfung oder Gewalt von außen zu verteidigen¹⁴⁾. Wenn die Gemeinschaft nicht fähig ist, einen Angreifer abzuwehren, kann sie sich nicht behaupten und verfehlt damit eines ihrer Hauptziele. Die Pflichten des Staates und ihres Souveräns können nur darin bestehen, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um einen Feind abzuwehren und niederzuschlagen. Weil Gott gewollt hat, daß es allen Menschen wohl ergehen möge, kann es nicht anders sein, als daß

"die dagegen oder anders wirkende dem göttlichen Willen zuwider handeln. Gott will aber selbst, daß solche zur Beobachtung ihrer Pflichten angehalten werden. Wollen nun Vorstellungen, Vermittlung anderer freyer Völcker, Repressalien nichts mehr fruchten, kommt es endlich, wie im gemeinen Wesen

12) ZEDLER, Artikel Völker-Recht, Bd.5o, S.11o und S.114.

13) Ibid.

14) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.189o.

stufenweise zu Straffen, so
hier zum Kriege"¹⁵⁾.

Die Absicht ist dabei immer, "den seiner Pflichten zuwider handelnden Theil dahin zu bringen, daß er thue, was ihm gebühret"¹⁶⁾. Nach Auffassung des Universallexikons ergibt sich daraus das Maß für die Kriegshandlungen, wenn diese nicht von vornherein für ungerecht gelten sollen¹⁷⁾. Das Ansehen der Obrigkeit bei den auswärtigen Staaten hängt nicht davon ab, ob deren Macht und Gewalt uneingeschränkt ist oder nicht, sondern vielmehr von der Größe der Macht. Wer viel Geld und Volk zusammenbringen kann, wenn es die Not erfordert, der hat das größte Ansehen¹⁸⁾. Neben der eigenen Macht kommt der Rolle der Bundesgenossen große Wichtigkeit zu. Durch zuverlässige Bündnisse muß ein glücklicher Erfolg der Kriege in Rechnung gestellt werden¹⁹⁾, vor allem muß die Hoffnung vorhanden sein, daß

15) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1894:
"Das Recht zu den Waffen zu greifen giebt die Noth, nach welcher ein Volck aller gebrauchten gelindern Mittel ungeachtet in seinen Gerechtsamen von einem anderen Volcke gehindert wird. Es ist jenes dazu berechtigt, weil Gott auch schon in der Natur sattsam sich erkläret, wie er wolle, daß denen Sterblichen wohl seyn möge. Daraus folget, daß wer den anderen an Erlangung dieses Zweckes hindert, wider Gottes Willen handele".

16) Ibid. S.1894.

17) Ibid.

18) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91 ff.

19) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1897.
Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.115.

durch den einmal begonnenen Krieg dem betroffenen Volk geholfen wird²⁰⁾. Hat man dagegen zu befürchten, daß bei dem zukünftigen Krieg noch mehr verlorengeht und größeres Unheil angerichtet wird, dann ist es besser in Geduld abzuwarten²¹⁾.

Zedlers Universallexikon verwehrt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich dagegen, daß man das Leben der Soldaten leichtsinnig auf das Spiel setzt. "Das Volck nur auf die Schlachtbank zu liefern, zeigt noch keinen Heldenmuth"²²⁾. Nach Meinung des Verfassers ist es zwar nicht ungerecht, wenn im Laufe des Krieges große Opfer gebracht werden und viele Menschen ihr Leben lassen müssen; oberstes Ziel muß es aber immer sein, es so einzurichten, daß "es mit wenigem Blut geschehen könne, sowohl an einen als den andern Theile"²³⁾.

Auch aus dieser Sicht bejaht das Lexikon den Abschluß von Bündnissen; sie würden vieles Leid ersparen und einen guten Ausgang versprechen²⁴⁾.

20) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.115: "Sollte sich nun eigenes Vermögen zu schwach befinden, ist dahin zu sehen, ob selbiges nicht durch zuverlässliche Bündnisse soweit erstreckt werden könne, daß man sich auf einen glücklichen Erfolg des Krieges sichere Rechnung machen könne. Endlich muß auch wahrscheinliche Hoffnung vorhanden seyn, daß uns auch würcklich durch den anzufangenden Krieg geholfen werde".

21) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1897.

22) Ibid.

23) Ibid. S.1998.

24) Ibid. S.1897.

Selbstverständlich kann ein Krieg nur dann siegreich beendet werden, wenn die "Kriegsnotwendigkeiten", d.h. "gute Soldaten, hohe sowohl als gemeine, Geld, Proviant"²⁵⁾ die entsprechende Voraussetzung schaffen. So gesehen redet das Lexikon dem Großen Kurfürsten das Wort, der 1667 schrieb:

"Allianzen seindt zwar gutt, aber eigene Kräfte noch besser, darauff kann man sich sicherer verlassen, und ist ein Herr keiner Consideration, wenn er selber nicht Mittel und Volk hat"²⁶⁾.

Es war schon weiter oben darauf hingewiesen worden, daß die Natur den Menschen das Recht zur Gewaltanwendung gibt, allerdings nur dann, wenn es für sie zu ihrer Verteidigung und zur Wahrung ihrer Rechte notwendig wird. Daraus folgt, daß der einzelne Untertan ein in seiner Ausübung so gefährliches Recht nicht gebrauchen darf²⁷⁾.

25) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1898; vgl. auch G.OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker neuzeitlichen Machtstaates, a.a.O., S.58.

26) Georg KÜNTZEL und Martin HASS, Die politischen Testamente der Hohenzollern nebst ergänzenden Aktenstücken, Bd.1, S.56.

27) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.50, S.1895:
"Daß im übrigen nicht alle Kriege gerecht seyen, erkennen wir ganz wohl, finden aber dabey vor allen Dingen zu erinnern vor nöthig, daß der Unterthan oder gar der Soldate nicht im Stande sey, von der Ungerechtigkeit oder Gerechtigkeit eines Krieges zu urteilen. Es gehört da mehr dazu, als nur aus dem äußerlichen zu schließen. Wer nicht die ganze Verfassung des Staats und Verhältniss gegen den andern Staat vollkommen inne hat, wage sich nicht daran, zumal daselbst die Häupter derer gemeinen Wesen so ungewiß sind..."

Innerhalb der Gemeinschaft bereinigt die Obrigkeit alle Streitfälle der Untertanen, unterdrückt die Gewalt und eigenmächtige Handlungen. Das Recht der Entscheidung, ob nun die Voraussetzungen für eine Gewaltanwendung gegeben sind und ob die Staatsklugheit es erlaubt bzw. das Staatswohl es erfordert, steht allein dem Gesamtkörper der Nation²⁸⁾ oder den sie repräsentierenden Fürsten zu.

Das Universallexikon möchte im Grunde genommen nichts anderes als eine Reihe von Bedingungen²⁹⁾ vor einer Gewaltanwendung erfüllt sehen; es geht ihm letzten Endes darum, daß seine Vorstellungen über einen allseitigen und dauernden Friedenszustand verwirklicht werden³⁰⁾. Soweit eine kriegerische Auseinandersetzung unumgänglich scheint, so soll wenigstens durch einen gerechten Krieg die Forderung nach einem zwischenstaatlichen 'pax universalis' erfüllt werden.

Der Begriff des 'bellum iustum' bedarf in diesem Zusammenhang einer eingehenden Erörterung. Es war in dieser Hinsicht von folgenschwerer Bedeutung, daß die scholastische Moralthologie ihre

28) Zum Begriff der Nation vgl. W.CONZE, Nation und Gesellschaft, Zwei Grundbegriffe der Revolutionären Epoche; in: HZ 198 (1964), S.1-16.

29) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1896 u. 1897.

30) dazu Kurt von RAUMER, Ewiger Frieden, Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance, Freiburg/München 1953.

'Staatstheorie' zwar ganz auf den Begriff der 'pax iusta' als dem konkreten Inhalt des 'bonum commune' ausrichtete, die Behandlung der internationalen Beziehung jedoch auf den Begriff des 'bellum iustum' konzentrierte³¹⁾. Der Grund dafür ist zweifellos im Verhältnis von pax und iustitia zu sehen, das sich in der Praxis verschieden gestaltete, je nachdem, ob man es als innerstaatliches oder zwischenstaatliches Problem betrachtete. Innerhalb des Staates gründete der Friede nach traditioneller Auffassung in der Gerechtigkeit und wurde zugleich garantiert durch eine funktionierende Justiz, die im Streitfalle feststellte, was gerecht und Rechtens war, und die dafür sorgte, daß ihr Urteil auch ausgeführt wurde. Zwar beruhte auch der wahre Friede zwischen den Staaten auf Gerechtigkeit; aber es fehlte dort die Gerichtsbarkeit. Im Streitfalle mußten die Staaten selbst über die Gerechtigkeit ihrer Sache urteilen und notfalls ihre Sentenz vollstrecken - durch den Krieg.

Entsprechend der scholastischen Doktrin - die mehr oder weniger ungeschmälert in die weltliche Naturrechtslehre eingegangen ist - gehörte es zum 'bellum iustum', daß eine Wiederherstellung des Friedens eine Rechtsbindung des Krieges einschloß.

31) vgl. Artikel Friede (der internationale Friede als labiler Vertragszustand), in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.563.

Wie im Innern des Gemeinwesens die Gerichtsbarkeit, so stand zwischen den Staaten der gerechte Krieg im Dienst der 'pax iusta'. Der Gedanke jedenfalls, daß der Friede das einzige legitime Kriegsziel ist, gehörte von Aristoteles an bis in das 19. Jahrhundert hinein zu den Gemeinplätzen in allen Theorien über die internationalen Beziehungen. Die Lehre vom gerechten Krieg und ihre - letzten Endes sinnverkehrende Modifizierung durch die Theorie vom rechtmäßigen Krieg - hat bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gegolten, ohne jemals ernsthaft bestritten zu werden.

Aus dieser Sicht ist es auch zu verstehen, wenn Zedlers Universallexikon immer wieder auf eine Unterscheidung gerechter und ungerechter Kriege drängt³²⁾, reine Eroberungskriege aber strikt ablehnt.

Wer einen Krieg aus bloßen Nützlichkeitsbetrachtungen ohne rechtfertigende Gründe unternimmt, handelt ohne jedes Recht; der Krieg ist ungerecht. Das Lexikon kritisiert in diesem Zusammenhang solche Politiker, die allein das Staatsinteresse, d.h. den Nutzen ausschlaggebend sein lassen. Ihnen setzt es daher seine Unterscheidung des wahren und des falschen Nutzens entgegen. Letzterer ist ihm das nackte, durch kein Rechtsgefühl beeinflusste Prinzip der Staatsraison³³⁾.

32) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1891 u. 1895.

33) ZEDLER, Artikel Staatsraison, Bd.29, S.673 ff.

Seinem Grundsatz getreu, daß alle Außenpolitik unter dem Rechtsgedanken stehen sollte, lehnt das Lexikon dieses Prinzip entschieden ab. Nie könne der alleinige Nutzen eine rechtmäßige Ursache zum Kriege sein. Reiner Nutzen, der nicht durch Gerechtigkeit fundiert ist, rufe auf die Dauer nur Schaden hervor³⁴⁾.

Die weiteren Ausführungen des Lexikons gelten dem sogenannten 'bellum defensivum' oder dem Präventivkrieg, wie wir heute sagen, den es grundsätzlich bejaht, denn der erste Angriff erfolgt nur, daß man sich verteidige³⁵⁾. Der Auffassung des Lexikons nach zu urteilen beginnt allerdings die gewaltsame Verteidigung nicht erst dann, wenn die Gefahr "äußerst und augenscheinlich vorhanden"³⁶⁾, sondern der Fürst kann einen anderen Staat mit dem Krieg zuvorkommen, sobald er merkt, daß ein anderer sein Land zu überfallen droht³⁷⁾. Der Krieg muß dann solange fortgesetzt werden, bis die "hinlängliche Satisfaction und genugsame Versicherung"³⁸⁾ besteht, künftig in Ruhe gelassen zu werden.

34) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1897 ff.

35) Ibid., S.1891:
"Denn da ein rechtmäßiger Krieg dahin ziele, daß man sich in seinem Rechte zu schützen suchet, so ist, wenn man eigentlich reden will, gar kein anderer Krieg, als bellum defensivum vergönnet, und daß man den ersten Angriff thut, geschieht deswegen, damit man sich vertheidige".

36) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.29, S.1443.

37) Ibid.

38) Ibid.

Daneben wird aber betont, daß gerade die mit einem Krieg verbundene Vernichtung vieler Werte zu verabscheuen ist, und deshalb entwickelt das Universallexikon unmittelbar daran Rechtsvorstellungen darüber, welche Verpflichtungen grundsätzlich zur Leistung von Schadensersatz bestehen. So entscheidet nicht die Macht, nicht der Sieg, sondern derjenige, der sich im Unrecht befindet, - gleichgültig, ob er der Sieger ist oder nicht - er muß dem anderen die Kriegskosten ersetzen. Das Recht, nicht der Sieg diktiert die Friedensverträge³⁹⁾.

Die beste Voraussetzung, es nie zu einem Krieg kommen zu lassen, sieht das Lexikon in der Macht und Stärke einer Nation. Sie allein verschafft Achtung, sichert die eigenen Rechte und wehrt jeden Angreifer ab. Es sind drei Dinge, welche die Macht und Stärke eines Staates ausmachen: die Zahl der Untertanen, die militärischen Tugenden und der Reichtum seiner Bürger⁴⁰⁾. Weil der Staat Macht braucht, muß er dafür sorgen,

"daß die Unterthanen sich mehren, soviel das Land nähren kann und daß in dem Land zugleich soviel Reichtum ist,

39) ZEDLER, Artikel Rechtsansprüche, Bd.30, S.1423 ff.

40) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1898.
Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91 ff.

vgl. dazu G.OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, a.a.O., S.58.

als nur immer möglich zu erhalten,
das ist, daß man viele und reiche
Unterthanen habe"⁴¹⁾.

In Zedlers Universallexikon verbindet sich mit der richtigen Erkenntnis der Bedeutung der Macht kein staatlicher Ehrgeiz, der darauf aus wäre, die angesammelte Macht einzusetzen. Die Macht dient nur dem Zweck der Verteidigung. Aus reinen Sicherheitsgründen ist es also zu verstehen, wenn Bündnisse abgeschlossen, Grenzfestungen angelegt, die wichtigsten Städte befestigt und ständig Soldaten bereit gehalten werden⁴²⁾.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedurfte es natürlich einer Instanz, die über den Parteien stand und von ihnen unabhängig den Streit entschied und Frieden stiftete - des Fürsten. Es bedurfte zum anderen aber auch des Mittels, das die Realisierung der souveränen Entscheidung ermöglichte - des "miles perpetuus".

41) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

42) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1898. Die Ausführungen des Lexikons entsprechen auch hier den Vorstellungen Justus Lipsius; vgl. dazu G.OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, a.a.O., S.59.

Mit der Installierung des stehenden Heeres⁴³⁾ im Zuge der Überwindung der Folgen des religiösen Bürgerkrieges war eine grundsätzliche Reform der Gesellschaft notwendig geworden. Diese wurde dann auch unter ständiger Berufung auf eine am Staatsinteresse orientierte Notwendigkeit durchgeführt, besonders in Brandenburg-Preußen, wo der neue Staat schon in der Bezeichnung seiner Behörden aus dem 'Krieg' erwuchs⁴⁴⁾.

Die zeitbedingte Verkoppelung der beiden Aufgaben, den Frieden im Lande wiederherzustellen und gleichzeitig eine friedenswahrende Ordnung von Dauer aufzurichten, zeigt sich dabei am deutlichsten in der Figur des "Kriegskommissars".

43) Otto HINTZE, Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg zu Beginn des 17. Jahrhunderts, in: HZ 144 (1931), S.229 ff.; Gerhard OESTREICH, Der römische Stoizismus und die oranische Heeresreform, in: HZ 176 (1953), S.25 ff.; DERSELBE, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, a.a.O., S.42; C.HINRICHS, Pietismus und Militarismus im alten Preußen, in: Archiv für Reformationgeschichte, 49 (1958), S.270 ff.

44) vgl. Otto HINTZE, Staatsverfassung und Heeresverfassung (1906), in: Staat und Verfassung, Ges.Abh.Bd.1, hrg. von G. Oestreich, Berlin 1962, S.71; vgl. Fritz HARTUNG, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1969, hier § 25: Die Neuorganisation der Verwaltung, S.107 ff.; vgl. Hans HAUSHERR, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Berlin 1953.

Dem Heere beigegeben, hatte er nicht nur für die Einkehr der Ruhe in den aufrührerischen Provinzen zu sorgen, sondern im Anschluß daran auch die befriedeten Landstriche zu reformieren; er trat schließlich selbst als ständiger Gewährsmann der neuen Ordnung an die Stelle des alten Magistrats⁴⁵⁾.

Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Frage, warum Macht - und Wohlfahrtsstaat im Lexikon so eng miteinander verknüpft sind. Sicherlich war der Wandel der mittelalterlich-ständischen Ordnung zum fürstlichen Wohlfahrts- und Polizeistaat gut vorangekommen, aber letzten Endes war die Not als Ergebnis des religiösen Bürgerkriegs durch die Wiederherstellung der Ruhe noch lange nicht behoben. Sie mußte - wie schon weiter oben angedeutet wurde - durch ein umfassendes Wirtschafts- und Bevölkerungsprogramm überwunden werden. So erschien fortan die Notstandsfrage in einer für spätere Zeiten paradox anmutenden Weise als Wohlstandsfrage und auch in der konsolidierten Ordnung entschied der Fürst als Personifizierung der "majestas", die ihm von Gott zukam und ihm die höchste Gewalt verlieh.

Auffallend ist die enge Verwandtschaft, die zwischen den Ideen der Verfasser des Universallexikons

45) Otto HINTZE, Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte (1910), Ges.Abh.Bd.1, S.242 ff.

über den Gebrauch der Macht und den Handlungen Friedrich Wilhelms I. besteht. Was der Große Kurfürst in seinem Politischen Testament von 1667 als Kardinalfehler für die Politik seines Landes gebrandmarkt hat⁴⁶⁾, nämlich, neutral zu bleiben, das wird vom Lexikon ausdrücklich jedem Staat freigestellt⁴⁷⁾. Gewisse, damit verknüpfte Gefahren werden allerdings zugegeben.

Zedlers Universallexikon sieht das ganze Völkerleben in ein System von Rechten und Pflichten hineingestellt, wie sie auch das Leben des einzelnen regeln und leiten sollten. Sein Grundsatz ist, daß in der Politik das Recht walten müsse⁴⁸⁾. Schwierigkeiten mit fremden Mächten können nur eintreten, wenn diese ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder den Handel hemmen. Die Hauptpflicht eines Staates muß darum sein, die Verteidigung vorzubereiten. Dazu hat ein Staat die natürliche Pflicht, alle Mittel sind in der Defensive erlaubt. Der Krieg ist nur als ultima ratio gerechtfertigt - jeder andere Weg muß vorher versucht sein. Um Streitigkeiten zu schlichten, stehen eine Reihe von Möglichkeiten offen; sie reichen von der Vermittlung eines unparteiischen Dritten und Verhandlungen über den friedlichen Ausgleich bis zu Repressalien⁴⁹⁾. Sieht

46) KÜNTZEL und HASS, a.a.O., S.51/52.

47) ZEDLER, Artikel Völker-Recht, Bd.50, S.112.

48) ZEDLER, Artikel Staatsraison, Bd.29, S.673.

49) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.189o ff.

man eine Beleidigung⁵⁰⁾ durch einen Feind voraus und kann man sie verhindern, so besteht die Verpflichtung, dies zu tun⁵¹⁾.

Diese Auffassung vom Krieg muß in diesem Zusammenhang auch noch von einer anderen Seite gesehen werden. Nach Ansicht des Lexikons ist der Krieg nicht das Gegenteil von Frieden schlechthin. Der Krieg wird vielmehr als eine unter mehreren Möglichkeiten gesehen, wie der vorher bereits gestörte Rechtszustand des Friedens wiederhergestellt werden kann⁵²⁾, wie derjenige, dem sein Recht beschnitten worden ist, wieder zu seinem Recht zu kommen vermag. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß der Begriff des Friedens im Lexikon so weit gefaßt ist, daß er sogar den Krieg noch mit einschließt. Diese Auffassung von Frieden und Krieg ist die der älteren Rechtstheorie, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts vorherrschte. Wie Engel⁵³⁾ ausführt, ändert sich erst mit der Französischen Revolution das Wesen des Krieges: der Krieg

50) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.112.

51) ZEDLER, Artikel Staatsraison, Bd.29, S.674 und ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1896/97: "...daß nicht bey jeder Beleidigung der beleidigte Theil berechtigt sey, zum Gewehr zu greiffen, und dem andern ins Land einzufallen, vielmehr die gelindesten Mittel vorher zu gebrauchen, den andern zur Beobachtung seiner Pflicht zu bringen".

52) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1890.

53) Josef ENGEL, Der Wandel in der Bedeutung des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWU 8 (1968), S.468 ff.

wird nicht mehr als ein in die bestehende Friedensordnung integriertes Mittel betrachtet, sondern als ein bloßes der Vernichtung dienendes Gewaltmittel, welches einen reinen, noch nie verwirklichten Frieden schaffen soll; kurz: der Krieg wird aus seiner Bindung an das Recht herausgelöst. Für Zedlers Universallexikon besteht diese Antithese zwischen Krieg und Frieden noch nicht, er ist nur ein Notmittel innerhalb der bestehenden Rechts- und Friedensordnung. Der Krieg wird definiert als ein Zustand,

"da zwei einander nicht unterworfenen Teile der Völker wegen Unterlassung derer gegenseitigen Pflichten einander etwas widriges zufügen, damit der, so seine Pflichten zuwider handelt, zu gehöriger Beobachtung derselben möge gebracht werden"⁵⁴⁾.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang wiederholen, aber es ist auffällig, wie sehr das Lexikon immer wieder den Kriegsfall allein auf "gerechte Ursachen" einschränkt.

"Es hat aber ein Volck zu eigener Rechtfertigung vor Gott und seinen Gewissen nicht nur dahin zu sehen, daß es aus keinen als aus gerechten Ursachen Krieg anfangte, sondern auch bey Fortsetzung des gerecht angefangenen Krieges ungerecht werde"⁵⁵⁾.

54) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1890.

55) Ibid. S.1896.

So ist es nur folgerichtig, daß "nicht bey jeder Beleidigung der beleidigte Theil berechtigt sey, zum Gewehr zu greiffen, und den anderen ins Land einzufallen"⁵⁶⁾. Erst wenn die "gelindesten Mittel" nicht mehr fruchten, ein Staat dem anderen die Pflichten der Notwendigkeit verweigert oder dessen Einwohner "um ihr Leben, Vermögen, Freiheit und Recht bringen will"⁵⁷⁾, dann allerdings muß er auf das äußerste bekämpft werden. Die Verweigerung der Pflichten der Gefälligkeit sind dagegen kein hinreichender Grund für einen Krieg, es sei denn, es ergibt sich daraus für den betroffenen Teil eine Gefährdung seiner Existenz⁵⁸⁾.

Wie schon oben erwähnt worden ist, besteht die Hauptabsicht und das Ziel des Krieges ausdrücklich in der Wiederherstellung des Friedens⁵⁹⁾. Dieser wird dabei als

"Ruhestand einer Republic genommen, da keiner den andern beleidigt, und jeder den andern sein Recht ungekränkt genießen läßt, welches sowohl äußerlich als auch innerlich geschieht"⁶⁰⁾.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß der Begriff 'Friede' einer gewissen Doppeldeutigkeit nicht entbehrt. Einmal wird er als "Zustand

56) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1896 u.1897.

57) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.114.

58) Ibid.

59) ZEDLER, Artikel Friede, Bd.9, S.2094.

60) Ibid.

der ruhenden Gewalttätigkeiten" gesehen, das andere Mal als die Wiederherstellung des ruhigen Verhältnisses unter den Staaten, d.h. der eigentliche Friedensschluß ist damit angesprochen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß es gerade diese zweite Begriffsdeutung war, die im üblichen politischen Sprachgebrauch überwog: "In einem anderen Verstande" (nämlich neben der Bedeutung Ruhestand einer Republik) "wird das Wort Friede auch vor dasjenige Pactum genommen, wodurch der Krieg geendet wird"⁶¹⁾. "Friede (Naturrecht) ist der Vertrag, wodurch ein Krieg geendet wird"⁶²⁾.

Indem das Lexikon den Begriff 'Friede' auf das 'pactum pacis' (etwa der Westfälische Friede, der Friede von Utrecht u.ä.) ausdehnt, wird nicht nur ein enges Aneinanderrücken von 'Friede' und 'Friedensvertrag' angezeigt, sondern das Lexikon setzt damit auch einen gewissen Schlußpunkt auf eine Entwicklung, die sich schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts abzeichnet. So erklärte Christian Wolff 1721 den Frieden als den "Zustand des gemeinen Wesens, da kein auswärtiger Staat es offenbar beleidiget"⁶³⁾. (Der innere Friede ist bei Wolff mit bürgerlicher Sicherheit gleichzusetzen).

61) ZEDLER, Artikel Friede, Bd.9, S.2o95.

62) Ibid.

63) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen, a.a.O., S.6o3.

In diesem Lichte ist es zu verstehen, wenn in Zedlers Universallexikon immer wieder gefordert wird, alles zu unterlassen, wodurch man den anderen beleidigen könnte und alles so einzurichten, daß der eingegangene Vergleich auch wirklich 'geleistet' wird⁶⁴⁾. Die Billigkeit erfordert es darüber hinaus, daß dem Untertan der verursachte Schaden ersetzt wird. Dabei wird vorausgesetzt, "daß ein jeder verbunden (sei), dem andern den verursachten Schaden zu ersetzen, welches bei den Friedenstraktaten unter Potentaten sollte beobachtet werden"⁶⁵⁾. Friedenspakete müssen dabei ebenso gehalten werden, "das erfordert das natürliche Recht nach dem richtigen Principio, der Göttlichen Strafe, das natürliche aus dem Kriege entstehende Übel und die Garantie anderer Regenten"⁶⁶⁾.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigt sich das Lexikon mit der Bedeutung des Gleichgewichts der europäischen Mächte⁶⁷⁾. Auch wenn konkrete Namen nicht genannt werden, so ist es doch offenkundig, daß die Anschauung des Lexikons auf die politischen Verhältnisse der Zeit nach dem Spanischen Erbfolgekrieg Bezug nimmt, der die französische Hegemonie endgültig brach und das Prinzip des europäischen Gleichgewichts anerkannte. Der Verfasser des hier

64) ZEDLER, Artikel Friede, Bd.9, S.2094.

65) Ibid. S.2097.

66) Ibid.

67) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1895/1896.

zugrundegelegten Artikels ist sich zwar bewußt, daß die Einhaltung dieses Gleichgewichts letzten Endes nicht einen Krieg verhindern kann, aber immerhin erlaubt jede Veränderung dieses Prinzips eine sonst schroff abgelehnte Einmischung in die Verhältnisse eines anderen Volkes und läßt zu, daß alle Völker gegen einen Störer der öffentlichen Ruhe, d.h. des Friedens, der Völkergesellschaft, des Gleichgewichts einschreiten dürfen⁶⁸⁾.

Nach der Auffassung des Lexikons ist es auch zu einer festen Gewohnheit geworden, daß die "kriegenden Parteyen Kriegs-Manifeste ausgeben, oder sonst Vorstellungen machen, wodurch sie bezeigen wollen, was sie zum Kriege bewogen"⁶⁹⁾ hat.

68) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1896:
"Das sogenannte Gleichgewicht von Europa wird in unseren Tagen als die allgemeine Ursache angeführet, warum diesem Printzen ein Land entzogen, und jenem zugetheilet wird. Soviel ist an dem: Ein Schwerdt hält das andere in der Scheide, und sobald das eine gezücket worden, so bald zieht der andere freylich vom Leder. Traut sich nun keiner, dem andern überlegen zu seyn, so unterbleibts. Man wendet aber ein: das wäre doch unbillig, daß einem etwas entzogen würde, das ihm doch vermöge besten Rechtes gehöre... weil aber Umstände vorfallen können, da sich die Scene ändert, auch wohl einmal solche Printzen aufkommen könnten, die sich dieser Gewalt zur Unterdrückung ihrer Nachbarn bedienen könnten, als ist rathsamer, bey Zeiten die Sachen in solche Umstände zu setzen, daß man sich von dieser Seite nichts zu befürchten".

69) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1895.

Auch hier wird wieder kein bestimmter historischer Zusammenhang hergestellt, aber vielleicht hat dem Verfasser dieses Artikels bereits der publizistische Feldzug vorgeschwebt, der parallel zu Friedrich II. erstem schlesischen Krieg über die Berechtigung der preußischen Ansprüche geführt wurde.

Im Übrigen verkennt der Verfasser nicht, daß es in erster Linie um einen propagandistischen Effekt geht. Die wichtigsten Beweggründe für einen Krieg werden letzten Endes so beschaffen sein, daß es unklug wäre, "so sie gemein und kund gemacht würden, so lässet sich auch noch nicht einmal aus ihren eigenen Bekenntnissen eine zuverlässige Beurteilung der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Krieges hernehmen"⁷⁰⁾.

Wenn wir abschließend die wichtigsten Gedanken und Forderungen dieses Kapitels noch einmal betrachten, so ist als Hauptanliegen des Lexikons die Diskussion um den gerechten Krieg zu nennen. Der Krieg wird nicht als eine notwendige Begleiterscheinung der Menschheit angesehen, sondern das Recht auf Krieg, und damit das Recht zu töten, setzt eine unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben voraus, d.h. der Krieg ist als Notwehr innerhalb der bestehenden Rechts- und Friedensordnung zu betrachten.

Dabei wird mehr oder weniger unterstellt, daß es sich überhaupt nur um Verteidigungskriege

70) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1895.

handelt, wobei das Lexikon allerdings dem Untertan nicht das Recht einräumt, diese Frage zu prüfen und seine Bereitschaft zur Verteidigung davon abhängig zu machen⁷¹⁾.

Im Grunde genommen geht es darum, vor Angriffskriegen und überhaupt vor allen unausbleiblichen Verbrechen, die jeder Krieg mit sich bringt, zu warnen. Das Lexikon redet der Obrigkeit das Wort, die durch friedliche Politik ihr wohlverstandenes Eigeninteresse wahrt.

Der Grundtenor des Lexikons ist in der Frage des Kriegsrechts zurückhaltend und abwägend. Wenn der Zweck und das Ziel des Krieges im baldigen Abschluß eines Friedens besteht, dann ist für Ehrgeiz, Machthunger oder Habgier als Kriegursachen kein Raum. So ist es auch zu verstehen, wenn das Universallexikon die finanzielle, materielle, personelle und geistige Voraussetzung zur Kriegsführung anspricht. So muß z.B. ein Vorrat an Geld, Verpflegung und Rüstung gesichert sein. Wenn diese "Kriegs-Notwendigkeiten" gegeben sind, durch "zuverlässige Bündnisse" auch noch eine "wahrscheinliche Hoffnung vorhanden"⁷²⁾ ist, "daß uns auch wirklich durch den anzufangenden Krieg geholffe werde"⁷³⁾, vor allem "alle gelindere Mittel bey dem andern Volck vergeblich"⁷⁴⁾, so ist man, "was diesen Punct anlanget, berechtigt, zum Kriege zu schreiten"⁷⁵⁾. Das Lexikon

71) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1895.

72) Ibid. S.1897.

73) Ibid.

74) Ibid.

75) Ibid.

setzt dabei voraus, daß die Obrigkeit "vermöge der Majestät" entsprechende Mittel zu jeder Zeit und an jedem Ort einsetzen kann, d.h. "Vestungen anzulegen..., dieselben zu besetzen, Zeug- und Provianthäuser anzulegen, Mannschafft anzuwerben, sie an nöthigen Orten einzuquartieren, in Waffen zu üben, und denen Gliedern des gemeinen Wesens anzubefehlen, was von ihrer Seite beyzutragen"⁷⁶⁾.

Wir können an dieser Stelle erneut feststellen, daß die Ausführungen des Lexikons sehr stark an Justus Lipsius und dessen Vorstellungen über eine Heeresorganisation⁷⁷⁾ ausgerichtet sind. Wie dieser, so will auch das Lexikon nicht mit Gewalt und Zwang die Untertanen werben, sondern bei der militärischen Ausbildung eher liberal und freundlich gegen sie sein, um sich so das Vertrauen der Soldaten zu erwerben⁷⁸⁾.

Bei der Durchsicht der entsprechenden Artikel spürt man förmlich das Bemühen, mit dem Volk gerade in dieser so lebenswichtigen Frage gütlich auszukommen, es von der Notwendigkeit der Verteidigung bzw. eines bellum offensivum aus gerechten Motiven heraus zu überzeugen und damit zu inneren Bejahung staatlicher Wehrpolitik

76) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1894.

77) G.OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, a.a.O., S.59.

78) ZEDLER, Artikel Krieg, Bd.15, S.1894.

zu erziehen. Die Verfasser des Lexikons begrüßen einen auf Macht gegründeten Staat starker politischer Autorität, sind sich aber bewußt, daß nur derjenige Fürst sich nach außen in der Staatenwelt behaupten kann, dessen politische und militärische Gewalt auf einer festen sittlichen Basis beruht. Es sind der politische Humanismus und die neustoische Philosophie, die in der Neufassung durch Lipsius in Brandenburg-Preußen ihren Niederschlag finden, und so den Einblick in die sittlichen Grundlagen der Schöpfung des Militär- und Machtstaates eröffnen.

Es geht nicht um revolutionäre Impulse; die Verfasser des Lexikons werben bei den Untertanen eher darum, sich für den sittlich-militanten Geist der Träger dieses Staates, nämlich Fürst, Heer und Beamtentum, zu engagieren.

2. Das Recht der Gesetzgebung

Das Recht der Gesetzgebung gilt in Zedlers Lexikon als das "vornehmste" Majestätsrecht und jede Diskussion über die Richtigkeit der Gesetze bzw. über die Souveränität des Gesetzgebers findet ohne Bezugnahme auf die prozessualen und kompetenziellen Probleme der Bindung durch die Reichsgesetze statt. Das Lexikon gründet sein Begriffsverständnis zunächst zeitlos auf Naturrechtstraditionen und definiert "lex" nach materiellen Richtigkeitsmaßstäben als (natürliches, göttliches) Recht bzw. Gerechtigkeit¹⁾. Unter 'lex' versteht das Lexikon

"dasjenige, was die natürliche und göttliche Billigkeit befiehlt oder verbietet... es sey eine Richtschnur derer moralischen Handlungen, ein Pactum im Gegensatz zur vorgeschriebenen Gewohnheit"²⁾.

Was die 'Positiv-Gesetze' angeht, so folgt das Lexikon der Anschauung Pufendorfs bzw. Christian Wolffs, die beide in den positiven Gesetzen eine Konkretisierung des Naturrechts sehen³⁾.

So kann auch die Frage, von welchen Gesetzen der Herrscher befreit sei, beantwortet werden. Nach Auffassung des Lexikons werden die überpositiven Bindungen des Herrschers außer in

1) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.701.

2) Ibid.

3) Ibid. vgl. auch Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.881, Anmerkung 134.

den 'leges naturales' vor allem in den teils idealisiert, teils säkularisiert verstandenen 'leges fundamentales' zusammengefaßt⁴⁾, seit das göttliche Recht zur moralischen Bindung verblaßt ist.

Die weiteren Ausführungen des Lexikons stellen eher ein theoretisches Gedankenspiel über das Verhältnis zwischen positivem und natürlichem Recht dar. So wird immer wieder betont⁵⁾, daß der Fürst kein Gesetz erlassen wird, das dem natürlichen widerspricht. Das Naturrecht soll das positive Recht nicht nur notfalls aufheben, sondern auch ergänzen.

Die natürlichen Gesetze werden gewissermaßen durch die bürgerlichen Gesetze erläutert und -auf die besondere Verfassung des Staates angewandt. Freilich bleibt auch hier das Lexikon jeden Hinweis darüber schuldig, wer eine solche Kontrolle ausüben könnte. Die natürlichen Gesetze sollten weiterhin dem Gesetzgeber als Grundlage für sein Werk dienen, darüber hinaus auch dem Gesetzgeber und Richter als Leitfaden⁶⁾ zur Interpretation der bestehenden Gesetze, wenn ein Fall eintritt, der im positiven Recht nicht ausdrücklich berücksichtigt ist. Weiterhin hat das Naturrecht eine ausgleichende Funktion und

4) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.251.

5) Ibid. S.253.

6) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205.

dient als Maßstab bei jeder Reform des geltenden Rechts⁷⁾. Im weiteren Sinn hat es die Aufgabe, das menschliche Zusammenleben in einem Bereich zu regeln, für den es keine geschriebenen Gesetze gibt; es soll das Verhalten gegenüber den Mitmenschen bestimmen⁸⁾.

Wir müssen in diesem Zusammenhang allerdings darauf hinweisen, daß die 'Ausrichtung der 'Positiv-Gesetze' am Naturrecht und die damit implizierte naturrechtlich autorisierte Gesetzgebung nach Auffassung des Lexikons nur in der Theorie besteht. Denn gerade in dem schon erwähnten Artikel 'lex' heißt es u.a.:

"...die Positiv-Gesetze dependiren nicht allein von Übereinkommung und Convenientz mit dem natürlichen Rechte, sondern vor des Gesetzgebers Willen und vorgeschriebenen Befehle, welcher allein so viel würcket, daß man sie beobachten muß"⁹⁾.

Hier wird deutlich, daß bei aller Übereinkunft und Ausrichtung der positiven Gesetze am Naturrecht, die Verbindlichkeit der positiven Gesetze als ein vom Herrscher willentlich gesetzter und

7) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205.

8) Ibid. vgl. auch Artikel Lex, Bd.17, S.702.

9) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205. vgl. auch Artikel Lex, Bd.17, S.702.

sanktionierter Befehl aufgefaßt wird¹⁰⁾. Das Lexikon setzt damit eine Linie fort, die bereits Christian Wolff und andere Zeitgenossen vertraten. Aber anders als bei Hobbes besteht gegenüber dem ungerechten Gesetz keine Folgepflicht der Untertanen, wohl aber eine Sanktionslast bei Ungehorsam¹¹⁾.

Wir können somit feststellen, daß nach Auffassung des Lexikons die Gesetzgebungsgewalt zum Kriterium der Souveränität¹²⁾ erhoben wird. Diese Hoheitsgewalt lokalisiert das Lexikon jenseits des ständischen und religiösen Pluralismus in der neutralen Position eines amtsrechtlich verstandenen Königtums, das keine übergeordneten Gesetzgeber kennt.

Von den selbstgesetzten Gesetzen ist der Herrscher frei, da er sich nichts selbst befehlen kann; ungeachtet bestehender Traditionen und

-
- 10) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.702;
ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der),
Bd.25, S.255:
"Denn was in einem gemeinen Wesen von der hohen Obrigkeit...beschlossen wird, darüber hat niemand auf Erden Recht etwas zu sagen, und niemand hat Recht zu verhindern, daß es nicht geschehe, wenn er es nicht als eine Beleidigung seiner anzusehen hat".
- 11) vgl. dazu Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.881, Anmerkung 137. Der Verfasser verweist auf WOLFF, Jus naturae 8, § 975.
- 12) ZEDLER, Artikel Staatsrecht (allgemeines), Bd.39, S.677. ZEDLER, Artikel Staatsraison, Bd.39, S.673.

Privilegien darf er über die Gesetze nach staatlichen Zweckmäßigkeitserwägungen disponieren¹³⁾. Als Amtsträger ist er jedoch an das Gemeinwohl sowie - trotz rechtlich und faktisch geringer Kontrollmöglichkeiten - an natürliches und göttliches Recht gebunden¹⁴⁾.

In diesem Zusammenhang kann auf Carl Gottlieb Svarez verwiesen werden, der in seinen Vorträgen über Recht und Staat den Souverän zum Verwahrer "des allgemeinen Willens"¹⁵⁾ macht. Der Souverän kann dann diese Funktion an den 'Staat' abgeben, "in dem die Gesetze reden und der Souverän... schweigen muß"¹⁶⁾.

Die inhaltliche Richtigkeit dieser Gesetze hängt trotz - oder wegen - einer am Gemeinwohl und Glückseligkeit orientierten eudämonistischen Gesetzesauffassung, wonach die Gesetze die zur Erfüllung des Endzweckes notwendigen Vorschriften oder Regeln seien, letztlich von der Person und Amtsauffassung des Fürsten ab.

Für den Gesamtzusammenhang und die Bedeutung des Gesetzgebungsrechts an sich müssen wir uns

13) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.255.

14) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.535/536.

15) Carl Gottlieb SVAREZ, Vorträge über Recht und Staat, hg. von H.Conrad und G.Kleinheyer (Köln, Opladen 1960), S.467.

16) vgl. Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.892, Anmerkung 238.

vergegenwärtigen, daß auf Grund der Fülle der Ordnungsaufgaben, die die Krise der Ständegesellschaft den politischen Organen stellte, die Gesetzgebung der Territorien von nun an die des Reiches an Bedeutung übertraf. Entscheidend ist vor allem die Tatsache, daß der Landesherr als Quelle des Gebotsrechts in den Vordergrund tritt, bei absolutistischer Herrschaft selbstverständlich, aber auch dann, wenn er eine landständische Mitbestimmung zuläßt. In dogmatischer Hinsicht gilt es in diesem Zusammenhang festzuhalten, daß die Gesetzgebungsgewalt in den Territorien nicht wie im Reich als vereinzelt Hoheitsrecht, sondern als - wichtigster Teil der seit 1648 förmlich anerkannten, einheitlichen und ungeteilten Landeshoheit behandelt und deshalb im Zweifel mit dieser dem Landesherrn allein zugestanden wird, und zwar hinsichtlich der *facultas legis concipiendi* wie der *promulgandi*¹⁷⁾.

Für die tatsächliche Erringung der Landeshoheit war es somit wichtig, daß die angestrebte territoriale Rechtseinheit über die bereits seit dem 16. Jahrhundert bestehenden sammelnd-abstrahierenden 'Revisionen'¹⁸⁾ hinaus durch eine Unzahl von sozial- und wirtschaftsgestaltenden Zunft- und Polizeiordnungen ergänzt wurde. Der werdende absolute Staat nahm daher die Verordnungstätigkeit

17) vgl. Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.891.

18) Ibid. S.893.

in bezug auf Wohlverhalten und Sitte der Untertanen noch ebenso ernst wie die spätmittelalterlichen Städte und Fürsten ihre Kleider- und Luxusordnungen¹⁹⁾. Er mußte den Frieden, den 'pax civilis', der nach scholastischer Auffassung in der Gerechtigkeit gründete, durch den Aufbau einer funktionierenden Justiz zu sichern versuchen, wobei es - sollten Rückfälle in die Selbsthilfe vermieden werden - nicht nur auf das Urteil, sondern noch mehr auf eine prompte Erfüllung²⁰⁾ ankam. Es oblag ihm, in einer rasch fluktuierenden Wirtschaftsentwicklung durch Lohn- und Arbeitsordnungen eine relative Stabilität der sozialen Verhältnisse zu sichern, Wucher und Betrugerei zu unterbinden, die Ernährung und Güterversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Er mußte den schon geschwächten Kräften städtischer Selbstregierung durch Mandate, Reglements und Gebote, Bau-, Verkehrs-, Gesundheits-, Lebensmittel-, Akzise und Gewerbeordnungen zu Hilfe kommen²¹⁾.

19) Hans HAUSHERR, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Berlin 1953, S.29.

20) Wilhelm EBEL, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland, Göttingen 1958, S.65.

21) ZEDLER, Artikel Policey-Gesetze, Policey-Ordnung, Bd.28, S.1503; ZEDLER, Artikel Landesordnung, Bd.16, S.554.; ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91; ZEDLER, Artikel Regalien, Herrlichkeiten, Majestätsrechte etc., Bd.30, S.1707 ff. vgl. auch Hans MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft), Neuwied a.Rhein/Berlin 1966, S.93.

Darüber hinaus galt es, kirchliche Institutionen²²⁾ zu ersetzen, das Schul- und Universitätsystem²³⁾ zu erweitern, Zucht- und Armenhäuser zu errichten und für Bettler, Kranke und Alte zu sorgen.

Die aufgezeigte Fülle der Aufgaben macht es wohl nur all zu verständlich, wenn im Universallexikon das Recht der Gesetzgebung als das 'vornehmste' aller Herrschaftsrechte gilt. Dabei wird vor allem die Notwendigkeit einer politischen Gesetzgebung betont, um damit eine gesetzliche Festlegung der Grundnormen der Verfassung und der Verwaltung zu erzielen.

Das Recht der Gesetzgebung wird dabei nicht mehr, wie noch vor der Gewaltenteilungslehre Montesquieus, als Ausfluß der obersten Gerichtsbarkeit betrachtet, sondern grundsätzlich wird es als rationaler, positiver und genereller Rechtsakt verstanden; "sein prozessual-institutioneller Aspekt hängt von der Struktur und Macht des Gesetzgebers ab: im föderativen Reich dualistisch-föderativ, in den Territorien monarchistisch-hoheitlich mit der Tendenz zum transpersonalen

22) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2268: "Dieses Recht, Gesetze zu geben und vollstrecken zu lassen, erstreckt sich aber nicht etwa nur auf Policey und Justiz oder sogenannte weltliche Sachen, sondern auch vermöge der hohen Landesobrigkeit in Ansehung der geistlichen oder Kirchensachen zustehenden Macht und Gewalt, auf diese nicht weniger als auf jene".

23) vgl. das Kapitel 'Das Recht über Polizeisachen und Kommerzien'.

Staatsgesetz²⁴⁾.

Das Recht der Gesetzgebung als bewußter Rechtsakt gegenüber Gewohnheiten und Naturrechten bedeutet somit Gesetze zu geben, sie in zweifelhaften Fällen zu erklären, sie in Rücksicht auf einzelne Personen und Güter aufzuheben oder zu erweitern; Privilegien müssen erteilt, uneheliche Kinder für ehelich, unmündige für 'vollbürtig' erklärt, Strafen erlassen oder vermindert werden; den Städten müssen Statute gegeben werden und die Gerichte sind gehalten, im Namen des Gesetzes Recht zu sprechen²⁵⁾.

Die Notwendigkeit von Gesetzen wird damit begründet, daß ohne sie ein geregeltes Zusammenleben mit anderen Menschen unmöglich sei²⁶⁾. Das Gesetz ist der Weg, auf dem der Staat unmittelbar auf seine Untertanen einwirkt.

So gesehen, kann man feststellen, daß jeder sein Recht vom Staate erhält und somit niemand es sich selbst verschaffen darf²⁷⁾. Es muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß den *leges universales publicae* die sogenannten *leges privatae*, Privilegien also, gegenüberstehen, die den einzelnen, aber auch ganze Gruppen (z.B. die protestantischen Fürsten) betrafen. Eine Abänderung

24) vgl. Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.894.

25) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.701 ff. vgl. auch Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.754.

26) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.702.

27) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2287.

von Privilegien war mit deren Einordnung in die Reichsgesetzgebung nicht nur erschwert, sondern durch deren Bestätigung in den Wahlkapitulationen offenkundig versagt. Die Landesprivilegien stehen allerdings zur Disposition des Landesherrn, sofern sie nicht vertraglich gesichert oder der notwendigen Mitwirkung der Landstände vorbehalten sind. Für die Zeit von Zedlers Universallexikon ist es allerdings noch zu früh, um von einer Einebnung der Privilegien zu sprechen; dieser Prozeß setzt erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts ein, indem der Zweck der Privilegien statt wie bisher in der Abweichung vom gemeinen Recht darin gesehen wird, "daß sie um des gemeinen Besten willen von der Gleichheit der Bürger durch Beschränkung oder Erweiterung ihrer Freiheiten abweichen"²⁸⁾. Hier kündigt sich ein Topos für die Einebnung der Privilegien in der Staatsbürgergesellschaft an, die das gemeine Beste nicht mehr im Ständeinteresse versteht.

Wie sehr die Landesgesetze - auch bei Betonung des Rechtszwecks - mehr oder weniger Befehlsakte gegenüber allen Untertanen ohne Standesunterschied sind, wird auch deutlich bei Beantwortung der Frage, wer letzten Endes die Entscheidung zu treffen habe, ob ein positives Gesetz einem natürlichen widerspreche. Das Lexikon redet hier

28) vgl. Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.890, Anmerkung 219.

dem Herrscher das Wort, wenn es betont, daß dieses Entscheidungsrecht mangels einer dem Regenten gleich oder übergeordneten Instanz allein dem Herrscher zusteht²⁹⁾. Da der Herrscher bei seiner jeweiligen Gesetzgebung sich im Einverständnis mit dem göttlichen Willen³⁰⁾ begreifen kann und muß, wenn seine Gesetze mit den natürlichen in Einklang stehen, kann er sich leicht über schon bestehendes positives Recht hinwegsetzen. Das Recht, Gesetze zu geben, schließt - wie bereits angedeutet - die Befugnis, Privilegien und Freiheiten zu erteilen, mit ein; es wird allerdings empfohlen, von dieser Befugnis wenig Gebrauch zu machen, um die Disziplin der Untertanen zu wahren³¹⁾.

Wir hatten im Verlauf dieses Kapitels bereits darauf hingewiesen, daß bei der tatsächlichen Durchsetzung der Landeshoheit die territoriale Allgemeinheit der Gesetze von entscheidender Bedeutung ist. "Rechtsherrschaft, Rechtsintegration und Rechtssicherheit setzen eine Gleichförmigkeit derer Rechte in einem Lande voraus, die letztlich erst erreicht wird, als die Provinzialrechte und Herkommen mit der stärkeren

29) ZEDLER, Artikel Lex, Bd.17, S.7o2.

30) Ibid.: "Es haben aber alle menschlichen Gesetze ihre Krafft von Gott, als auf dessen Willen dieselben abzielen, und Mittel denselben nachzukommen seyn müssen". vgl. auch ZEDLER, Artikel Obrigkeit (allerhöchste), Bd.25, S.247.

31) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255.

Mobilität der Menschen in der spätständischen, frühbürgerlichen Gesellschaft ihre ortsgebundene Evidenz und Autorität verlieren"³²⁾.

Zur Erreichung dieses Zwecks dienen daher auch die zahlreichen sozial- und wirtschaftsgestaltenden "Policey-Gesetze" bzw. "Policey-Ordnungen", die, weil sie wegen ihres Inhalts zunächst nicht als "Recht" gelten können³³⁾, vom Landesherrn "administrativ" erlassen werden.

In Zedlers Lexikon wird vor allem auf die Gesetze bzw. "Policey-Ordnungen"³⁴⁾ hingewiesen, die "auf den Wohlstand einer gantzen Republick oder des gemeinen Wesens gehen, damit die Unterthanen und Einwohner eines Landes oder Stadt in Ruhe und Frieden, und bey gutem Auskommen verbleiben können"³⁵⁾. Konkret ausgedrückt bedeutet dies, daß die Obrigkeit kraft ihrer Gesetzgebungsbefugnis Verordnungen zu erlassen hat, die z.B. genau festlegen, "wenn das Üppige und liederliche Leben in Fressen und Sauffen, Spielen und Entheiligung des Sabbaths verboten wird"³⁶⁾.

32) vgl. Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.893.

33) Ibid.

34) ZEDLER, Artikel Policey-Gesetze, Policey-Ordnung, Bd.28, S.1503 ff. Das Lexikon hebt hier die Policey-Ordnung des Heiligen Römischen Reiches hervor, die im Jahre 1530 zu Augsburg unter der Rubrik Ordnung und Reformation des Heiligen Römischen Reiches 'publiciert' und 1577 zu Frankfurt verbessert worden ist.

35) Ibid.

36) Ibid.

Es geht um die Festsetzung des Spielraums ganz bestimmter Gruppen innerhalb der bestehenden Verfassung, so z.B. "der Bettler, Zigeuner, Straßenräuber und anderer unnützer Leute"³⁷⁾.

Darüber hinaus werden bestimmte Verhaltensregeln fixiert, die bei der Ausrichtung von "Hochzeit-Kindtauffs-Gastereyen"³⁸⁾ zu beachten sind, die aber auch beim Tragen von "Kinder-Gesind- und Handwerckskleider"³⁹⁾ berücksichtigt werden müssen.

So beschäftigt sich das Lexikon ausführlich mit den Kleiderordnungen, die in einem "wohl geordneten Regimente eingeführt und darinnen einem jeden Stand und Ordnung eine gewisse Kleidung nicht nur vorgeschrieben, sondern auch der Kostbarkeit ein Maß gesetzt"⁴⁰⁾ werden soll.

Entsprechend der 'Policey-Ordnung' von 1577 fordert das Lexikon, daß sich die einzelnen Stände an den hier festgelegten Bestimmungen besser orientieren sollten. So sollte die Geistlichkeit eine "ehrbarlich züchtige"⁴¹⁾ Kleidung tragen und alle Köstlichkeit und Üppigkeit abstellen⁴²⁾.

37) ZEDLER, Artikel Policey-Gesetze, Policey-Ordnung, Bd.28, S.1503 ff.

38) Ibid.

39) Ibid.

40) ZEDLER, Artikel Kleid, Bd.15, S.889 ff.

41) Ibid. S.891.

42) Ibid.

"Was die weltlichen Kleider betrifft,
ist denen Fürsten kein Model in
denen Reichs-Gesetzen vorgeschrieben,
denen Grafen, Freyherrn und Edel-
leuten aber wird in Ref.Pol.de an.
1552 Tit 13 ihre Tracht determiniret,
und die Doctores denen Edelleuten
gleich gehalten"⁴³⁾.

Das Lexikon bedauert in diesem Zusammenhang, daß
diese Bestimmungen "an den wenigsten Orten
(leyder!) nachgekommen werde"⁴⁴⁾. Die Obrig-
keit wird aufgefordert, stärker darauf zu ach-
ten, denn unter anderem könnte so "die Dignitäten
und Ehren, die auch aus der Kleidung zu ersehen
sein müßten, 'confundiret' werden"⁴⁵⁾.

Durch Einhaltung dieser Bestimmungen würde dann
auch verhindert werden, daß "durch fremde Moden
die Liebe gegen Fremde eingeführet und unzählig
andere Excesse, Sünde und Schäden dadurch verur-
sacht werden"⁴⁶⁾.

Die Besorgnis für das Wohl der Untertanen zeigt
sich auch in den Ausführungen über die Frage,
wer für die Kosten der Kleidung aufzukommen hat,
wenn nach "des Vaters Dispositionen der Sohn die
Studier-Kosten conferiren muß"⁴⁷⁾. Das Lexikon

43) ZEDLER, Artikel Kleid, Bd.15, S.891.

44) Ibid.

45) Ibid.

46) Ibid.

47) ZEDLER, Artikel Kleid, Bd.15, S.894.

führt aus, daß in diesem Fall der Sohn von den Kosten befreit ist, "sintē Mahl bey allen dergleichen Collationen dasjenige abzuziehen ist, was der Sohn, wo er zu Hause gewesen wäre, konsumiert, oder der Vater auch auf andere Kinder verwandt hätte"⁴⁸⁾.

Das Tragen ungerechtfertigter Kleidung wird - wie nicht anders zu erwarten - bestraft. Interessant ist allerdings der Hinweis, daß in diesem Fall, d.h. entgegen der sonstigen ständischen Abgrenzung, das Strafmaß sich an der fälschlich getragenen Kleidung orientiert.

"Wer in einem unanständigen Kleide injuriert wird, kann die Injurie höher nicht ästimiren, als die Tracht, darinnen er solche gelitten, mit sich bringet. Dahero wenn ein Edelmann im Bauernkleide geschlagen wird, kann er die Injurie nicht ästimiren, als wäre sie einem Edelmann widerfahren"⁴⁹⁾.

Die weiteren Beispiele beschäftigen sich mit der Frage, inwieweit kostbare Kleider zur Begleichung von Schulden herangezogen werden können. Das Lexikon verweist darauf, daß "vor des Mannes Schulden können weder der Frauen, noch vor des Vaters Schulden des Sohnes Kleider hafften, es hätte denn die Frau kostbare Kleider bekommen, als welche noch unter das Dominium des Mannes gehöre"⁵⁰⁾.

48) ZEDLER, Artikel Kleid, Bd.15, S.894.

49) Ibid.

50) Ibid. S.895.

Bei der Durchsicht dieser Beispiele spürt man die wohlmeinende Besorgtheit des Lexikons, die Untertanen - der guten Ordnung und des Wohlergehens willen - vor ganz typischen menschlichen Schwächen, oder sagen wir Eitelkeiten, zu bewahren. So nennt das Lexikon

- a) den Übermut, wenn sich jemand über seinen Stand kleidet⁵¹⁾;
- b) die Leichtfertigkeit, wenn die Untertanen entgegen "dem rechten Zweck der Kleidung zur Reitzung der Anschauenden"⁵²⁾ beitragen;
- c) den Hochmut, "wenn man in denen Kleider-Pracht, Ehre und Ansehen, oder Zierde und Schönheit sucht"⁵³⁾ und endlich "durch unordentliche Liebe und Wohlgefallen an der Kleider-Pracht"⁵⁴⁾.

Wie in den folgenden Kapiteln zu ersehen sein wird, nimmt auch hier das Wohlverhalten und die Sitte der Untertanen einen breiten Raum innerhalb der Verordnungstätigkeit des Gesetzgebers ein. Die Beförderung der 'gemeinen Wohlfahrt' verlangt gesetzestreue und willige Untertanen. Unter diesem Gesichtspunkt wird einer anti-individuellen Bedürfnisbeschränkung im Sinne der alteuropäischen Ökonomie das Wort geredet, umgekehrt aber die Tätigkeit bzw. der Aufwand am 'Status' gemessen, d.h. es ist von Bedeutung, wer ihn treibt und mit welcher Absicht dies geschieht.

51) ZEDLER, Artikel Kleid, Bd.15, S.896.

52) Ibid.

53) Ibid.

54) Ibid.

So kann ein Reicher "jährlich großen Aufwand machen, ohne den Vorwurf der Üppigkeit und Verschwendung zu verdienen"⁵⁵⁾, denn es geschieht in der Absicht, ehrlichen und fleißigen Arbeitern damit finanziell zu helfen⁵⁶⁾.

Es gehört mit in den Bereich der Gesetzgebung, wenn sich das Lexikon im folgenden - freilich im eigentlichen nur theoretisierend -, mit dem Recht der Obrigkeit zum Erlaß von Notverordnungsgesetzen beschäftigt. Es handelt sich dabei um Gesetze, die das sogenannte 'ius eminens' ergänzen und der Obrigkeit die Ausübung aller ihr sonst nicht zustehenden Gesetze erlaubt.

"Der Nothfall müsse nemlich also beschaffen seyn, daß er der äußerste wäre, so, daß keine andere Mittel sich zu helfen könnten angegeben werden. Hiernächst müßte auch demjenigen, welchem was wäre genommen worden, eine anderweitige Wiedererstattung geschehen"⁵⁷⁾.

Die Gewalt, die mit diesen Rechten in die Hand der Obrigkeit gelegt ist, schließt außerordentliche Rechte 'in res' wie auch 'in personas' ein⁵⁸⁾.

55) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.37, S.1312.

56) Ibid. vgl. in diesem Zusammenhang das Kapitel 'Das Recht über das Vermögen der Untertanen'.

57) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.1216.

58) vgl. Artikel Ausnahmezustand (Dominium eminens), in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.1, S.351.

Der Herrscher hat die Möglichkeit, festgesetzte Strafen zu vollstrecken und Widerwillige zu zwingen, Gesetzesanordnungen zu befolgen. Diese Möglichkeit ist durch Aussprechen von Geldstrafen bzw. den Einsatz von Soldaten gegeben⁵⁹⁾. Der Erlaß von Notverordnungsgesetzen ist allerdings sehr problematisch; denn die Sicherung der Rechte des Untertanen vor der staatlichen Willkür ist damit aufgehoben, zumal keine klare Definition über den Staatsnotstand gegeben wird. Zedlers Universallexikon begreift das 'Staatsnotrecht' als eines der 'iura majestica'. Zwar galt der absolute Herrscher schon seit Bodin von seiner eigenen Rechtsetzung freigestellt, als *legibus solutus*, aber er war wie vordem an das '*ius divinum*', das '*ius naturale*' und die daraus abgeleiteten Rechtspositionen des '*ius gentium*' gebunden. Die dadurch gegebenen rechtlichen Schranken überwand der Fürst nur im Falle eines 'Staatsnotstandes', wobei er durch außerordentliche Mittel zur Erhaltung des Staates in Kollisionsfällen (also Notstandsrecht im eigentlichen Sinne) beitrug. Diese Tatsache ist für die Staatsverfassung von größter Bedeutung. Die Wahrung der staatlich-bürgerlichen Ordnung bleibt demnach dem Gewissen und Verantwortungsbewußtsein des Herrschers überlassen, der politisch nicht zur Verantwortung gezwungen werden kann.

59) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91; ZEDLER, Artikel Policy-Gesetze, Policy-Ordnung, Bd.28, S.15o3.

Im gleichen Zusammenhang wird zwar betont, daß die gewöhnliche Gesetzgebung ausreicht; von der Übertragung fremder Gesetze sogar gewarnt, denn alle Gesetze sollten - wie dies auch Montesquieu und Bodin forderten - aus den Bedürfnissen eines Landes erwachsen. Folgende Entscheidungen sollten darüber hinaus den Gesetzgeber leiten: was dem freien Willen des einzelnen unterworfen ist, darf nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein; die Hoheit des Gesetzes steht im Mittelpunkt; Fachleute sollen mitwirken⁶⁰⁾, die vom Gesetz Betroffenen um Rat gefragt werden, die Worte ganz eindeutig und klar gewählt⁶¹⁾, die Gesetze nicht zu spezialisiert gehalten sein⁶²⁾.

Eine solche Argumentation läßt den Schluß zu, daß sich in Zedlers Universallexikon Anzeichen für einen rechtsstaatlichen Gesetzesbegriff finden, der sich z.B. durch das Verbot von Macht- sprüchen sowie von Sonder- und rückwirkenden Gesetzen, durch die Einrichtung einer Gesetzeskommission, durch die Unterstellung des Fürsten unter die Gesetze - wie es auch Svarez forderte⁶³⁾ - realisieren ließe.

Diesen Schritt vollzieht das Lexikon allerdings noch nicht. Soweit es das Recht der Gesetzgebung aus der Sicht des Regenten betrachtet, wird sogar die Mitarbeit von Fachleuten, z.B. in Form einer

60) ZEDLER, Artikel Obügkeit . (Unter), Niedrige Obügkeit, Bd.25, S.259.

61) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2267.

62) Ibid.

63) CONRAD/KLEINHEYER (Hg.), Vorträge über Recht und Staat von Carl Gottlieb Svarez, a.a.O., S.467.

Gesetzeskommission, abgelehnt. Das Lexikon hält es mit dem absoluten Gesetzgebungsanspruch des Fürsten für unvereinbar⁶⁴⁾. Sobald die Artikel aber unabhängig von der Person eines Fürsten, sozusagen theoretisierend, die Frage der Gesetzgebung beleuchten, tritt der Verfasser auf einmal für die Bindung der Gesetzgebung an die beratende Mitwirkung einer Gesetzeskommission ein⁶⁵⁾. Es werden nahezu rechtsstaatliche Vorstellungen entwickelt, wenn betont wird, daß ohne die bindende Mitwirkung der Gesetzeskommission die Gefahr gegeben sei, daß der Herrscher bei der Gesetzgebung die Rechtmäßigkeit und Nützlichkeit eines vorgeschlagenen Gesetzes nicht vollständig und nach allen Seiten hin überprüfe oder wohlerworbene Rechte seiner Untertanen kränke⁶⁶⁾.

64) ZEDLER, Artikel Majestät (göttliche), Bd.19, S.539; der Verfasser bezieht sich auf die "unumschränkte Monarchie". Diese Einstellung bestätigt die Ausführungen Fritz Hartungs, wenn er sagt, daß der König im alten Preussen in der Tat den Mittelpunkt der gesamten Staatstätigkeit bildete; nur durch ihn wurde eine Übereinstimmung der Regierungsgrundsätze der verschiedenen Kollegen hergestellt, von seiner Persönlichkeit hing, solange dieses System in kraft blieb, das Schicksal des ganzen Staates ab; vgl. Fritz HARTUNG, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1969, S.112.

65) ZEDLER Artikel Obrigkeit (Unter), Niedrige Obrigkeit, Bd.25, S.259.

66) Ibid.; ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2267; vgl. dazu CONRAD/KLEINHEYER (Hrsg.), Vorträge über Recht und Staat von Carl Gottlieb Svarez, a.a.O., S.25.

Aus diesen Überlegungen kann somit gefolgert werden, daß Zedlers Universallexikon eine objektive Gesetzgebung ohne Hinzuziehung von Fachleuten - und das kann wohl nur die Einrichtung einer Gesetzeskommission bedeuten -, für nicht durchführbar hält. Das Lexikon hält es für unmöglich, daß ein Monarch, selbst bei besten geistigen Voraussetzungen, Kenntnis von der Staatsverfassung in allen ihren Einzelheiten, von dem ganzen System der Gesetze, den mannigfaltigen Verhältnissen der einzelnen Staatsbürger, der komplizierten Geschäfte haben kann⁶⁷⁾.

Das Lexikon geht in diesem Zusammenhang sogar soweit, daß es in der Schaffung einer solchen Institution eine Festigung der Macht des Monarchen sieht.

Was das Verhältnis der Untertanen zu der Gesetzgebung betrifft, so wird eine eingehende Beschäftigung mit den Gesetzen gefordert, denn Unkenntnis schützt nicht vor Strafe.

"Qui ius ignorat, pro sciente habetur, das ist, wer gleich das Recht oder die Gesetze nicht weiß, wird dennoch vor einen Wissenden gehalten, und mag er sich deshalb mit seiner vorgeschützten Unwissenheit nicht entschuldigen"⁶⁸⁾.

67) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Unter), Niedrige Obrigkeit, Bd.25, S.259.

68) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2266.

Nach der Auffassung des Lexikons kann es keinen Entschuldigungsgrund für die Unkenntnis von Gesetzen oder bestimmten Edikten geben; einmal sind genügend Druckereien vorhanden "da die neuen Satzungen, mit geringen Unkosten, so viele tausendmal abgedruckt werden können"⁶⁹⁾, zum anderen bedarf es gegenüber früheren Zeiten nicht mehr "eigenen Bothen oder Couriers", sondern die "Posten gehen jetzo ordentlich hin und her"⁷⁰⁾.

Betont wird in diesem Zusammenhang, daß "jetzo alle Unterthanen ihre gewisse Eintheilung, wo sie eingepfarret sind"⁷¹⁾ haben und somit das "in der Pfarre abgelesene leichtlich allen Eingepfarrten bekannt werden muß"⁷²⁾. Darüber hinaus ist eine Informationsmöglichkeit an bestimmten Orten, "wie z.E. in Halle", dadurch gegeben, daß "die wöchentlichen Anzeigen zu Dienste"⁷³⁾ stehen, "die gleichfalls allen Innungen und Pfarren zu Händen und Gesichte kommen"⁷⁴⁾. Der Verfasser dieses Artikels kündigt dann voller Stolz ein "herrliches Werck" an, hat man doch, "soviel besonders die Königlich-Preußischen und Chur-Brandenburgischen Lande und Unterthanen betrifft, das nützliche Vorhaben

69) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2265.

70) Ibid. S.2266.

71) Ibid.

72) Ibid.

73) Ibid.

74) Ibid.

des Herrn Geheimden Raths Mylii zu erwarten: Welches alle Edicte vollständig zusammen gedrucket, dem Lande zum besten, in einem Bande in sich verfassen soll"⁷⁵⁾.

Der Verfasser des hier zugrundegelegten Artikels kann es sich im Übrigen ersparen, neue Vorschläge für eine bessere Publizierung der "Königlichen Befehle" zu unterbreiten. Stattdessen wird auf ein Edikt vom 24. August 1717 verwiesen, in dem Friedrich Wilhelm I. bereits detaillierte Vorschriften darüber erließ, "wie es von dato an mit Publicierung derer Königlichen Befehle in den Königlich-Preußischen und Chur-Brandenburgischen Landen gehalten werden"⁷⁶⁾ sollte. Ergänzend zu den bereits weiter oben genannten Möglichkeiten einer Unterrichtung der Untertanen kann hier noch auf zwei Wege verwiesen werden, die deutlich machen, wie sehr es ein echtes Anliegen des Fürsten, aber auch der ihm unterstellten Obrigkeit war, die Untertanen selbst im kleinsten Dorf mit den "gefaßten Schluß-Willen und Befehl in Geist- oder weltlichen Sachen"⁷⁷⁾ zu erfassen.

So war jeder Landrat gehalten "genau zu überschlagen und zu berichten, wie viel Edicta er in allem haben müßte, um dieselbe jeden Orts im Creyse bekannt zu machen"⁷⁸⁾.

75) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd. 49, S. 2266.

76) Ibid. S. 2267.

77) Ibid.

78) Ibid. S. 2268.

Der direkte Weg für eine Bekanntmachung wurde in Verbindung mit dem sonntäglichen Kirchgang gesehen; soweit Edikte von der Kanzel "abgelesen" werden sollten, waren die Untertanen rechtzeitig darauf hinzuweisen, damit auch aus dieser Sicht ein zahlreicher Besuch gewährleistet war. "Bey Vermeidung willkürlicher Straffe"⁷⁹⁾ durfte niemand eher aus der Kirche gehen "als bis die Verlesung geschehen"⁸⁰⁾.

Von seiten des Staates wird bis ins Detail hinein geregelt, was bei einer Publizierung künftiger Erlasse zu beachten ist und die Untertanen werden geradezu "fürsorglich" gedrängt, ja nicht Unwissenheit über bestehendes Recht oder Gesetze vorzutäuschen. Die Forderung nach kurzen und deutlichen Gesetzen und deren Publikation in der Landessprache sieht das Lexikon nicht zuletzt mit dem bereits erwähnten Edikt von 1717 für erfüllt an. Als geistiger Wegbereiter solcher Bestimmungen muß dabei die jüngere Naturrechtsschule genannt werden, deren Einfluß sich unter anderem auch darin zeigt, daß man Gesetzesänderungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, sondern sie bejaht, wenn es dem Staat zum Vorteil gereicht - Entscheidungen, die allein der prudentia legislatoria anheimgestellt sind. Was die Gleichgültigkeit und Verbindlichkeit von Gesetzen betrifft, so entscheidet ausdrücklich

79) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2268.

80) Ibid.

der Gesetzgeber über deren Aufhebung; dieser Schritt wird natürlich auch immer dann vollzogen, wenn auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes außerordentliche Maßnahmen erforderlich sind⁸¹⁾.

Betrachten wir das Recht der Gesetzgebung abschließend, so kann festgestellt werden, daß das Lexikon dem Fürsten ein mehr oder weniger unbeschränktes Gesetzgebungsrecht zur Ordnung des sozialen Lebens gibt. Dieses Recht wird dabei nicht mehr als Ausfluß seiner Gerichtshoheit oder als altertümliche "Handhabung Friedens und Rechts"⁸²⁾ betrachtet, sondern wird als Instrument im Dienste des Gemeinwohls gesehen. Aus dieser Sicht kann der Herrscher über die Gesetze nach staatlichen Zweckmäßigkeitserwägungen disponieren und das vom Lexikon oft zitierte Naturrecht, als für die Menschen aller Zeiten und aller sozialen Stellungen gleichermaßen verbindliche Rechtsnorm, ist nur noch von theoretischer Bedeutung.

Für die angestrebte territoriale Rechtseinheit, die in der Gesetzgebungspflicht den wichtigsten Teil der spätestens seit 1648 förmlich anerkannten, einheitlichen und ungeteilten Landeshoheit

81) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.1216.

82) W.EBEL, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland, Göttingen 1958, S.69.

sah, gelten die 'Positiv-Gesetze' als ein vom Herrscher willentlich gesetzter und sanktionierter Befehl.

Diesem Ziel der Rechtseinheit dienen die zahlreichen sozial- und wirtschaftsgestaltenden Zunft- und Polizeiordnungen, die das Wohlverhalten und die Sitte der Untertanen in allen sozialen Bereichen regeln sollen.

Neben den allgemeinen Gesetzen stehen schließlich die sogenannten 'leges privatae'. Die Erteilung von Privilegien will das Lexikon eingeschränkt wissen, und zwar wegen der damit verbundenen Rechtsungleichheit unter den Untertanen und der schädlichen Auswirkung auf das Ansehen der allgemeinen Gesetze. Das so anerkannte Prinzip der Rechtsgleichheit führt hier aber nicht zu einer rechtlich fest umrissenen Schranke der Gesetzgebungsgewalt; die vagen Worte "die Obrigkeit muß bei der Erteilung von Privilegien wegen der Wahrung der Disziplin unter den Untertanen behutsam vorgehen"⁸³⁾, lassen einen solchen Schluß kaum zu.

Eine klare Grenze setzt das Lexikon der Obrigkeit allerdings dort, wo es sich um die Aufhebung von Privilegien handelt. Ebenso wie die Gesetze selbst dürfen auch Privilegien nur im Notfalle aufgehoben werden; und ein solcher

83) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255.

Eingriff in die 'wohlerworbenen Rechte' ist durch Leistung einer Entschädigung wiedergutzumachen. Es tritt in Zedlers Lexikon also durchaus das Bestreben zutage, die Sonderrechte der Stände - soweit sie den Vorstellungen der "guten Policey" entsprachen - zu rechtfertigen und aufrechtzuerhalten.

Schließlich betont das Lexikon die formalen Gestaltungsprinzipien eines Gesetzes: die deutliche und bestimmte Abfassung, den verständlichen Vortrag an die Betroffenen und die möglichst allgemeine Bekanntmachung. Dieser durchaus aufklärerische Grundsatz nimmt einen breiten Raum ein und was die Verständlichkeit der Gesetze betrifft, so kann man die Auffassung der Verfasser als ein zu beherzigendes Vermächtnis an den modernen Gesetzgeber bezeichnen.

3. Das Recht der Gerichtsbarkeit und das Recht zu strafen

Dieses Recht wird verstanden als das Recht des Gesetzgebers, die Handlungen seiner Untertanen auf ihre Gesetzeskonformität hin zu prüfen und deren Streitigkeiten zu entscheiden¹⁾. Es bedeutet, daß Streitfälle nicht durch Gewalt und Stärke, sondern nach Gesetzen und richterlichen Urteilen entschieden werden²⁾; dies war auch einer der Hauptgründe, warum die Menschen aus dem Naturzustand in den Stand der bürgerlichen Gesellschaft übergetreten sind³⁾. Bei der Durchsetzung richterlicher Urteile wird die Obrigkeit nötigenfalls Gewalt anwenden, soweit die Untertanen nicht bereit sind, sich diesen zu unterwerfen.

Das Recht der Gerichtsbarkeit umfaßt eine Anzahl von Teilrechten. Das Recht Prozeßordnungen zu geben, gehört ebenso hierher wie das Recht der Richterernennung⁴⁾, das Aufsichtsrecht über die Gerichte⁵⁾, das Appellationsrecht und das Recht der Gebührenerhebung⁶⁾. Alle diese bieten keine Besonderheiten. Um so wichtiger aber sind die Aufgaben und Befugnisse, die dem Regenten gerade im Rahmen der Gerichtsbarkeit zustehen.

1) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.19, S.250.

2) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.90.

3) ZEDLER, Artikel Stand, Zustand, Bd.39, S.1093.

4) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

5) Ibid.

6) ZEDLER, Artikel Richter (peinlicher), Bann-Richter, Blutrichter etc., Bd.31, S.1387.

Soweit diese Aufgaben die Abfassung der Prozeßordnung betreffen, kann auf die Grundsätze der Gesetzgebung Bezug genommen werden. Weiter hat der Regent eine sorgfältige Richterbestellung zu sichern. Das Lexikon betont in diesem Zusammenhang, daß der Herrscher grundsätzlich befugt ist, das Richteramt selbst wahrzunehmen; auf Grund der Aufgabenhäufung⁷⁾ auf politischem, militärischem und finanziellem Gebiete wird er es in der Regel jedoch an Beamte, gewissenhafte und redliche Richter delegieren. Darüber hinaus ist das Land in gewisse Distrikte eingeteilt, und die Streitigkeiten eines jeden 'Jurisdiktionsbezirks' sind an einen landesherrlichen Richter oder Gerichtskollegium gebunden. Gleiches rechtliches Gehör ist den Betroffenen zu gewähren⁸⁾. Selbstverständlich darf niemand ohne Be-weis seines Unrechts abgewiesen werden⁹⁾.

7) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Unter), Bd.25, S.259:

"Denn weil die Regierungsgeschäfte so vielfältig sind, daß ein Regent sie unmöglich allein alle bestreiten kann; so ist es nöthig, daß auch einige von den Untertanen darzu gezogen werden und die Regierungslast tragen helfen."

8) ZEDLER, Artikel Staats-Kranckheiten, Staats-Bedürfnisse, Staatsbeschwerden, Staatsgebrechen, Staats-Schäden, Staats-Uebel, Bd.39, S.655.

9) Ibid.

Der Funktion der Gerichte¹⁰⁾ wird somit eine große Bedeutung bei der Wahrung der staatlichen Ordnung beigemessen.

"Ja, weil sie alle Straffen, die auf Verbrechen gesetzt sind, an den Verbrechern vollstrecken, auch jedermann die Gesetze zu halten zwingen soll, der sie nicht gutwillig halten will, so muß... (die Obrigkeit) die Gewalt haben in denen Städten, Dörffern und Flecken Richter, und in gantzen Provinzien Regierungen oder Obergerichte zu bestellen, und sie mit genügsamen Dienern, die man bey der Hülffe und Vollstreckung der Straffe nötig hat, versehen"¹¹⁾.

Nach Auffassung des Universallexikons ist es aber wichtig, daß nicht nur entsprechende Gerichte

-
- 10) ZEDLER, Artikel Gericht, Bd.10, S.1110. Das Lexikon unterscheidet a) geistliche und b) weltliche Gerichte;

Zu a) gehören "alle geistlichen Personen, Güter und Gerechtigkeiten, Bestellung geistlicher Ämter, alle Gewissens- und Ehesachen" (S.1110).

Zu b) die weltlichen Gerichte sind bürgerlich, "worinnen gemeine Klagsachen entschieden, oder peinlich, wo die Übeltäter mit Leibes- oder Geld-Strafe belegt werden" (Ibd.).

Für das Reich nennt das Lexikon als allgemeines Gericht das kaiserliche "Reichs-Hof-Rath wie auch das Reichs-Cammer-Gericht". (S.1111). Zu den besonderen Gerichten zählt das kaiserliche "Hofgericht zu Rothweil, Gerichte der Churfürsten und Stände, Cammer- oder Hof- und andere verschiedene Gerichte u.s.w." (S.1111).

- 11) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

vorhanden sind, sondern daß vor allem qualifizierte Amtsträger für die Rechtsfindung zur Verfügung stehen. Diese Einstellung zeigt sich einmal in der kritischen Äußerung, wenn das Lexikon ausführt, "daß es bisher mehr eine Last als ein Vorteil sei, beim Staat sein Recht zu suchen"¹²⁾. Es zeigt sich schließlich an dem hohen Anspruch, den der Verfasser dieses Artikels an alle öffentlichen Personen-Richter oder deren Stellvertreter (z.B. Gerichtshalter) stellt.

Für das Richteramt sind daher "fromme, christliche, gescheide, erfahrene, nicht eigennützig, noch allzu mitleidige oder allzu unbarmherzige"¹³⁾ Personen notwendig. Wegen der Autorität der Gerichte dürfen es keine "anrühige und kröpelhafte Personen seyn"¹⁴⁾.

Interessant erscheint vor allem der Satz, daß ein Richter oder die Obrigkeit bei Erfahrung eines Verbrechens grundsätzlich nicht auf den Ankläger warten muß, sondern von Amts wegen Nachforschungen anstellen kann¹⁵⁾. Das Lexikon will dies antithetisch verstanden wissen¹⁶⁾.

12) ZEDLER, Artikel Staats-Kranckheiten, Staatsbedürfnisse, Staats-Beschwerden, Staats-Gebrechen, Staats-Mängel, Staats-Schäden, Staats-Uebel, Bd.39, S.655.

13) ZEDLER, Artikel Richter (peinlicher), Bann-Richter, Blutrichter etc., Bd.31, S.1376.

14) Ibid.

15) Ibid. S.1379.

16) Ibid. S.1380.

Der Gedanke liegt nahe, daß hiermit ein außerordentliches Gerichtsverfahren ermöglicht werden soll. Das Lexikon weist dieses jedoch entschieden zurück und betont,

"daß auf Grund der heut zu Tage eingeführten allgemeinen Observantz, welche gleich einem Gesetz zu achten, die von Amts wegen angestellte Inquisition kein außerordentliches, sondern ein ordentliches Rechtsmittel ist"¹⁷⁾.

Im übrigen fordert das Lexikon, daß die Prozesse nicht übereilt werden sollten, daß gerade "in peinlichen Sachen" mit besonderer Sorgfalt und "vernünftiger Verweilung"¹⁸⁾ vorzugehen sei; schließlich sollte aber ohne "langwierige Enthaltung der Gefangenen, zur Erspareung der Satzungskosten und einer geschwinden Erledigung"¹⁹⁾ der Prozeß zu Ende gebracht werden.

Was für die Stellung der Richter gilt, trifft natürlich für deren Stellvertreter, die Gerichtshalter, erst recht zu. Neben den bereits genannten menschlichen Qualitäten verlangt das Lexikon ein großes Fingerspitzengefühl und einen guten Leumund, denn "die Bauern haben sich oft über die von der Unwissenheit herrührenden Excesse der adeligen Gerichtshalter beschwert"²⁰⁾. Im übrigen

17) ZEDLER, Artikel Richter (peinlicher), Bannrichter, Blutrichter etc., Bd.31, S.138o.

18) Ibid. S.1387.

19) Ibid.

20) ZEDLER, Artikel Gerichtshalter, Bd.1o, S.1117.

geht das Lexikon hier sehr stark ins Detail. So appelliert es an die Sorgfaltspflicht der Gerichtshalter, wenn diese Untersuchungen über die "Schrift- oder Amtssässigkeit"²¹⁾ ihrer Gerichtsobrigkeit anstellen²²⁾. Es finden sich Hinweise darauf, welche Punkte beim Durchschauen von Gerichtsdokumenten, Protokollen und Urkunden bezüglich der Eigenschaften eines Lehens, um ein Beispiel zu nennen, zu beachten sind²³⁾.

Das Lexikon verweist dann auf die Tätigkeit der Gerichtshalter bei Vormundschaftsverhandlungen²⁴⁾ und gibt Ratschläge für die Abfassung von Geburtsbriefen²⁵⁾. Die Zuordnung der Vormundschaft zur Gerichtsbarkeit ist im übrigen ein bemerkenswerter Aspekt. Die Vormundschaft wird damit ganz vom Staate her gesehen im Gegensatz zu der modernen, allerdings umstrittenen, familienrechtlichen Auffassung. Sie beruht auf dem Prinzip des Wohlfahrtsstaates, aber auch auf der

21) ZEDLER, Artikel Gerichtshalter, Bd.10, S.1120.

22) Ibid.

23) Ibid.

24) Ibid. S.1125: "...und es suchten deren Vormünder etwas, so muß der Actuarius absonderlich auf die Sollemnitäten sehen, welche bey Veräußerung derer unmündigen Güter erfordert werden; und diese sind *justa causa*, *ejus cognito*, atque *decretum*, deren er dann keine übergehen darff, damit nicht etwa eine Nullität daraus erwachse. Er hat auch Nachfrage zu halten, ob die Vormünder mit solchen Gütern treulich umgehen, damit sie der Obrigkeit keine Verantwortung entziehen."

25) Ibid.

geschichtlichen Entwicklung der deutschrechtlichen Vormundschaft der Familie zur ebenfalls schon im deutschen mittelalterlichen Recht wurzelnden staatlichen Obervormundschaft. Das Lexikon geht auf diese Entwicklung allerdings nicht ein.

Bei der Durchsicht dieser Artikel kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier durch entsprechende bindende Hinweise in viele Lebensbereiche formend und reglementierend eingegriffen wird. Das wirkt manchmal ausgesprochen kleinlich, wenn zur Pflicht gemacht wird, daß "nicht auf die Fürstlichen denen Gerichten insinuirten Rescripten und Patenten Registraturen"²⁶⁾ zu schreiben, sondern diese "zu Ehren des Landesfürsten reinlich"²⁷⁾ zu halten sind.

Bevor wir in eine Diskussion über das Strafrecht eintreten, müssen wir noch auf eine Problemfrage eingehen, die sich einerseits aus den Aufgaben und Befugnissen des Herrschers, andererseits aus der unverhohlenen Kritik des Lexikons an dem Stand der Rechtsgelehrten ergibt²⁸⁾.

26) ZEDLER, Artikel Gerichtshalter, Bd.10, S.1122.

27) Ibid.

28) Vgl. ZEDLER, Artikel Staats-Kranckheiten, Staats-Bedürfnisse etc., Bd.39, S.655; der Artikel beschäftigt sich u.a. mit den 'Staats-Kranckheiten der Rechtsgelehrten'.

Aus den kritischen Anmerkungen des Verfassers läßt sich zweifellos die Forderung, wenn auch noch etwas vorsichtig formuliert, nach der sachlichen Unabhängigkeit der Gerichte und der Rechtskraft der Gerichtsurteile ableiten. Gerade hier ergibt sich allerdings ein Widerspruch, den das Lexikon aus der staatsrechtlichen Sicht des Frühabsolutismus noch nicht zu lösen vermag. Wenn der Gedanke der sachlichen Unabhängigkeit des Richters Ausdruck findet, der Richter selbstverständlich Repräsentant des Herrschers sein soll, dann kann er nicht dessen verlängerter Arm sein; aber gerade diese Forderung vertritt das Lexikon²⁹⁾. Verstärkt wird diese Haltung noch dadurch, daß dem fürstlichen Machtspruch³⁰⁾ das Wort geredet wird, freilich mit dem Eingeständnis "wiewohl darinnen leicht zu weit gegangen und wiederrechtliche Dinge durchgetrieben werden"³¹⁾.

Streng genommen kann das Lexikon aus staatsrechtlicher Sicht gar keinen anderen Standpunkt einnehmen. Solange nämlich die Trennung

29) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

30) ZEDLER, Artikel Machtspruch, Bd.19, S.92: "Machtspruch geschiehet, wenn ein Landesherr aus vollkommener Macht eine Befreyung verleihet, oder die nach der Zierlichkeit und Formalität der Rechte erforderte, einer Handlung ermangelnde Umstände erstattet, oder in einer streitigen Sache mit Abschneidung der gewöhnlichen Umschweiffe den Ausspruch thut. Ein solcher Machtspruch leidet kein Gegeneinwenden, und führt die unweigerliche Vollstreckung hinter sich..."

31) Ibid.

der Gewalten nicht zur Grundlage des Staatsaufbaues gemacht wird, gibt es für den Herrscher selbst bei Betonung aller naturrechtlichen, aus dem Zwecke des Staates hergeleiteten Schranken kein rechtliches Hindernis, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen und eine Streitsache an sich zu ziehen. Ein solcher Eingriff bedeutet noch nicht, daß den streitenden Parteien oder zumindest einer von ihnen Unrecht geschieht; auch der Regent kann als Herrscher durchaus gerecht entscheiden. So betrachtet geht das Universallexikon mit der absolutistischen Staatstheorie konform und diese Auffassung war eigentlich auch zu erwarten.

Wenn aber gleichzeitig Ansätze für eine möglichst unabhängige Gerichtsbarkeit sichtbar werden, dann ist dies ein interessanter Aspekt und die Grundsatzerklärung Friedrichs des Großen aus dem Jahre 1748, "daß er die Rechtsprechung allein den ordentlichen Gerichten überlassen und weder selbst noch durch besondere Kommissionen ausüben wolle"³²⁾, findet in Zedlers Lexikon durchaus schon ihre gedankliche Vorbereitung.

So ist es auch zu verstehen, wenn die Übertragung der Gerichtsbarkeit³³⁾ auf staatliche Gerichte wesentlich ist, gleichzeitig aber kein

32) G.KLEINHEYER, Staat und Bürger im Recht, Bonner Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd.47 (1959), S.78.

33) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Unter), Bd.25, S.259. ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

Zweifel darüber gelassen wird, daß als eigentlicher Träger dieser Hoheitsrechte immer noch der Herrscher gilt³⁴⁾. Auf Grund der Aufgabefülle wird der Herrscher das Richteramt delegieren, obwohl er - wie im Lexikon dargestellt - die persönliche Ausübung der Gerichtsbarkeit durchaus noch für sich in Anspruch nimmt; eine Rechtfertigung dieser Haltung wird wohl auch darin zu finden sein, daß für den frühen Staat die staatlichen und rechtlichen Verhältnisse noch weniger kompliziert und damit überschaubar sind.

Soweit eine Übertragung des Richteramtes erfolgte, so mußte sich daraus auch eine verfassungsmäßige Stärkung derer ergeben, die für den Herrscher dieses Amt ausübten, weil ihnen die Fähigkeit zur Wahrnehmung dieser Aufgabe gegeben war. Der Herrscher ist in Zedlers Universallexikon zwar noch nicht verpflichtet, sich auf einen befähigten Beamtenstand zu stützen, er wird es in der Regel allerdings tun³⁵⁾.

Damit kündigt sich auch hier eine Richtung an, die das hohe Ansehen, das gerade die Angehörigen der Gerichte, aber auch des übrigen Beamtenstandes im späteren friderizianischen Staate auszeichnete, erklärt. So findet sich im Lexikon zwar noch nicht der Ausdruck des aufklärerischen Grundsatzes, daß das Maß der Befugnisse

34) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Unter), Bd.25, S.259. ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.91.

35) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Unter) oder Niedrige Obrigkeit, Bd.25, S.259.

dem Grade der Kenntnisse proportional sein soll, aber immerhin - und dies ist ein wesentlicher Aspekt - die Forderung danach³⁶⁾.

Wenden wir uns aber jetzt dem zweiten Teil dieses Kapitels zu, nämlich der Diskussion über das Strafrecht.

Nach der Auffassung des Lexikons kann es in einem gemeinen Wesen nur 'recht hergehen', wenn die Untertanen u.a. durch Strafen dazu angehalten werden, das zu tun, was die Obrigkeit befiehlt³⁷⁾. Aus der Tatsache, daß die Obrigkeit "Gewalt hat zu befehlen"³⁸⁾, folgt, daß sie auch das Recht haben muß, Strafen auszusprechen und "da in einigen Fällen auch selbst Lebens-straffen gesetzt werden müssen, so hat die Obrigkeit... auch zugleich Gewalt über Leben und Todt der Untertanen"³⁹⁾. Die Grenze dieser Staatsgewalt wird wiederum in den jeweiligen Erfordernissen der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit gesehen⁴⁰⁾.

Die Definition der Strafe übernimmt das Lexikon zunächst von Grotius: *malum passionis quod*

36) ZEDLER, Artikel Staats-Kranckheiten, Staats-Bedürfnisse etc., Bd.39, S.655.

37) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.254.

38) Ibd.

39) Ibd. (Das Recht auf Todesstrafe begründet das Lexikon damit, daß "die Bosheit der Leute bisweilen so groß ist", vgl. dazu ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.510.

40) Ibd.

infigitur ob malum actionis⁴¹⁾. Bei der näheren Darlegung weicht das Lexikon jedoch von Grotius ab und folgt Hobbes. Es führt aus, die Strafe sei ein beschwerliches Übel, "welches der obere den Unterthanen wegen eines begangenen Verbrechens auferlegt, und zwar zur gemeinsamen Verbesserung der Unterthanen"⁴²⁾. Sie betrifft entweder dessen Vermögen und Ehre oder auch Leib und Leben. Die Strafe wird von der Obrigkeit einem Untertanen auferlegt, der "Gebot und Befehl aus der Acht gesetzt, seiner von Gott vorgesetzten Obrigkeit Jurisdiktion durch Ungehorsam schändet und ihr nicht gehorsamet"⁴³⁾.

Wenn wir diese Definition in einem erweiterten Sinn betrachten, so läßt sich entsprechend der zugrunde gelegten Artikel folgendes sagen:

1. Die Strafe kommt vom Gesetz und nicht von einem Vergleich⁴⁴⁾;
2. die Strafe steht dem Regenten zu, der darunter aber noch weitere Rechte ausübt:
 - a) das Recht, Strafgerichte zu halten oder die Übeltäter nach den Strafgesetzen zu verurteilen⁴⁵⁾;

41) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.499; der Verfasser bezieht sich auf Grotius, De jure belli ac pacis, lib.II, cap.XX, § 11.

42) Ibid.

43) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2288.

44) ZEDLER, Artikel Strafe, Züchtigung, Bestrafung, Bd.40, S.501.

45) Ibid.

- b) das Recht "absonderliche Strafgerichte im Lande zu verordnen, oder die peinliche Jurisdiktion anderen zu verleihen"⁴⁶⁾;
- c) das Recht, "die gesetzten Strafen zu schärffen, zu lindern, oder gar nachzulassen, und dergestalt den Übeltätern Gnade zu erweisen, wenn es die Wohlfahrt der Republik erfordert"⁴⁷⁾.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Punkt 1, so kann festgestellt werden, daß nicht jedes Übel, das wegen vorherigen Unrechts zugefügt wird, als Strafe gilt, sondern nur das, welches vorher verkündet und nach angestellter Erkenntnis über das Delikt auferlegt wird. Niemand ist dem anderen "zu gehorsamen schuldig, daferne und so lange nicht die Ursache bewiesen worden..."⁴⁸⁾.

Darum ist die Untersuchungshaft bei Fluchtverdacht keine Strafe, und der Gefangene darf in ihr nicht mehr leiden, als zu ihr erforderlich ist. Ein Übermaß ist ihm wiedergutzumachen oder auf die künftige Strafe anzurechnen. Der Rechtfertigungsgrund der Strafe liegt nach Meinung des Lexikons in ihrer Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit für das Bestehen eines geordneten

46) ZEDLER, Artikel Strafe, Züchtigung, Bestrafung, Bd.40, S.501.

47) Ibid.

48) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2286.

Staatslebens⁴⁹⁾. Die Strafe ist relativ zu den Erfordernissen des staatlichen Wohls⁵⁰⁾. Dieser Zweck wird zwar, nach dem Glauben der Naturrechtsdoktrin an die von vornherein gegebene Harmonie von Staatswohl und Naturrecht, die Verhinderung künftigen Unrechts in sich schließen. Aber das Lexikon scheut sich nicht, zugunsten des Rechtsbrechers das Staatswohl als den höheren Zweck der Strafe hinzustellen, wenn die Forderungen des Staatswohls und der Gerechtigkeit auseinandergehen.⁵¹⁾

Man kann an dieser Stelle somit argumentieren, daß das Lexikon den 'Strafvollzug' von einer ausgesprochen praktischen Seite her sieht. Es erweitert gewissermaßen den Handlungsspielraum des Fürsten, wenn es ausführt, daß "der Grund der Verbindlichkeit im Wohlsein des Staats"⁵²⁾ liegt, und der Fürst somit nicht eher strafen muß, als er erkennt, "daß dieses des Staats Interesse erfordert"⁵³⁾. Auf Grund des staatlichen Interesses hat der Fürst freie Hand, "bey ein und dem andern Verbrechen durch die Finger zu sehen"⁵⁴⁾.

49) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.251 ff.

50) Ibd. S.254/255.

51) Ibd.

52) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.511.

53) Ibd.

54) Ibd.

In diesem Zusammenhang rät das Lexikon dem Regenten stets darauf zu achten, daß der Zweck der Strafe u.a. dann erreicht ist, wenn die Liebe und die Furcht bei den Untertanen erhalten bleibt⁵⁵⁾. Liebe bedeutet hier die Bereitwilligkeit nach den Gesetzen zu leben und wird somit den Gehorsam fördern⁵⁶⁾; die Furcht wird vor Verbrechen abhalten⁵⁷⁾. Das Lexikon betont, daß nach diesem Grundsatz sich bei der Verhängung von Strafen Gnade und Recht vereinigen müssen⁵⁸⁾.

Was die Methode bei der Realisierung von Strafen angeht, so rät der Verfasser, "ein eingewurzeltes Übel nicht auf einmal auszurotten"⁵⁹⁾, sondern stufenweise vorzugehen.

"Man nimmt erstlich die Besserung vor,
und wenn man siehet, daß man damit
nichts ausrichten kann, so greiffet
man zu dem Zwange und sucht durch die
Schärfße der Straffe das Übel, so gut
man kann, zu heben"⁶⁰⁾.

Entsprechend des Ansehens und der besonderen Umstände bei den verschiedenen Personen, muß nach Auffassung des Lexikons das Strafmaß verschärft oder gelindert werden. Ein vorsichtiges Taktieren ist notwendig, denn auf Grund des großen Ansehens

55) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.511.

56) Ibid.

57) Ibid.

58) Ibid.

59) Ibid. S.512.

60) Ibid.

bestimmter Leute könnte deren öffentliche Bestrafung eine Verbitterung gegenüber dem Regenten auslösen⁶¹⁾. In einem solchen Falle rät man der Obrigkeit, die Todesstrafe im geheimen vollstrecken zu lassen. Als Beispiel wird die Hinrichtung des Herzogs von Guise durch Heinrich III. von Frankreich⁶²⁾ genannt.

Im Einklang mit dieser Auffassung vom Strafrecht lehnt das Lexikon die Idee der Wiedervergeltung scharf ab. Es ist unrecht, einen Menschen zu strafen, wenn kein Nutzen dabei herauspringt. Die Wiedervergeltung, die nur der begangenen Tat wegen ausgeübt wird, ist niedrige Rache.

Dem eigentlichen Strafzweck, der Verhütung künftigen Unrechts und der Verwirklichung des Staatswohls, dient bereits die bloße Strafandrohung. Die Vorstellung des Guten, das der gesetzmäßigen Handlung folgt, ist nicht wirksam genug, den menschlichen Willen zu bestimmen, wenn nicht zugleich eine Strafe angedroht ist, die den Zuwiderhandelnden treffen wird. Die Neigung zum Unrecht tun kann am besten durch Androhung eines entgegengesetzten Übels aufgewogen werden. Die Gesetze, die stets mit einer Strafandrohung⁶³⁾ verbunden sein müssen, üben somit einen psychischen Zwang aus, so daß die Menschen wegen der drohenden Strafe lieber gehorchen als zuwiderhandeln wollen.

61) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.512.

62) Ibid.

63) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2287.

Es wäre an dieser Stelle verfehlt anzunehmen, daß das Lexikon sich von nun an deutlich zum Vorläufer der späteren Theorie des psychischen Zwanges macht. Es darf im Gegenteil nicht übersehen werden, daß es die eigentliche Funktion der Strafe nicht in der Androhung, sondern in ihrer wirklichen Verhängung sieht⁶⁴⁾. Darum werden im folgenden die Mittel, die den Strafzweck erreichen sollen, eingehend dargelegt. So führt das Lexikon aus, daß der Zweck der Strafe, die Verhütung künftiger Verbrechen, erreicht wird:

1. durch Besserung des Täters oder
2. durch Abschrecken der übrigen oder
3. durch Verhinderung weiterer Delikte des Täters.

Als Strafen⁶⁵⁾ werden u.a. Geldstrafen⁶⁶⁾, zeitweiliger bzw. völliger Entzug der Bürgerrechte, Gemeinnutzungen, Rechte und Gerechtigkeiten⁶⁷⁾, Arrestierung von Hab und Gut⁶⁸⁾, gefängliche Verwahrung der Personen⁶⁹⁾, Ausschluß aus der christlichen Gemeinde⁷⁰⁾ etc. genannt.

64) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2288, 2289, 2290.

65) vgl. den Artikel Strafe, Bd.40, S.514. Hier werden eine ganze Reihe 'bürgerlicher Strafen' wie Pranger, Auspaukung, Züchtigung mit Ruten, Vestungsbau, Ausschneidung der Zunge, Belähmung eines Fußes genannt.

66) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2288 ff.

67) Ibid.

68) Ibid. S.2288.

69) Ibid.

70) Ibid.

Die Hauptabsicht aller Strafen ist die Abschreckung⁷¹⁾. Schon in dem Beweisverfahren gegen mutmaßliche Übeltäter spricht sich die grausame Härte des Strafrechts aus, das keine Rücksicht auf den einzelnen kennt. Das Lexikon rät sogar noch zur Tortur, "zur peinlichen Strafe am Leibe"⁷²⁾. Es räumt zwar ein, daß es nicht die geschicktesten Mittel sind, daß sie manche unschuldige Opfer fordert; auf jeden Fall muß sie aber bei schweren Verbrechen, vor allem bei vorsätzlich begangenen Verbrechen, bei wirklich großem Verdacht, bei starkem und gesundem Körper des Angeklagten praktiziert werden⁷³⁾.

Entgegen früherer Äußerungen, daß der Untertan nicht "allzuhart beschweret"⁷⁴⁾ werden soll, der Obrigkeit gegenüber sogar eine "wohlgemeinte, ja väterliche Affection abzunehmen haben möchte"⁷⁵⁾, fordert das Lexikon gerade von dieser Obrigkeit eine Härte, die es sonst wegen der Gefahr der Verbitterung und Hartnäckigkeit⁷⁶⁾ seitens der Untertanen ablehnt.

Das Universallexikon bezieht sich hier wie im folgenden auf Pufendorf⁷⁷⁾, der hinsichtlich

71) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.514:
"Es machet auch der Anblick der Übeltäter mit ihrem kläglichen Bezeigen, und selbst die große Menge derer, welche zusehen, einen großen Eindruck in das Gemüthe, und vermehret die Furcht für die Straffe".

72) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2289.

73) Ibid.

74) Ibid. S.2286.

75) Ibid.

76) Ibid.

77) Ibid. Der Verfasser bezieht sich auf Pufendorf, Jus Naturae et Gentium, III, 8, § 9-12.

des Strafzwecks anführt, daß die Strafe den Nutzen des Verbrechers, des Verletzten oder der Allgemeinheit bezwecken soll. Das erstere zielt auf Besserung des Täters, das zweite auf den Schutz des Verletzten, das dritte auf Sicherheit der Allgemeinheit - darum ist Todesstrafe möglich -, auf Abschreckung der Übrigen und auf Wiederherstellung des durch die Tat angegriffenen obrigkeitlichen Ansehens⁷⁸⁾.

Diese auch von Pufendorf vertretene Strafrechtstheorie setzt das Lexikon dann auch bei der Erörterung der Strafzumessung fort. Die Grundthese geht dahin: es gibt vor menschlichen Richtern keine Strafgerechtigkeit, nach der bei bestimmten Delikten ein ganz bestimmtes, von Natur aus festgesetztes Strafmaß auferlegt werden müsse⁷⁹⁾; vielmehr ist das wahre Maß menschlicher Strafen der Nutzen des Staates; und wie sich die Strafzwecke am besten erreichen lassen, so sind die Strafen durch die Klugheit des Herrschers zu schärfen und zu mildern. Die Strafe ist zu hart, wo ihr Zweck durch gelindere Mittel erreicht werden kann; zu milde, wo sie nicht genügend Kraft hat, ihren Zweck zu erreichen⁸⁰⁾.

78) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2289.

79) vgl. die Seite 143 dieses Kapitels.

80) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2289.

Das Lexikon macht aber in diesem Zusammenhang deutlich, daß selbst dort, wo von der Obrigkeit das Strafmaß klar umgrenzt worden ist, die Rechtschaffenheit der Anwälte und Richter sehr stark zu wünschen übrig lasse, Immer noch gilt: "die Gunst des Richters vermöge mehr, als das Gesetz im Buche"⁸¹⁾

Das Lexikon kritisiert darüber hinaus die Haltung der Anwälte.

"Die Advokaten müssen darauf schwören, daß sie keine Sache annehmen wollen, als die sie in denen Rechten vor gegründet erachten. Aber weil der Gesetze viele sind, so findet sich überall ein Gesetz vor eine und die andere Meinung. Und wenn der Advokat den Beutel seines Klienten zu dem einen Gesetz legt; so wäget es; bei reifer Überlegung mehr, als der andere. Dahero geschieht es, daß er niemals befindet, daß eines seine Sache im Recht nicht gegründet sei, als wenn er kein Geld hat. oder die Sache so ausgemachten Rechtens ist, daß er gewiß weiß, der bemittelte Gegenpart werde in die Unkosten verdammet werden. Und weil ihnen selbst sehr viel daran gelegen, daß sie die Sachen, welche sie annehmen, gewinnen, der Eid aber ein End alles Haders ist, so fragen sie immer nicht sonderlich nach denen Umständen der Sachen, sondern so gleich, ob der Client schwören könne?"⁸²⁾

81) ZEDLER, Artikel Staats-Kranckheiten, Staatsbedürfnisse etc., Bd.39, S.655.

82) Ibid.

Das Lexikon will zweifellos durch die Darlegung dieser Mißstände den Untertan davor schützen, wegen der Gewährung oder Bestätigung eines Rechts, das ihm zusteht, ausgebeutet zu werden. Wie wir bereits an anderer Stelle dieses Kapitels gesehen haben, möchte das Lexikon auch hier auf notwendige Reformen innerhalb des Advokatenstandes (z.B. in Form einer staatlichen Besoldung und damit Verbeamtung) aufmerksam machen.

Abgesehen von diesen kritischen Anmerkungen finden sich in den hier zugrunde gelegten Artikeln zahlreiche Argumente dafür, wie sehr man auf den Nutzen 'einer gantzen Gesellschaft' bedacht war. Es sind geradezu rechtsstaatliche Vorstellungen, wenn das Lexikon als Leitlinie hervorhebt, daß grundsätzlich "zwischen Verbrechen und Strafe eine Gleichheit seyn muß"⁸³⁾. In den gleichen rechtsstaatlichen Rahmen gehören die Feststellungen,

- a) daß Unschuldige nicht gestraft werden können, da sie nicht gesündigt haben, d.h. ohne Zurechnung ist eine Strafe unmöglich⁸⁴⁾;
- b) Kinder und rasende Personen nicht mit einer Strafe belegt werden können, denn die Tat muß mit Wissen und Willen geschehen, d.h. mit Vernunft und dies kann diesen Leuten nicht zugebilligt werden⁸⁵⁾;

83) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.512/513.

84) Ibid. S.502.

85) Ibid.

- c) daß niemand wegen eines anderen Verbrechens bestraft werden kann, wenn er nicht daran beteiligt war⁸⁶⁾.

Mit dem Verfasser dieses Artikels gesprochen geht es um einen innerlichen wie äußerlichen Endzweck, der bei der Verordnung von Strafen zu berücksichtigen ist. Der innerliche Endzweck ist die Genugtuung, "welche der Gerechtigkeit geschehe"⁸⁷⁾. Indirekt ist damit der Nutzen der Untertanen angesprochen, deren Wohlfahrt ohne Gerechtigkeit nicht bestehen kann. Der äußerliche Endzweck zielt auf den Nutzen der Gesellschaft als ganzes; "bald aller und jeder Person, zu Nutzen dessen welche gesündigt, damit er sich bessere oder der, der beleidigt worden, damit ins künftige sicher sey; oder der andern überhaupt, auf daß sich durch das Exempel von dergleichen Verbrechen abschrecken lassen"⁸⁸⁾.

Wir können also feststellen:

Die Grundsätze, nach denen der Staat die Strafen der verschiedenen Verbrechen zu bestimmen hat, leitet das Lexikon aus Begriff und Zweck der Strafe her und folgt damit der naturrechtlichen Tradition. Seit Hugo Grotius war das profane Naturrecht Grundlage der Straftheorien geworden, die allerdings in ihren Einzelheiten erhebliche Unterschiede aufweisen.

86) ZEDLER, Artikel Strafe, Bd.40, S.503.

87) Ibid. S.506.

88) Ibid.

Während Zedlers Lexikon in Bezugnahme auf Grotius unter Strafe zunächst ein Übel wegen eines begangenen Verbrechens versteht, schließt sich das Lexikon im folgenden der Argumentation Pufendorfs an und damit tritt der Gedanke der Prävention unbestreitbar in den Vordergrund; die Wiedervergeltung wird abgelehnt, sie gilt als niedere Rache. Für die Frage, ob und in welchem Umfange der Staat Strafen verhängen darf, wird ein allein aus dem Staatszweck hergeleiteter Strafzweck maßgebend. Auf diesem Hintergrund ist es auch zu verstehen, wenn das Strafmaß sich grundsätzlich am Nutzen des Staates orientiert und eine Strafgerechtigkeit in der Form, daß für bestimmte Delikte ein ganz bestimmtes, von Natur aus festgesetztes Strafmaß auferlegt werden muß, nicht zur Diskussion steht.

Für die Frage, ob die höchste Obrigkeit eine Handlung bestrafen kann oder nicht, ist für das Lexikon weiterhin bedeutsam, ob die Tat mit Wissen und Willen geschah und der Handelnde damit wissen konnte, daß die Tat die im Gesetz verbotenen Folgen hervorbringen würde. Das Lexikon nimmt daher die Handlungen von Menschen, denen es an dem Vermögen fehlt, seine Pflichten zu erkennen und Folgen seiner Handlungen zu beurteilen (z.B. Kinder und Wahnsinnige), von einer Bestrafung aus. Nur eine wissent- und willentlich begangene strafbare Handlung macht den Täter zum eigentlichen Urheber und ermöglicht es, ihm die Tat zuzurechnen. Wie weit das Lexikon hier

unmittelbar von Pufendorf⁸⁹⁾ beeinflußt worden ist, läßt sich nicht nachweisen. Sicherlich war aber die Beschränkung der Strafbarkeit auf eine mit Wissen und Willen geschehene Tat schon längst Gemeingut der Naturrechtstheorie und dürfte damit den Verfassern des Lexikons selbstverständlich gewesen sein.

Bei einer Betrachtung des Strafrechts im politischen Sinne läßt sich auch hier - wie schon beim Gesetzgebungsrecht - eine Lösung von den reichsrechtlichen Verordnungen zugunsten örtlicher Traditionen der Strafrechtspflege⁹⁰⁾ feststellen. Der Spielraum des Regenten bei der Bemessung des Strafmaßes und nicht zuletzt die methodischen Überlegungen bei der Verhängung von Strafen sind Zeugnis dafür, wie sehr reichsrechtliche Regelungen in den Hintergrund traten und stattdessen der "Ausbau der Gerichts- und Verwaltungsordnung auf dem Weg des landesherrlichen Rechtsgebots"⁹¹⁾ voranging.

89) vgl. den von WELZEL, Die Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs, S.24 f., Anmerkung 16, zitierten Abschnitt über die Imputation aus Pufendorfs "Eris scandica", S.218.

90) H.MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, a.a.O., S.107.

91) Ibd. S.108.

4. Das Recht eines Fürsten in Kirchensachen

Bei der Erörterung dieser Frage können wir zunächst einmal grundlegend feststellen, daß das Lexikon der Obrigkeit die kirchlichen Rechte entsprechend dem Reichsrecht als ein Stück ihrer Landeshoheit¹⁾ führt, als ein Recht, das aus der Bestimmung der Landeshoheit seit dem Westfälischen Frieden (1648) fließt, bei den evangelischen Reichsständen mit der Stellung als Sumepiscopus.

"Der Landesherr regiert die Kirche. Er stellt nicht zwei Personen, sondern lediglich den Landesherrn dar. Er regiert die Kirche nicht mit einer besonderen Gewalt, welche ihm als obrigkeitlichem Glied der Kirche zukäme, sondern mit seiner Staatsgewalt. Jetzt erst regiert der Staat die Kirche."²⁾

Diese von Martin Heckel herausgestellten Argumente über das Verhältnis von Staat und Kirche im 17.Jhr. haben auch in Zedlers Lexikon des frühen 18.Jahrhunderts ihre Gültigkeit. In den entsprechenden Artikeln heißt es immer wieder, daß das Recht eines Fürsten in geistlichen Sachen und das Recht zu reformieren, sich nicht allein auf das Recht der Natur gründen, sondern

1) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.139J.

2) Martin HECKEL, Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands, in der ersten Hälfte des 17.Jahrh. ZRG (KA) Bd.74 (1957), S.203.

vom Westfälischen Frieden her zu sehen sind³⁾.

Es kann nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, die Gründe aufzuzeigen, wie es zur Entwicklung des Kirchenregiments gekommen ist. Aus der Entstehungszeit des Lexikons ist ersichtlich, daß die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und Kirche abgeschlossen war. Martin Heckel hat nachgewiesen, daß die religiös-theologische Weltanschauung des Mittelalters ungefähr von der Mitte des 17. Jahrhunderts an verdrängt und ersetzt wird durch ein System der natürlichen Religion, der natürlichen Moral, des Naturrechts⁴⁾.

"Aus der Ordnung des Religionsfriedens erwachsen und in kanonistische Begriffe gekleidet, wirkte die Episkopaltheorie mit den territorialistischen Bestrebungen zusammen, um ein einheitliches Kirchenregiment durchzusetzen und das Territorium abzurunden und zu straffen⁵⁾!"

Diese Bestrebungen werden in Zedlers Lexikon bei der Erörterung dieser Frage ganz deutlich. So wird der Staat nicht mehr als göttliche Schöpfungsordnung betrachtet, sondern als Ergebnis eines rationalen Gesellschaftsvertrages; die Obrigkeit ist nicht mehr die Statthalterin Gottes, sondern die Vertreterin der Gesamtheit, an deren

3) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchen-sachen, Bd.30, S.1401.

4) HECKEL, a.a.O., Bd.74, S.203.

5) Ibid. S.202.

Spitze sie gestellt ist⁶⁾, und der Glaube an die religiöse Hauptaufgabe des Staates weicht einer rein irdisch und innerweltlich verstandenen Idee der *salus publica* und Staatsräson⁷⁾. Der Staatsaufbau in den Territorien ist entsprechend ausgestaltet, seine Verfassung und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sind im Sinne des Absolutismus der Aufklärung bestimmt.

Wenn es darum geht, die Bedeutung des Glaubens für das Staatswesen zu schildern, dann bezieht sich das Lexikon zunächst auf die griechische Polis und die römischen Ideen der Antike⁸⁾. Aus Aristoteles und Platon, Plutarch und Cicero hat man gelernt. Der öffentliche Nutzen und die Würde der staatlichen Majestät verlangen, daß die

6) ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren , Bd.3o, S.1418.

7) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.3o, S.1394/1395:
"So fern er aber als ein Fürst betrachtet wird, liegt ihm die innerliche Glückseligkeit gar nicht ob. Er ist auch nicht dazu gesetzet, dieselbe fromm und gottesfürchtig zu machen:.. Es ist derowegen der Fürst zu keinem anderen Ende, als seine Unterthanen bey der äußerlichen Ruhe zu erhalten... Alle diejenigen Rechte also, ohne welche dieser Endzweck nicht erhalten werden kann, müssen dem Fürsten zukommen und überlassen seyn... zu allen diesen Rechten die Inspection und Direction aller Collegien... gehöre, und daß er auch das Recht in 'geistlichen Sachen' (*Jus circa sacra*) als Fürst haben müsse."

8) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.3o, S.1401. ZEDLER, Artikel Religion, Bd.31, S.443 ff.

Religion in deren Gewalt stehe⁹⁾. Daneben wird immer wieder betont, daß das Seelenheil der Untertanen oberste Aufgabe der Religion sei, die nicht zum 'instrumentum regnandi' herabgewürdigt werden darf¹⁰⁾.

Wir hatten festgestellt, daß sich das Recht eines Fürsten über die Kirche und damit seine Rechte über die im Staate bestehenden Religionsgesellschaften aus dem Verhältnis der Kirche zum Staat ergeben. Wenn wir dieses Problem weiterverfolgen, so kann ausgeführt werden, daß sich in Zedlers Lexikon die gegensätzlichen Ideenkreise der Gewissensfreiheit, des strengen Souveränitätsbegriffes und der altlutherischen Sorge des Staates um die Reinheit der Lehre kreuzen. Im Einklang mit einem gewissen religiösen Individualismus fordert das Lexikon für das Individuum volle Gewissens- und Glaubensfreiheit¹¹⁾, für die Kirche aber aus dem Souveränitätsbegriff heraus eine straffe staatliche Kontrolle.

9) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1401. ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren, Bd.30, S.1418 ff.

10) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395:
"Sehen wir nur die Religion an; so ist gewiß, daß Gott dieselbe zu keinem anderen Ende vor uns Menschen verlanget, als zu unserer eigenen Glückseligkeit. Denn durch die innerliche Religion sollen wir suchen, uns aus der natürlichen Verderbnis herauszureissen".

11) ZEDLER, Artikel Religion, Bd.31, S.443.
ZEDLER, Artikel Gottesdienst, Bd.11, S.382.

Seine Beweisführung beginnt Zedlers Universallexikon mit der Darlegung des religiösen Individualismus¹²⁾. Jeder muß für sich allein Gott dienen; Zwangsmittel¹³⁾ zur Annahme einer Religion sind nicht erlaubt; bei der natürlichen Religion nicht, weil die Erkenntnis der Wahrheit niemals durch Gewalt, sondern allein durch Beweise verschafft werden kann; bei der Offenbarungsreligion nicht, weil sie ebenfalls nicht gewaltsam, sondern allein durch Gottes Gnade hervorgerufen wird. Zwingen kann man wohl zu einem äußeren Verhalten, aber zu keinem inneren Bekenntnis¹⁴⁾.

Die elterliche Pflicht der Kindererziehung umfaßt auch die Sorge für die Religion der Kinder durch Belehrung, Ermahnung und Vorstellung des göttlichen Zorns, aber nicht durch Gewalt.

Da zum Gottesdienst keine Gemeinschaft erforderlich ist, sind die Staaten nicht der Religion wegen gegründet worden. Doch äußert sich die diesseitige Wesenheit der natürlichen Religion darin, daß, weil sie das Band zwischen Untertan und Herrscher befestigt, die Obrigkeit

12) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1396 ff.

13) Ibid.

14) ZEDLER, Artikel Religions-Eiffer, Bd.31, S.513:

"Es ist in der That ein großer Irrthum, wenn einen der Religions-Eiffer auf den Gedanken bringt, als ob man die Leute mit Feuer und Schwert oder durch andere Gewalttätigkeiten zum Glauben zwingen müsse".

auf ihre Pflege durch die Untertanen bedacht sein muß und auch Strafen darauf legen kann, wenn jemand äußerlich gegen sie handelt. "Ja, da ein Fürst geringe Laster bestrafen kann, warum sollte denn ein solcher der Straffe befreyet seyn, welcher der Religion zum Schaden der Republic mißbrauchet"¹⁵⁾.

Der Staat bedarf geradezu der Religion, da ohne sie seine bürgerlichen Gesetze unzulänglich bleiben¹⁶⁾. Braucht aber der Staat selbst die Religion, muß er sie auch in seine Obhut nehmen und Einrichtungen schaffen, damit jeder die Erkenntnis Gottes erwerben kann. Das höchste Ziel des Staates besteht in der Schaffung der Glückseligkeit für seine Untertanen.

"Die innerliche Glückseligkeit besteht in einer wahren Gemüthsruhe, die äußerliche darin, daß wir nicht allein von niemand in den uns zukommenden Rechten gekränkt werden, sondern, daß uns auch andere Menschen helfen und beystehen"¹⁷⁾.

Im Judentum waren Staat und Religion identisch¹⁸⁾. Dagegen beschränkt sich das Christentum nicht auf ein Volk, sondern erstreckt sich über die ganze Menschheit¹⁹⁾. Während Moses Fürst war

15) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

16) Ibid.

17) Ibid.

18) Ibid. S.1391.

19) ZEDLER, Artikel Religion (Christliche), Bd.31, S.465 ff.

und einen Staat gründete²⁰⁾, hatte Christus keinerlei weltliche Absichten. Er hat keinen Staat gründen wollen, weder Land noch Untertanen gehabt, er war kein Fürst, sondern Lehrer, seine Jünger Schüler. Christi Reich ist ein Reich der Wahrheit. Die Wahrheit aber bedarf keiner Zwangsmittel wie der staatliche Gehorsam; darum braucht sie zu ihrer Ausbreitung und Erhaltung keinen Staat. Denn warum

"solte man einen mit Gewalt zur Religion zwingen, da dieselbe uns zur Seligkeit bringen soll? Lasset man doch einem jedweden die Freyheit, daß er eine Handthierung erwählen kann, welche er will; da doch dieses nur zur zeitlichen Glückseligkeit gehöret"²¹⁾.

Der Staat entsteht durch Unterwerfung vieler unter eine irdische Gewalt; der Gläubige aber unterwirft sich nur Gott, nicht einem Priester, der lediglich Gottes Willen zu interpretieren und die Gläubigen zu ermahnen hat²²⁾. Einen allgemeinen höchsten Richter über Glaubensstreitigkeiten kann es nicht geben, weil er unfehlbar sein müßte und weil aus der Bibel nicht zu

20) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1392.

21) Ibid. S.1397.

22) Ibid. S.1399:

"Aus diesem alle folget aber nicht, daß ein Fürst Unrecht thue, wenn er einen Prediger, der anders lehret, als die Confession seiner Untertanen mit sich bringet, und dessen überzeugt ist, seines Dienstes erlässet".

erweisen ist, daß Gott einem Menschen Unfehlbarkeit verliehen hat. Auch wenn dies der Fall wäre, müßte der unfehlbare Richter Gewalt haben, um die Christen zur Anerkennung seiner Entscheidung zu zwingen. Eine solche Gewalt ist weder von Gott noch durch Zustimmung der Christen jemandem verliehen worden. Auch eine Tradition kann ihre Unrechtmäßigkeit nicht rechtmäßig machen. Übrigens würde eine derartige Gewalt für das Christentum nicht passen: dürften gar keine Glaubensstreitigkeiten vorhanden sein²³⁾, so würde die ärgste Sklaverei bestehen und Heuchelei die Folge sein. Im Staat bestünden dann zwei souveräne Gewalten, die geistliche und die weltliche.

Räumt man dem weltlichen Herrscher auch die geistliche Gewalt ein, so macht man ihn zum Herrn über das Gewissen der Untertanen. Dies lehnt das Lexikon jedoch mit Entschiedenheit ab, denn "jedwedem ist die gesunde Vernunft und die Schrift gegeben, daß er in derselben die Mittel und Wege lernen solle, sich der ewigen Glückseligkeit theilhaftig zu machen"²⁴⁾. Der Fürst ist vielmehr verpflichtet, einen jeden bei seiner Gewissensfreiheit zu schützen²⁵⁾, denn es "muß ja auch dermahleinst ein jedweder von seinem eigenen Leben Red und Antwort geben"²⁶⁾.

23) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1399.

24) Ibid. S.1397.

25) Ibid. S.1398.

26) Ibid. S.1399.

frennt man den geistlichen und den weltlichen Souverän, so muß der erstere entweder sein Urteil selbst vollstrecken oder es durch den weltlichen Herrscher vollstrecken lassen. Im ersteren Falle würde die Verdoppelung der Souveränität ein stets glimmender Zunder, im zweiten der Fürst nur Scherge des Priesters sein. In beiden Fällen würde der innere Halt des Staates zerrüttet werden.

Wo ein ganzes Volk mit seinem Herrscher sich zum Christentum bekennt, da schließt der Staat die Kirche in sich ein ohne jede Kollision, ohne Verschmelzung und Präjudizierung seiner Rechte²⁷⁾. Sie ist nichts anderes als ein das Volk und den Herrscher umfassendes Kollegium. Da jede physische Person eine mehrfache moralische Personalität haben kann, erhalten Bürger und Herrscher außer der bürgerlichen noch eine christliche Persönlichkeit²⁸⁾. Erstere ruht mit Betreten der Kirche; in der Kirche gilt der Fürst ebensoviel wie der gemeinste Soldat²⁹⁾. Darum wird der

27) ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.3o, S.1828. ZEDLER, Artikel Regimentsform der Kirchen, Bd.3o, S.1842.

28) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.3o, S.1394:
"... es kann derselbe (Fürst) auf dreierlei Art betrachtet werden, als ein Mensch, als ein Christ, und als ein Fürst. So ferne er ein Mensch und Christ ist, ist er zwar, wie andere Menschen verbunden, mit einem guten Exempel vorzugehen, und diejenigen Liebesdienst so zur Besserung anderer dienen, ihnen zu zeigen".

29) ZEDLER, Artikel Regiments-Form der Kirchen, Bd.3o, S.1842. ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.3o, S.1828.

Fürst mit Annahme des Christentums nicht eo ipso Priester oder Bischof. Es wäre aber falsch, daraus abzuleiten, daß der Fürst, sofern er als ein Glied der Kirche betrachtet wird, keine Gewalt über dieselbe hätte. Das Lexikon betont vielmehr, daß dies nicht in Zweifel gezogen werden kann³⁰⁾, "er hat allerdings das Recht in Kirchen-Sachen. Denn ob er gleich kein neues Recht bekommt, wenn er sich zu der christlichen Kirche begiebet; so verlieret er doch auch dadurch nicht diejenigen Rechte, die er vorher gehabt hat"³¹⁾.

Auf Grund der Tatsache, daß der Fürst grundsätzlich die Aufsicht "über alle Gesellschaften in einer Republic hat, so hat er solche über die, welche die Kirche ausmachet. Eben dieses bringt auch das Wesen der Majestät mit sich"³²⁾.

Das Lexikon erwähnt in diesem Zusammenhang folgende Rechte³³⁾:

- a) das Recht eine Religion einzuführen,
- b) das Recht über Ketzer und Atheisten,
- c) die Gewalt, ein Glied aus der Kirche auszu-
stoßen,
- d) das Recht zu reformieren,
- e) die Bestellung der Lehrer und Vorsteher der
Kirchen,
- f) die geistliche Jurisdiktion,

30) ZEDLER, Artikel Regiments-Form der Kirchen, Bd.30, S.1842.

31) Ibid.

32) ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.30, S.1828.

33) Ibid. S.1831.

- g) die Gewalt über die Person der Geistlichen,
- h) das Eigenthums-Recht über Kirchengüter,
- i) das Recht geistliche Unterobrigkeiten zu bestellen³⁴⁾.

Da nun das Evangelium die souveräne Gewalt nicht einschränkt und der Fürst die Kirche in seinem Gebiet duldet, hat der Herrscher bestimmte *jura circa ecclesia*³⁵⁾. Diese Rechte stehen allein dem Fürsten zu, sie mögen einer Religion zugestanden sein, welcher sie wollen. Denn die Religion verändert den Staat nicht, sie gibt dem Fürsten weder mehr noch weniger Rechte, sondern das *Imperium* und *Subjectio* sind *Correlata*³⁶⁾, d.h. keines kann ohne das andere sein. Dieses Recht ist ein Teil der höchsten Majestät und kommt aus dem Naturrecht³⁷⁾.

So hat der Herrscher zunächst ein Aufsichtsrecht über die Kirche (wie über alle *collegia*), damit in ihr nichts zur Schmälerung seiner Rechte vorgenommen wird³⁸⁾. "Denn es bleibt eine unstreitige Wahrheit, daß alles dasjenige, was die Republick turbiret, und Streit und Zank anrichtet,

34) vgl. auch ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1394, vor allem S.1401. Das Lexikon verweist daneben u.a. auf Carpzov und dessen *Jurisprudentia ecclesiastica seu consistorialis*. In diesem führenden Werk des Kirchenrechts des 17.Jahrh. war der Obrigkeit u.a. das Recht zur Berufung von Synoden und die Promulgation von Kirchenordnungen zugestanden worden.

35) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

36) *Ibd.*

37) *Ibd.*

38) *Ibd.*

der wahren christlichen Religion zuwider sey"³⁹⁾
Jede Religionsgemeinschaft ist dem Staat schuldig anzuzeigen, zu welchen Meinungen von Gott und göttlichen Dingen sie sich bekenne, was für Pflichten sie ihren Anhängern lehre und wie die Einrichtungen ihres äußeren Gottesdienstes beschaffen sei⁴⁰⁾.

Ferner hat er ein Mitwirkungsrecht bei der Ernennung der Geistlichen⁴¹⁾. Allein kann er sie nicht bestellen, weil sie keine Staatsbeamten sind. Wie ursprünglich das Ernennungsrecht der Lehrer und Vorsteher der gesamten Kirchengemeinde zustand, so hat jetzt der Herrscher als ihr Mitglied auch einen Anteil an diesen Rechten. Jedoch in Widerspruch mit der Lehre von der Gleichberechtigung aller Christen in der Kirche gibt Zedlers Lexikon dem Herrscher ein Prärogativrecht bei der Priesterwahl in der Kirche, deren Mitglied er ist. Den übrigen Kirchen seines Gebiets soll der Fürst die Freiheit der Wahl lassen, soweit keine besonderen Gründe zu einem Eingriff vorliegen, Er soll ihr niemand wider Willen aufdrängen. Doch muß er verhüten, daß Unfähige und Unwürdige das Priesteramt erlangen, und er kann darum Delegierte zur Wahl schicken, die verhindern, daß etwas Unehrenhaftes geschieht, und die

39) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

40) Ibid. S.1399 und 1400.

41) Ibid. und S.1401.

Bewerber auf Lehre, Lehrfähigkeit und Sittlichkeit prüfen. Zur Beaufsichtigung der Priester muß er Inspektoren bestellen, die jene zurechtweisen und zügeln, wenn sie abirren. Die Inspektoren selbst müssen entweder dem Fürsten oder einem Konsistorium gegenüber verantwortlich sein. Das Lexikon fordert hier sogar, "daß sich die Obrigkeit dieses Rechts...bisweilen besser bedienet hätten, vielleicht würden die Republiken glückseliger seyn"⁴²⁾.

Alle diese Rechte hat der Fürst als primarium membrum der Kirche, weil das landesherrliche Kirchenregiment für die Kirche selbst am vortheilhaftesten ist. Als Mitglied der Kirche wie als Staatsoberhaupt hat er für die Beilegung der Glaubensstreitigkeiten durch Berufung von Synoden zu sorgen⁴³⁾.

Dem Lexikon liegt es dabei fern, zu fordern, daß der Fürst der christlichen Religion Gewalt antun soll. Aber aus der Einsicht heraus, daß die Religion großen Einfluß auf das bürgerliche Wesen hat und die Gemüter durch die Lehrsätze der Religion 'eingenommen' werden⁴⁴⁾, "daß wenn diese einen zur Rebellion, Ungehorsam gegen die Obrigkeit, Aberglaube und anderen den bürgerlichen Staat nachtheiligen Irrthümern verlei-

42) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

43) ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.30, S.1831. vgl. auch Martin HECKEL, a.a.O., Bd.74, S.229 ff.

44) ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.30, S.1828.

ten"⁴⁵⁾, kommt der Aufsichtspflicht des Fürsten erst recht große Bedeutung zu. Damit soll verhindert werden, daß "der Endzweck der Republic und der bürgerlichen Oberherrschaft umgestoßen wird"⁴⁶⁾.

So ist es auch zu verstehen, wenn priesterliche Gebote und theologische Streitigkeiten, die dem Staat gefährlich sind, für böswillige Irrlehren gehalten werden. Der Fürst muß hier durch "gebührende Zwangsmittel zu verhindern suchen"⁴⁷⁾, daß der äußerliche Friede 'turbiret' wird.

Die Notwendigkeit und der Segen eines starken Staates spielen nach Meinung des Lexikons eine so bedeutende Rolle, daß keine Lehre für wahr gehalten wird, die dem Staat feindlich ist. Eine große Gefahr sieht das Lexikon daher auch in den Pietisten⁴⁸⁾ und den Atheisten⁴⁹⁾, die ihre Meinung nicht für sich behalten, öffentlich zu Religionsverächtern werden, also Unfrieden stiften und die Grundlage des Staates in der Religion untergraben. In Kulturstaaen, wo die Menschen dicht beisammen leben und ein jeder in seinen Handlungen nicht allein auf sich, sondern auch auf andere mit zu sehen hat, wo ein schlechtes Beispiel unendlichen Schaden stiften kann,

45) ZEDLER, Artikel Regiment (Kirchen), Bd.3o, S.1828.

46) Ibid.

47) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.3o, S.1397.

48) ZEDLER, Artikel Pietisten, Bd.28, S.110 ff. (Der Ausdruck ist mit Frömmlern, Leichtgläubigen gleichzusetzen).

49) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.3o, S.1396.

wo die meisten Menschen die Religion nicht entbehren können, da sie nicht vernünftig genug sind, muß der Staat beide als einen Gefahrenherd ausschließen⁵⁰⁾.

Abgesehen von dieser harten Kritik an den Pietisten und Atheisten setzt sich das Lexikon für die Duldung von Leuten ein, die eine andere Meinung predigen⁵¹⁾. Eine unterschiedliche Meinung ist kein Grund dafür, daß Leute nicht miteinander friedlich leben können. Das Lexikon verweist dabei auf Holland, wo der Unterschied der Sekten die Republik nicht beunruhigt:

"und die Wiedertäufer selbst, die sonst bei uns in einem so üblen Kredit sind, leben daselbst ganz ruhig. Und will man sagen, daß das Gegenteil doch in anderen Ländern beobachtet würde, so dient zur Antwort, daß daran nicht die Religion, sondern Ehrgeiz, Geldgeiz, Zorn, Rachgier und andere dergleichen böse Affekte schuld sind, welche auch unter einerlei Religionsverwandten die wahre Freundschaft hindern, wie solches die Erfahrung zu Genüge lehrt⁵²⁾".

Die Obrigkeit hat ein bestimmtes kirchliches Gesetzgebungsrecht⁵³⁾. Sie kann untersuchen, welche

50) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1396.

51) Ibid. S.1399.

52) Ibid.

53) Ibid. S.1400.

canones und Statuten in der Kirche rezipiert sind, überflüssige und schädliche aufheben und sie nach Befragung der obersten Priester ergänzen und ihnen die Kraft bürgerlicher Gesetze verleihen. Gegenstand dieser legislativen Gewalt ist nur die äußere Ordnung und Wohlfahrt, nicht etwa der innere Gehalt der Religion, die Glaubenssätze⁵⁴⁾. Doch ist zwischen den Sätzen der natürlichen und der geoffenbarten Religion zu unterscheiden; die Verletzungen der ersteren können mit weltlichen Strafen belegt werden, da sie das Fundament des Staates untergraben, z.B. Atheismus, Abgötterei, Gotteslästerung und Entheiligung des Sonntags. Den Glauben an die Offenbarungsreligion können keine menschlichen Strafen wecken. Auch die Kultusriten kann die Obrigkeit ordnen. Das Lexikon schließt z.B. die Abschaffung der gebräuchlichen Musik in der Kirche, eine Veränderung der priesterlichen Kleidung, eine Aufhebung der Altäre, Bilder und anderen 'Zierraths' nicht aus⁵⁵⁾. Auch hier ist allerdings der Nutzen des gemeinen Wesen vorrangig gegenüber "demjenigen, was sich thun lässet"⁵⁶⁾.

54) HECKEL, a.a.O., S.236 ff. Zedlers Universallexikon stimmt mit den Ausführungen Heckels überein, der ausführt, daß der Begriff der potestas circa ecclesiastica geeignet war, die Machtfülle des Fürsten auf die äußern Dinge zu beschränken. Die potestas interna, Predigt, Sakramente und die Gewalt zu binden und zu lösen, blieben nur dem Geistlichen reserviert.

55) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1400.

56) Ibid.

Obwohl die Gleichheit des Kultus für die innere Ruhe des Staates sehr vorteilhaft ist, darf doch der Staat hierbei nicht zu ängstlich vorgehen, weil die Verschiedenheit der Zeremonien an sich die Gleichheit der Religion nicht aufhebt oder die Bürger verhetzt. Schleichen sich in die Kirche Irrtümer ein, die die Rechte des Herrschers schmälern, so hat er ein kirchliches Aufsichtsrecht, das er am besten mit Wissen und Willen des Volkes ausübt.

Die Religion soll mit dem Wohl der Gemeinschaft arbeiten⁵⁷⁾, aber nicht als Herrin, sondern als Dienerin. Kirchliche Angriffe gegen sie - als gute Dienerin - hat der Fürst zu verhindern⁵⁸⁾. Daß es einen Gott gibt, der alles geschaffen hat und den alle daher verehren müssen, lehrt schon die natürliche Vernunft. Das Lexikon fordert vom Fürsten, alle gewähren zu lassen, die, ohne die Rechte des Staates anzutasten, die Freiheit ihrer religiösen Überzeugung beanspruchen⁵⁹⁾.

Hier erhebt das Lexikon, wie vor ihm schon Milton und Locke, seine Stimme für die Toleranz. Es unterscheidet eine politische und eine kirchliche Toleranz⁶⁰⁾. Diese besteht darin, daß eine Kirche verschiedene Lehrsätze in sich duldet,

57) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

58) Ibid.

59) vgl. auch VOLTELINI, a.a.O., S.89 ff.

60) ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren, Bd.30, S.1418.

jene darin, daß in einem Staate die Bürger die Freiheit haben, verschiedenen Kirchen anzugehören. Diese Freiheit der Kirchenzugehörigkeit haben die Bürger entweder aus eigenem Recht oder mit Erlaubnis des Herrschers; ersteres dann, wenn in einem Staate ein großer Teil der Bürger die Religion wechselt oder alle Bürger dies tun, aber verschiedene Religionen annehmen und sich gegenseitig ihre Religionsfreiheit ausbedingen; letzteres dann, wenn in einem Staate Andersgläubige aufgenommen werden oder ein unbedeutender Teil der Einwohner die Religion wechselt. Die konzedierte Toleranz kann eine vollkommene sein, wenn die Andersgläubigen mit den übrigen Bürgern völlig gleichberechtigt sind und ihren Gottesdienst öffentlich ausüben können, oder eine beschränkte, wenn dem schwächeren Teil für die Ausübung des Gottesdienstes Schranken gesetzt oder ihre Angehörigen von bestimmten Rechten ausgeschlossen sind⁶¹⁾.

Zum Frieden des Staates ist es nicht unbedingt erforderlich, daß alle Bürger in allen Glaubenssätzen übereinstimmen. Nicht die Verschiedenheit der Religion an sich stört die Ruhe des Staates, sondern die Zügellosigkeit der Leidenschaften, Ehrgeiz, Ruhmsucht, Machtgier und Fanatismus⁶²⁾. Diese Laster nehmen die Verschiedenheit des

61) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395 ff.

62) Ibid. S.1399.

Glaubens nur als äußeren Anlaß, um sich auszutoben; sie sind zu bestrafen, das Gewissen aber ist freizulassen. Warum sollte der Fürst nicht gute und ruhige Bürger in ihrer Überzeugung dulden? Was soll den Fürsten an der Religion des einzelnen liegen, wenn er ein guter Staatsbürger ist⁶³⁾.

"Der Fürst kann seine Unterthanen nicht zur Annahme einer anderen Religion zwingen, kann aber in Ansehung des öffentlichen Gottesdienstes und der dahin sich beziehenden nötigen Kirchenzucht zu deren besserer Beschützung und Beibehaltung des öffentlichen Ruhestandes und denen seiner höchsten Gewalt unterworfenen Ländern und Staaten allerhand gute und böse Verordnungen und Veranstaltungen machen, durch die Vertreter derselben, sie seyen übrigens einer Religion zugetan, welcher sie wollen, auf das ernstlichste und nachdrücklichste bestraft werden..."⁶⁴⁾

Um aber nicht in den Verdacht der Ketzerbegünstigung zu fallen, gesteht das Lexikon, daß eine einheitliche, und zwar christliche Religion im Staate zu wünschen wäre⁶⁵⁾. Im Interesse

63) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1398 und 1400.

64) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2269.

65) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1401.

des öffentlichen Friedens hat der Herrscher das Recht, dafür zu sorgen, daß die Kompendien, Katechismen, Symbole und Konfessionen mit der heiligen Schrift in Einklang stehen und, wenn dies der Fall ist, zu befehlen, daß die öffentliche und private Lehre ihnen angepaßt wird. Wo noch keine derartige öffentliche Glaubensformel besteht, muß die Obrigkeit sie durch erfahrene Theologen aufsetzen lassen. Alle Bürger müssen sie dann anerkennen und die Lehrer sie zur Grundlage ihres Unterrichts machen. Lehrt jemand der Glaubensformel Widersprechendes, so ist er zum Schweigen aufzufordern⁶⁶⁾. Jeder, der aus der Schrift beweisen zu können glaubt, daß sich in die öffentlich anerkannte Lehre ein Irrtum eingeschlichen hat, ist zu einer friedlichen Auseinandersetzung mit tüchtigen Gelehrten zuzulassen und erst dann, wenn er liquido et legitime convictus ist, zum Schweigen zu verurteilen. Hält er auch dann keine Ruhe, so kann ihm das Bürgerrecht aberkannt werden. Auch allen denjenigen, die die Glaubensformel nicht anerkennen wollen, kann das Bürgerrecht entzogen werden⁶⁷⁾.

Der Staat muß ferner Feiertage⁶⁸⁾ festsetzen, an denen die religiösen Lehren, auf das Jahr

66) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1399.

67) Ibd. S.1395/96, vor allem S.1398: "Ja, da einem Bürger, aus natürlicher Freyheit, vergönnet ist, in einer andern Republick sich niederzulassen; warum sollte nicht auch der Fürst ihm das Bürgerrecht aufsagen können".

68) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2271.

verteilt, zur Auslegung kommen. Jeder Feiertag ist durch bestimmte Zeremonien gekennzeichnet. Der Staat darf jedoch nicht zuviele Feiertage anordnen, da sonst wertvolle Arbeitszeit versäumt wird.

Bei der Regelung der Feiertage ist darüber hinaus zu beachten, "daß bei uns Protestanten, was die ordentlichen Feiertage anbelangt, wir keine besondere feyern, welche nicht zugleich von der Catholischen Kirche gefeyert werden"⁶⁹⁾.

Da also die Feiertage der Protestanten - gemeint sind der Sonntag, die drei hohen Feste, die Aposteltage, öffentliche Bet-, Buß- und Fasttage bei öffentlicher, allgemeiner Landesnot⁷⁰⁾ -, nicht gegen die Gewissensfreiheit und Konfession der Katholiken verstoßen, muß auch umgekehrt gelten, daß den Protestanten die Zelebrierung der katholischen Feiertage zu Ehren ihrer Heiligen nicht auferlegt werden darf, weil dies sonst eine Verletzung ihres Gewissens bedeutet⁷¹⁾.

Das Lexikon betont, daß kein katholischer Bischof befugt sei, seine protestantischen Untertanen zu zwingen, an den katholischen Feiertagen, "so zu Ehre der Heiligen angeordnet worden"⁷²⁾, sich gänzlich der Arbeit zu entsagen⁷³⁾. Es

69) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2273.

70) Ibid.

71) Ibid.

72) Ibid.

73) Ibid.

verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den Westfälischen Frieden und führt aus, daß kein katholischer Landesfürst befugt ist, etwas anderes wahrzunehmen "als was er im anno regulativo wirklich ausgeübt hat"⁷⁴⁾.

Was die Andersgläubigen im Staate anbelangt, so hat der Fürst in manchen Fällen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sie in seinem Lande zu dulden, nämlich dann, wenn ihre Menge so groß ist, daß ihre Vertreibung den Staat schwächen würde. Die oberste Pflicht des Herrschers, die Sorge für das Staatswohl, verlangt hier Toleranz. Da das Evangelium nicht zur Vernichtung des Staates gegeben ist und der Fürst nicht die Pflicht hat, die Religion gewaltsam zu verbreiten, so unterläßt er billig diese Mittel, die Irrtümer auszurotten, durch die der Staat geschwächt wird. Nur muß er von den Dissidenten verlangen, gute Bürger zu sein und keine Glaubenssätze zu haben, die das Souveränitätsrecht des Staates und den geschuldeten Gehorsam einschränken. Umgekehrt fordert das Lexikon, über die Aufhebung des Edikts von Nantes enttäuscht, von den Herrschern unbedingte Wahrung der Toleranz und völlige Gewissensfreiheit⁷⁵⁾, wenn die Dissidenten sie bei ihrer Einwanderung ausbedungen haben oder sie ihnen in Verträgen,

74) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.228o.

75) Ibid. S.2268.

Edikten, Fundamentalgesetzen und Kapitulationen zugestanden worden ist. Das Lexikon geht sogar noch weiter, wenn es ausführt, daß ein Fürst und Landesherr an und für sich nicht befugt ist, seine Untertanen zur Annahme einer anderen Religion "als worzu sich dieselben zeithero bekannt haben, zu zwingen, so wenig , als dieselben deswegen zu bestrafen"⁷⁶⁾ sind.

An anderer Stelle wird das Lexikon noch deutlicher, wenn es ausführt:

"Hat der Fürst auf gebührende Art vor die Religion zu sorgen, so kommt ihm auch dieses Recht zu, bei dessen Gebrauch man keinen Gewissenszwang ausüben, noch unter dem Vorwande einer Reformation diejenigen verfolgen oder verjagen darff, die in einigen Lehren von der herrschenden Religion abgehen; gleichwohl aber entweder aus natürlicher Billigkeit, oder wegen gewisser Verträge, oder aus anderen Ursachen sollten gedultet werden"⁷⁷⁾.

All dies müssen die Herrscher beachten, wie sie begehren, daß die Untertanen ihnen den Gehorsam leisten. Das gleiche gilt für Dissidenten, solange sie nicht legitim gehört und widerlegt sind, wenn sie bereit sind, ihre Glaubenssätze aus der gemeinsamen Quelle der christlichen

76) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2268.

77) ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren, Bd.30, S.1418.

Religion zu beweisen. Die Fürsten brauchen keine so großen Bedenken zu tragen, guten und nützlichen Leuten das Bürgerrecht zu geben, nur weil sie anderen Glaubens sind und andere Bürger zu sich hinüberziehen könnten.

Die hier vertretene Auffassung der Toleranz zeigt eine stark positivistische Prägung und steht in engem Zusammenhang mit dem 'beneficium emigrandi'. Das Problem der Toleranz stellt sich hier in der Frage, ob es einen Zwang zur Emigration gebe oder nicht. Die entsprechenden Artikel des Lexikons⁷⁸⁾ spiegeln im großen und ganzen die Meinung der evangelischen Publizisten wider, die Martin Heckel⁷⁹⁾ wie folgt beschrieben hat: es muß im Belieben sein, "ob man auswandert, oder lieber bleibt, auf die öffentliche Ausübung verzichtet und den Glauben privatim pflegt ohne Beteiligung an der abweichenden Staatsreligion des Territoriums"⁸⁰⁾.

Aus der Einsicht heraus, daß theologische Streitigkeiten den äußerlichen Frieden 'turbieren', stellt das Lexikon sich voll hinter die Artikel des Westfälischen Friedens⁸¹⁾. Aus der Erkenntnis, daß eine Beseitigung der konfessionellen

78) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1401. ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren, oder Reformationsrecht, Bd.30, S.1419 ff.

79) HECKEL, Martin, a.a.O., Bd.74, S.274.

80) Ibd. S.274.

81) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1401. ZEDLER, Artikel Recht zu reformiren oder Reformationsrecht, Bd.30, S.1419 ff.

Gegensätze nicht möglich ist, setzt es sich für eine strikte Einhaltung dieser Bestimmungen ein. Darüber hinaus können strittige konfessionelle Meinungen am besten überbrückt werden, wenn man Toleranz übt.

"Man verstehet aber durch die Toleranz nichts anders als daß man suchet äußerlich im gemeinen Leben friedlich miteinander umzugehen, einander die Pflichten des Rechts der Natur nicht versaget, und auf den Cantzeln und in denen Schriften die vorgegebene irrige Meynung mit aller Sanftmut widerlegt"⁸²⁾.

Die Meinung des Lexikons, sich voll hinter die Artikel des Augsburger Religionsfriedens bzw. des Westfälischen Friedens⁸³⁾ zu stellen, zeigt einen interessanten Aspekt des Verhältnisses von Reichsrecht und Territorialkirchenrecht auf. Im Lexikon war ausdrücklich auf die Rolle des Fürsten im Heiligen Römischen Reich⁸⁴⁾, auf die Rechte der landesherrlichen Obrigkeit Bezug genommen worden. Wenn jetzt die Bedeutung des Religionsfriedens für die Untertanen angesprochen wird, dann heißt dies nichts anderes, als daß der Religionsfriede als Verfassungsordnung mit Vorrang gegenüber allen anderen Gesetzen zu behandeln ist. Von dem sonst im Lexikon

82) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1399.

83) Ibid. S.1395.

84) Ibid.

angedeuteten Grundsatz der Subsidiarität des Reichsrechts gegenüber dem Partikularrecht kann hier nicht die Rede sein.

Hinzu kommt, daß der moderne Staat der Aufklärung schon von Beginn an einem irdischen Zweck nachging und seine Aufgabe auch in den religiösen Dingen mehr in der "Erhaltung der äußeren Ruhe und Ordnung" sah. Mußte die Kirche auch weiter im unpassenden Gewande des Vereinsrechts leben und weiterhin die staatliche Aufsicht und Bevormundung ihrer äußeren Angelegenheiten ertragen, so blieben doch die eigentlichen Glaubensfragen nun vom staatlichen Zugriff frei⁸⁶⁾.

Die vorliegenden Artikel des Lexikons spiegeln somit ein interessantes Gefälle in der Entwicklung von Staat und Kirche wider. Am Anfang war aus der Notwendigkeit der Machtbehauptung die konfessionelle Einheitlichkeit der Staatsgebilde unumgänglich. Im Laufe der Zeit wird dann durch die Festigung der machtpolitischen Ausweitung, vor allem aber durch das Fortschreiten säkularisierten Denkens, das "Staatsinteresse zugunsten einer Toleranzgewährung modifiziert"⁸⁷⁾. Damit begibt sich nun ein faktisches Auseinandertreten der Bereiche Staat und Kirche, darüber hinaus bestätigt sich auch die Vorstellung, daß die Ausrichtung eines absolutistischen Staatskirchenregiments im wesentlichen vom aufklärerischen Denken her bestimmt wurde.

85) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1395.

86) Martin HECKEL, a.a.O., Bd.74, S.268.

87) Hubert RUMPEL, Das Staatskirchentum des Absolutismus und die Französische Revolution, in: Staat und Kirche im Wandel der Jahrhunderte, hrsg. von W.P.Fuchs, Stuttgart 1966, S.136.

5. Das Recht über das Vermögen der Untertanen

In der Frage des Vermögens vertritt das Lexikon die Ansicht, daß jeder Untertan das Recht haben muß, Eigentum und damit Vermögen zu erwerben. Das Lexikon versteht unter Vermögen "einen Vorrath von zeitlichen Gütern, davon der Mensch leben kann, es sey nun Geld, oder was Geldes werth ist, oder ein Vorrath solcher Sachen, die der Mensch zur Notdurfft, zum Vergnügen und Wohlstande seines Lebens gebrauchen kann"¹⁾.

Die Auffassung des Universallexikons vom Eigentum als Voraussetzung zu möglicher Vermögensbildung zeigt seinem Inhalt nach bestimmte Strukturen auf, die vom Eigentumsbegriff der alteuropäischen Ökonomik (Bedürfnisbegrenzung) gelöst sind²⁾. Die Freiheit der Verfügung als kennzeichnender Status des Eigentümers mündete in die naturrechtliche Literatur des 19. Jahrhunderts³⁾ und setzte sich dann mit einer gewissen Akzentverschiebung in der romanistisch ausgerichteten Rechtsliteratur des 19. Jahrhunderts fort. In der deutschen Rechtssprache und damit in Zedlers

1) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.131o.

2) Artikel Eigentum, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.74 ff.

3) Ibd. Anmerkung 43; z.B. PUFENDORF, De jure naturae et gentium (1672), 4,4,2: der Eigentümer kann pro arbitrio disponere.

Lexikon erschien als Kennzeichen des Eigentums somit das Recht, über die Sache "frei und ungehindert zu disponieren"⁴⁾.

Diese Auffassung, der Eigentümer könne pro arbitrio verfügen, kehrte in der deutschsprachigen Literatur wieder als eine Macht und Gewalt, nach Gefallen zu disponieren⁵⁾, als Recht, die Sache nach Willkür zu benutzen⁶⁾.

Indem Zedlers Lexikon gegenüber den überkommenen Eigentumsdefinitionen die Unbeschränktheit des Eigentums bzw. die Ungebundenheit der Eigentümer betont, so ist dies - formal betrachtet - doch nichts wesentlich Neues. Diese Auffassung muß vielmehr als Versuch gesehen werden, das Eigentum von anderen dinglichen Rechten, welche eine Dispositionsbefugnis über die Sache selbst nicht verleihen, abzugrenzen. Das Eigentum mußte daher -

4) ZEDLER, Artikel Eigenthum, Bd. 8, S. 514.

5) Artikel Eigentum, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd. 2, S. 75/76 Anmerkung 46: Project des Corporis Fridericiani, das ist Sr. Königl. Majestät in Preussen in der Verunfft und Landesverfassungen gegründetes Landrecht (1748; 2. Auflage Halle 1750/51, Buch 2, Tl. 2, Tit. 3, § 1; ähnlich der Codex Maximilianus Bavaricus civilis, Bd. 2 (München 1756), Kap. 2, "Das Eigentum ist eine Macht und Gewalt mit dem Seinigen nach eigenem Belieben frei und ungehindert soweit zu disponieren, als Gesetz und Ordnung zuläßt".

6) Ibid. Anmerkung 47.

da es nicht auf das Recht einer bestimmten Nutzung oder Verwertung beschränkt war - formal als unbegrenzt erscheinen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen geht das Lexikon auf das Verhältnis von Eigentum und persönlicher Freiheit ein. Es wird betont, daß der uneingeschränkte Genuß des Eigentums und des Vermögens schon im Naturzustand gegeben sei und ohne diese Gewährleistung u.a. der Staatszweck, d.h. die Glückseligkeit und die Beförderung des allgemeinen Wohls der Untertanen nicht erreicht werden könne.

Die absolute Inanspruchnahme des Vermögens der Untertanen wird daher vom Lexikon dem Endzweck des Staates zugeordnet. Das Vermögen der Untertanen gilt als die "wahre und unerschöpfliche Schatzkammer eines Fürsten"⁷⁾, an dessen Erhaltung und Förderung er zu seinem eigenen Besten interessiert sein muß. Der Fürst hat das Recht, den Untertanen die Verwendung des Vermögens vorzuschreiben, er ist darüber hinaus berechtigt, die Untertanen zur Arbeit⁸⁾ und Sparsamkeit anzuhalten. Diese Rechte haben jedoch ihre Grenze am Staatszweck, denn Zwang ist nur zulässig, wenn er zum Nutzen der Allgemeinheit nötig ist¹⁰⁾.

7) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.145.
ZEDLER, Artikel Wirthschaft, Bd.57, S.113o.

8) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1315.

9) Ibid.

10) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.251.

Es erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, der Frage noch einmal nachzugehen, ob Zedlers Lexikon mit aller Konsequenz den Nutzen der Allgemeinheit als den eigentlichen Orientierungspunkt der Staatsgewalt betrachtet, wenn es um den staatlichen Zugriff des Privateigentums geht. Wenn dies geschieht, müßte natürlich auch gefragt werden, unter welchem Rechtstitel dies erfolgt.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß bereits seit dem Mittelalter für bestimmte Fälle dem Staat die Befugnis zustand, auf das Privateigentum Zugriff zu nehmen. Zur Begründung eines solchen Rechts gingen schon mittelalterliche Denker auf den Begriff "dominium" zurück¹¹⁾. Kaiser, Papst, Princeps hatten das dominium an den ihren Untertanen gehörigen Gütern, das sowohl als Hoheit, als auch als das stärkere Eigentumsrecht gedeutet werden konnte. Im 17. Jahrhundert war es dann besonders Grotius, der in der Tradition mittelalterlicher Lehren Staatsgewalt - imperium - und Eigentum - dominium - als strukturverschiedene Herrschaftsformen begriff. Indem das imperium bei ihm auch die Hoheit über das Staatsgebiet¹²⁾ umfaßte, schied

11) So der Jurist Martinus (12. Jahrhundert), vgl. O.v.GIERKE, Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, Scientia Aalen 1958, S.268.

12) GROTIUS, De jure belli, 2,3,4: Imperium duas solet habere materias sibi subiacentes, primum, personas... et secundarium locum, qui territorium dicitur.

die Staatsgewalt aus dem dominium-Begriff aus. Das vom imperium unterschiedene dominium nannte Grotius dominium privatum¹³⁾. Für die Wirksamkeit der Grotianischen Eigentumslehre ist entscheidend geworden, daß er die Klarheit der Unterscheidung von Staatsgewalt und Eigentum selbst wieder beseitigte. Das imperium enthielt¹⁴⁾ nach seiner Auffassung auch das Recht, dem einzelnen sein Vermögen um des gemeinen Nutzens willen zu entziehen. Um dieses Recht zu kennzeichnen, verfiel Grotius, wie vor ihm schon Wilhelm von Ockham und andere¹⁵⁾ wiederum auf den Terminus 'dominium'. Ganz in diesem Sinne versteht Zedlers Lexikon den Begriff "dominium eminens" als "hohes Eigentum"¹⁶⁾ oder "Staatsobereigentum". In starker Anlehnung an Pufendorf und Wolff, die beide klarstellten, daß das dominium eminens dem imperium innewohne¹⁷⁾ und die aus ihrer Neigung nach Systematisierung dem dominium eminens des Staates das dominium vulgare (Pufendorf) oder commune (Wolff)¹⁸⁾ des einzelnen gegenüberstellten, nimmt auch das Lexikon¹⁹⁾ diese Unterteilung vor. Es geschieht

13) GROTIUS, De jure belli, 2,3,19.

14) Ibid. 2,3,19: imperium, in quo inest ius illud eminens.

15) Wilhelm von OCKHAM sprach von einem dominium quodammodo des Kaisers; vgl. GIERKE, Althusius, S.268.

16) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.126.

17) PUFENDORF, De jure nat. 4,4,2; WOLFF, Jus naturae, t.8,c.1, § 111: imperium continent dominium eminens tanquam partem potentialem.

18) PUFENDORF, De jure nat. 4,4,2; WOLFF, Jus naturae, t.8,c.1, § 111.

19) ZEDLER, Artikel Dominium, Bd.7, S.1215.

auch hier aus der Vorstellung heraus, als seien diese beiden dominia Erscheinungsformen derselben Zuordnungskategorie, als sei der Staat eben doch "höherer" Eigentümer des Staatsgebiets und aller darauf befindlichen Sachen.

Zedlers Lexikon versucht die Auseinandersetzung über den Begriff des "dominium eminens" dahingehend etwas abzumildern, indem es behauptet, das ganze laufe "auf einen Wörterkrieg hinaus"²⁰⁾. Wichtig bleibt aber für unseren Zusammenhang, daß die Auffassung des Lexikons sich ganz mit den weiter oben gemachten Ausführungen deckt, daß nämlich "diejenige Person, bey welcher die Majestät"²¹⁾ ist, Eigentümer über alle in seinem Territorium befindlichen Vermögensobjekte ist. Dieses dominium oder das jus superioritatis territorialis umfaßte also das Staatseigentum ebenso wie das Recht des Staates an dem Vermögen einzelner. Es muß an dieser Stelle aber hinzugefügt werden, daß die soziale Relevanz dieser Eigentumslehre wohl gering zu veranschlagen ist, weil diese Auffassung ein bloßes Echo auf bestehende Machtverhältnisse bildete -, und dies wußten natürlich auch die Verfasser des Lexikons.

Eine echte Rechtfertigung für diesen absoluten Machtanspruch trifft man daher im Lexikon nicht an; eine 'Wegnahme' der Güter wird nur im Falle

20) ZEDLER, Artikel Dominium, Bd.7, S.1216.

21) Ibid.

der Not erfolgen und dann nur um des gemeinen Besten willen²²⁾. Das Lexikon redet auch hier wieder dem Fürsten das Wort, der von seiner totalen Verfügungsgewalt über das Vermögen nur insofern Gebrauch machen wird, indem es den außerordentlichen Notfall voraussetzt und u.a. die Geschädigten ihre Verluste ersetzt bekommen²³⁾. Das Lexikon fühlt sich hier im übrigen durch Grotius bestätigt, der sich in ähnlicher Weise äußerte.

"Dies wäre gar nicht wider die Billigkeit, wenn man nur gewisse Einschränkungen hinzusetze. Der Nothfall müsse nemlich also beschaffen seyn, daß er der äußerste wäre, so, daß keine andere Mittel sich zu helfen könnten angegeben werden. Hiernächst müßte auch demjenigen, welchen was genommen worden, eine anderweitige Wiedererstattung geschehen"²⁴⁾.

Das Lexikon fährt dann fort, daß die Untertanen zwar dem Fürst das Recht verliehen haben, alles zu tun und zu fordern, was für die Erhaltung und den Vorteil des Staates notwendig

22) ZEDLER, Artikel Dominium, Bd.7, S.1216.

"Das Dominium eminens soll darin bestehen, daß eine ganze Gemeinde oder diejenige Person, bey welcher die Majestät ist, so viel Recht über die Güter eines jeden insbesondere habe, daß sie selbige im Fall der Not wegnehmen, und sie zum gemeinen Besten anwenden könne".

23) Ibid.

24) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.1216.

ist, aber die natürliche Gerechtigkeit verlangt, daß der Regent vom Untertanen nur in dem Maße Opfer für den Staat und die gemeinsame Sache fordert, als die Privatwohlfahrt des einzelnen damit nicht in Frage gestellt wird²⁵⁾.

Wie man sieht, hat das Recht über das Vermögen der Untertanen zwei Aspekte: Einmal wird es als unantastbares Recht des Untertan gesehen; keine staatliche Autorität darf es unter normalen Verhältnissen einschränken. Wollte der Regent dies tun, so würde nicht nur aller Privatwohlstand, sondern der Staat selbst nicht mehr bestehen können.

Auf der anderen Seite ist das Eigentum nicht unter allen Umständen sakrosankt. Der Staat kann zumindest in Notfällen²⁶⁾ auf den Privatbesitz zurückgreifen, und zwar über das Maß der normalerweise vom Untertanen zu leistenden Abgaben hinaus. Beachtenswert ist dabei, daß das besondere Recht und die 'Freyheiten' im Falle der Not keine Daseinsberechtigung haben; sie genießen nicht den Rechtsschutz, der dem gewöhnlichen, durch Arbeit erworbenen oder erbten Besitz zukommt.

25) vgl. auch das Kapitel über Polizeisachen und Kommerzien, S.214 ff.

26) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.1216. ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.49, S.91.

"Denn wenn das gemeine Beste eine Einschränkung oder gänzliche Einziehung solcher Privilegien erfordert, so kann sie der Landesherr mit gutem Gewissen ergehen lassen"²⁷⁾.

Das Recht auf Eigentum hat somit eine staatstragende Funktion. Das 'dominium' des Herrschers wird nicht mehr als Eigentum, sondern als Hoheit²⁸⁾ aufgefaßt. Leben, Freiheit und Vermögen gelten fortan der Willkür des Herrschers entzogen. Er ist ihnen gegenüber an die Gesetze gebunden, die er zum Schutze dieser Güter erlassen hat, an das Privat-, Prozeß- und Strafrecht.

Eigentums- und Vermögensbildung stehen somit nach Ansicht des Lexikons jedem Untertanen zu. Die Mittel zur Erlangung dieses Zieles sind "in unserer Gewalt, und also in so weit völlig unsere Klugheit überlassen... d.i. durch unverdrossene wohl angewendete Arbeit, und Klugheit, an zeitlichen Gütern so vieles in unser Eigentum zu bringen, daß wir davon nicht allein leben, sondern auch, so viel wie möglich, zu einem beständigen Vermögen nach und nach etwas zurücklegen können"²⁹⁾.

27) ZEDLER, Artikel Untertan, Bd.49, S.2255.

28) ZEDLER, Artikel Dominium, das Eigenthums-Recht, Bd.7, S.1215.

29) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1315.

Es fällt in diesem Zusammenhang auf, wie sehr in Zedlers Lexikon der Wert der Arbeit³⁰⁾ als Grundlage der Eigentums- bzw. Vermögensbildung betont wird. Die Ausführungen des Lexikons folgen dabei der Auffassung Lockes, der mit der klassischen Voraussetzung einer unveränderlichen Naturordnung brach, indem er die beiden, schon bald als selbstverständlich aufgenommenen Thesen aufstellte, daß Arbeit

1. dem Menschen ein ursprüngliches Eigentumsrecht an Dingen sowie an Grund und Boden und
2. den Dingen ihren Wert verleihe.

Damit beginnt die Geschichte des modernen Begriffs der Arbeit, ihre nicht mehr christlich begründete Emanzipation von der untersten Stufe der Rangordnung menschlicher Tätigkeiten, ihre Erhebung zu einer spezifisch menschlichen Potenz, ja letztlich ihre Ablösung von Menschen und ihre Erhöhung zum abstrakten, wirkenden Subjekt. "Everything in the world", hieß es bei D.Hume, "is purchased by labour, and our passions are the only causes of labour"³¹⁾.

Indem der Begriff Arbeit als Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur einen gesellschaft-

30) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1312 und S.1315. ZEDLER, Artikel Arbeit, Bd.2, S.1149.

31) David HUME, Essays 2,1. Works, vol.3 (Ndr. 1964), 293. vgl. dazu Artikel Arbeit, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.1, S.168, Anmerkung 79.

lichen Funktionswert erhielt, setzt der Prozeß der Verselbständigung des Begriffs ein: er löste sich aus der Verschränkung mit Armut; er begann sich auch von seiner Verbindung mit "Mühe" und "Last" zu lösen. Die Techniken (artes) sollten zur Arbeitserleichterung führen³²⁾.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Ausführungen des Lexikons über Struktur und Inhalt des Begriffs, so wird deutlich, daß sich der angedeutete Wandel zwar abzeichnet, aber im ganzen doch die traditionellen Momente noch überwiegen.

So wird der Begriff zunächst noch an die "Verrichtungen" der alteuropäischen Ökonomik gebunden.

"Arbeiten sind in der Ökonomie diejenigen Verrichtungen, welche ein Hauswirt auf dem Felde, Wiesen, in Weinbergen und somit das Jahr über zu besorgen hat"³³⁾.

Daneben wird der Begriff vorzugsweise dem Umkreis der biblischen Arbeitstopologie zugerechnet:

"Arbeit, dieses Wort hat in heiliger Schrift mancherlei Verstand. Also

32) Artikel Arbeit, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.1, S.168.

33) ZEDLER, Artikel Arbeit, Bd.2, S.1149.

bedeutet es allehand Mühe und Arbeit des Leibes und Gemüts... Es wird genommen für die Sünden-Arbeit, das ist, für das Übel und Unrecht..., für die Strafarbeit, da man sich unter denen plagen muß, abarbeiten und müde machen... für die schwere Amts- und Erlösungsarbeit Christi... für Zank, Hader, allerlei Üppigkeit und Unglück... für Kreuz, Leiden und Trübsal... und endlich für allerlei Falschheit, Betrug, Unrecht und Vervorteilung"³⁴⁾.

Soweit man die diesbezüglichen Ausführungen des Lexikons den Darlegungen über das "Vermögen" bzw. den "Reichthum" der Untertanen vergleicht, so zeigt sich eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs im Sinne von Christian Wolff, der eine allgemeinere Definition anstrebte:

"Die Arbeit ist die Mühe, welche man auf die Hervorbringung von körperlichen und unkörperlichen Sachen hervorzubringen; deswegen muß jeder Mensch arbeiten, und keiner darf müßig gehen"³⁵⁾.

Dieser Satz, der die protestantische Arbeitsfreudigkeit der Frühaufklärung einschloß, wurde

34) ZEDLER, Artikel Arbeit, Bd.2, S.1148.

35) Christian WOLFF, Grundsätze des Natur- und Völkerrechts (Halle 1754), 8o, § 124.

andererseits wieder relativiert. Denn Wolff wie auch Zedlers Lexikon³⁶⁾ heben hervor, daß die Arbeit als solche von "unserem Verstande und Vermögen" abhängig sei; es gibt somit niedrigere, "unanständige", d.h. nicht zum Stande passende Arbeiten:

"Derowegen muß ein Vornehmer und Reicher dergleichen Arbeit nicht selbst tun, die er durch einen geringen Menschen kann verrichten lassen und nach Gebühren belohnen: viel weniger gar selbst mit dergleichen ihm unanständiger Arbeit, oder auch mit andern, damit sich Arme zu nähren pflegen, etwas zu erwerben suchen"³⁷⁾.

Die weiteren Ausführungen über den Arbeitsbegriff zeigen eine nahezu wörtliche Übereinstimmung zwischen Wolff und Zedlers Lexikon dahingehend, daß der Begriff auf die Bedingungen des zeitlichen Vermögens eingeschränkt wird. Beide verstehen darunter einen Vorrat von Dingen, die zur Notdurft, zum Vergnügen und Wohlstand des Lebens dienen³⁸⁾.

36) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1318 und 1322.

37) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken von der Menschen Thun und Lassen, 3.Auflage (Halle 1752), 356 f., § 524 f. vgl. dazu ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1310.

38) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken..., a.a.O., 350, § 513. ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1310.

Betrachten wir die Ausführungen des Lexikons noch einmal zusammenfassend, so zeigen die entsprechenden Artikel die Tendenz, "Arbeit" vom Druck ständischer Fixierung zu lösen, sie säkularisiert auf den Menschen allgemein zu beziehen und als Tätigkeit zu begreifen, die ihm den Weg zu seiner und seiner Mitmenschen "Glückseligkeit" eröffnet.

Mit der reinen Arbeitskraft zur Schaffung eines kleinen Vermögens ist es freilich noch nicht getan. Nach der Auffassung des Lexikons bedarf es darüber hinaus vor allem der "Klugheit zu wirtschaften oder vernünfftig hauß zu halten"³⁹⁾.

Eine weitere Voraussetzung ist dann die Spar-samkeit. Auch sie wird eine Klugheit genannt, um ein Vermögen "bis auf einen ansehnlichen Grad des Reichthums zu vermehren"⁴⁰⁾. Dazu wäre natürlich noch "Gottes Glück und Segen"⁴¹⁾ erwünscht, ein Wunsch, den das Lexikon jedoch für erfüllbar hält, denn "Gott lässet an sich nichts mangeln, wenn es nur nicht an uns mangelte"⁴²⁾.

Eine andere Möglichkeit Vermögen zu bilden, sieht das Lexikon durch den Abschluß einer lukrativen Ehe. Nach Meinung des Verfassers trifft

39) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken... a.a.O.; 350, § 513. ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1311.

40) Ibid.

41) Ibid. S.1319.

42) Ibid.

es jedoch selten zu, daß "in einer reichen Heyrath man zugleich eine vernünfftige und haus-hältige Person findet"⁴³⁾.

So bleibt die Ausübung eines soliden Berufs erste Voraussetzung für die Vermögensbildung. Dazu gehört nicht nur der "Erwerb nützlicher und gründlicher Wissenschaft"⁴⁴⁾, sondern man muß sich auch nach dem "Geschmack seiner Zeit, darinnen man lebet, wodurch man seine Profession beliebt machen kan"⁴⁵⁾ richten. Das Lexikon wird ganz deutlich, wenn es die Frage stellt, was nützt es einem, wenn er mit dem größten Fleiß die scholastische Philosophie studiert, um damit sein Brot zu verdienen, wenn "seine Wissenschaft nicht mehr Mode"⁴⁶⁾ ist und er damit vor hundert Jahren hätte kommen sollen⁴⁷⁾.

43) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1314:
darüber hinaus heißt es: "Wenn hingegen die Person, und vielleicht ihre ganze Freundschaft, an Geschwistern, Herrn Vettern, Frau Muhmen, Schwägern, nur der Üppigkeit und Pracht ergeben sind, so siehet man in der gleichen reichen Heyrath, da das reiche Heyrath-Gut leicht zu verprassen ist, ein schlechtes Glück. Denn der andere Ehegatte ist entweder gleichen Sinnes, so werden sie bald mit Freuden arm; oder nicht, so wird die vornehme Freundschaft dem elenden Bettelhunde, der nicht zu leben weiß, auch es von der galanten Frau gar nicht lernen will, die Hölle beinahe in recht eigentlichem Verstande heiß genug machen."

44) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.2o7.

45) Ibid.

46) Ibid.

47) Ibid.

Zu einer Zeit, in der es viele Leute gibt, "die Beförderung suchen, und was verdienen wollen"⁴⁸⁾, denkt man nicht an die Unbekanntheiten⁴⁹⁾. Neben den 'gehörigen Geschicklichkeiten' muß es heißen: loquere, ut te videam, daß man selbige in würcklichen Unternehmungen zeigt, und dadurch sich bey andern in Hochachtung und guten Credit zu setzen suchet"⁵⁰⁾.

Für jeden Untertanen ohne 'zeitliche Mittel' gilt jedoch als Leitlinie, daß es viel klüger und besser sei, "in einer gemeinen Kunst, z.B. in einem Handwercke vortrefflich, als in einer edlen Wissenschaft auch gut, aber doch nur mittelmäßig bewandert zu seyn"⁵¹⁾. Wer nichts hat, sollte versuchen wenigstens durch die niedrigsten ehrlichen Dienste sein Brot zu verdienen, "als, welches weit schimpflicher, gefährlicher und schädlicher einen Bettler abzugeben, oder zu einer unehrlichen Handthierung sich verleiten zu lassen. Denn auch ein Herrndiener, ein Drescher, ein Botenläufer, ein Tagelöhner, hat nach aller gesunden Vernunft noch den Rang über einen Bettler"⁵²⁾.

Nach den Ausführungen des Lexikons entspricht es der Ordnung Gottes, der Natur und dem geselligen Leben, daß sich ein jeder entsprechend

48) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.2o8.

49) Ibid.

50) Ibid.

51) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1318.

52) Ibid.

der Dienste 'seiner Hände und Füße' nähre, "wenn er keiner bessern, bequemern und ansehnlichern fähig ist"⁵³⁾. Nur ein wahrhaft Armer, ein Kranker oder ein Krüppel "muß in einer wohlbestallten Policey auf öffentliche gemeine Kosten erhalten und verpfleget werden"⁵⁴⁾.

Wenn die Untertanen ein mehr oder weniger großes Vermögen ererben oder selbst schaffen, bleibt die Frage, was daraus gemacht wird. Hier betont das Lexikon geradezu die Notwendigkeit, daß das Geld in Bewegung kommen und daß mit dem Geld zum Nutzen der Mitmenschen gearbeitet werden muß.

"Es kann das Geld an sich selbst niemanden glücklich machen, und wenn man viel Millionen in den Kasten liegen hätte, so könnten sie keinen Menschen in einen einzigen Tag erhalten, wenn sie nicht in eine Bewegung kommen, mithin muß man dasselbige, nur als ein Mittel, und nicht als den Endzweck ansehen, das ist, sich für den Geiz hüten"⁵⁵⁾.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß aus den oben genannten Überlegungen

53) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1318.

54) Ibd.

55) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.210.

die Forderung abgeleitet wird, kein Geld für bestimmte Dinge in der Kirche zur Verfügung zu stellen. Aus dem Grundsatz sich und seinem Nächsten Gutes zu tun, taucht im Universallexikon der Gedanke auf, kein Geld für die "Bekleidung der Altäre oder Canzeln"⁵⁶⁾ zu gewähren. Gott bedarf dieser Art des Beistandes nicht, die Anwendung des Geldes für die sogenannten "piis caulis" hat ihren Ursprung lediglich im Papsttum⁵⁷⁾.

Wenn man für die geleistete Arbeit und Sparsamkeit eine gewisse Entschädigung sucht, so soll dies durchaus nach der Auffassung des Lexikons auch in der Form des Genusses an seinem Vermögen geschehen.

"Alsdann soll man sich, den seinigen und andern Menschen, in allen Stücken der Nothdurfft, der vernünfftigen und seinem Stande gemäßen Ehre, der Bequemlichkeit und unschuldigen Leibes und Gemüths-Ergötzlichkeiten, gütlich tun, und erwecken, daß dieses das einzige sey, was an dieser Art zeitlicher Güter die kurze Zeit über, da unsere Verwaltung desselben währet, vorso viele Arbeit und Sorge,

56) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.210.

57) Ibid. Der Verfasser verweist in diesem Zusammenhang auf Erasmus, der in seinem Convivio religioso schreibt: "mihi videntur, vix excusari posse a peccato capitali, qui sumtibus immodicis aut exstruunt, aut ornant monasteria seu templa, quum interim tot viva Christi templa, fame periclitentur, nudiate horreant, rerumque necessariorum inopia discrucientur."

die wir damit haben, uns endlich zu Nutzen kommen könne"⁵⁸⁾.

Wenn man sich selbst und den seinigen Gutes tut, so tut man dies auch für seinen Nächsten; und da man auf diese Weise mehr aufwendet, schafft man "vielen wackern arbeitsamen Leuten und Künstlern durch seinen Aufwand Arbeit und guten Abgang"⁵⁹⁾. Auf diese Weise können sie sich zu ihrer "Nothdurfft, zu ihren Ehren und Vergnügungs-Aufgaben etwas Ansehnliches verdienen"⁶⁰⁾. Zedlers Lexikon redet den Leuten das Wort, die behaupten, daß ein nicht zu großer Aufwand an Kleidern, Wohnung, Hausrat, Gärten, Bedienten u.s.w. nichts mit Verschwendung und Üppigkeit zu tun habe oder gar gegen die Regeln 'guter Wirtschaft' sei. Seiner Meinung nach kommt es nur darauf an, wer den Aufwand macht und in welcher Absicht dies geschieht.

"Ein Reicher, der die Absicht hat, ehrlichen und fleißigen Arbeitern etwas zu verdienen zu geben, und die Bequemlichkeit, die seltene Artigkeit und Nettigkeit ihrer Waren, zu seinem Vergnügen immer mitzunehmen, kann jährlich großen Aufwand machen, ohne den Vorwurff der Üppigkeit und Verschwendung zu verdienen.

58) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1322.

59) Ibid.

60) Ibid.

Wenn reiche und wohlvermögende Leute so kärglich leben wollen, als die armen; so fällt die Nahrung dieser letzteren und aller derer, die noch gern etwas verdienen und vor sich bringen wollen. Denn wovon wollen diese leben, und etwas erwerben, wenn die Reichen nichts vertun..?"⁶¹⁾

Mit anderen Worten bedeutet dies, daß nur durch einen gesunden Geldumlauf die Wirtschaft florieren kann. Das Lexikon trifft diese Folgerung, wenn es sagt, daß der "gantze oekonomische Wandel ohne Geitz seyn müsse, d.i. daß wir nicht vor allzugroßer oder vielmehr verkehrter Haushaltigkeit, in die Eitelkeit verfallen müssen, zeitliches Vermögen oder Reichthum, seiner selbst wegen"⁶²⁾ zu erwerben suchen.

Betrachten wir die Ausführungen des Lexikons zu der Frage der Eigentums- und Vermögensbildung zusammenfassend, so läßt sich ein treffender Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und deren Problematik nicht verkennen. Die Schaffung von Eigentum gehört zu einem festen Bestandteil staatlichen Lebens. Es handelt sich um eine positiv-rechtliche, vom bewußten Willen des Menschen geschaffene Institution. Durch diese Tatsache wurde der ursprüngliche Zustand des menschlichen Zusammenlebens am sichtbarsten

61) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1322.

62) Ibid. S.1323.

und nachhaltigsten verändert; man könnte modern ausgedrückt sagen, daß mit der Bejahung dieses Faktums sich das Prinzip der natürlichen Gleichheit auf Schritt und Tritt auseinanderzusetzen hat.

Es wäre verfrüht, auf Grund einzelner versteckter Kritik an besonderen Rechtsansprüchen und Privilegien des Adels und des Klerus, die nicht im Sinne der Allgemeinheit liegen können, gesellschaftliche Reformen ableiten zu wollen. Für die späteren Forderungen eines Jaques Rousseau, der in seinem 'contract social' zwar das Eigentum an Grund und Boden anerkennt, allerdings mit der Einschränkung, soweit es nicht das Maß dessen übersteigt, was der Eigentümer zum Leben braucht, und was er selbst bearbeiten kann⁶³⁾, findet sich in unserem Lexikon keine Parallele. Das Lexikon geht auch hier wieder von Ermahnungen, Klugheits- und Zweckmäßigkeitsregeln aus, die des gemeinen Besten wegen erfüllt werden sollten. Der Verfasser der hier zitierten Artikel bleibt Moralist, wenn er davon ausgeht, daß "reiche und wohlbegüterte Leute von ihrem Reichthum andern Menschen wohl und gütlich tun können, und sollen..."⁶⁴⁾.

63) vgl. auch Eberhard WEIS, Geschichtsschreibung und Staatsauffassung in der Französischen Enzyklopädie, Wiesbaden 1956; hier: das Kapitel Eigentum, S.185 ff.

64) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1323.

6. Das Recht über Polizeisachen und Kommerzien

Entsprechend der bisher abgehandelten Staatshoheitsrechte gehört 'die Gewalt eines Regenten in Ansehung... der Polizeisachen' ebenfalls zu den Majestätsrechten. Das Recht der Polizei ist von großer Bedeutung, da es sich nicht auf Ausnahmesituationen erstreckte - wie z.B. bei der Übertretung eines Gesetzes -, sondern in Wirklichkeit alle Lebensbereiche erfaßte¹⁾.

Nach der Auffassung der Zeit war der Zweck des Polizeiwesens, durch gute innere Verfassungen die Erhaltung und Vermehrung des allgemeinen Vermögens des Staates zu bewirken. Die hier zugrundeliegende Bestimmung der Polizei (und des Politischen überhaupt) ist älter als der Polizeistaat: sie geht auf die an den Universitäten gepflegte aristotelische Politik zurück, in der auch das Wort Polizei seinen Ursprung hat²⁾.

Zedlers Universallexikon begreift alles, "was zur Beförderung und Aufnahme des gemeinen Bestens oder der Republik heilsam und nützlich

-
- 1) die Einordnung der Polizei in die Ökonomik und Kameralwissenschaft lassen erkennen, daß es sich hier um den älteren Polizeibegriff handelt.
 - 2) Hans MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft), Neuwied a.Rh., Berlin 1966, S.40 ff.
Wilhelm EBEL, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland, Göttingen 1958, S.59.

ist"³⁾ unter dem Namen der Polizei.

Dieser Satz ist zunächst einmal recht allgemein gehalten; dann läßt sich aber erkennen, was hier unter dem Begriff der Polizei zusammenwuchs.

"Am Anfang stand die Verordnungstätigkeit in bezug auf Wohlverhalten und Sitte der Untertanen, die der werdende absolute Staat noch ebenso ernst nahm wie die spätmittelalterlichen Städte und Fürsten ihre Kleider- und Luxusordnungen. In dem großen Säkularisationsprozeß des Absolutismus trat die Sorge der Nachreformationszeit für ein gottseliges Leben der Untertanen zurück; dafür bekamen die Erlasse, die Bürgern und Bauern das Seidetragen verboten oder das Kaffeetrinken schwer und teuer machten, den merkantilistischen Zug bewußter Wirtschaftspolitik"⁴⁾.

Ursprünglich war dies auch mehr eine Sache der Städte als des "platten" Landes. Noch unter Friedrich Wilhelm I. verstand man unter Polizeisachen im engeren Sinn die Aufsicht über die Wirtschaft der Städte, für die zunächst Kommissariate zuständig waren. Erst nach deren Zusammenlegung mit den Amtskammern erfuhr der Begriff eine Erweiterung und entsprach ganz der Auffassung Friedrich Wilhelms I: "gleichwie das Wohlbefinden eines Landesherrn und dessen Untertanen

3) ZEDLER, Artikel Polizei (Policey), Bd.28, S.1507.

4) Hans HAUSHERR, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Akademie-Verlag Berlin 1953, S.29.

dergestalt miteinander verknüpft sind, daß keines ohne das andere bestehen kann: so hat ein Landesfürst für die Nahrung und den Reichtum seiner Untertanen alle Vorsorge zu treffen und dabei zu sehen, daß selbige in den Stand gesetzt werden, von ihrem Überfluß und Reichtum zum gemeinen Besten zu contribuieren"⁵⁾.

Ausgehend von dem Begriff der 'Polizei' und der damit verbundenen Hervorhebung "der Beförderung und Aufnahme des gemeinen Bestens" müssen wir auf den engen Zusammenhang dieser Auffassung mit den Begriffen Ökonomie und Cameralia⁶⁾ hinweisen. In Zedlers Lexikon sind beide Begriffe nicht klar von dem der 'Polizei' zu trennen; unter Cameralia bzw. Cameralwesen versteht das Lexikon diejenige Wissenschaft, "da ein Fürst sowohl sein eigenes Vermögen zu erhalten und zu vermehren hat, als auch den Nutzen und Aufnehmen seines Landes auf alle Art und Weise zu befördern sucht"⁷⁾. Dies gilt für das private bzw. das öffentliche Vermögen gleichermaßen⁸⁾.

Der angesprochene Zusammenhang zwischen den Begriffen Polizei, Cameralia und Ökonomie erklärt

5) Hans HAUSHERR, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Akademie-Verlag Berlin 1953, S.29, siehe Anmerkung 3.

6) ZEDLER, Artikel Cameralwesen, Bd.5, S.385.

7) Ibid.

8) Ibid.

sich aus dem Einfluß der Aristotelesrezeption des hohen und späten Mittelalters. Da die aristotelische praktische Philosophie nicht nur für dieses Kapitel, sondern für den Gesamtzusammenhang der vorliegenden Arbeit von Bedeutung ist, erscheint eine ausführliche Darlegung darüber notwendig. Wir werden dabei im wesentlichen den diesbezüglichen Ausführungen H.Maiers⁹⁾ folgen, um dann im zweiten Teil dieses Kapitels konkret die Vorstellungen des Lexikons über 'das Recht, Policey-Ordnungen zu machen', zu erörtern.

Es geht in der Politik, wie in der Ethik und Ökonomik, um die Zielbestimmung des sittlichen Handelns, um die Erkenntnis und Bewertung der Herrschafts-Modi im Hinblick auf bestimmte Güter - und dies sowohl im Bereich des individuellen Tuns (Ethik im engeren Sinn) wie im Bereich des Hauses (Ökonomik) und der Stadt (Politik). Als dauernde, zum Wesen des Menschen gehörende Einrichtung ist die Stadt um des guten Lebens - im Doppelsinn ökonomischer Selbstgenügsamkeit und humaner Selbsterfüllung - willen da. Denn der Mensch ist nicht er selbst kraft Naturinstinkt und geselligem Trieb; er fällt nicht wie

9) vgl. H.MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft), a.a.O., S.200 ff. derselbe, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, a.a.O., S.15-52. derselbe, Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition, a.a.O., S.133-152.

ein Tier oder eine Pflanze, von Instinkt geleitet, auf seine 'Natur' gleichsam zu, vielmehr bedarf er, um zur Selbsterfüllung zu kommen, der erkennenden Selbstvergewisserung und der tätigen Verwirklichung dieses Wissens im ökonomischen und politischen Tun¹⁰⁾. Petersen¹¹⁾ hat vor allem darauf hingewiesen, daß eine Wahlverwandtschaft zwischen der aristotelischen Politik und der Politik des 'Teutschen Fürstentaates', zumal in seiner protestantischen Spielart, bestand.

Die Einheit von Ethik und Politik, das teleologische Prinzip des 'guten Lebens', um dessentwillen der Staat da war, die Begründung der Rechtsordnung auf das in der Natur liegende Gesetz, endlich das Lob der monarchischen Verfassung, das eine Rechtfertigung der deutschen

10) J.RITTER, Zur Grundlegung der praktischen Philosophie bei Aristoteles, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd.XLV (1960), S.192:

"Während die übrigen Lebewesen 'von Natur werden', was sie sein können, ist der Stand verwirklichten Menschseins an die Stadt gebunden... So wird von Aristoteles... die Stadt als die zu ihrer Verwirklichung gebrachte Natur des Menschen begriffen". vgl. auch Peter PETERSEN, Geschichte der aristotelischen Philosophie im protestantischen Deutschland, Stuttgart 1964, S.185.

11) Peter PETERSEN, Geschichte der aristotelischen Philosophie im protestantischen Deutschland, a.a.O., S.185.

Zustände ermöglichte¹²⁾, das alles fügte sich ohne Zwang in die geistlich weltliche Doppelordnung dieser um Wohlfahrt, gutes Regiment und Religion besorgten 'christlichen politien' ein. Die Geschlossenheit des politisch-ethischen Kosmos, die der aristotelischen Staatslehre das Gepräge gab, kehrte im evangelischen Territorialstaat noch einmal wieder, und auch die aristotelische Tugendlehre erlebte hier eine Renaissance: da alles auf persönliche Rechtschaffenheit, wenig oder nichts auf eine Theorie des Staates ankam, gipfelte die Staatslehre notwendig in immer neuen Ermahnungen zu einer guten Amtsführung des Fürsten¹³⁾. Dieser Aristotelismus deckte sich jedoch nur solange mit der politischen Realität des Territorialstaates, als dieser noch überwiegend in personalen Beziehungen aufging, Fürst und Staat zusammenfielen, die Lehnbeziehung zum Reich noch reale staatsrechtliche Bedeutung besaß. In dem Maße, in dem die personalen Herrschaftsformen institutionell-

12) PETERSEN, Geschichte der aristotelischen Philosophie im protestantischen Deutschland, a.a.O., S.186. zum Problem des politischen Aristotelismus in der deutschen Staatsentwicklung vgl. auch die Bemerkungen von H. MITTEIS, Land und Herrschaft. Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch Otto BRUNNERS, HZ 163 (1941), S.280 ff; auch in: Herrschaft und Staat im Mittelalter (Wege der Forschung II), Darmstadt 1956, S.45 ff.

13) H.MAIER, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, a.a.O., S.21.

bürokratischen wichen und der Begriff des Amtes sich aus einem ethisch-persönlichen, vom Lehnrecht geprägten in einen räumlich-regionalen zu wandeln begann¹⁴⁾, traten Fürst und Staat auseinander, und damit mußte auch die Staatslehre den engen Rahmen der Fürstenspiegelethik sprengen. So zeigte sich vor allem, daß die aristotelische praktische Philosophie gerade gegenüber den ökonomischen und verwaltungstechnischen Realitäten des sich bildenden fürstlichen Staates besonders unelastisch war. In der aufbrechenden Trias von Ethik, Ökonomik und Politik war die Ökonomik auf rein wirtschaftliche Bereiche, als Ökonomie, das schwächste Glied¹⁵⁾.

Auch materiell war der Spielraum der Ökonomik im ethisch-politischen Fächergefüge gering. So gehörte die Erwerbskunst für Aristoteles nur insoweit zur Ökonomik, als sie auf den Besitz von Naturgütern gerichtet war; alles was darüber hinausging, so auch der Handel, der mit dem Geld entstanden war und um des reinen Erwerbs willen getrieben wurde, zählte nicht zur Ökonomik, - die ja als Lehre vom Erwerb des zum Lebensunterhalt Nötigen ein klar fixiertes Ziel hatte-, sondern zur Politik.

"In der Ökonomik, in der Familie, ließen sich nur *divitiae naturales* denken, und

14) K.S.BADER, Volk, Stamm, Territorium, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, 269 f., 274.

15) vgl. H.MAIER, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, a.a.O., S.42.

und erst durch die Staatsbildung, meinte man, kämen divitiae artificiales auf. Der Handel wurde deshalb ein 'politischer' Erwerb, wie man es ausdrückte, und Geld 'politischer' Reichtum"¹⁶⁾.

Undenkbar von den aristotelischen Voraussetzungen her war daher die Vorstellung einer unpolitischen bürgerlichen Erwerbs- und Tauschgesellschaft, wie sie sich im deutschen Territorialstaat im späten 18. Jahrhundert zu entwickeln begann¹⁷⁾. Insofern das Streben des aufgeklärten Absolutismus darauf ausging, einerseits den Kaufmannsstand und die 'Commerzien' zu fördern, andererseits jedoch das erstarkende Bürgertum von der politischen Verantwortung fernzuhalten, war der Bruch mit der aristotelischen Tradition der societas civilis unvermeidbar. Hier lag auch die Grenze des politischen Unterrichts der Universitäten, soweit er den Bereich der Ökonomik betraf¹⁸⁾.

Die aristotelische Politik und Ethik konnte nur unzureichend die Bedürfnisse der praktischen Verwaltung befriedigen. Dies gilt besonders für die Ökonomik und Finanzen. Da der akademische Unterricht zu wenig auf die Praxis zielte, gingen

16) A.NIELSEN, Entstehung der deutschen Kameralwissenschaft, S.85.

17) E.ANGERMANN, Das Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft im Denken des 18. Jahrhunderts, ZfP (1963), 89 ff.

18) PETERSEN, a.a.O., S.118. M.WUNDT, Die deutsche Schulphilosophie im Zeitalter der Aufklärung, (Heidelberger Abhlg. zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd.32), Tüb.1945, S.117 ff.

die Territorien sehr frühzeitig zur Errichtung besonderer kameralistischer Akademien über. Durch sie hofften die Fürsten die zur Domänen-, Forst-, Berg- und übrigen Verwaltung nötigen Beamten zu gewinnen und sie mit den erforderlichen Kenntnissen auszustatten.

Eine Beschreibung über die Art der zu vermittelnden Grundkenntnisse würde über das Anliegen dieses Kapitels hinausgehen. Darüber hat H. Maier¹⁹⁾ ausführlich berichtet. Entscheidend ist jedoch die Tatsache, daß die kameralistische Ökonomik nicht als "Haushaltslehre im Stil der zeitgenössischen Hausväterliteratur"²⁰⁾ verstanden werden darf. Die Ökonomik ist nicht als selbständige Wissenschaft im kameralistischen Fächergefüge zu sehen, sie bietet nur eine große Anzahl von Grundkenntnissen, über deren rechte Anwendung und Handhabung nicht sie, sondern die 'Regierklugheit' des Fürsten und seiner Verwaltungsbearten befindet. Ob eine mehr extensive oder intensive Wirtschaftsform gewählt wird, ist vom Standpunkt der Kameralistik aus keine rein ökonomische, sondern eine 'polizeiliche' Frage.

Die alte Ökonomik, die ihr soziales Korrelat, das 'ganze Haus', Herrschaft und Verwaltung in sich schließt²¹⁾, fällt innerhalb der

19) H. MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, a.a.O., S.209.

20) Ibd. S.210.

21) Otto BRUNNER, Das 'Ganze Haus' und die alt-europäische 'Ökonomik', in: Otto Brunner, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968, S.103 ff.

Kameralistik in eine Zweieheit von ökonomischer Technologie und Polizei auseinander. Die 'Polizei' wird zum Sammelpunkt der herrschaftlich-direktiven Kräfte. Sie bestimmt den Modus der Wirtschaft des Territorialstaats.

Diese Entwicklung könnte man einfach aus der Erweiterung der alten Hauswirtschaft, ihrer Ausdehnung auf das ganze Gebiet des Territoriums erklären, oder aus dem leitenden Einfluß des Fürstentums auf die Gründung und Entwicklung der Unternehmen, auf die Wilhelm Treue wieder hingewiesen hat²²⁾. Beides mußte ja die Betriebsform des "ganzen Hauses" notwendig sprengen.

Vor allem änderte sich von nun an grundlegend das Wirtschaftsziel. Nicht mehr für den häuslichen Bedarf wirtschaftet diese Ökonomik, auch nicht einfach für den häuslichen Bedarf des Landes, sondern für den 'Staat', den fürstlichen Etat. Ihr Ziel ist die Erhöhung 'fürstlicher Revenüen'. Die neue Trias von Ökonomik (Technologie), Polizei (Volkswirtschaftspolitik und Verwaltungslehre) und Kameralistik im engeren Sinn (Finanzwissenschaft) ist daher im Grunde nicht von der Ökonomik, sondern von der Kameralistik her zu sehen - ein Grund mehr, daß die neue politische Wissenschaft, die hier

22) Wilhelm TREUE, Das Verhältnis von Fürst, Staat und Unternehmer in der Zeit des Merkantilismus, VSW 44 (1957), S.26-56.

entsteht, nun auch als Ganzes den Namen Kameralistik erhält²³⁾.

Diese Entwicklung bezüglich einer Emanzipation der Kameralistik aus dem Gefüge der aristotelischen Politik ist in den entsprechenden Artikeln des Lexikons deutlich zu sehen. Die Kameralistik setzte sich gegenüber der älteren Politik durch; sie wurde durch fürstliches Machtgebot an der Universität eingeführt. Aus der Tatsache, daß sie die aristotelische Politik nicht einfach verdrängte, sondern eine neue, nicht unkomplizierte Verbindung einging, erklärt sich die zentrale Stellung, welche die Polizeiwissenschaft innerhalb der jetzt sich bildenden Universitätskameralistik einnimmt²⁴⁾.

Diese Unterscheidung von Polizei und Politik ist in Zedlers Lexikon von Anfang an nicht klar herausgestellt. So ist der Begriff Polizei (policey) zunächst im Sinne der kammerorientierten Polizei der älteren Kameralistik zu

23) in Zedlers Lexikon begegnet man von Anfang an dem Ausdruck "Kameralwissenschaft" als Oberbegriff über den Einzelfächern der Ökonomik, Polizeiwissenschaft, Kammer- und Finanzwissenschaft (dieses letztere auch als Kameralistik im engeren Sinn bezeichnet).

24) H. MAIER, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, a.a.O., S.213.

sehen, wenn das Lexikon, wie schon weiter oben erwähnt, "... alles dasjenige unter sich, was zur Beförderung und Aufnahme des gemeinen Besten oder der Republic heilsam und nützlich ist"²⁵⁾ versteht.

Polizei wird hier also zunächst ganz im Sinne der älteren Pflichtenlehre als Sorgepflicht des Monarchen für die ihm anvertrauten Untertanen verstanden. Darüber hinaus finden sich aber Bemerkungen im Lexikon, die Ansätze eines freien Geistes bereits im Frühabolutismus aufzeigen. So wird die Polizei auch als Wissenschaft verstanden, die auf Grund von "Gesetzen, Anstalten und Verordnungen"²⁶⁾ dafür sorgt, "daß jederman im Handel und Wandel sich danach achten, mithin alles ordentlich und friedlich zu gehen und die menschliche Gesellschaft erhalten werden möge"²⁷⁾.

Verglichen mit der enggefaßten Deutung des Polizeibegriffs kann hier festgestellt werden, daß die Wohlfahrt der einzelnen Untertanen sich mit dem allgemeinen Besten in einem engen Zusammenhang befindet²⁸⁾. Die Glückseligkeit des einzelnen und des Staates fallen allerdings nicht mehr zusammen, sondern der Schwerpunkt verlagert sich allmählich auf die Seite der einzelnen Untertanen, wenn es heißt, "das allgemeine Vermögen

25) ZEDLER, Artikel Polizei (Policey), Bd.28, S.1507.

26) Ibid. S.1505.

27) Ibid.

28) Ibid. S.1506.

des Staats bestehe eigentlich in den Kräfte[n] und Vermögen einzelner Familien"29).

Indem der Sorgepflicht des Staates ein Wohlfahrtsanspruch der Untertanen gegenübergestellt wird, lebt in Zedlers Lexikon das 'im Vertragsschluß gestorbene Volk' (Gierke) wieder auf. Es wäre allerdings verfrüht, von der Respektierung der Untertanen als eigene Rechtspersönlichkeit oder gar von einer potentiellen Beteiligung am politischen Gemeinwesen zu sprechen. Dennoch wird sich gerade auf dem wirtschaftlichen Sektor - wie wir noch sehen werden - durch die besondere Protektion des Bürgerstandes eine Entwicklung anbahnen, die dem Verhältnis des Staates zum Recht neue Akzente setzt. Darüber hinaus ist die Möglichkeit einer Scheidung von absolutistischer Politik und Polizei gegeben. Als Wohlfahrtsverwaltung gründet die Polizei nicht mehr ausschließlich im fürstlichen 'Souveränitätsinteresse' (Wolzendorff), sie trägt vielmehr dem Recht des Untertanen Genüge. Die Polizeiwissenschaft tritt aus dem Gefüge der Kameralistik als selbständige Wissenschaft heraus.

Ganz in diesem Sinne verlangt das Lexikon von dem Fürsten, daß er das Wissen und die Erkenntnis darüber hat, wieviel sein Land "zu tragen vermag und daß nur auf Grund einer guten Disposition die Ausgaben nach den Einkünften des

29) ZEDLER, Artikel Polizei (Policey), Bd.28, S.1506.

Landes einzurichten sind"³⁰⁾. Darüber hinaus muß sich der Fürst ein Verzeichnis über die Ein- und Ausgaben vorlegen lassen.

Bei der öffentlichen 'Oeconomie' wird vom Verfasser dieses Artikels eine dreifache Klugheit gefordert³¹⁾:

1. Die Untertanen müssen bei gutem Vermögen gehalten werden; es dürfen von ihnen nicht mehr "Praestationes und Aufgaben verlangt werden als sie auch wirklich tragen können"³²⁾; wenn es zu Unglücksfällen, Feuer- und Wasserschäden kommt, werden besondere finanzielle Vergünstigungen (in Form eines Nachlasses) gewährt³³⁾.
2. Eine weitere Klugheit besteht darin, "der Untertanen Geld und Gut zu vermehren"³⁴⁾; der Landesherr muß dabei unterscheiden, ob das Land Mangel oder Überfluß an Einwohnern hat. Soweit ein Mangel an Untertanen gegeben ist, gilt es durch "Aufhebung derer Künste und Wissenschaften, durch Aufmehrung und Beschützung fremder Personen, wie z.B. die Aufnahme der Salzburger in Preußen"³⁵⁾ zu begegnen. Ist dagegen ein Überfluß an Unter-

30) ZEDLER, Artikel Cameralwesen, Bd.5, S.385.

31) Ibd.

32) Ibd.

33) Ibd.

34) Ibd.

35) Ibd.

tanen gegeben, so ist durch fleißige Arbeit, kluge Einrichtung von Commerciens und Manufakturen die Grundlage für eine ausreichende Versorgung zu schaffen³⁶⁾.

3. Die dritte Überlegung besteht darin, "die Abgaben ohne Ruin des Landes und der Untertanen zu ordnen"³⁷⁾. Es muß Sorge getragen werden, daß "die Gelegenheit zu Unterschleif durch wohleingerichtete Einsetzung der Bediensteten"³⁸⁾ ausgeschaltet wird.

Wie sehr in diesem Zusammenhang die Verfasser des Lexikons das Wohl der Untertanen voranstellen, zeigt sich - wie schon angedeutet wurde - darin, daß eine gesunde Bevölkerungspolitik für die Macht und Glückseligkeit eines Staates als vorrangig betrachtet wird. So ist von Erleichterungen der Eheschließungen, Ausstattung unvermögender Mädchen, Aufnahme von Fremden usw. die Rede³⁹⁾. Diese Maxime konnten natürlich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen Gültigkeit erlangen: erstens bei vollständiger Kultivierbarkeit und tatsächlicher Nutzung des Landes, für die das Lexikon sicherlich die preußische Landgewinnungs- und Siedlungspolitik unter Friedrich Wilhelm I. heranziehen konnte. Darüber hinaus ist auch die Bereitschaft aller Staaten zum 'Commerzieren', zum Austausch ihrer Erzeugnisse Voraussetzung. Hier verweist das Lexikon

36) ZEDLER, Artikel Cameralwesen, Bd.5, S.385.

37) Ibid.

38) Ibid.

39) Ibid.

auf die Notwendigkeit, sogenannte "Commerciens-Tractate"⁴⁰⁾ zu schließen. Der Landesherr muß sein Augenmerk darauf richten, "daß die inländischen Waaren so gut als möglich zubereitet werden, um sie außerhalb Landes nicht besser zu haben"⁴¹⁾. Dieser merkantilistische Aspekt wird noch vertieft, wenn das Lexikon den Ausbau "guter Manufacturen" fordert, vor allem aber auch ausspricht, daß "gerade die Freyheit derer Religionen..., wie Holland und Engelland hierinnen ein Zeugniß ablegen kann"⁴²⁾ sehr stark zu einer Belebung der Wirtschaft beitragen können.

Bevor wir die Erörterung wirtschaftspolitischer Grundsätze fortsetzen, müssen wir auf die Leitlinien eingehen, die das Lexikon bei der Verwendung staatlicher Ein- und Ausgaben berücksichtigt sehen will. Gerade daraus werden sich dann wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen besser erklären lassen.

So besteht ein Grundsatz bei der Erhebung von Beiträgen darin, daß die zu entrichtenden Gelder in einem richtigen Verhältnis zu dem Vermögen der Untertanen stehen⁴³⁾.

40) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Kauff-Handel, Handlung, Bd.15, S.266.

41) Ibid.

42) Ibid.

43) ZEDLER, Artikel Unterthanen, Bd.49, S.2258.

Der Fürst kann von den Untertanen nicht mehr fordern als sie geben können; sonst würden sie ihrer Wohlfahrt beraubt werden⁴⁴⁾. Da die Menschen in die bürgerliche Gesellschaft unter einem gemeinschaftlichen Oberhaupt getreten sind, um dadurch ihre Glückseligkeit vollständiger und zuverlässiger als im Stande der natürlichen Freiheit werden zu lassen, darf das eigene Wohl nicht in Frage gestellt werden.

Jedem Untertan muß von seinem Vermögen soviel übrigbleiben,

- a) daß er seine eigenen Bedürfnisse bestreite, d.h. sich Nahrung, Kleidung, Wohnung und die entsprechend seines Standes notwendigen Bequemlichkeiten verschaffen kann⁴⁵⁾;
- b) daß er imstande sei, die Kosten und Vor-schüsse zur Fortsetzung seines Gewerbes zu bestreiten⁴⁶⁾;
- c) daß er darin einmal eine Belohnung und damit Ansporn für die geleistete bzw. noch zu leistende Arbeit sieht, andererseits aber auch einen gewissen Rückhalt hat, um Unglücksfällen zu begegnen⁴⁷⁾.

44) ZEDLER, Artikel Unterthanen, Bd.49, S.2258.

45) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1322.

46) Ibid.

47) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.211; das Lexikon spricht von Zehr-, Noth- und Ehrenpfennig. Als Unglücksfälle werden insbesondere Kriegszeiten, schwere Krankheiten, oder "wenn jemand durch Feuer, Wasser, Diebe um das Seinige kommt", bezeichnet.

Nur die Summe, die von dem Erwerb des Untertanen und von den Einkünften seines Vermögens nach Abzug dieser oben genannten Punkte übrigbleibt, ist der Teil der Einkünfte, auf die der Staat zur Bestreitung seiner Bedürfnisse Anspruch hat⁴⁸⁾.

Auch hier ist wieder im Sinne der 'guten Polizei' die Wohlfahrt und der Wohlstand der Untertanen als Fundament angesprochen, worauf sich alle Glückseligkeit eines Fürsten als Regent solcher Untertanen gründet. Wir können auf die Ausführungen von Hausherr verweisen, der betont, daß sich dieser Sinneswandel geradezu als Reaktion auf das immense Geldbedürfnis des Staates entwickelte⁴⁹⁾. Das Lexikon macht sich zum Sprecher der Kameralisten, die jedem unbedachten Anziehen der Steuerschraube eine Grenze setzten und dafür versprachen, daß der geschonte Untertan, auf die Dauer gesehen, zu einer höheren Leistung fähig sein würde⁵⁰⁾.

Ihrer Ansicht und Einsicht nach war die Höhe des Steueraufkommens in einem direkten Zusammenhang mit der Zahl und dem Wohlergehen der Untertanen zu sehen.

Nach Hausherr⁵¹⁾ kann man von der Lehre der

48) ZEDLER, Artikel Untertan, Unterthanen, Bd.49, S.2258.

49) HAUSHERR, a.a.O., S.29.

50) ZEDLER, Artikel Unterthan, Unterthanen, Bd.49, S.2258.

51) HAUSHERR, a.a.O., S.23.

inneren Staatsräson sprechen, "die von der Einsicht ausging, daß weder Anleihen noch Verpfändungen, noch die unbedachte Belastung steuerbarer Gegenstände auf die Dauer die Mittel schufen, die zu mächtigem Auftreten nach außen nötig wären. Indem sie die geldbedürftigen Fürsten aufforderte, zuerst für die Vermehrung ihrer Untertanen und für deren Wohlstand zu sorgen und zu diesem Zwecke Manufakturen einzurichten, die Ausfuhr zu steigern und die Einfuhr zu beschränken, begrenzte sie ihr Wollen und steigerte es zugleich. Sie schnitt, wie die äußere Staatsräson, die bloß persönlichen, mehr zufälligen Triebe ab und lenkte den Wuchs des gesamten Staatswesens auf das neue Ziel der allgemeinen Wohlfahrt"⁵²⁾.

Unter diesem Gesichtspunkt betont Zedlers Universallexikon, daß die Bedürfnisse des Staates nach seiner äußeren und inneren Verfassung richtig bestimmt werden müssen⁵³⁾. Der Erwerb der Untertanen muß richtig eingeschätzt, die zum eigenen Bedürfnis notwendigen Gelder abgezogen und mit Billigkeit bemessen werden. Daraus ergibt sich dann das richtige Verhältnis, was der Staat haben muß und was der Untertan geben kann.

52) HAUSHERR, a.a.O., S.23.

53) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.265.

Es gehört in den Rahmen der Sorgepflicht des Staates, wenn das Lexikon hervorhebt, daß die gemeine Wohlfahrt des Landes und aller Untertanen dem Eigennutz des einzelnen voransteht⁵⁴⁾. Aus dieser Sicht kann sich das Lexikon auch nicht zu einer klaren Billigung des Luxus entschließen. Auf der anderen Seite wird er jedoch bei den ganz Wohlhabenden anerkannt, von denen man ein üppiges Leben geradezu verlangt, damit recht viele Menschen dadurch Arbeit⁵⁵⁾ und Brot finden. Daneben betrachtet es das Lexikon allerdings als ein Naturgesetz, daß nichts Unnützes erworben und Geld nicht anders ausgegeben werden sollte, wenn es nicht die Pflichten erforderten⁵⁶⁾.

Ein Staat ist dann mächtig, wenn viel Geld im Lande ist. Die Obrigkeit muß darauf achten, daß kein Geld aus dem Land getragen wird⁵⁷⁾. Dieser Forderung verleiht das Lexikon besonderen Nachdruck, indem untersucht wird, ob dem

54) ZEDLER, Artikel Wirthschaft, Bd.57, S.1130.

55) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.211; ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1322: "Wenn reiche und wohlvermögende Leute so kärglich leben wollen, als die armen; so fällt die Nahrung dieser letztern und aller derer, die noch gern etwas verdienen und vor sich bringen wollen. Denn wovon wollen diese leben, und etwas erwerben, wenn die Reichen nichts verthun, und die saure Arbeit so vieler tausend Künstler, die etwas sauberes, zum Dienst derer, die es bezahlen können, hervor zu bringen, sich um die Wette bemühen, aus Kargheit oder Aberglauben verschmähen, und dagegen ihren Ueberfluß faulen Bettlern, die nichts haben lernen wollen, zuwenden wollen?"

56) Ibid.

57) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.265.

Staat mehr Nutzen oder gar Schaden entsteht, wenn "das Geld mehr ein- oder auswärts gehe"⁵⁸⁾. Das Lexikon macht sich ausdrücklich zum Befürworter der kameralistischen Wirtschaftsform und fordert den Landesherrn auf, den Kaufleuten in den Handelsstädten günstige Arbeitsbedingungen zu gewähren. Dazu gehört, daß sie "in genugsamen Ehren"⁵⁹⁾ gehalten werden und ihnen grundsätzlich "allerhand Vorthelle wegen des Geldes zu schaffen"⁶⁰⁾ sind. Den Gläubigern ist "zulängliche Sicherheit zu machen, die muthwilligen Banquerottirer ernstlich und nach der Schärffte zu strafen"⁶¹⁾. Jeder sollte sich darum bemühen, daß "die Capitalien im Lande herum gehen und mehr auswärtige hinein gezogen werden"⁶²⁾. Nach Auffassung des Lexikons kann dieses am besten erreicht werden, "wenn das Land dasjenige, woran es einen Neben-Fluß hat, auswerts vertreibt, und keine Waaren, die im Lande verarbeitet werden können, unverarbeitet hinaus gelassen werden, z.E. aus dem Flachse nicht allein Garn, sondern auch Leinwand verfertigt und so denn erst ausgeführet werde"⁶³⁾.

Der Staat schafft damit mehr Arbeitsplätze, "weil auf diese Weise nicht allein das Spinner- sondern

58) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.265.

59) Ibid.

60) Ibid.

61) Ibid.

62) Ibid.

63) Ibid.

auch Weber-Lohn dem Lande zu gute kommt, und um so viel mehr Leute darinnen ihre Nahrung finden, wie auch rohe Waaren von haussen hineinzuziehen und darinnen zu verarbeiten, ehe sie wieder auswerts geschicket werden"⁶⁴⁾.

Der Initiative des Landesherrn ist somit keine Grenze gesetzt, das Lexikon räumt aber auch ein, daß sehr viel von den natürlichen Gegebenheiten eines Landes und vom "Glück" abhängt. So ist es von großem Vorteil, "wenn ein Land an der See liegt oder mit schiffreichen Wassern versehen ist, weil die See- und Schifffahrth als eines derer vornehmsten Stücke der Handlung zu betrachten"⁶⁵⁾ ist. Begünstigt wäre ein Land auch dann, "wenn es Ueberfluß an Holtze, Getreyde, Flachse, Metallen und dergleichen hat"⁶⁶⁾. In diesem Zusammenhang verweist das Lexikon auf die Bergwerke als beste Quelle einer Volkswirtschaft⁶⁷⁾.

"Glücklich ist dasjenige Land, wo die Bergwercke gute Ausbeute geben, und die Gewercke Inwohner sind; am glücklichsten aber, wenn Silber- und Gold-Bergwercke da sind"⁶⁸⁾.

Das das Zusammentreffen solch glücklicher Umstände die Ausnahme bildet, ist manches Land geradezu

64) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.266.

65) Ibid. S.265.

66) Ibid.

67) Ibid.; vgl. auch Artikel Reichthum, Bd.31, S.203.

68) Ibid.

gezwungen, "sich auf Manufacturen und Kauffmannschafft zu legen"⁶⁹⁾. Das Lexikon verweist in diesem Zusammenhang auf Holland⁷⁰⁾ und stellt es als nachahmenswertes Beispiel heraus. Soweit ein Land dann noch das "Glück" hat, daß "viele reiche Leute und Capitalisten"⁷¹⁾ vorhanden sind und "ein Ort, wo die Handlung anzulegen seine Freyheit hat"⁷²⁾, nicht zuletzt "auch die Leute sinnreich, arbeitsam und unverdrossen sind"⁷³⁾, steht dem Gedeihen und Wohlergehen eines Staates nichts mehr im Wege.

Die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten wären nach Auffassung des Lexikons unvollständig, würde nicht auch die Landwirtschaft⁷⁴⁾ in der merkantilistischen Ordnung ihren Beitrag leisten. Sie hat durch eigene Erträge, genannt werden "Getreyde, Obst, Holtz, Butter, Wolle, Talch, Borsten, Häute, Felle und dergleichen"⁷⁵⁾, das Land vom Ausland unabhängig zu machen. Das Lexikon weist diesen Produkten "den ersten Grad des Werths"⁷⁶⁾ zu; wichtig wäre nun die "Kunst", wodurch "man solche Waaren verfertigt, die man Manufacturen nennet, welche den natürlichen Preis oder den ersten Grad des Werths gar sehr

69) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.265.

70) Ibid.

71) Ibid.

72) Ibid.

73) Ibid.

74) das Lexikon spricht von Garten- und Ackerbau bzw. Viehzucht; vgl. ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.204.

75) Ibid.

76) Ibid.

erhöhen können..."⁷⁷⁾. So betrachtet müssen Acker- und Gartenbau, Wiesen-, Wald und Viehwirtschaft, die Jägerei etc. staatlich gefördert werden und es ist vor allem zu untersuchen, "worinnen und an welchen Orten sich zum Besten des Landes etwas vornehmen lässet"⁷⁸⁾.

Wenn das Lexikon von der richtigen Verwaltung der Landwirtschaft spricht, so erörtert es dies im Sinne des gewandelten Begriffs Ökonomik, d.h. einer ökonomischen Technologie, deren Ziel eine Erweiterung der staatlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten bedeutete, und die, wie die Reform der Domänenverwaltung unter Friedrich Wilhelm I. zeigt, nichts an Bedeutung verloren hatte. Wie später Friedrich der Große in seinem Politischen Testament von 1752 im Artikel Getreidemagazine⁷⁹⁾ ausführte, daß in guten Jahren nicht aller Überschuß auszuführen sei, so will auch Zedlers Universallexikon nur eine gewisse Freigabe der Getreideausfuhr zulassen und betont im übrigen die Anlegung von Vorräten⁸⁰⁾, die jährlich zu erneuern sind.

Das Interesse des Lexikons gehört darüber hinaus dem Münzwesen. Seiner Auffassung nach muß es

77) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.204.

78) Ibid.

79) Reinhold KOSER, Geschichte Friedrich des Großen, Bd.2, Stuttgart/Berlin 1921, S.416 ff.

80) ZEDLER, Artikel Cameralwesen, Bd.5, S.385.
ZEDLER, Artikel Wirthschafft, Bd.57, S.1135.

"im guten Stande erhalten"⁸¹⁾ werden und dazu gilt es "eine tüchtige Materie zu erwählen, und sich nach denen vornehmsten auswärtigen Müntzen, die in der Handlung gewöhnlich sind, zu richten, und aller Boßheit, so dabey vorgehen könnte, vorzubeugen"⁸²⁾.

Nach Festsetzung des Wertes aller einheimischen und fremden Münzen hat der Fürst Vorsorge dagegen zu treffen, "daß die guten Müntzen aus dem Lande geschaffet und dafür von den Wechslern und anderen schädlichen und gierigen Leuten schlechte Müntzen eingeführet werden"⁸³⁾.

Zu einem reibungslosen Ablauf von Handelsgeschäften gehört letzten Endes der Ausbau des Verkehrswesens. Auch hier ist es nach der Auffassung des Lexikons Sache des Landesherrn, "das Post-Wesen wohl einzurichten, die Wege und Strassen in gutem Stande zu halten, denen Reisenden selbst genugsame Sicherheit zu verschaffen, die Zölle nicht sehr zu beschweren"⁸⁴⁾ und überhaupt "auf die Sicherheit derer ein- und ausgehenden Waaren zu sehen"⁸⁵⁾. Wenn das Lexikon die Sicherheit und Bequemlichkeit der durchreisenden Fremden, die Geld ins Land bringen sollen, betont, dann klingt damit ein Gefühl der Völkerverbundenheit an und die Forderung nach einer schnellen Handelsjustiz⁸⁶⁾ liegt wohl auf gleicher Ebene.

81) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15,S.266.

82) Ibid.

83) Ibid.

84) Ibid.

85) Ibid.

86) Ibid.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Lexikons führen letzten Endes zu der Erkenntnis, daß es für einen Staat am besten wäre, wenn er die Einfuhr aus dem Ausland nicht mehr nötig hätte und sich allein auf den Ersatz durch heimische Erzeugnisse stützen könnte. Das Einfuhrverbot ausländischer Waren (z.B. Luxusartikel) ist mit Vorsicht zu betreiben und von Fall zu Fall zu regeln⁸⁷⁾; einmal stehen einer solchen Maßnahme die Handelsbeziehungen mit fremden Ländern entgegen, zum anderen können gerade die Grenzstädte durch Einfuhrhandel blühen⁸⁸⁾. Da der Handel das Wohl der Völker fördert, müssen diese Handelsverträge⁸⁹⁾ abschließen und Handelsstädte, die weitgehende Privilegien genießen⁹⁰⁾, anlegen. Grundsätzlich geht es um die Förderung der eigenen Manufakturen, um die Beschäftigung der Untertanen in der heimischen Industrie. Das Ausland hat ausschließlich dem Interesse des eigenen Staates zu dienen, so wie es Montaigne einmal formuliert hat:
Le profit de l'un est le dommage de l'autre⁹¹⁾.

87) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.205.

88) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.119.

89) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.266.

90) Ibid. S.265.

91) Wilhelm ROSCHER, Geschichte der Nationalökonomik, aa.O., S.224.

Wenn wir am Ende dieses Kapitels nach dem Ergebnis unserer Ausführungen fragen, so läßt sich folgendes feststellen: Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der hier zugrundegelegten Artikel spiegelt einen nicht unbedeutenden Wandel in dem Verhältnis von Staat, Fürst und Untertan wider. Der ursprünglich enggefaßte Begriff 'Policey', der mit seiner Aussage der "Beförderung und Aufnahme des gemeinen Besten" mehr oder weniger die Sorgepflicht des Regenten ansprach, erfährt ähnlich dem Begriff "Cameralia" eine Erweiterung. Im Rahmen der Machtkonzentration des frühen Absolutismus, bezieht sich die Verordnungstätigkeit nicht mehr primär auf das Vermögen des Fürsten, sondern im Rahmen einer betont merkantilistischen Wirtschaftspolitik steht der Nutzen des ganzen Landes jetzt im Mittelpunkt. Die persönliche Rechtschaffenheit des Fürsten, die auf Grund der aristotelischen Tugendlehre in der Forderung nach einer guten Amtsführung des Fürsten gipfelte, tritt in dem Maße in den Hintergrund als sich die personale Herrschaftsform löste und damit der Begriff des Amtes weniger in einem ethisch-persönlichen als räumlich-regionalen Sinn verstanden wurde. Mit dem ersten Auseinandertreten von Fürst und Staat wird der Weg frei für einen zwar noch 'unpolitischen', aber gerade im Verlauf des späteren 18. Jahrhunderts doch sehr stark wirtschaftlich orientierten Bürger.

Dieser Prozeß zeigt sich einmal in der Erweiterung des Begriffs "Oeconomic", der nicht mehr

allein auf das "ganze Haus" bezogen ist, sondern auf den Staat als ganzes. Diese Begriffserweiterung trifft daneben auch auf den Ausdruck 'Policey' zu, der nicht mehr die Sorgspflicht allein umfaßt, sondern den Weg für eine allmähliche Beteiligung der Bürger und Untertanen am politischen Gemeinwesen ebnet und die Wahrung der Rechte der Untertanen betont.

Im Sinne der 'guten Polizei' wird die Steigerung der wirtschaftlichen Produktion die gemeinsame Basis für Fürst und Untertan. Durch die Einrichtung von Manufakturen kommt es zur Steigerung der staatlichen und damit fürstlichen Einnahmen, aber auch eine Erhöhung des Wohlstandes der Untertanen geht damit Hand in Hand. In der Beschränkung der Einfuhr, aber gleichzeitiger Steigerung der Ausfuhr, wurde das gesamte Staatswesen auf das neue Ziel der allgemeinen Wohlfahrt gelenkt.

Das Verhältnis von Fürst, Staat und Untertan erfährt dabei allmählich eine Korrektur. Natürlich befiehlt und ordnet der Fürst an; der Staat ist ihm zugleich Instrument zur Durchsetzung seiner Befehle und Ziel von deren Ergebnissen. Der Untertan gehorcht den Befehlen, aber diese werden nicht mehr im Interesse von Fürst und Staat allein gegeben, sondern auch im Interesse der Untertanen. Die entsprechenden Artikel des Lexikons sind somit Zeugnis dafür, daß zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet auch

der 'gemeine' Untertan sich zu emanzipieren beginnt. Vor allem der "Bürger-Stand", der nach Aussage des Lexikons⁹²⁾ primär für die "Kauffmannschafft" verantwortlich ist, setzt durch seine enge Verbindung mit dem Staat, die Protektion und Subvention bedeutet, neue unternehmerische Ziele.

92) ZEDLER, Artikel Kauffmannschafft, Bd.15, S.266.

K A P I T E L IV

DAS WIDERSTANDSRECHT

Die Behandlung dieses Gebietes dürfte wohl gerade wegen seiner Komplexität am besten im Rahmen einer grundsätzlichen Diskussion über die Bedeutung des Widerstandsrechts im 17. und 18. Jahrhundert und damit für Zedlers Lexikon erfolgen. Wir werden bei diesem Problemkreis feststellen, daß hier Fragen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reich und Territorium, Kirche und weltlicher Ordnung, Theologie und Jurisprudenz berührt werden.

Die These Kurt Wolzendorffs¹⁾, daß die Widerstandslehre schon jahrhundertlang vor dem Auftreten der Monarchomachen in der Geschichte der Staats- und Rechtslehre nachweisbar ist, aufgebaut nicht nur auf dieselben begrifflichen und theoretischen Grundlagen der politisch-naturrechtlichen Theorien der Volkssouveränität, sondern in ihrer konstitutiven Bedeutung als institutionalisiertes Widerstandsrecht im Rechts- und Herrschaftssystem des Mittelalters bis hin zu den Herrschaftsverträgen²⁾, ist

-
- 1) Kurt WOLZENDORFF, Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, hrsg. von Otto von Gierke, 126. Heft, Breslau 1916, S. 178.
 - 2) Fritz KERN, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter. Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie, Darmstadt 1954, S. 138 ff. Otto BRUNNER, Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien/Wiesbaden 1959.

inzwischen erwiesen; ebenso, daß das Problem des Widerstandsrechts erst mit dem Auftreten der Monarchomachen plötzlich eine beherrschende Stellung im Gesamtsystem der staatsrechtlichen Betrachtung einnimmt³⁾.

Wolzendorffs weitere Ausführungen, daß nämlich die Einwirkung der von den Monarchomachen formulierten Widerstandslehre auf die Entwicklung der Staatsrechtslehre in der Zeit von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts entscheidend auf deren Anlehnung an das positive Recht des ständischen Staates, nicht aber auf der Verwertung naturrechtlicher Gedankengänge beruhe⁴⁾, können wir uns freilich nicht anschließen.

Es ist vielmehr der Einfluß der sogenannten Schule von Salamanca⁵⁾, der - natürlich mit unterschiedlicher Akzentuierung ihrer Vertreter - eine "antiabsolutistische Staatslehre als Synthese aus Jurisprudenz, Moralphilosophie und Humanismus" vorschwebte. Die Verwirklichung

3) WOLZENDORFF, a.a.O., S.178

4) Ibid.

5) Als Vertreter der Schule von Salamanca gelten vornehmlich Salamonius de Alberteschis, Francisco de Vitoria und Fernandus Vasquius; vgl. darüber Ernst REIBSTEIN, Volkssouveränität und Freiheitsrechte, Texte und Studien zur politischen Theorie des 14. bis 19. Jahrhunderts, hrsg. von Claus Dieter Schott, Bd. I und II, Freiburg/München 1972, Bd. I, S. 104 ff.

dieses Zieles war auf Grund der notwendigen Koordinierung der verschiedenen Wissensgebiete außerordentlich mühselig. Die Schwierigkeiten konnten nur dadurch überwunden werden, daß man sich zum Zwecke der Verständigung auf ein Niveau begab, das von Anfang an dasjenige des Humanismus gewesen war, nämlich "das Niveau des natürlichen Menschen, seiner Anlage, seiner Moral und seiner sozialen Ordnung. So konnte sich ein für alle verbindliches System eines Rechts konstruieren lassen, das Gesellschaftslehre und, weil in der Natur des Menschen begründet, die Grenze der Theologie überschritt, um sich in gleicher Weise an den Unglauben wie an den Glauben zu wenden und ihnen die ethischen Prinzipien und Aufgaben, die sich aus dem Zusammenleben der Menschen und Völker unabweichlich ergeben, gleichermaßen sichtbar zu machen"⁶⁾.

Es handelt sich also um das naturrechtliche System der Schule von Salamanca, das aus der akzeptierten scholastischen Lehre von Gott als der causa prima und den Dingen der Welt als den causae secundae der Schöpfung extrem weltliche Konsequenzen zog⁷⁾. In diesem Lichte müssen also die Forderungen gesehen werden, so z.B. Fernandes Vasquius, daß der Staat nicht um des Königs willen da ist, "sondern der König um des Staates willen, das heißt für das Wohl von Land

6) Ernst REIBSTEIN, a.a.O., Bd.I, S.107.

7) Ibid. S.113.

und Volk"⁸⁾. Daneben finden sich bereits Forderungen, die den Fürsten als Beauftragten des Volkes sehen, dessen Macht allein auf diesem Auftrag beruhe und sich daher in dessen Grenzen halten müsse⁹⁾. Es wird in diesem Zusammenhang betont, daß "das Fehlen ausdrücklicher Einschränkungen und Vorbehalte kein Freibrief für Willkür ist"¹⁰⁾.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, daß der Schule von Salamanca eine wirksame philosophisch-juristische Neubegründung der Lehre von der Volkssouveränität zu verdanken ist. Wenn wir an dieser Stelle auf die zu Beginn dieses Kapitels gemachten Ausführungen zurückkommen, so dürfte klar geworden sein, daß die außerordentliche Wirkung der Widerstandslehre der Monarchomachen nicht allein in der Anlehnung an das positive Recht des ständischen Staates gesehen werden kann, sondern primär in der Ausstrahlungskraft und in den von dem Monarchomachen übernommenen Gedanken des profanen Naturrechts¹¹⁾.

8) Ernst REIBSTEIN, a.a.O., Bd.I, S.111.

9) Ibd. S.106.

10) Ibd.

11) Carl HEYLAND, Das Widerstandsrecht des Volkes (gegen verfassungswillige Ausübung der Staatsgewalt im neuen deutschen Verfassungsrecht), Tübingen 1950, S.47. PFISTER/HILDMANN (Hrsg.), Widerstand und Grenzen der Staatsgewalt, Berlin 1956.

Daneben dürfte dann ein dringendes Rechtsbedürfnis, das im damaligen Staats- und Rechtsleben nur durch die monarchische Lehre befriedigt werden konnte, sowie die Verwertung calvinistischer Ideen¹²⁾ für die große Wirkung der Widerstandslehre von Bedeutung gewesen sein. Die große Spannweite der möglichen Einflüsse auf das Widerstandsrecht wäre allerdings unvollständig, wenn wir letzten Endes nicht die von Althusius vertretene Richtung berücksichtigten.

Was die Bedeutung des profanen Naturrechts anbelangt, so erscheint es nicht unmotiviert, gerade auf ihn zu verweisen. Bei ihm findet die alte Lehre de Vasquius vom ius gentium und vom ius civile ihre Anwendung. Es handelt sich um die allgemein anerkannte, zentrale Idee jeder auf den Staat angewandten Lehre vom natürlichen Recht, daß nämlich die Staatsgewalt unter, nicht

12) Ernst WOLF, Das Problem des Widerstandsrechts bei Calvin, in: Widerstand und Staatsgewalt (hrsg. von Pfister/Hildmann), Berlin 1956, S.52:

"...daß gerade Calvin mit seiner vorsichtigen Widerstandspolitik im Kampf um die Glaubensfreiheit der frz. Protestanten den historischen Ursprung für diese monarchomachischen Widerstandstheorien darstellt".

Man könnte überspitzt sagen, wie WOLZENDORFF es formuliert hat: "Calvin hat zur Bildung einer besonderen Theorie von Revolutionsrecht überhaupt nichts beigetragen, er hat nur mit dem realen Blick des juristisch geschulten Staatsmannes mit allem Vorbehalt eine typische Erscheinung des positiven Staatsrechts seiner Zeit aufgezeigt".

Über diesem Recht stehe, die hier mit letztem Ernst und harter Konsequenz vertreten wird, bis hin zu Gewaltanwendung, Umsturz und Blutvergießen¹³⁾.

Nachdem wir uns mit diesen Ausführungen einen Überblick über die Rolle und Bedeutung des Widerstandsrechts im 16. und 17. Jahrhundert verschafft haben, können wir uns jetzt der Darstellung des Widerstandsrechts in Zedlers Lexikon zuwenden. Wir gehen in diesem Zusammenhang davon aus, daß das Widerstandsrecht nach der Realisierung absolutistischer Herrschaftspraxis theoretisch noch fortbestanden hat und daß die Wirkung desselben nicht allein durch die Anlehnung an das positive Recht des ständischen Staates, sondern vor allem noch durch die Verwertung der hier aufgezeigten Fundamentalsätze des Naturrechts, durch die Bereitstellung eines auch im absoluten Staat als unentbehrlich empfundenen Schutz von Freiheitsrechten und durch Gedanken der calvinistischen Kirchenverfassung zu erklären ist¹⁴⁾.

Bei der Vergegenwärtigung des Zeitpunkts der Abfassung des Lexikons war schon an anderer Stelle¹⁵⁾ klar gestellt worden, daß "die

13) Ernst REIBSTEIN, a.a.O., Bd.I, S.181.

14) Carl HEYLAND, Das Widerstandsrecht des Volkes, Tübingen 1950, S.48.

15) vgl. das Kapitel über das Recht eines Fürsten in Kirchensachen.

säkularisiert-naturrechtliche Auffassung von Staat und Gesellschaft auch die Kirchen nunmehr als von den Individuen gebildete Zweckgemeinschaften erfaßte, denen gegenüber dem Souverän als Erzieher und Sachwalter des staatlichen Gemeinwohls unbeschränkte Vollmacht zukommen hatte"¹⁶⁾. Die bis dahin dualistisch gehandhabte oberste Gewalt wird als einheitliche, unteilbare Staatsgewalt in der Hand des Fürsten zusammengefaßt. Die wohlerworbenen ständischen Rechte werden zurückgedrängt, das Prinzip der Legitimität des status quo, auf dem jener ständische Zustand beruhte, wurde durchbrochen. Der Fürst "legibus solutus" ist berechtigt und imstande, sich aus Gründen der Staatsnotwendigkeit, über deren Vorliegen er allein entscheidet, über das innerhalb des Staates geltende Recht, über die Privilegien der Stände und über die mit den Ständen geschlossenen Vereinbarungen hinwegzusetzen.

Auf diesem Hintergrund ist die Diskussion über das Widerstandsrecht in Zedlers Lexikon zu sehen und gerade diese aufgeklärt-humanitäre Herrschaftsbegründung nach der naturrechtlichen Vertragslehre, die den Vorrang der staatlichen Gesamtordnung zur Geltung brachte und nun ein

16) Hubert RUMPEL, Das Staatskirchentum des Absolutismus und die Französische Revolution, in: Staat und Kirche im Wandel der Jahrhunderte (Hrsg. W.P.Fuchs), Stuttgart 1966, S.138.

Staatskirchenrecht schuf, "das analog der Ausdehnung der Staatshoheit zur Kirchenhoheit eine Unterordnung der Kirchengemeinschaft ergab"¹⁷⁾, ließ kein Raum mehr für die Erörterung eines innerkirchlichen Widerstandsrechts. In Zedlers Lexikon ist somit dieses Problem, von dem Luther ausging, als er sich über das Widerstandsrecht überhaupt besann¹⁸⁾, verschwunden. Die Frage, wie man sich verhalten solle, wenn von den kirchlichen Oberen etwas Ungeistliches verlangt oder befohlen werde, taucht im Lexikon nicht mehr auf.

Nach Auffassung des Lexikons hängen das Glück des Fürsten und das des Volkes wechselseitig voneinander ab, denn darauf gründet sich das Gedeihen des Staates. Der Fürst leitet seine Gewalt von der Nation her; er besitzt davon so viel, wie sie ihm hat anvertrauen wollen. Zwischen ihm und den Untertanen besteht ein Vertrag, durch den er verspricht, alle Kräfte und Fleiß dahingehend anzuwenden, daß zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit alle Mittel angewandt werden¹⁹⁾.

17) H. RUMPEL, a.a.O., S.138.

18) Joh. HECKEL, Lex charitatis, S.140. "An diesen Erfahrungen im Bereich des Kirchenwesens hat Luther seine Gedanken zum Widerstandsrecht überhaupt gebildet. Aus dem Vergleich und dem Gegensatz zwischen ecclesia und politia gewinnt er seine Ansichten über das Widerstandsrecht auch im weltlichen Bereich". vgl. auch Joh. HECKEL, Stellungnahme der Kirche der Reformation - Die Lutheraner; in Widerstand und Grenzen der Staatsgewalt, a.a.O., S.37 ff.

19) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.246.

Wenn die Nation ihm die Gewalt vorbehaltlos, ohne Einschränkung und Teilung, übertragen hat, so ist davon auszugehen, daß er mit allen Rechten ausgestattet ist, ohne die die höchste Befehlsgewalt oder Herrschaft nicht in der dem öffentlichen Wohl dienlichen Art und Weise ausgeübt werden kann. Diese höchste Gewalt findet freilich ihre Grenze darin, daß in einem gemeinen Wesen nichts befohlen werden darf, was gegen die allgemeine Sicherheit verstößt²⁰⁾. "So bleibt auch die höchste Gewalt von der Natur, folglich von Gott eingeschränkt"²¹⁾.

Da der Fürst keine andere Gewalt hat als die, welche er durch den Vertrag mit den Untertanen erhalten hat - und diesen zu halten verbunden ist -²²⁾, so ist er auch gehalten, sich nach dessen Regeln zu verhalten und sie zu schützen. Diese Grundgesetze²³⁾ sind neben der Verfassung der Plan der Nation für ihr Streben nach Glück. Er hat die Grundgesetze als unverletzliche und geheiligte Normen zu betrachten und sich zu vergegenwärtigen, daß von dem Augenblick an, da er sich hiervon entfernt, seine Befehle ungerrecht werden und nichts anderes als einen Mißbrauch der ihm anvertrauten Gewalt bedeuten²⁴⁾.

20) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.253.

21) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (allerhöchste), Bd.25, S.247.

22) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.251.

23) Ibid.

24) Ibid.

Ist er auf der einen Seite der Hüter der Gesetze, so ist er andererseits verpflichtet, jeden zu belangen, der es wagt, die Gesetze zu verletzen. Wie aber wird der Fürst verbindlich festgelegt, die Grundgesetze des Staates einzuhalten? Das Lexikon weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Fürst bei Regierungsantritt auf Grund seines Eides²⁵⁾ diese Grundgesetze beschwört und Gott zu seinem Zeugen macht. Da die Obrigkeit sich vor Gott fürchtet, weiß sie auch, daß es einen allwissenden Gott gibt, der sie bestrafen wird, wenn die Versprechungen nicht gehalten werden²⁶⁾.

Das Lexikon schränkt darauf sofort ein: der Fürst darf zwar keine Gesetze erlassen, die zu den natürlichen Gesetzen im Widerspruch stehen, aber er kann Ausnahmen oder Ergänzungen erlassen, die in den natürlichen Gesetzen nicht enthalten sind. Es erhebt sich damit sofort die Frage, ob derartige Ergänzungen, die nicht Gegenstand eines natürlichen Gesetzes sind, mit den betreffenden natürlichen Gesetzen überhaupt

25) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.251.

26) Ibid. "Und demnach ist der Eyd ein Mittel, wodurch man Obrigkeiten verbinden kann, über die Grund-Gesetze eines Staats zu halten. Derowegen, da es möglich ist, sie auf solche Weise dazu zu verbinden; so muß man in einem Staate, wo Grundgesetze vorhanden sind, dieselben vor der Obrigkeit beschwören lassen, wenn sie ihre Regierung antritt. Und hieraus sieht man, wie viel alsdenn daran gelegen, daß die Obrigkeit sich vor Gott fürchtet".

in Einklang zu bringen sind. Mit diesem Zugeständnis an die Majestät wird doch die Allgemeingültigkeit und der Vorrang der natürlichen Gesetze so eingeengt, daß sich diese Eigenschaften an sich verlieren. Bedeutsam ist hier vor allem die Frage, wer entscheidet, ob die positiven mit den natürlichen Gesetzen in Einklang stehen bzw. ob die verordneten Zusatzbestimmungen dem Inhalt der natürlichen Gesetze nicht widersprechen. Das Lexikon bleibt hier eine klare Antwort schuldig, bei ihm hat der Fürst die Glückseligkeit und Wohlfahrt des Staates im Auge²⁷⁾, so daß angebliche Verfehlungen die Ausnahme bilden und kein aktives Widerstandsrecht der Untertanen rechtfertigen.

Wie Gott nicht alles tut, was er kann, so wird der vernünftige Herrscher freiwillig seine Gewalt zugunsten des Gemeinwohls einschränken²⁸⁾. Das kann praktisch nur wirksam werden, wenn auch der Herrscher sich unter das Gesetz beugt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß ein Fürst mit voller, absoluter und unbeschränkter Souveränität über solchen Gesetzen steht, die ihre Geltungskraft von ihm allein herleiten, und daß er selbst hiervon immer dann disponieren kann, wenn die Gerechtigkeit und Billigkeit

27) vgl. auch Rudolf VIERHAUS, Montesquieu in Deutschland. Zur Geschichte seiner Wirkung als politischer Schriftsteller im 18. Jahrhundert, in: Collegium Philosophicum; Studien, Joachim Ritter zum Geburtstag, Basel/Stuttgart 1965, S.426.

28) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.254.

im Einklang mit der Natur es ihm gestatten. So ist es mit der Majestät des Souveräns unvereinbar, daß er z.B. bei einem Vergehen wie ein Privatmann²⁹⁾ bestraft wird. Die Würde des Amtes verträgt nicht, daß er wegen einer angeblichen Verfehlung, die nicht direkt die Leitung der Staatsgeschäfte angeht, behelligt werden darf. An dieser Stelle wird die Argumentation des Lexikons hinsichtlich des Widerstandsrechts eindeutig und es läßt sich festlegen; Widerstand ist nur dann erlaubt, wenn es sich um einen Tyrannen handelt³⁰⁾. In Zedlers Lexicon wird dabei zwischen tyrannus titulo und exercitio talis unterschieden. Unter dem ersten Begriff wird derjenige genannt, "der unrechtmäßiger Weise in eines andern Recht der Majestät Eingriff thut, den man auch sonst invasorem oder usurpatorem nennet"³¹⁾.

Mit einem Tyrann exercitio oder administratione talem ist der Fürst gemeint, "der zwar rechtmäßig zum Reich kommen; aber eine solche Regierung führet, daß er zu Beförderung seines eigenen Interesses alles zum Verderben des Staates einrichtet..."³²⁾. Überhaupt wird ein Regent

29) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.536 ff.

30) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2196.

31) Ibid. S.2194.

32) Ibid.

zu einem Tyrannen, "welcher sich an die Fundamental-Gesetze des Landes durchaus nicht binden will, sondern sich seiner Unterthanen nicht anders gebraucht, als wenn sie seine Sklaven wären, und alles von ihm erdulden müßten was die bösen Neigungen eines solchen Herrn fordern"³³⁾.

In Zedlers Lexikon ist in diesem Zusammenhang nur vom gewöhnlichen Tyrannen die Rede, von einem Tyrannen apokalyptischen Ausmaßes kann nicht gesprochen werden. Der Gedanke, daß ein Tyrann sich über alle Ordnung Gottes hinwegsetzen und das Naturrecht nicht nur vereinzelt übertreten, sondern im ganzen beseitigen könne, dieser Gedanke taucht nicht mehr auf.

Die Lehre vom Wesen und Merkmal des Tyrannen erweitert gleichzeitig den Fragenkomplex bezüglich des Widerstandes gegen eine rechtswidrige Herrschaft. Das Leidensangebot der Bergpredigt und der göttliche Anspruch auf Gehorsam, der auch dort hinter der Obrigkeit steht, wo sie sich verfehlt, scheint einen Widerstand auszuschließen; aber ist er nicht andererseits gefordert durch die Pflicht, Unrecht zu verhüten und dem Nächsten wie dem Ganzen helfend beizustehen? Und verlangt nicht auch der Amtsgedanke und die Verantwortlichkeit des Christen, daß sich jeder für Recht und Ordnung einsetzt, notfalls auch gegen den Willen der Oberen?

Am Problem des Widerstandsrechts zeigt sich die Souveränität des Gewissens und trotz der aufgeklärt - absolutistischen Staats-

33) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2194.

kirchenpolitik mit allen ihren bereits angedeuteten Konsequenzen wird die Frage, ob man mit weltlichen Mitteln gewaltsam Widerstand leisten dürfe, auch von dieser, d.h. christlichen Seite gesehen.

So wird im Lexikon betont, daß das Vorrecht der Unverletzlichkeit des Souveräns kein Hemmnis dahingehend bedeutet, daß das Volk nicht gegen einen unerträglichen Tyrannen vorgehen, ihn unter voller Achtung seines persönlichen majestätischen Ranges sogar aburteilen und ihm den Gehorsam aufkündigen kann³⁴⁾.

Abgesehen von diesem Beispiel führt das Lexikon in starker Anlehnung an Grotius³⁵⁾ noch einige Beispiele für die Geltendmachung des Rechtes auf Widerstand an:

1. wenn der Herrscher zum Volksfeind wird und den Untergang des Volkes herbeiführt (dies entspricht der oben genannten Definition; Hauptbeispiel dafür ist, daß ein König, der über zwei Völker herrscht, dem einen Volke zuliebe das andere vernichten will. Das Lexikon zitiert Grotius, der an das Verhältnis des Königs von Spanien zu den Niederlanden denkt³⁶⁾;
2. wenn in einem Staat die Staatsgewalt zwischen dem Herrscher und dem Volk und Senat andererseits geteilt ist und der Herrscher in dem ihm nicht zustehenden Teil der Staatsgewalt eingreift;
3. wenn der König kommissarisch kraft Lehnrechtes oder Staatsrechts gebunden ist und sich rechtswidrig verhält³⁷⁾.

34) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2194.

35) Ibd. S.2196 u. 2199; das Lexikon verweist auf Grotius, De jure belli ac pacis libri tres, Lib I, cap.IV, § VII.

36) Ibd.

37) Ibd. S.2195, S.2197. HEYLAND, a.a.O., S.49/50. WOLZENDORFF, a.a.O., S.252

Wenn die Gewalt des Souveräns durch die Grundgesetze begrenzt und festgesetzt ist, der Souverän aber unter Überschreitung dieser Grenzen ohne Recht und Ziel befiehlt, dann ist das Volk nicht zu Gehorsam verpflichtet, es kann vielmehr seinen unrechtmäßigen Maßnahmen entgegensetzen, d.h. passiver Widerstand ist bei Verletzung der Grundgesetze möglich. Durch die natürliche Gleichheit aller Menschen ist sowohl die Majestät der Untertanen als auch die der Fürsten eine wahrhaftige Majestät; und die wahre Hoheit eines weltlichen Regenten besteht ihrem Wesen nach eigentlich darin, "daß er Menschen, das ist seines Gleichen zu regiere, d.h. gleiches Menschenrecht unter ihnen zu erhalten hat..."³⁸⁾.

Wenn das nicht so wäre und ein Regent auf andere, erst von ihm selbst erdichtete Zwecke handelte,

"seine Unterthanen als bloße Mittel solchen vermeintlichen Zwecken lediglich aufopfern wollte: so würde ein Regent nicht ein Regent, sondern etwas sehr geringeres nemlich ein Eigentumsherr, auch seine Macht nicht eine Majestät, sondern ein Eigentum seyn"³⁹⁾.

Greift der Souverän die Staatsverfassung an, so bricht er den Vertrag, der das Volk an ihn bindet. Dieser Fall ist nach Auffassung des Lexikons neben den bereits genannten Beispielen dann gegeben, wenn er sich der Regierungsgeschäfte weder selbst noch durch andere annimmt, oder

38) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2196 ff.

39) Ibid.

wenn er sie so betreibt, daß er die ihm zukommende Macht durch offenbare Tyrannei zum Verderben seines Volkes mißbraucht bzw. die Grundgesetze oder Pakte des Reichs mutwillig mit Füßen tritt. Die Pflichten eines Menschen aber verletzt er dann, wenn er die allgemeinen natürlichen Gesetze der menschlichen Gesellschaft übertritt, z.B. Mordtaten begeht, den Untertanen ihr Vermögen raubt, die bei ihnen gemachten Schulden nicht bezahlt, noch andere Pakte hält⁴⁰⁾.

Das Lexikon verweist in diesem Zusammenhang auf die Argumente der Machiavellisten⁴¹⁾, die meinen, wenn der Souverän mit absoluter Gewalt ausgestattet ist, habe niemand das Recht, ihm Widerstand zu leisten, noch viel weniger ihm mit Gewalt entgegenzutreten⁴²⁾; dem Volk bleibe da nichts anderes übrig, als geduldig zu leiden und zu gehorchen.

"Denn das Volk, indem es sich einem Regenten unterwirft, weiß, daß es sich einem Menschen unterwirft; und daß ein Mensch von allen Fehlern des Verstandes und Willens, die hin und wieder in offenbares Unrecht ausbrechen unmöglich befreyet seyn könne"⁴³⁾.

40) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2197.

41) Ibid. S.2196.

42) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.255.

43) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2198.

Das Lexikon distanziert sich von dieser Haltung, indem es an das Hauptziel des Staates erinnert⁴⁴⁾. Besteht es nicht in einer Gemeinschaftsarbeit zum gemeinsamen Glück aller? Hat nicht aus dieser Vorstellung heraus jeder Bürger seine Rechte entäußert? Darf die Gemeinschaft ihre Autorität dazu gebrauchen, daß sie sich und alle ihre Glieder auf immer der Willkür eines zügellosen Tyrannen ausliefert? Ohne Zweifel nein, denn auch sie hätte kein Recht mehr, wenn sie einen Teil der Bürger unterdrücken wollte. Selbst wenn sie also die höchste und unbeschränkte Gewalt ohne ausdrücklichen Vorbehalt überträgt, so geschieht dies notwendigerweise mit der Einschränkung, daß der Souverän nicht zum öffentlichen Feind wird, gegen den sich die Nation verteidigen kann und muß. In diesem Fall hört die Majestät von selbst und durch das Recht der Natur auf und mit ihr also auch alle ihre Rechte, d.h. auch die Heiligkeit und Unverletzlichkeit⁴⁵⁾.

Das Lexikon betont in diesem Zusammenhang, daß eine solche Verurteilung des Souveräns einem Akt der Notwehr entspricht und ein derartiges Recht nur durch die Nation oder den Repräsentationskörper (die vereinigten Stände), nicht etwa durch eine "Rotte aufrührerischer Köpfe oder eines Teils des ohne Vernunft zusammenlaufenden Pöbels"⁴⁶⁾, vorgenommen werden darf. Die

44) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2198.

45) Ibid. S.2199.

46) Ibid.

Person eines entarteten Tyrannen, eines öffentlichen Feindes genießt nicht die Unverletzlichkeit, die im Interesse der Nation der Person des Souveräns zukommt⁴⁷⁾.

Mit dieser vom Lexikon vertretenen Meinung geht eine große Zahl von Juristen und Philosophen konform, die, zum Teil in Anlehnung an Grotius, ein Widerstandsrecht aus den oben genannten Gründen nur in dem soeben skizzierten Rahmen zulassen. So vor allem Christian Wolff und dessen Schüler Vattel, der im Anschluß an die positiv-rechtlichen Elemente der älteren Lehre scharf betont, daß das Widerstandsrecht nur von dem Volke in seiner Gesamtheit oder einer dasselbe repräsentierenden Körperschaft ausgeübt werden dürfe⁴⁸⁾.

Wenn man die Diskussion um die Theorie eines Widerstandsrechts in Zedlers Universallexikon zusammenfassend betrachtet, so läßt sich folgendes feststellen:

1. Bei Verletzung der natürlichen Gesetze durch den Fürsten können die Untertanen den Gehorsam verweigern und damit passiven Widerstand leisten. Eingeschränkt wird dieses Recht aber dadurch, daß das Lexikon den Untertanen unterstellt, sie könnten oft nicht erkennen, ob

47) das Lexikon folgt auch hier wieder der Meinung Pufendorfs, der im *Jus Naturae et Gentium* VII,8, § 6 ausführt: "Das Volk, oder sogar die einzelnen, haben das Recht sich gegen ihren Fürsten zu verteidigen, wenn er gegen sie als Feind handelt u. sie in den äußersten Notstand versetzt". vgl. E.REIBSTEIN, Bd.II, a.a.O., S.130.

48) VATTEL, a.a.O., § 50 ff.

der Herrscher die natürlichen Gesetze überhaupt verletze; darüber hinaus unterstellt es dem Monarchen, daß nur der Regent die richtige Einsicht habe und dieser Einsicht auch das richtige Handeln folge.

2. Bei Verletzungen der positiv-rechtlichen Vereinbarungen - ein Fürst hat z.B. die bei Antritt seiner Regierung vertraglich eingegangenen Versprechungen nicht erfüllt -, läßt das Lexikon ebenfalls ein passives Widerstandsrecht gelten. Aber auch hier bleibt die Frage offen, wer streng genommen über den Herrscher richten soll; es würde bedeuten, daß die Untertanen die rechtmäßige Absetzung nicht erzwingen dürfen und somit Widerstand eigentlich nicht erlaubt ist, obwohl er berechtigt wäre. Selbst wenn man unterstellt, daß die Stände eine Absetzung erzwingen, so führt dies nur zu einer Annullierung der 'falschen Gesetze', die Majestät des Regenten an sich bleibt dagegen grundsätzlich erhalten.
3. Das Universallexikon läßt demnach ein aktives Widerstandsrecht nur zu, wenn es sich bei dem Regenten um einen Tyrannen handelt. Dann wäre eine Verurteilung des Souveräns durch die Nation oder den Repräsentativkörper in einem Akt der Notwehr möglich, was an sich keine Aktion des Widerstandsrechts darstellt.

Dies bedeutet aber auch, daß es für den gewöhnlichen Untertanen keinen aktiven Widerstand gibt. Er bleibt der gottlosen Obrigkeit unterworfen und darf sich nicht gegen sie empören, sondern muß in allen

Dingen, die nicht ein gottwidriges Tun von ihr verlangen, den obrigkeitlichen Anordnungen gehorsam bleiben. So folgt, "daß dergleichen unglückselige Person, die von ihrem Fürsten an ihrem Leibe, Leben, Religion u.s.w. ungerechterweise angetastet werde, sich allenfalls mit der Flucht zu retten, ja wo dieses nicht möglich, lieber den Tod unschuldig zu leiden verbunden sey, als daß sie an der Majestät, als der Grundfeste des ganzen Staats, sich im geringsten vergreiffen sollte..."⁴⁹⁾.

Anderes gilt jedoch für den Amtsträger⁵⁰⁾, der weder souverän noch bloßer Untertan ist. Er ist auf Grund der Verfassungslage dazu berufen, am Regiment des Staates mitzuwirken und er hat wegen seiner hervorgehobenen Position gegenüber dem Herrscher die Pflicht, den Tyrannen in die Schranken der Fundamentalgesetze zu weisen. Er muß eingreifen, um die ihm anvertrauten Untertanen zu schützen, ja wenn die 'Grundfeste des Staats'

49) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2200. Die Argumentation des Lexikons folgt hier im übrigen den Ansichten Pufendorfs. Pufendorf schreibt im Jus Naturae et Gentium VII, 8, § 5:
"Man muß also die leichten Ungerechtigkeiten eines Souveräns geduldig ertragen in Anbetracht des mühevollen und gehobenen Amtes, mit dem er zu unserer Erhaltung bekleidet ist, und der anderen Verpflichtungen, die man ihm gegenüber haben mag und auch wegen unserer Mitbürger und des ganzen Staates..." (zitiert nach E.REIBSTEIN, a.a.O., Bd.II, S.127).

50) vgl. auch Martin HECKEL, a.a.O., Bd.74, S.294 ff.

wanken, können die magistratus inferiores den Tyrannen sogar seines Amtes entsetzen. In den entsprechenden Artikeln⁵¹⁾ des Lexikons wird ausdrücklich auf Abein Barbeyrac Bezug genommen, der den Verfassern des Lexikons das Wort redet:

"...daß im mehr gedachten äussersten Nothfalle, die obrigkeitlichen Personen, und andere Groß eines Reichs, die der Reichsgeschäfte am besten kundig, und durch ihr Ehr-Ansehen wieder das bevorstehende gäntzlich Verderben die benöthigten Anstalten zu machen am fähigsten sind, von solcher Sorge nicht etwa ausgeschlossen, sondern diese ihnen vor allen anderen obliege"⁵²⁾.

Der Amtsgedanke verlangt hier ein Tätigwerden. Dem positiven Recht wird eine Gestalt gegeben, die eine Willkür der Obrigkeit unterbindet und äußerstenfalls einen gewaltsamen Widerstand vorsieht⁵³⁾.

Vom weltlichen Naturrecht ist eine solche positiv-rechtliche Regelung nicht verboten. Sie muß nicht ausdrücklich normiert werden, sondern kann sich auch aus der Struktur des Staates ergeben, z.B. aus der ständischen Ordnung eines Gemeinwesens.

51) hauptsächlich geht es um die Artikel 'Tyran-nis' und 'Obrigkeit (Gewalt der)'.
52) ZEDLER, Artikel Tyrannis, Bd.45, S.2199.
53) vgl. Johannes HECKEL, Stellungnahme der Kirche der Reformation, a.a.O., S.41.

Bei einer abschließenden Wertung des Widerstandsrechts, so wie es sich in Zedlers Lexikon darstellt, ist es naheliegend festzustellen, daß die Widerstandsfrage auf die konkrete Verfassung, das positive Recht des Staatswesens abgestellt ist. Man kann daneben auch folgern, daß diese Gedanken auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation gemünzt waren und die Stellung der protestantischen Fürsten zum Kaiser deutlich machen sollten.

Der Religionsfriede - selbst aus dem Widerstand der Fürsten geboren - ist u.a. die lex fundamentalis, die es zu verteidigen gilt; er ist der Prototyp einer Verfassungsordnung, auf die sich das Widerstandsrecht auch in Zedlers Lexikon noch bezieht⁵⁴⁾.

Was die Träger des Widerstandsrechts betrifft, so tritt der Gegensatz zur heutigen Auffassung offen zutage. Abgesehen von den wohl eher theoreti- sch gemeinten Möglichkeiten der sogenannten "obrigkeitlichen Personen", gibt es kein individuelles Widerstandsrecht, das aktiv mit weltlichen Mitteln realisiert werden konnte. Deutlich zeigt sich diese Haltung im Lexikon, wenn auf die Verhältnisse in England Bezug genommen wird. Das Lexikon betont hier ebenfalls, daß auch Milton gelehrt habe, "daß das Volk (nicht das Individuum) über die Tyrannen ein Recht habe"⁵⁵⁾.

54) Martin HECKEL, ZRG 73 (1956), Kanon.Abt., S.151, Anmerkung 173.

55) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2200.

Als Beispiele⁵⁶⁾ für die Ausübung des Widerstandsrechts werden die Absetzung Eduard II. im Jahre 1327, die Absetzung Richard III. im Jahre 1399 und die Hinrichtung Karl I. im Jahre 1649 genannt.

Es darf somit nicht übersehen werden, daß die Ausführungen des Lexikons über das Widerstandsrecht allgemein gesehen doch recht vorsichtig und zurückhaltend sind. Sie sind gerade bei den rechtlichen Möglichkeiten des einzelnen Untertan sehr stark vom Pflichtgedanken und dem religiösen Sinn des Leidens geprägt. "Darum heißt dieser Widerstand 'passiv', d.h. ein im Leiden zu bewährender"⁵⁷⁾.

Soweit der staatsrechtliche Widerstand angesprochen wird, so handelt es sich mehr oder weniger um ein Wunschprinzip, das ein Ventil gegen mögliche Willkür des absoluten Herrschers schaffen sollte. Man suchte mit dieser einzigen Garantie, die das ständische Staatsrecht für die Rechts-schranken der landesherrlichen Macht gekannt hatte, die Bindung der Herrschergewalt an das Gesetz als Idee auch im absoluten Staat hochzuhalten und zu prägnantem Ausdruck zu bringen. Das Eintreten für das Widerstandsrecht hatte zur Zeit unseres Lexikons nur noch die Bedeutung eines Bekenntnisses, zu einem freiheitlichen Rechts- und Staatsideal; es war lediglich als Ausdruck der Gegnerschaft gegen das Prinzip des fürstlichen Absolutismus zu bewerten⁵⁸⁾.

56) ZEDLER, Artikel Tyrann, Bd.45, S.2200.

57) Johannes HECKEL, Stellungnahme der Kirche der Reformation, a.a.O., S.39.

58) WOLZENDORFF, a.a.O., S.240/41.

K A P I T E L V

UNTERTAN, REGENT UND GEMEINSCHAFT

Wenn wir uns im folgenden Kapitel über die Stellung des Untertanen innerhalb der staatlichen Gemeinschaft bzw. über das Verhältnis gegenüber dem Regenten ein Bild machen wollen, dann liegt nach der Auffassung des Lexikons der Schwerpunkt bei der Gemeinschaft, der - falls notwendig - der einzelne Untertan alle 'Rechte' zu opfern hat. Der gemeinschaftliche Endzweck, die gemeinschaftliche Glückseligkeit sind Aufgabe jedes einzelnen im Staat. Diesem Postulat liegt zwar die Auffassung zugrunde, daß die gemeinschaftliche Glückseligkeit auch die Glückseligkeit des einzelnen zur Folge habe. Aber wenn der gemeinschaftliche Zweck nicht ohne besondere Opfer des einzelnen erreicht werden kann, so darf der Staat dieses Opfer verlangen. Wenn in Zedlers Lexikon die Voraussetzungen des Notrechts¹⁾ auch sehr eingeschränkt sind, so läßt das Lexikon doch über das Prinzip keinen Zweifel: die Gemeinschaft hat den unbedingten Vorrang vor dem einzelnen und ist ihm übergeordnet. Wie alle Wesenszüge des Staates ergibt sich freilich auch diese Überordnung der Gemeinschaft aus dem Staatsvertrag und hat damit die Sanktion aller Einzelglieder, so daß insoweit auch das

1) vgl. darüber das Kapitel 'Der Untertan in der bürgerlichen Rechtsordnung'.

Notrecht und der Gemeinschaftsgedanke eine individualistische Begründung finden. Diese Begründung ist aber insofern hypothetischer Natur, als das Lexikon eingestehen muß, daß der Gemeinschaftsgedanke einerseits auf dem - egoistischen - Geselligkeitstrieb beruht, andererseits aber auch auf der Ausbildung der höheren Seelenkräfte, die jedoch wiederum erst der staatliche Zustand ermöglicht. In seiner ethischen Ausprägung, die für die Überordnung der Gemeinschaft entscheidend ist, findet das Gemeinschaftsprinzip also erst im Staat, nicht schon in dem vorstaatlichen Vertrag seine Begründung.

Auf diesem Hintergrund müssen wir die weiteren Ausführungen des Lexikons sehen; vor allem wird auch dann verständlich, daß in allen entsprechenden Artikeln vorrangig ein Pflichtenkatalog für den Untertanen anzutreffen ist, von Rechten des einzelnen jedoch kaum die Rede sein kann. So wird zunächst einmal von gemeinen oder besonderen Pflichten der Untertanen gesprochen.

"Jene müssen alle ohne Unterschied leisten, daß sie ihre Obrigkeit ehren und derselbigen gehorchen"²⁾.

Was die 'Unterwürfigkeit' an sich betrifft, so wird ausgeführt, daß

"im Lande niemand zu leiden (ist), noch ihm häußlich sich nieder zu lassen zu verstatten, der den Landesherrn nicht

2) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2254.

vor seine Landesobrigkeit sollte erkennen, und zu dem Ende demselbigen die schuldige Huldigungs-Pflicht leisten müsse..."³⁾.

Darüber hinaus ist es mit den Pflichten gegenüber der Obrigkeit nicht zu vereinbaren, daß sich der Untertan erlaubt,

"schriftlich oder mündlich, oder durch die That selbst, dieser obersten Bothmäßigkeit zu widersprechen, sich darwieder zu setzen, und sich vor frey, oder einer anderen Obrigkeit vor unterworffen zu halten"⁴⁾.

Wenn das Lexikon in diesem Zusammenhang auf die Rechte der Untertanen gegenüber der Obrigkeit zu sprechen kommt, so werden diese Rechte - abgesehen von dem Recht der freien Religionswahl -

3) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2254.

4) Ibid. S.2255: die Fortsetzung des Zitats betont die äußere Form zur Aufrechterhaltung des Unterschieds zwischen Obrigkeit und Untertan:

"Was die äusserliche Bezeugung oder Unterthänigkeit betrifft, so ist darüber zu halten, daß von jedem Stande der Unterthanen dem Landes-Herrn sein hoher gebührender Titel in Reden und Schrifft gegeben, auch sonst mit tieffer Ehr-Bezeugung begegnet... und der Unterschied zwischen Obrigkeit und Unterthanen in acht genommen werde..."

mit bestimmten Privilegien gleichgesetzt⁵⁾. Das Bestreben des Fürsten war es dabei immer gewesen, die Rechte der Untertanen oder deren Korporationen in von ihm gewährte und daher auch wieder frei entziehbare Privilegien umzudenken, wie es vielfach bei den ständischen Mitbestimmungsbefugnissen geschah⁶⁾. Soweit dies dem Fürsten nicht gelang, war ihm der Eingriff in die Rechtswelt seiner Untertanen verwehrt, wenigstens soweit diese sich auf naturrechtlich wohlerworbene Rechte, auf "iura quaesita" berufen konnten. Die dadurch gegebenen rechtlichen Schranken überwand der Fürst nur ex iusta causa, wenn necessitas vel utilitas publica (communis) es erforderten⁷⁾. Necessitas et utilitas publica waren als iusta causa Eingriffsgrund und -beschränkung zugleich, wie Lipsius lehrte.

-
- 5) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255:
"In sofern die Unterthanen nach denjenigen Rechten derer sie sich nach den Landesgesetzen, und vermöge derer ihnen von Alters her ertheilten Privilegien mit Fug anmassen können, betrachtet werden, als da sind das Recht der öffentlichen, zuweilen allein erlaubten Uebung ihrer Religion, das Recht der Landstände in Ansehung der Land-Tage, die Privilegien aller Stände, z.E. des Adels, der Geistlichen, der Gelehrten, der Städte, der Handwercke, u.s.w. so ist zwar der Klugheit so wenig als der Gerechtigkeit gemäß, treue Unterthanen in dem Genusse solcher wohl hergebrachten Rechte und Freyheiten, ohne dringende Nothdurfft des gemeinen Besten zu kräncken".
- 6) GIERKE, Genossenschaftsrecht, Bd.3, a.a.O., S.763 ff.
- 7) Zur genannten Problematik insbesondere Otto von GIERKE, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, 3.Auflage 1913 (Ndr.Aalen 1968), S.264 ff., besonders S.264, 269, 294.

Diese Auffassung findet ihre Rechtfertigung darin, daß der Herrscher nicht die Personifizierung einer Staatsfunktion darstellt und damit eine organische Einschränkung seiner Rechte gegeben wäre -, sondern daß er mit dem Staat identifiziert wird und somit als die dem Gemeinwesen verkörpernde Gestalt eine dominierende Position einnimmt. Nur von seiner Perspektive aus, d.h. aus dem Grundsatz, daß alle Rechte der Reflex entsprechender, eigener, oder fremder Pflichten sind, können daher rechtliche Möglichkeiten des Untertanen gesehen werden⁸⁾.

Für die dominierende Stellung des Fürsten und der 'Autorität' seines Amtes scheint der Niederländer Justus Lipsius eine erhebliche Bedeutung auf Zedlers Universallexikon gehabt zu haben - ein Mann, in dessen Leben und Werk sich ja überhaupt katholische und evangelische, vor allem aber antik-stoische Einflüsse auf sehr merkwürdige und folgenreiche Weise kreuzten⁹⁾. In den "Politicae seu civilis doctrinae libri sex" des Lipsius (1509) finden sich Beobachtungen über die persönlichen Tugenden des Herrschers, das Vorhandensein tüchtiger Räte oder die Unwandelbarkeit seiner Gesetze als autoritätsbegründendes Moment. In diesem Lichte muß es gesehen werden, wenn das Lexikon immer wieder betont,

8) vgl. das Kapitel 'Das Widerstandsrecht'.

9) Gerhard OESTREICH, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, HZ 181 (1956), S.31 ff.
Gerhard OESTREICH, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, Ausgewählte Aufsätze (Berlin 1959), S.35 ff.

daß es einen absoluten Anspruch auf 'hergebrachte Rechte und Freyheiten' nicht gibt. Die Untertanen dürfen nicht argumentieren, "daß solche Privilegien schlechterdings, und so zu sagen auch wieder allen Danck des Landesherrn, er möge wollen oder nicht, ihnen gebühren, daß er also in Ansehung derselben etwa nichts zu befehlen habe, vielweniger sie ihnen gar entziehen könnte"¹⁰⁾.

Es läßt sich schon an dieser Stelle sagen, daß der oftmalige Hinweis auf die Beschränkung bestimmter Rechte im engeren Sinn aus dem genannten Staatszweck zu erklären ist: Im weiteren Sinn war es auch nicht das Anliegen der großen Naturrechtssysteme eines Pufendorf und Christan Wolff, die die deutsche Naturrechtslehre bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts beherrschten und damit auch ihren Niederschlag in Zedlers Lexikon fanden, sich für die Rechte der Untertanen im besonderen einzusetzen. Der Mensch erscheint zwar als grundsätzlich gleich und frei,

10) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255:
"Denn wenn das gemeine Beste eine Einschränkung oder gänzliche Einziehung solcher Privilegien erfordert, so kan sie der Landes-Herr mit gutem Gewissen ergehen lassen; und gesetzt, daß es ohne genugsame Ursache geschähe, so handelt er zwar wider sein Gewissen, und die Unterthanen handeln ihren Rechten gemäß, wenn sie ihre Befugnisse mit diensamen Gründen demüthig vorstellen, und das Beginnen ihres Landes-Herren durch Bitten und Flehen abzuwenden sich bemühen; wenn aber dieses nicht fruchtet, und der Landes-Herr dennoch dabey verharret, so sind sie zur Gedult verbunden, und nicht befugt zu widerstehen".

aber Gleichheit und Freiheit bleiben in den Naturzustand verbannt, werden nicht zur Forderung an den Staat. Der Untertan ist im wesentlichen nicht als Rechtssubjekt, sondern als Objekt obrigkeitlicher Fürsorge gesehen, deren Modalitäten mit Vernunftgründen entwickelt werden. Von einer Gleichheit der Partner des Gesellschafts- bzw. Herrschaftsvertrages kann - wie eingangs schon erwähnt wurde - weder auf der Seite des Untertans noch für das Volk als ganzes gesprochen werden.

Der Fürst ist und bleibt der superior, der Souverän, und das gilt als ein Rechtssatz, der im Prinzip schon die bloße moralische Beurteilung seines Verhaltens durch das Volk ausschließt¹¹⁾. Der Einfluß der Naturrechtslehre findet sich auch in den weiteren Abhandlungen des Lexikons. So wird das Verhältnis der Untertanen untereinander dahingehend beschrieben, daß zunächst einmal alle in einem "gantz gleichen Zustande leben, gleiche Rechte haben und keiner vor dem andern ein Vorrecht verlangen oder behaupten kann"¹²⁾.

Die Menschen sind also von Natur aus gleich und

11) vgl. das Kapitel 'Das Widerstandsrecht'.

12) ZEDLER, Artikel Volck (ein freyes), Bd.50, S.378.

einander durch den Geselligkeitstrieb verbunden¹³⁾. Das gesellige Zusammenleben schafft den "moralischen Zusammenhang"¹⁴⁾, aus dem "alle natürlichen Befugnisse und Pflichten der Menschen gegeneinander entspringen"¹⁵⁾. Das erste und oberste Gesetz der Geselligkeit ist dabei das Gebot der christlichen Nächstenliebe, "und zwar der Liebe unseres Nächsten als unser selbst"¹⁶⁾. Diese Pflicht der Geselligkeit anderen Menschen gegenüber eine friedliche und dienstfertige Gesellschaft zu unterhalten und damit zur Erlangung der Glückseligkeit beizutragen¹⁷⁾, zeigt sich darüber hinaus in praktizierter Gefälligkeit und Bescheidenheit¹⁸⁾. Beide Eigenschaften kennzeichnen einen "vollständigen höflichen Menschen"¹⁹⁾ und tragen

13) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.5o, S.1o7: "Da die menschliche Natur gesellig ist, so, daß durch die Geselligkeit nicht etwa nur etliche Menschen, oder nur viele, sondern das gantze menschliche Geschlecht einen moralischen Zusammenhang hat, so hat dadurch, daß das menschliche Geschlecht sich in so mancherley freye Völker zertheilet, die Geselligkeit unter ihnen so wenig als die menschliche Natur, aufhören können". vgl. auch Manfred RIEDEL, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd.51, 1965, S.291 ff.

14) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.5o, S.1o7.

15) Ibid. S.1o8.

16) Ibid. S.1o7.

17) ZEDLER, Artikel Geselligkeit, Bd.1o, S.126o.

18) ZEDLER, Artikel Höflichkeit, Bd.13, S.355.

19) Ibid.

ihm das Wohlwollen aller seiner Mitmenschen ein²⁰⁾. Die Ausübung dieser Tugenden gilt nicht nur den Mitbürgern gegenüber, sondern auch den Fremden, ja sogar den Feinden²¹⁾.

Dem Nächsten etwas Gutes tun, bedeutet darüber hinaus für die Reichen die soziale Verpflichtung, den Armen von ihrem Überfluß etwas zukommen zu lassen²²⁾. Dieser Verpflichtung des Gebenden steht die des Dankes des Empfängers gegenüber, welche einen "wahrhaftig klugen Untertan"²³⁾ ausmacht.

Begrenzt werden diese sich aus der Geselligkeit ergebenden Pflichten nur durch die Wahrung einer vernünftigen Eigenliebe²⁴⁾ und durch den Grundsatz der Proportionalität²⁵⁾. Der einzelne wie der Staat ist nicht verpflichtet, dem anderen zu helfen, wenn dies ihm selbst zum Schaden gereichen würde. Jeder ist befugt,

"seine ihm beywohnende Kräfte zuförderst zu seiner eigenen Erhaltung und Wohlfahrt anzuwenden, als denn... zum Wohlsyn anderer den nöthigen Beytrag zu thun"²⁶⁾.

20) ZEDLER, Artikel Höflichkeit, S.354.

21) Ibid.

22) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.57, S.1322.
ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.211.

23) ZEDLER, Artikel Höflichkeit, Bd.13, S.354.

24) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.108.

25) Ibid.

26) Ibid.

Wir finden an dieser Stelle den Anknüpfungspunkt an das Recht des einzelnen auf Nothwehr, welches u.a. im nächsten Kapitel abgehandelt wird²⁷⁾.

Als Zwischenergebnis läßt sich somit feststellen, daß die Pflichten der Untertanen eine gewichtigere Rolle spielen als deren Rechte. Entsprechend des Einflusses von Christian Wolff, insbesondere seiner Auffassung, daß Herrschaft das Recht beinhaltet, über die Handlungen eines anderen zu verfügen²⁸⁾, wird die ganze Konzeption des Staatslebens vom Souverän her gesehen. Das Lexikon betont zwar immer wieder die Verpflichtung des Fürsten zur Einhaltung des natürlichen Rechts, dessen Einhaltung oder gar positivrechtliche Erweiterung kann aber kaum beansprucht werden. Die entsprechenden Artikel des Lexikons müssen daher immer wieder vom naturrechtlichen Standpunkt aus gesehen werden und ohne auf etwaige positive Gesetze eingehen zu wollen, gibt es für das Lexikon nur moralische Ermahnungen, gutes Zureden, aber keine Legitimation zum selbständigen Handeln.

Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Ausführungen des

27) vgl. das Kapitel 'Der Untertan in der Bürgerlichen Rechtsordnung'.

28) Christian WOLFF, Grundsätze des Natur- und Völkerrechts (Halle 1754), § 833: Von der Herrschaft und Gesellschaft überhaupt.

Universallexikons in deutlicher Parallele zu Pufendorf, vor allem aber zu Christian Wolff stehen²⁹⁾. Die Wünsche des einzelnen müssen sich dem gemeinschaftlichen Ziel unterordnen, "mit vereinigten Kräften ihr Bestes... zu befördern"³⁰⁾. Diese Auffassung entspricht der Definition der Gesellschaft im Lexikon, das darunter "eine würckliche Vereinbarung der Kräffte vieler zur Erlangung eines gemeinschaftlichen Zwecks"³¹⁾ versteht.

Soweit wir im folgenden den Versuch machen, den Untertan als Individuum stärker in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu stellen, so kann dies bei der aufgezeigten gesellschaftspolitischen Gewichtung innerhalb des Lexikons nur andeutungsweise geschehen. Ansätze für eine Betrachtung des Untertanen als Individuum finden sich lediglich in den Ausführungen über die Familie. Sie gilt als Keimzelle des Staates³²⁾ und ist nicht auf eine fiktive Rolle bei der Staatsgründung beschränkt, sie lebt vielmehr im gegenwärtigen Staat weiter und wird von diesem anerkannt.

29) vgl. auch das Kapitel 'Staatsgründung und Staatszweck'.

30) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken..., a.a.O., §§ 3 ff, (S.3 ff).

31) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260. vgl. auch Manfred RIEDEL, Zur Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, a.a.O., S.291 ff.

32) ZEDLER, Artikel Familie, Bd.9, S.205 ff.

Die Familie wird nicht nur als ein natürlicher Stand zur Vermehrung des menschlichen Geschlechts³³⁾ gesehen, die Herrschaftsstruktur der Familie wird darüber hinaus auf die des Staates übertragen, wodurch es zu einer Gleichsetzung von Moral und Politik kommt. Eine patriarchalische Herrschaftsform ist angesprochen, wenn das Lexikon darauf hinweist, daß ein Herr nichts anderes ist

"als ein Vater seiner Unterthanen, und soll sich also auch gegen diese nicht anders, als wie ein Vater gegen seine Kinder verhalten"³⁴⁾.

Der Familienbegriff in Zedlers Lexikon läßt sich somit in einem engeren und weiteren Sinn deuten. Entsprechend der Literaturgattungen, die schon seit dem Spätmittelalter³⁵⁾ mit dem Wort 'familia' primär die Lebensgemeinschaft von Ehegatten, Eltern und Kindern, Hausherr und Hausgesinde bezeichnen und die familiären Beziehungen von diesem Begriff erfassen, nämlich Ökonomik und Naturrecht, wird in Zedlers Lexikon der aristotelische Hausbegriff aufgenommen und dem Familienrecht zugrundegelegt. An die Stelle der Bezeichnungen 'domus', 'oeconomica', 'societas domestica' für das so verstandene Haus, tritt der Begriff 'familia'.

33) ZEDLER, Artikel Familie, Bd.9, S.2o5.
ZEDLER, Artikel Ehestand, Ehe, Bd.8, S.359.

34) ZEDLER, Artikel Unterthanen (ungehorsame), Bd.49, S.2286.

35) vgl. Artikel Familie, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.266 ff.

Im erweiterten Sinn des Wortes gilt dann die Familie als eine gewisse Quelle und als Ursprung des Staates. Der Verfasser des hier zugrundegelegten Artikels orientierte sich sicherlich an Bodin, der schon 1583 in seiner Staatslehre ein Modell der 'famille' als Vorbild des Staates schuf³⁶⁾.

Im übrigen muß entsprechend der romanischen Vorbilder³⁷⁾ auch in Zedlers Lexikon eine Vieldeutigkeit des Begriffs festgestellt werden. Wenn im Lexikon die Familie zunächst als "eine Anzahl Personen, welche der Macht und Gewalt eines Hausvaters...unterworfen sind"³⁸⁾, gekennzeichnet, sodann aber festgestellt wird, daß die Familie auch beim Tod eines Ehegatten (also auch des Ehemannes!) fortbesteht³⁹⁾, so haben wir es hier mit einem "Zusammenwachsen des 'gesinderechtlichen', primär wirtschaftlich gedachten Bedeutungsfelds mit dem gemischt personenrechtlich-wirtschaftlichen der aristotelischen oikia"⁴⁰⁾ zu tun.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts werden dann aus den Wörtern 'Familie' und 'Haus' (im Sinne der

36) vgl. Artikel Familie, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.268.

37) Ibid. S.268/269.

38) ZEDLER, Artikel Familie, Bd.9, S.205.

39) Ibid.

40) Artikel Familie, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.269.

oeconomia) Synonyma. So findet sich in Zedlers Lexikon die Lehre von der Hausgemeinschaft mit den dreifachen Beziehungen zwischen den Ehegatten, Eltern und Kindern, Herrschaft sowohl unter dem Stichwort 'Haus' wie unter dem Stichwort 'Familie' - wobei beide Begriffe sogar beliebig ausgetauscht werden können.

"Haus... wird entweder materialiter genommen... oder juridice und civiliter, vor eine Familie und bestelltes Hauswesen von unterschiedenen Personen"⁴¹⁾.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, daß in Zedlers Lexikon der Hausbegriff der Ökonomie und des Naturrechts als Familienbegriff fortgeführt wird. Beide Termini finden sich noch konkurrierend nebeneinander und erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts ergibt sich ein Übergewicht des Begriffs 'Familie' über 'Haus'⁴²⁾, das - bei einer nicht einheitlichen Entwicklung - nicht mehr die Verwandtschaft im allgemeinen Sinne bezeichnet, sondern seine Bedeutung als Träger eines spezifisch adeligen Familienbegriffs behält.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt das Lexikon auf das Verhältnis von Eltern und

41) ZEDLER, Artikel Haus, Bd.12, S.873.

42) z.B. wird 'Haus' nicht mehr als Stichwort mit dem hier aufgezeigten Sinn ausgewiesen bei: Brockhaus, 8.Auflage, Bd.4 (1834), aber noch Wortverbindungen wie 'Hausverträge'.

Kindern zu sprechen. Nach seiner Auffassung muß die elterliche Gewalt darauf gerichtet sein, daß die Kinder auch "nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft" werden"⁴³⁾, d.h. auf Grund der Gleichsetzung der moralischen elterlichen Autorität und der politischen staatlichen Autorität kommt der Erziehung der Kinder in staatspolitischer Hinsicht große Bedeutung zu.

So sind die Eltern verpflichtet, für die "Versorgung derer Kinder im Stande ihres kindischen Unvermögens"⁴⁴⁾ zu sorgen, sie aber auch zu guten Untertanen zu erziehen, "damit sie solches künftig selber auf eine gesellige Art tun, und also tüchtige und nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden mögen"⁴⁵⁾.

In diesem Zusammenhang werden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder zur "wahren Gottseligkeit"⁴⁶⁾, Gefälligkeit, Bescheidenheit und Geduld⁴⁷⁾ anzuhalten, damit sie sich der "Gesellschaft zu dienen fähig und dem daraus entspringenden Nutzen zu geniessen würdig erweisen"⁴⁸⁾.

Die Pflichten der Kinder gegenüber ihren Eltern und die Pflichten der Untertanen gegenüber der

43) ZEDLER, Artikel Eltern, Bd.8, S.939.

44) Ibid.

45) Ibid.

46) Ibid. S.941.

47) Ibid.

48) Ibid.

Obrigkeit sind identisch; sie bestehen in Liebe, Treue, Gehorsam und Ehrerbietung⁴⁹⁾. Beiden Ehepartnern kommt "bei der Erziehung derer Kinder ein gleiches Recht und eine gleiche Verbindlichkeit"⁵⁰⁾ zu, andererseits scheint aber ein klares Abhängigkeitsverhältnis der Frau zu existieren, denn

"in der bürgerlichen Gesellschaft sey der Mann das Haupt der Familie, und habe eine gewisse Herrschaft über die Frau, deswegen gehöre ihm auch der Vorzug in der Herrschaft über die Kinder"⁵¹⁾.

Von der Erziehung der Kinder im besonderen ist es nur ein kleiner Schritt zu der Unterweisung der Untertanen im allgemeinen. Um die Ruhe im Innern des Staates aufrechtzuerhalten, ist es nach Meinung des Lexikons notwendig, daß die Untertanen in einem Zustand sind, der dem öffentlichen Wohl gemäß ist. Es ist somit die Pflicht der Obrigkeit, ihnen nicht nur Gesetze vorzuschreiben⁵²⁾, die aufzeigen, wie man sich zu verhalten hat, sondern auch den öffentlichen

49) ZEDLER, Artikel Kinderzucht, Bd.15, S.654 ff.

50) ZEDLER, Artikel Eltern, Bd.8, S.939.

51) Ibd.

52) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2266: "Für die Unkenntnis der natürlichen Gesetze gibt es keine Entschuldigung, alle andere Unwissenheit ist ein Mangel, den der einzelne zu beheben hat. "Wer gleich das Recht oder die Gesetze nicht weiß, wird dennoch für einen Wissenden gehalten, und mag er sich deshalb mit seiner vorgeschützten Unwissenheit nicht entschuldigen".

Unterricht in eine so gute Ordnung zu bringen, daß die Untertanen sich mehr aus Vernunft und aus Gewohnheit als aus Furcht vor Strafe an die Gesetze halten. Zu diesem Zweck ist nichts nützlicher als die Unterweisung in der christlichen Religion und die Errichtung öffentlicher Schulen, wo Dinge gelehrt werden, die für den Staat nützlich sind⁵³⁾.

An dieser Stelle erkennen wir die für die Aufklärung typische Fortschrittsgläubigkeit, denn mit der Erweiterung des Wissens geht nach Auffassung des Lexikons die sittliche Vervollkommenung Hand in Hand, d.h. das Bildungs- und Erziehungswesen sowie dessen Institutionen müssen zwangsläufig eine hervorragende Stellung einnehmen. Der Endzweck des Staates kann nur durch die moralische Unterstützung sowie durch Wissen gebildeter und von sittlicher Verantwortung geprägter Untertanen erreicht werden; der Fortschritt des Staates und der Fortschritt der Untertanen sind daher untrennbar miteinander verbunden⁵⁴⁾.

Aus der Forderung des Naturgesetzes, daß das Individuum erkennen müsse, was gut und böse und was der seiner Lebensart entsprechende Beruf sei⁵⁵⁾, leitet das Lexikon die Notwendigkeit der Schule ab.

53) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1476 ff.

54) ZEDLER, Artikel Staatsraison, Bd.39, S.673.

55) ZEDLER, Artikel Kinderzucht, Bd.15, S.658.

"Die Absicht der Schulen ist nichts anderes, als Tugend, Gelehrsamkeit und gute Sitten. Und dieses sind eben die Früchte des Naturrechtes"⁵⁶⁾.

Das Universallexikon beklagt interessanterweise nicht den Mangel an Schulen, sondern wünscht, daß "derselben weniger, und die beibehalten würden besser eingerichtet wären"⁵⁷⁾.

Es nennt Hohe Schulen oder Akademien und niedrige Schulen (Scholas Inferiores); diese teilt es wiederum in öffentliche Schulen (Scholas publicas) und in Privat- oder Winckelschulen (Scholas privatas); die öffentlichen in gemeine oder Trivialschulen (Scholas triviales) und Höhere Schulen z.B. Gymnasien, Ritterakademien etc. Daneben werden Stadt-, Land- oder Fürstenschulen, deutsche und lateinische Schulen, Knaben- bzw. Mädlein- oder Jungfrauenschulen genannt⁵⁸⁾.

Das Lexikon weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die deutschen Schulen als 'niedrigste' gelten⁵⁹⁾,

"in welchen die Jugend weiter nicht, denn nur in dem nötigen Christentum, darneben im Lesen und Schreiben und Rechnen unterwiesen wird"⁶⁰⁾.

56) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1476.

57) Ibid. S.1479.

58) Ibid.

59) Ibid.

60) Ibid.

Bei diesem Schultyp handelt es sich um eine Zweiklassenschule; in der ersten Klasse wird die Jugend in solchen Dingen unterrichtet, welche "den Menschen zieren und im Alter nötig und nützlich sind"⁶¹⁾, genannt werden Lesen, Schreiben, Rechnen, Höflichkeit der Sitten etc. In der anderen Klasse werden Jungen und Mädchen "allerseits angehalten"⁶²⁾, so

1. zum Gebet, "daß sie Gott mit seinem heiligen Geist erleuchten, für Irrtum behüten und in seine Wahrheit leiten wolle..."⁶³⁾
2. zum fleißigen Bibellesen;
3. zum Lobe Gottes, "daß sie lernen anstimmen schöne Psalmen und Lobgesänge..."⁶⁴⁾
4. zur "Erlernung und unablässigen Wiederholung der Katechismen, weil darin die Hauptstütze der christlichen Lehre verfaßt sind"⁶⁵⁾.

Es läßt sich somit feststellen, daß die Erziehung den Vorrang vor der intellektuellen Ausbildung hat und neben dem Festhalten an der Sittenlehre die religiöse Unterweisung betont wird. Der preußische Staat wollte von vornherein der Kirche helfend zur Seite stehen und vor allem brave, bibelsichere, natürlich protestantische oder reformierte Christen heranbilden.

61) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1479.

62) Ibid.

63) Ibid.

64) Ibid.

65) Ibid.

Ausführlich beschäftigt sich das Lexikon mit den Vor- und Nachteilen der Privat- bzw. öffentlichen Schulen. Für den Verfasser dieses Artikels ist vor allem der "große Hauffe"⁶⁶⁾ in den öffentlichen Schulen daran schuld, daß "gemeiniglich auf Seiten der Schüler schädliche Samen von Simultäten, Hoffart, Neid, Zank, Mißgunst, Betrug, Unfreundlichkeit und Unhöflichkeit ausgesäet" (werden)⁶⁷⁾. Demgegenüber wird betont, daß ein "Privatpraeceptor" seine wenigen Schüler viel eher zur "Modestie und Civilite"⁶⁸⁾ erziehet.

Schließlich macht sich das Lexikon aber die Meinung derjenigen zu eigen, die die öffentlichen Schulen den Privat- und Winckelschulen vorziehen. Es fühlt sich darin bestärkt, zumal immer mehr Städte ihre öffentlichen lateinischen und deutschen Schulen mit allen Notwendigkeiten⁶⁹⁾ versehen und die Winckelschulen gänzlich abschaffen.

Als wichtigste Argumente zur Beibehaltung der öffentlichen Schulen gelten:

1. "In einer öffentlichen Schule hat die Obrigkeit durch kluge und verständige Leute alles in gewisse Ordnungen abgefaßt, was und wie man die Jugend lehren soll...

66) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1482.

67) Ibid. S.1483.

68) Ibid.

69) Ibid.

2. in öffentlichen Schulen prüft man vorher der Praeceptoren Geschicklichkeit und Gelehrsamkeit und fragt nach ihrem Zeugnis von außen her...
3. in öffentlichen Schulen werden die Mangelhaften stets verbessert und die Praeceptoren zu Fleiß angehalten, wie auch zur Rechenschaft ihres Amtes halben...
4. in öffentlichen Schulen muntert man die Jugend auf zu meditieren, declamieren, certiren, da man sie aus einer Klasse in die andere fortrücken lässet...
5. in öffentlichen Schulen werden die Knaben von guter Art einander bekannt und währet hiernach solche Schulfreundschaft zwischen ihnen Lebenslang, welches dem gemeinen Wesen nützlich ist...
6. in öffentlichen Schulen haben die Herren geistlichen und weltlichen Scholaren die Inspection und halten zu bestimmten Zeiten ihre Visitationen und Examen...⁷⁰⁾

Vom obligatorischen Schulunterricht sagt das Lexikon nichts; man könnte es freilich aus dem für alle verbindlichen Naturgesetz oder noch konkreter aus seinen Wünschen folgern, daß für Kinder, der-en Eltern das Schulgeld nicht bezahlen können, Armenschulen⁷¹⁾ eingerichtet werden sollten.

70) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1483.

71) Ibid.

Es nennt "Rechenschulen"⁷²⁾ für Kaufleute und Handwerksschulen, die etwa als Fachschulen anzusprechen sind, auch die "Maler- und Baumeisterakademien"⁷³⁾ gehören hierher. An allen hat der Staat ein merkantilistisches Interesse.

Passende Worte findet das Lexikon für die "saure und beschwerliche Arbeit" der Lehrer.

"Überhaupt sind Lehrer, und zwar gute, so nötig in einem gemeinen Wesen, als unmöglich es ist, ohne Anleitung gute Fertigkeiten zu erlangen, des wegen man alle Zeit bemercken wird, daß löbliche Fürsten auf gute Lehrer jeder Zeit ein besonderes Auge gehabt, und geschickte Leute durch gnädige Belohnungen zu diesen sauren Verrichtungen aufzumuntern gesucht; dagegen man aber auch bemercket, daß solche Länder desto glücklicher worden"⁷⁴⁾.

Wie Friedrich Wilhelm I. im Edikt vom 30.9.1717⁷⁵⁾ fordert das Lexikon einen durch strenge Prüfung erbrachten Befähigungsnachweis und treuen Fleiß⁷⁶⁾. Es ist aber auch selbstverständlich, daß sie

72) ZEDLER, Artikel Rechenschule, Bd.30, S.1307.

73) ZEDLER, Artikel Schule (Handwercks), Bd.35, S.1490.

74) ZEDLER, Artikel Lehrer, Bd.16, S.1500.

75) KOSER, a.a.O., S.159.

76) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1483 ff.

ausreichendes Gehalt bekommen⁷⁷⁾. Ein Lehrer müsse Hochmut, Hoffart und allzu großen Ehrgeiz ebenso meiden wie den Streit mit den Kollegen. Die Lehrer werden dabei als Staatsbeamte behandelt, eine kirchliche Abhängigkeit der niederen Lehrer findet keine Erwägung.

Reichliche Summen sollen für Stipendien vorgesehen werden. Versagt man Nichtbefähigten die Unterstützung, so kann man sie vom Studium und damit von den Staatsämtern ausschließen⁷⁸⁾.

"Die hingegen befördern gar schlecht die Wohlfahrt des Landes, welche durch kümmerliche Almosen allerhand zum Studium untüchtige Leute anlocken, damit sie ihrer Faulheit eine Genüge tun und der Arbeit entgehen können"⁷⁹⁾.

Diese Anschauung entspricht etwa der Zeit Friedrich des Großen, wo die höheren Staatsämter mit 'gelehrten Räten' besetzt wurden; Zedlers Lexikon schlägt dies schon wesentlich früher vor.

Ein kurzer Blick wird auch auf die Unterrichtsmethode geworfen, sie ist modern. Der Lehrer soll seine Schüler kennenlernen und danach seinen Vortrag einrichten⁸⁰⁾, also Unterricht auf

77) ZEDLER, Artikel Lehrer, Bd.16, S.1499.

78) Ibd. S.1500.

79) ZEDLER, Artikel Staatskrankheiten derer Studenten oder der Lernenden, Bd.39, S. 658 ff.

80) ZEDLER, Artikel Lehrer, Bd.16, S.1499.

psychologischer Basis. Der Lehrer muß seine Schüler überzeugen,

"daß er aus wahrhaftiger Absicht zu ihrem besten sie lehre, welches in derer Schüler Gemüther eine Gegenliebe wirkt, durch welche sie getrieben werden, nach möglichster Sorgfalt des Lehrers Lehren nachzukommen und denselben ja nicht gegen sich aufzubringen. Dagegen ist nun auch eines rechtschaffenen Lehrers Schuldigkeit, es aufrichtig mit seinen Schülern zu meinen"⁸¹⁾.

Das Universallexikon stellt sich damit in direkte Parallele zu Friedrich Wilhelm I., der in den Waisenhausstatuten vom 1.11.1724 dasselbe formulierte. Leider blieb jedoch die in der tatsächlich bestehenden Volksschule geübte Lehrweise dahinter zurück. Sie war ein Drill, schlimmer als auf den Exerzierplätzen⁸²⁾.

81) ZEDLER, Artikel Lehrer, Bd.16, S.1499.

82) Ferdinand VOLLMER, Die preußische Volksschulpolitik unter Friedrich d.Gr., Berlin 1918, in: Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd.56, S.150: Das Erziehungs- und Bildungswesen ist eine Staatsaufgabe, nicht nur im formalistischen Sinn. In diesem Zusammenhang darf auf die Bemühungen Friedr.Wilhelms I. um die Durchsetzung eines pflichtgemäßen Elementarunterrichts hingewiesen werden. Seit dem Generaledikt vom 20.9.1717, das bei Strafe den Schulzwang einführen wollte, weisen alle Regierungsjahre zahllose Verfügungen auf. Mag man die praktischen Erfolge auf ein Minimum einschränken, es läßt sich nicht leugnen, daß ernsthafte Bemühungen des Königs in den Schranken, die seinem Wesen und seiner Regierungsart gesetzt waren, dem Gebiete der Volksbildung galten. vgl. auch HAUSHERR, a.a.O., S.23.

Wenn wir die Rechte der Untertanen weiterverfolgen, so kann dies nach Auffassung des Lexikons nur im Rahmen ihrer Einstellung zur Religion und der Politik als Grundsäule des Staates geschehen.

So ist der Mensch verpflichtet, an Gott zu glauben, Atheismus wird sogar als ein Vergehen gegen den Staat gewertet⁸³⁾. Während auf der einen Seite die Gewissens- und Glaubensfreiheit garantiert wird, bleibt die Religion an das Staatsinteresse gebunden und wird damit eingeschränkt. Der Untertan soll der reinen Religion huldigen, ansonsten wird er bestraft und der Fürst bestimmt dabei die Kriterien der reinen Religion. Auf der einen Seite also Verneinung eines Religionszwanges, der gegen das Naturrecht verstoßen würde, auf der anderen Seite ist der Fürst nicht verpflichtet, andere Religionen oder Sekten als die wahre zu dulden⁸⁴⁾.

Wir haben es hier mit einem Zwiespalt des christlichen Naturrechts zu tun, denn die Zugehörigkeit des Untertanen zu der von der Obrigkeit als wahr gesetzten Religion qualifiziert ihn als Staatsbürger oder nicht. In diesem Sinne kann man also vom Grundsatz *cuius regio eius religio* sprechen.

Im weitesten Bereich der Politik steht dem Untertanen keine Kritik zu; ein Recht auf aktiven

83) ZEDLER, Artikel Recht eines Fürsten in Kirchensachen, Bd.30, S.1400.

84) Ibid.

Widerstand wird negiert, die Möglichkeit des passiven Widerstandes ist auf die Fälle beschränkt, wo Befehle der Obrigkeit grob gegen die Naturgesetze verstoßen⁸⁵⁾.

Höchstes Gebot für ein Volk muß es sein, sich und seinen Zustand vollkommener zu machen, d.h. den staatlichen Endzweck der gemeinen Wohlfahrt anzustreben. Die Untertanen müssen also am Staate mitarbeiten und sich nicht der Trägheit, Wollust und dem Genusse hingeeben.

Wie das Wohl des einzelnen die Voraussetzung der gemeinen Wohlfahrt ist, so braucht aber auch der einzelne den Staat, um zu seinen Zielen zu gelangen. Die Obrigkeit fordert in diesem Zusammenhang eine Reihe von Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen des Untertanen: Zunächst soll er sittlich gut sein und Treue und Gehorsam geloben⁸⁶⁾; er muß sich den Geboten und Verboten unterwerfen und bei der betreffenden Obrigkeit Recht nehmen⁸⁷⁾; er muß Steuern und Gaben entrichten, wobei allerdings in Rechnung gestellt wird, daß in

"Ansehung der verarmten Unterthanen damit solche Maß gehalten werden, daß solche wo nicht gar verschonet, wenigstens doch nicht, weder mit derer Anlegung, noch Abforderung, über die Gebühr beschweret werden"⁸⁸⁾.

85) vgl. das Kapitel über 'Das Widerstandsrecht'.

86) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2258.

87) Ibid.

88) Ibid. u. S.2262.

Der Untertan darf Vermögen erwerben und besitzen⁸⁹⁾, soll aber nicht verschwenderisch, sondern arbeitsam und sparsam sein⁹⁰⁾. Der Staat ist sogar befugt, dem einzelnen die Verwendung von dessen Vermögen zu dessen Nutzen vorzuschreiben

1. "etwas erkleckliches zu verdienen;
2. von dem Verdienten zurücklegen und sparen was nur möglich ist;
3. von dem Ersparten nichts müßig liegen lassen, sondern das Erworbene sogleich wieder als ein Erwerbungsmittel brauchen, und damit vorsichtig und klüglich werden"⁹¹⁾.

Es versteht sich dabei, daß die Untertanen ihre "saure Arbeit und Sparsamkeit nicht gänzlich bei Seite setzen, aber doch die erstere um ein Merckliches nach Proportion des Vermögens erleichtern, und die Früchte der letzteren mit Ehre und Vergnügen genießen"⁹²⁾.

Das Lexikon warnt davor, daß die Untertanen aus einer verkehrten 'Haushältigkeit' heraus in die Eitelkeit verfallen, zeitliches Vermögen oder Reichtum seiner selbst wegen als das höchste Gut dieses Lebens zu suchen. "Woraus deutlich

89) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.47, S.131o ff.

90) Ibid. S.1319.

91) Ibid.

92) Ibid. S.1322.

erhellet, daß einer der größten Hauptnarren der Welt ein Geiziger sei"⁹³⁾.

Alle diese Vorschriften und Anforderungen von seiten des Staates sind jedoch nicht als sinnlose Maßregeln zu verstehen, sie stehen vielmehr im Zusammenhang mit der gesamten Politik und erhalten dadurch ihren Sinn und ihre Berechtigung, denn die Macht der Obrigkeit besteht nicht allein im Geld, der Anzahl der Soldaten, der Gewalt Richter zu bestellen und abzusetzen bzw. 'Bedienungen' zu vergeben⁹⁴⁾, sondern in der Menge fleißiger und wohlgesitteter Untertanen⁹⁵⁾.

Bezeichnend für die Lebensanschauung jener Zeit ist der Gedanke der Nützlichkeit. Dieses Prinzip beherrscht alle Lebensbereiche, die privaten wie die staatlichen; erlaubt ist nur, was nützlich oder notwendig für den Staat ist. Wer sich in den Staat begibt, muß Verzicht leisten auf die Verfolgung von Sonderinteressen, die das Wohl des Ganzen gefährden könnten. Das staatliche Interesse steht über dem persönlichen.

Dieser Nützlichkeitsaspekt ist in Zedlers Lexikon besonders gut dort zu erkennen, wo das Lexikon sich allgemein mit den Kriterien einer vernünftigen Berufswahl beschäftigt. Wurde der Begriff

93) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.47, S.1323.
ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.210.

94) ZEDLER, Artikel Macht der Obrigkeit, Bd.19, S.90.

95) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2259 ff.

'Beruf' ursprünglich unter dem Einfluß Luthers als Qualifikation des Christen und als christlich begründetes moralisches Postulat eine den Untertanengehorsam bewirkende, erzieherische Stütze gesehen, so verblaßt gerade nach dem 30-jährigen Krieg dieser Berufsbegriff und wird neuen Verhaltensweisen und Auffassungen angepaßt. Die entsprechenden Artikel in Zedlers Lexikon spiegeln diesen Einfügevorgang im Schnittpunkt zwischen rückläufiger Orthodoxie und vorsichtig ansteigendem, pietistisch überdecktem Utilitarismus wider⁹⁶⁾.

Im Lexikon finden sich beispielsweise drei Artikel-Beruf, Vocation, Göttliche Vocation⁹⁷⁾, die an der theologischen Durchdringung des Begriffskreises nur noch mühsam und unzulänglich festhalten. Im Artikel 'Beruf' von 1733 wird zunächst eine moralische Definition gegeben: "Der Beruf ist... eine Pflicht, nach der wir etwas besonderes in der menschlichen Gesellschaft zu verrichten schuldig sind"⁹⁸⁾. Erst danach wurde in die theologisch-lutherische Tradition

96) vgl. Artikel Beruf, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.1, S.498.

97) ZEDLER, Artikel Beruff, Bd.3 (1733), S.1449 ff. Artikel Vocation, Beruff, Vocatio, frantz.vocation, Bd.50 (1756), S.17 ff. Artikel Vocation (Göttliche), Lat. vocatio divina ibd. S.32 ff.

98) ZEDLER, Artikel Beruff, Bd.3 (1733), S.1449.

eingelenkt und der Ruf Gottes dahingehend reduziert, daß alle Pflichten von Gott seien und daß es unrechtmäßige, d.h. widergöttliche Pflichten nicht geben dürfe.

Das Lexikon spricht dann vom 'unmittelbaren Beruf', der entweder 'äußerlich oder innerlich' sei. Jener scheine kaum noch real zu sein. Denn heute "möchte sich bei dem Berufe die unmittelbare Hand Gottes so deutlich nicht mehr äußern"⁹⁹⁾. Der innerliche Kampf aber sei nichts anderes als die jedem Menschen angeborene Naturanlage (diejenige Fähigkeit, welche von der Natur in uns gelegt worden). Das Lexikon betont zwar, daß "der innerliche Beruf nicht nur auf gewisse Ämter, sondern überhaupt auf die Lebensart"¹⁰⁰⁾ gehe (Gutes tun und beispielgebend wirken), aber es richtet das Hauptaugenmerk nicht wie Luther auf das Berufensein zur tätigen Nächstenliebe, sondern auf die individuelle Naturanlage, auf das Erkennen dieser Anlage und die Wahl zur individuell und öffentlich angemessenen Tätigkeit. Nicht im vorgegebenen Berufensein, sondern "gemäß den wahren Fähigkeiten"¹⁰¹⁾ das Nützlichste und

99) ZEDLER, Artikel Vocation (Göttliche), Bd.50, S.32:
der Artikel ist vor allem theologisch bestimmt. Es wird über den mittelbaren göttlichen Beruf ausführlich gehandelt, vorrangig im Hinblick auf die Kriterien, nach denen auf göttliche Legitimierung bei Berufs- oder Stellungswechsel (Station, Posten) geschlossen werden kann. Es handelt sich also um die traditionelle lutherische Zurückhaltung gegenüber Amts- und Standesmobilität ohne vocation.

100) ZEDLER, Artikel Beruff, Bd.3, S.1449.

101) Ibid. S.1450.

Glücklichste zu suchen, also Berufswahl statt Berufsergebung - darin liegt die Tendenz des Lexikons, die freilich noch nicht völlig freigegeben wird, sondern traditionell eingebunden bleibt.

In diesem Zusammenhang gehören die Forderungen, daß im öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesen die "nützlichen Wissenschaften"¹⁰²⁾ gelehrt und gefördert werden sollen, desgleichen ist von Schulfreundschaften die Rede, die dem gemeinen Wesen nützlich sind¹⁰³⁾. Unnütz wäre es dagegen eine zu "großen Aufwand an Kleidern, Wohnung, Hausrath, Gärten, Bedienten, Verschwendung und Üppigkeit"¹⁰⁴⁾ zu betreiben. Die Untertanen sind hier gehalten sich einzuschränken und sich an dem Regenten zu orientieren, der hier mit gutem Beispiel vorangeht¹⁰⁵⁾.

Die Erhebung von Steuern¹⁰⁶⁾ und die Befolgung der Gesetze ist nicht nur Ausdruck der Botmäßigkeit, sondern beide sollen die Untertanen von dem Nutzen für die Wohlfahrt des Staates überzeugen. Der Gedanke der Nützlichkeit wird dabei oft mit dem für die Aufklärung typischen Gedanken der Proportionalität¹⁰⁷⁾ in Verbindung gebracht,

102) ZEDLER, Artikel Schule, Bd.35, S.1475.

103) Ibid.

104) ZEDLER, Artikel Vermögen, Bd.47, S.1322.

105) ZEDLER, Artikel Staatsklugheit, Bd.39, S.651.

106) ZEDLER, Artikel Steuern, Bd.39, S.2052.

107) ZEDLER, Artikel Reichthum, Bd.31, S.207.

wobei eine Kongruenz der beiden Begriffe aber vermieden wird. Inwieweit eine Sache nützlich ist, wird einzig und allein dahingehend entschieden, welchen bzw. wieviel Nutzen sie dem Staat einbringt; es geht also hauptsächlich um den rein materiellen Nutzen.

Das Nützlichkeitsprinzip als beherrschendes Moment der Politik führt sicherlich dazu, daß ein gewisser staatlicher Zwang ausgeübt wird und die Freiheit des Untertanen in keine rechte Beziehung zum Staat zu bringen ist. Das Lexikon vermag diese Diskrepanz nicht auszugleichen, aber es überbaut doch beide durch ein höheres Ethos, das in mehrfachen Variationen als das staatliche Hauptgesetz für das Individuum formuliert wird:

"Thue, was die gemeine Wohlfahrt befördert und die gemeine Sicherheit erhält; hingegen unterlaß, was die gemeine Wohlfahrt hindert und der gemeinen Sicherheit zuwider ist"¹⁰⁸).

Durch seine Vernunft erkennt der Mensch als Staatszweck die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit an. Beide erhebt das Lexikon für das Individuum zu einer neuen moralischen Verpflichtung, die damit an die Stelle des Zwanges tritt. Die *salus publica* bleibt *suprema lex* und nach wie vor hat das Individuum auf einen Teil seiner Freiheit zu verzichten. Aber das Motiv, so eng es durch

108) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.540.

die Beschränkung des Staatszwecks auf Wohlfahrt und Sicherheit auch ist, wird im Sinne der Aufklärung gewandelt.

Wenn wir die Pflichten und Rechte der Untertanen abschließend und gerade im Lichte des obigen Zitats betrachten und abwägen, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß die Möglichkeiten des Untertanen sein Recht zu suchen und durchzusetzen eigentlich nur theoretisch gegeben waren. In Ermangelung einer wirksamen Zwangsfolge durch eine irdische Instanz kann das Recht der Untertanen nicht als eine juristische, sondern 'nur' als moralische Größe betrachtet werden. Es handelt sich um Ermahnungen, Klugheits- und Zweckmäßigkeitsregeln, nicht Rechtssätze, deren Erfüllung unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu verlangen oder gegebenenfalls zu erzwingen legitim wäre.

Nach der Auffassung des Lexikons ist eine echte Verbindlichkeit der rechtlichen Möglichkeiten auch gar nicht notwendig. Die Menschen lassen sich nämlich häufiger von ihrer natürlichen Einsicht als von der Kenntnis der bürgerlichen Gesetze bestimmen. Mit dieser Meinung geht das Lexikon wieder ganz konform mit Pufendorf¹⁰⁹⁾.

Der Mensch erkennt also durch die Vernunft die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit als Staatszweck

109) REIBSTEIN, Bd.II, a.a.O., S.123.

an. Hieraus erwächst eine neue moralische Verpflichtung, die damit an die Stelle des Zwangs tritt. Der Untertan muß nach wie vor auf einen Teil seiner Freiheit und Rechte verzichten, aber gerechtfertigt erscheint dies dadurch, daß der Herrscher das gemeine Beste für seine Untertanen immer vor Augen hat, d.h. "die Regierung des absoluten Herrschers wurde nunmehr von den Grundsätzen der Aufklärung beherrscht, die den Zweck des Staates im Gemeinwohl und in der Wohlfahrt der Untertanen und Bürger oder enger noch in der Aufrechterhaltung von Recht und Sicherheit innerhalb der staatlichen Gemeinschaft sah"¹¹⁰⁾.

Die Erweiterung des Freiheitsraumes für die Untertanen wurde als nicht notwendig erachtet, denn trotz Verbleibens der staatlichen Hoheitsrechte beim Fürsten, war dieser nach der Auffassung des Lexikons durch die dem Staate vorgegebenen Zwecke beschränkt.

Eine Änderung dieser Haltung erschien auch nicht notwendig, entsprach sie doch ganz dem gesellschaftlichen Zustand in Deutschland; mit einem zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Bürgertum hatte es das Lexikon noch nicht zu tun¹¹¹⁾.

110) Hermann CONRAD, Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18. Jahrhunderts, Köln u. Opladen 1961, S.14.
vgl. auch die hier unter Anmerkung 16 genannte Literatur.

111) vgl. dazu Rudolf VIERHAUS, Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat (Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte), Bd.6 (1967), S.186.

K A P I T E L VI

DER UNTERTAN IN DER BÜRGERLICHEN RECHTSORDNUNG

Die innerstaatliche Rechtsordnung¹⁾ wird nach den Ausführungen des Lexikons durch verschiedene Faktoren bestimmt. Zunächst ist das Naturrecht auch innerhalb des Staates grundsätzlich geltendes Recht und auf Grund der natürlichen Gleichheit²⁾ aller Menschen ist mit dem Übergang aus dem Naturzustand in den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein Verzicht auf natürliche Rechte nicht gegeben³⁾. Eine Einschränkung der natürlichen Freiheit kann nach dieser Auffassung nur durch staatliches Gesetz erfolgen; das Prinzip der Gesetzmäßigkeit staatlicher Gewaltausübung ist hier zugrundegelegt. Neben dieser Freiheit stehen die natürlichen und unveräußerlichen Rechte⁴⁾ der Untertanen. Sie können nicht einmal durch positive Gesetze eingeschränkt werden,

-
- 1) H.CONRAD, Individuum und Gemeinschaft in der Privatrechtsordnung des 18. und beginnenden 19.Jahrhunderts, Karlsruhe 1956, S.13 ff., S.21 ff.
 - 2) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205 ff.
 - 3) ZEDLER, Artikel Völcker-Recht, Bd.50, S.98 und S.105: "Gleichwie aber ferner im Stande der Unterthanen die äußerliche bürgerliche Gerechtigkeit die innerliche natürliche nicht verdrängen oder aufheben muß...".
 - 4) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.251. ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205.

und darüber hinaus leben die Rechte der Selbstverteidigung und Selbsthilfe unter gewissen Umständen wieder auf. Was diese naturrechtliche Sphäre anbelangt, so wird man von einer allgemeinen Rechtsfähigkeit aller Menschen sprechen können⁵⁾. Aber diese Sphäre ist nicht Teil der Privatrechtsordnung, die identisch ist mit dem positiven Recht. Sie existiert nur dort, wo die Privatrechtsordnung endet, und das ist ein sehr schmaler Bereich. Von einer allgemeinen Rechtsfähigkeit kann somit für die Privatrechtsordnung nicht die Rede sein, denn sie würde "die gleiche Fähigkeit zur Trägerschaft von Rechten und Pflichten" bei allen Menschen voraussetzen⁶⁾.

Die Befugnis des Staates, einzelnen Gruppen von Untertanen Beschränkungen in ihrer Rechtsfähigkeit aufzuerlegen, wenn auch im Interesse des Staatszwecks, wird vom Lexikon ausdrücklich

5) Insoweit ist der Auffassung von COING, Der Rechtsbegriff der menschlichen Person und die Theorien der Menschenrechte, Beiträge zur Rechtsforschung (hrsg. von E. Wolff), Sonderveröffentlichung der Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht, Berlin/Tübingen 1950, S.191 ff. zu folgen, der die Entdeckung des Begriffs der allgemeinen Rechtsfähigkeit der Naturrechtslehre des 18. Jahrhunderts unter dem Einfluß von Christian Wolff zuschreibt.

6) H.CONRAD, Individuum und Gemeinschaft, a.a.O., S.16.

bejaht⁷⁾; H.Conrad⁸⁾ hat darauf hingewiesen, daß Christian Wolff und seine Schule allen Menschen Rechtsfähigkeit, aber durchaus in verschiedener Qualität, zuerkennt. Indem das Lexikon in diesem Zusammenhang sehr oft auf Christian Wolff verweist⁹⁾, läßt sich nicht verkennen, daß in der Anerkennung einer allgemeinen Rechtsfähigkeit im Naturzustande zumindest auch ein wichtiger Keim für die spätere, unter dem Einfluß von Kant im österreichischen ABGB (§ 16) zuerst sich manifestierende bürgerliche allgemeine Rechtsfähigkeit liegt¹⁰⁾.

-
- 7) eine Einschränkung der Rechte sieht Zedlers Lexikon dann vor, wenn die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit bzw. die Beförderung der Glückseligkeit nicht gewährleistet ist (ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255). Wie sehr das Lexikon allerdings an den Ausnahmefall denkt, zeigt folgendes Zitat: "Insofern die Unterthanen nach denjenigen Rechten, deren sie sich nach den Landesgesetzen, und vermöge derer ihnen vom Alters her erteilten Privilegien mit Fug anmaßen können, betrachtet werden... so ist zwar der Klugheit so wenig als der Gerechtigkeit gemäß, treue Unterthanen in dem Genusse solcher wohl hergebrachten Rechte und Freyheiten, ohne Nothdurfft des gemeinen Besten zu kräncken" (ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255).
- 8) H.CONRAD, Individuum und Gemeinschaft..., a.a.O., S.16.
- 9) ZEDLER, Artikel Natur-Recht, Natürliche Rechtsgelahrtheit, Bd.23, S.1192 f., S.1200.
- 10) zu den naturrechtlichen Einflüssen auf das ABGB vgl. H.CONRAD, Individuum und Gemeinschaft..., a.a.O., S.21 ff.

Für die weitere Untersuchung der innerstaatlichen Rechtsordnung scheint im folgenden eine Erörterung des Begriffs der "natürlichen Freiheit" notwendig. Gerade aus dieser Sicht wird sich die Stellung der Untertanen im Staat und der zugrundegelegten Rechtsordnung am besten betrachten lassen.

Es war schon an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, daß der Begriff der natürlichen Freiheit Eingang in das Naturrecht des 17. Jahrhunderts und dessen staatstheoretische Spezialdisziplin des allgemeinen Staatsrechts (*ius publicum universale*) findet, ohne daß sich zunächst an den Definitionen Wesentliches ändert. So bedeutet "*libertas naturalis*" bei Pufendorf (1672) ...*sui iuris potestatisque, ac nullius alterius hominis potestati subiectum esse*"¹¹⁾.

Entscheidend wird jedoch, daß der Gedanke der *libertas naturalis* verbunden wird mit dem eines Naturzustandes der Menschen: *status originarius status libertatis est* (Wolff 1740)¹²⁾. *Status naturalis* und *status libertatis* erscheinen als Synonyma oder geradezu identisch. Dadurch bleibt die natürliche Freiheit statisch, einem Zustand der Vergangenheit oder einer theoretischen Konstruktion verhaftet. Darüber hinaus führt der

11) PUFENDORF, *De jure naturae et gentium*, 2,2 (Ausg. Frankfurt, Leipzig 1744). WOLFF, *Jus naturae methodo scientifica pertractatum*, Bd.1 (Halle 1749), 84, § 136.

12) Christian WOLFF, *Jus naturae...*, a.a.O., Bd.1, 88, § 145.

begriffliche Zusammenhang dazu, daß die libertas naturalis teilhat an allen negativen Eigenschaften, mit denen das Naturrecht der früheren Aufklärung den Naturzustand ausstattet. Das zeigt sich deutlich bei Thomas Hobbes¹³⁾, der von einem bellum omnium contra omnes im Naturzustand spricht und auf Grund des Mangels an Sicherheit den Menschen nichts anderes übrigbleibt, als sich aus Selbsterhaltungstrieb, Angst oder auch Vernunft in den status civilis zu begeben. Demnach besitzt die libertas naturalis keine Abwehrsubstanz, die einen prinzipiell vollkommenen Freiheitsverlust beim Übergang vom status naturalis in den status civilis verhindern könnte. Die mangelnde Widerstandskraft macht sich schon im Naturzustand bei der Frage des Verhältnisses der begrifflich noch in der natürlichen Freiheit enthaltenen persönlichen Freiheit zur Sklaverei bemerkbar. Für die meisten Naturrechtler bis in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts ist die servitus mit natürlicher Freiheit wegen der darin implizierten Vertragsfreiheit durchaus vereinbar:

"Vermöge der natürlichen Freiheit muß man einem jeden zulassen, daß er sich nach seinem Gefallen in die Knechtschaft begibt"¹⁴⁾.

13) Thomas HOBBS, Leviathan, c.31. Opera, t.3, a.a.O., S.254.

14) Christian WOLFF, Grundsätze des Natur- und Völkerrechts, (Halle 1754), § 948, 684 f.

Für die Stellung des Untertanen im Staat bedeutet die natürliche Freiheit somit keine echte Möglichkeit, um dem absoluten Herrschaftsanspruch zu begegnen. Sowohl der Begriff der natürlichen Freiheit als auch die Begründung des Staates durch den Gesellschaftsvertrag dienen zur Rechtfertigung der rechtlich schrankenlosen Herrschaft des absolutistischen Staates. Solange sich in der *libertas naturalis* keine begrifflichen Änderungen abspielen, die der natürlichen Freiheit Resistenz gegen freiheitsaufhebende Verträge verleihen, ist gerade der Vertrag im Naturrecht Einfallstor für die Unfreiheit.

Dieses Ergebnis wird bestätigt durch das Schicksal der Freiheit im Staat. Freiheit erscheint so geradezu als Qualität der Obrigkeit, Gehorsam als Pflicht der Untertanen, folglich "hat die Obrigkeit Freiheit denen Unterthanen zu befehlen, was sie thun und lassen sollen, und die Unterthanen müssen der Obrigkeit gehorchen"¹⁵⁾.

Es wäre auch der Befehl der Obrigkeit für die lange Weile, wenn die Untertanen die Freiheit behielten, zu tun und zu lassen, was sie wollten (Wolff 1721)¹⁶⁾.

15) ZEDLER, Artikel Obrigkeit (allerhöchste), Bd.25, S.247.

16) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken von dem Gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen, 4.Auflage (Frankfurt/Leipzig 1736), 459 f.

Gelegentlich wird diese Freiheit der Obrigkeit, Herrschaftsmacht auszuüben, als "libertas civilis" bezeichnet¹⁷⁾. Es muß in diesem Zusammenhang aber auch gesehen werden, daß die Abwesenheit eines Freiheitsraumes für die Untertanen in der erwähnten Starrheit sicherlich als mehr oder weniger theoretischer Ausgangspunkt gesehen werden muß. Zwar haben die Untertanen ihrer natürlichen Freiheit grundsätzlich entsagt, es besteht aber die Möglichkeit, daß die Obrigkeit ihnen einen Teil dieser Freiheit zu eigener Verfügung beläßt.

Unter diesem verbliebenen Teil der natürlichen Freiheit ist allerdings keineswegs ein rechtlich abgesicherter 'staatsfreier Raum' zu verstehen. Freiheit im Staat ist vielmehr ein faktischer Rest der natürlichen Freiheit - wie diese ohne Abwehreubstanz und in Existenz und Ausdehnung vom Willen des Herrschers abhängig. Damit wird verständlich, wenn Zedlers Lexikon nicht den Freiheitsbegriff mit einem gewissen Schutz gegen die obrigkeitlichen Eingriffe ausrüstet, sondern den umgekehrten Weg geht und der Bindung der Herrschaftsgewalt an die Vorschriften des Naturrechts¹⁸⁾ und an das Gemeinwohl als Zweck des

17) Christian WOLFF, Jus naturae, Bd.8, (Halle, Magdeburg 1748), 100 ff., §§ 145 ff.

18) ZEDLER, Artikel Natur-Recht, Natürliche Rechtsgelahrheit, Bd.23, S.1192.

Staates¹⁹⁾ das Wort redet. Diese Eingrenzung wirkt sich natürlich wieder auf den Umfang der Freiheit im Staat aus, erweist sich in der Praxis allerdings als nicht sehr wirksam. Einmal gehört die Bestimmung des Gemeinwohls im einzelnen zu den Aufgaben des Herrschers²⁰⁾. Zum anderen erstreckt sich die Verpflichtung der Untertanen zum absoluten Gehorsam auch auf Anordnungen des Herrschers, die dieser ohne Rücksicht auf eigene Bindungen trifft²¹⁾. Und schließlich können die Untertanen keine Zwangsrechte gegen den Herrscher geltend machen; seine Verpflichtung zur Beachtung der Grenze seiner Macht ist lediglich moralischer Natur.²²⁾

Bei der weiteren Betrachtung der innerstaatlichen Rechtsordnung muß dennoch gesehen werden, daß erste Ansätze für einen Wandel des Verhältnisses zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat sichtbar werden. Der frühaufklärerische Gehalt des Universallexikons verleiht der Freiheit im Staat nur Ausnahmecharakter. Sie wird vom Staat aus Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit gewährt und betrifft lediglich einen Bereich, der sich neutral zum Staatszweck verhält.

19) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146.
Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des),
Bd.23, S.1218.
Artikel Majestät, Bd.19, S.541.

20) Ibid. S.539 ff.

21) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146.

22) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.536.

Wichtig sind aber die Hinweise im Lexikon, die die Grenzen der Staatsgewalt stärker betonen. Die Obrigkeit ist selbst nicht völlig frei, weil sie durch die Absicht der 'bürgerlichen' Gesellschaft eingeschränkt wird. Umgekehrt wird die natürliche Ungebundenheit für die Untertanen nur insoweit eingeschränkt, als es der Endzweck des Ganzen verlangt²³⁾. Demnach ist es ein Mißbrauch majestätischer Kräfte, wenn der Regent die Freiheit des Untertanen da einschränken will, wo es die Absicht einer vernünftigen Regierung nicht erfordert²⁴⁾. Nicht ein bestimmter Freiheitsbegriff, sondern der Staatszweck legt die Grenze des Wirkungsraums fest, der den Untertanen zu eigenverantwortlicher Tätigkeit zusteht. Da der Staatszweck aber gewöhnlich in der *salus publica* oder der Vergrößerung der Glückseligkeit der Untertanen gesehen wird, gibt es kaum einen Bereich, in dem die Obrigkeit nicht unter Berufung auf das Ziel des Staates eingreifen kann und soll. Kennzeichnend dafür ist das Maß der 'guten Policey'. Unter diesen Bedingungen kann Freiheit nicht mit einem staatsfreien Raum identifiziert werden, sondern muß als Aufgabe des Staates und als Produkt staatlicher Tätigkeit erscheinen: der Untertan ist dann frei, er wird zum Bürger, wenn man sein Gewissen, Eigentum, Nahrung und Gewerbe nach regelmäßigen Grundsätzen lenkt²⁵⁾. Umgekehrt bleibt es bei einem

23) ZEDLER, Artikel Unterthan, Bd.49, S.2255.

24) Ibid.vgl. auch Artikel Majestät, Bd.19, S.540.

25) ZEDLER, Artikel Societät (bürgerliche), Bd.38, S.174.

Appell an die Selbstbescheidung des Herrschers, daß er seinen Befehlen und EntschlieBungen selbst Grenzen setzt²⁶⁾.

In diesem Lichte müssen die weiteren Ausführungen des Lexikons gesehen werden, wenn davon die Rede ist, daß der Mensch in der staatlichen Ordnung verschiedenartige Rechte und Pflichten hat, und daß er auf Grund gewisser Rechte, die er in der Staatsgesellschaft genießt, eine Person genannt wird. Der einzelne gilt somit allmählich als Mitglied einer vertraglich konstituierten Gesellschaft, er ist 'Mensch' und 'Untertan' zugleich und zeichnet sich durch bestimmte moralische und politisch-soziale Qualitäten aus: Rechtschaffenheit, Ehrbewußtsein, Gemeinsinn, aber auch materielle und rechtliche Selbständigkeit, Besitz bestimmter Rechte und Bereitschaft zur Mitwirkung am gemeinen Besten²⁷⁾. Der einzelne hat das Recht auf Leib und Leben, auf Ehre und Eigentum²⁸⁾. Zu den notwendigen Pflichten gehört, daß der eine die Rechte des anderen achtet. Wird eines dieser Rechte jedoch verletzt, so ist der Betroffene berechtigt und verpflichtet, die Sache vor Gericht zu bringen²⁹⁾, um entschädigt zu

26) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539/540.

27) Rudolf VIERHAUS, Politisches Bewußtsein vor 1789, in: Der Staat (Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte), 6.Bd. 1967, S.179 und 180.

28) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1205, 1217.

29) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.1442.

werden; Selbstjustiz ist nicht erlaubt. Das Recht auf Eigentum³⁰⁾ sowie das Recht auf Leib und Leben sind die höchsten Rechtsgüter der Menschen, sie werden daher durch das Recht auf Notwehr³¹⁾ geschützt. Darunter wird das jedem von Natur zustehende Recht oder die Befugnis verstanden,

"sein und anderer Leute Leib, Leben und Güter, auch mit Erlegung seines Feindes, gegen dessen Zunoͤthigung zu verteidigen und zu beschuͤtzen"³²⁾.

Hat der einzelne einen taͤtlichen Angriff auf eines dieser Rechtsguͤter zu erleiden, so "bedient er sich der obrigkeitlichen Hilfe"³³⁾, damit diese z.B. einen Dieb gefangen nimmt und "außer der Strafe zur Ersetzung des zugefuͤgten Schadens anhalt"³⁴⁾.

30) ZEDLER, Artikel Eigenthum, Bd.8, S.514. Eigentum wird nicht als eine Sache, sondern als ein Recht definiert, mit einer Sache "frey und ungehindert disponiren u. alles thun zu koͤnnen, was die Gesetze nicht ausdruͤcklich verbieten".

31) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.144o ff.

32) ZEDLER, Artikel Nothwehr, die natuͤrliche oder notwendige Gegenwehr, Bd.24, S.144o: Der Grund der Nothwehr liegt in dem goͤttlichen Gesetz, "das uns die Erhaltung des Leibes und Lebens anbefiehet... Dieses Gesetz ertheilet den Menschen unterschiedene Rechte, da͢ er sich auch der Mittel bedienen darff, wodurch der Endzweck zu erhalten, worunter auch das Recht gehoͤret, sich und das Seinige wider alle unrechtmuͤßige Gewalt zu beschuͤtzen, und denjenigen, der ihn gewaltsamer Weise angreiffet, mit Gewalt abzuhalten".

33) Ibd. S.1447.

34) Ibd.

Wenn er sich nicht sofort unter den Schutz der Obrigkeit begeben kann, so wird ihm - auch in der bürgerlichen Verfassung - das Recht auf Selbstverteidigung zuerkannt. Das Recht auf Notwehr gilt dabei so lange wie die Obrigkeit nicht schützen kann.

"In dem bürgerlichen Stande geht sie an, wenn die Gefahr augenscheinlich und so beschaffen, daß man nicht fliehen, und also die Obrigkeit nicht um Hülffe anrufen kann, folglich so lange man sich entweder mit der Flucht retten; oder andere Leute um Hülffe rufen, oder auf andere Weise aus der Gefahr kommen kann, da hören die Gerichte nicht auf, daß man sich also mit dem moderamine inculpatae tutelae nicht schützen kann... Aus diesem folgt auch, daß so bald der gleichen augenscheinliche Lebensgefahr verschwindet, auch zugleich das Recht der Nothwehr wegfalle...³⁵⁾.

Im Gegensatz zum bürgerlichen Stand wird man sich im natürlichen grundsätzlich selber helfen. Diese "gewaltsame Schutzwehr"³⁶⁾ ist dann allerdings nur bei Mord bzw. schwerem Raub zulässig. Für Regenten und Potentate gilt wiederum, daß sie niemanden um Hilfe ersuchen können, da sie auf Erden keinen Richter über sich haben³⁷⁾. Für sie

35) ZEDLER, Artikel Nothwehr, die natürliche oder notwendige Gegenwehr, Bd.24, S.1442.

36) Ibid. S.1447.

37) Ibid. S.1443.

geht daher die gewaltsame Verteidigung nicht erst an "bis die Gefahr äußerst und augenscheinlich vorhanden, sondern sobald sie nur mercken, daß sie ein anderer mit Krieg überfallen dürffte, so können sie ihm zuvorkommen, auch den Krieg solange fortsetzen, bis sie hinlängliche Satisfaktionen und genugsame Versicherung, daß er künftig ruhig sein wollte, bekommen"³⁸⁾.

Im Naturzustand sind die Grenzen der Notwehr sehr weit gesteckt³⁹⁾. Nicht nur bei gegenwärtigen, unrechtmäßigen Angriffen, sondern bereits bei Gewißheit drohender Gefahr und nach Abwehr des Angriffs bis zur Erreichung künftiger Sicherheit ist die Notwehr zulässig. Eine Proportion zwischen Schaden und Gefahr braucht nicht beachtet zu werden; gegen jeden unrechtmäßigen Angriff, sei es auch nur gegen das Eigentum, ist Tötung des Angreifers zulässig⁴⁰⁾.

Im Staat dagegen ist die gewaltsame, zur Tötung berechnete Notwehr auf gegenwärtige, gegen das

38) ZEDLER, Artikel Notwehr, die natürliche oder nothwendige Gegenwehr, Bd.24, S.1443.

39) Ibid. Das Lexikon verweist auf PUFENDORF, De jure nat. et gentium, libr.2 cap.5, § 6 ff.

40) Ibid. S.1446: "Wenn ein Dieb ergriffen wird, daß er einbricht, und wird drob geschlagen, daß er stirbt; so soll man kein Blutgericht über jenen lassen gehen... vgl. auch S.1447: Das Lexikon schränkt dies später ein; es will die Tötung des Diebes dann nur für einen Dieb während der Nacht angewandt sehen!

Leben oder ein dem Leben gleichwertiges oder unersetzliches Gut gerichtete Angriffe beschränkt, die zu einer Zeit und an einem Ort begangen werden, wo obrigkeitliche Hilfe nicht zu erlangen ist. Dabei muß die Notwehr auf die Abwehr des Angriffs beschränkt bleiben; eine Überschreitung dieser Grenze ist strafbar. Auch die Möglichkeit der Flucht macht die Notwehr unzulässig. Nur muß dies wegen der Bestürzung des Angegriffenen und der Gefährdung auf der Flucht weitherzig ausgelegt werden⁴¹⁾.

Ein dem Leben gleichwertiges Gut ist die Körperintegrität, die geschlechtliche Unversehrtheit, aber nicht die Ehre⁴²⁾. Abwehr von Beleidigungen berechtigt nicht zur Tötung, wofür aber die Obrigkeit auf Beleidigungen um so schärfere Strafen setzen muß.

Die zur Tötung berechtigende Notwehr ist durch positives Recht regelmäßig gegen Angriffe auf Sachen ausgeschlossen, obwohl sie an sich auch hierfür erlaubt werden könnte.

Schuld- und straflos sind auch im Notstand begangene Handlungen. Das Problem des Notstandes

41) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.1442 und S.1443: "Ein Mensch, der unvermuthet angefallen wird und die äußerste Lebensgefahr vor Augen hat, kommt in eine solche geschwinde Bestürzung und Verwirrung des Gemüths, daß er nicht im Stande ist, zu überlegen, was er thun müsse, entweder sein Leben retten, oder die Seele des anfallenden Feindes der ewigen Verdammniß zu entreißen".

42) Ibid. S.1448.

liegt darin, ob jemand gesetzwidrige Handlungen begehen darf, wenn er ohne seine Schuld in eine Gefahr geraten ist, aus der er sich auch auf andere Weise retten kann. Schon damals bestand die Frage, ob der Notstand ein Notrecht gewährt oder einen Entschuldigungs- oder nur Strafausschließungsgrund darstellt. Die Theorie des bloßen Strafausschlusses lehnt das Lexikon ausdrücklich mit der Begründung ab, daß die Notstandshandlung kein Verbrechen sei⁴³⁾.

Die Streitfrage, ob der Notstand ein Notrecht gibt oder ein Schuldaußschließungsgrund ist, will das Lexikon nicht entscheiden.⁴⁴⁾ Jedenfalls ist nach ihm offensichtlich, daß jenes Notrecht oder jener Entschuldigungsgrund einzig auf einer gesetzlichen Exzeption beruht: weil der Mensch unter dem Trieb der Selbsterhaltung steht, kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß ihm eine so starke Verpflichtung auferlegt ist, die die Liebe zur Lebenserhaltung überwiegen soll. Den Selbsterhaltungstrieb überwinden, gehört fast zu den unmöglichen und den die gewöhnliche menschliche Standhaftigkeit

43) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.144o.

44) Ibid. und Seite 1442: "ob man die Nothwehr wider einen, der uns anfällt, und an dem nicht mehr, als an uns gelegen, brauchen u. sich mit dessen Entleibung schützen könne? Sehen wir die Sache nach der Vernunft an; so findet sich keine Ursache warum der, so angefallen wird, lieber das Leben dessen, der ihn anfällt, als sein eigenes, sollte zu erhalten suchen".

übersteigenden Dingen. Zwar können Gott und die Obrigkeit Gebote erlassen, die so stark verpflichten, daß man lieber sein Leben lassen soll, als sie zu übertreten (z.B. die Pflicht der Soldaten), meist aber sind die natürlichen und positiven Gesetze mit Ausnahme der Gotteslästerung dahin zu verstehen, daß sie den Fall des Notstandes ausnehmen, d.h. nicht verpflichten, wenn die Verpflichtung ein Übel begleiten würde, das das Leben vernichtet oder die gewöhnliche menschliche Standhaftigkeit übersteigt.

In den Fällen höchster Not hört die Verpflichtungskraft der Gesetze auf, aber nicht aus psychologischen Gründen, etwa darum, daß sie überhaupt nicht mehr motivieren könnten, sondern aus Gründen, die im Gesetz selbst liegen. Das Lexikon geht vom Selbsterhaltungstrieb aus, aber es läßt nicht, wie später Kant, die Straflosigkeit der Notstandshandlung aus jenem Trieb heraus durch psychologische Erwägungen folgen, sondern basiert den Notstand als Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgrund nur insofern auf den Selbsterhaltungstrieb, als dieser Trieb in irgendeiner Weise vom Recht selbst berücksichtigt ist. Diese Berücksichtigung erfolgt negativ, durch ausdrückliche Abgrenzung des Rechts vom Notstand. Die Fälle der Not sind vom Gesetz ausgenommen, hier hört das Recht auf. Der Notstand ist ein außerrechtlicher

Zustand, er bildet das Loch in der Rechtsordnung⁴⁵⁾.

Voraussetzung zur Notstandshandlung ist die Gefährdung des Lebens, die Verstümmelung eines Gliedes oder einer sonstigen schweren Verwundung⁴⁶⁾. Während die bisherige Lehre, selbst Grotius, als Notstandshandlungen nur Eingriffe in fremdes Eigentum kannte, sprengt Zedlers Lexikon in Anlehnung an Pufendorf diese Fesseln und dehnt die Zulässigkeit von Notstandshandlungen auf Handlungen gegen Leib und Leben fremder Personen aus. Damit gelangte ein freier Geist in die Dogmatik des Notstandsproblems, der für die Folgezeit bestimmend geblieben ist.

Unter den Begriff des Notstandes stellt das Lexikon schließlich auch den Konflikt von Eigentum mit Eigentum. Voraussetzung für die Zulässigkeit des Eingriffs in fremde Sachen zur Erhaltung der eigenen ist, daß die eigenen Sachen

45) Dieser außerrechtliche Zustand ist nicht etwa der Naturzustand; denn obige Bestimmungen gelten ebenso für den Staat wie für den Naturzustand, der übrigens stets rechtlichen Charakter hat. Vielmehr hört im Notstand alles Recht auf, und die Entscheidung ist in die Kraft der widerstrebenden Menschen gelegt. - Dagegen operiert Grotius mit dem Naturzustand; er begründet die Rechtmäßigkeit des Notdiebstahls damit, daß in der Not die ursprüngliche Gütergemeinschaft wieder auflebe. Zedlers Lexikon widerlegt diese Begründung und zitiert PUFENDORF, 2.VI.6 und GROTIUS, De jure belli ac pacis 2.II. 6-9. (vgl. ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.1443, 1447/1448).

46) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.1444.

nicht durch eigene Schuld in Gefahr gekommen sind, daß die Gefahr nicht anders abgewendet werden kann und daß die fremden Sachen nicht von größerem Wert als die eigenen sind. Dem fremden Eigentümer ist voller Ersatz zu leisten, wenn seine Sache ohne den Eingriff erhalten geblieben wäre; wäre sie ohnehin auch mit untergegangen, so ist teilweiser Ersatz zu gewähren, wenn die eigene Sache durch die Zerstörung der fremden gerettet ist⁴⁷⁾.

Für die Person des Angreifers gibt es insofern Einschränkungen, als die Wahl der Mittel zur 'gewaltsamen Schutzwehr' nicht nur von dem Grad der Bosheit des Feindes, sondern auch von der Absicht und dem wirklich zugefügten Schaden abhängen⁴⁸⁾. Das Prinzip der Proportionalität ist damit angesprochen und kann aus dem bürgerlichen Vertrag abgeleitet werden: die Herrschergewalt des Regenten ist dadurch legitimiert, daß er den Endzweck des einzelnen innerhalb der Gemeinschaft realisiere; alle seine Handlungen müssen daher auf den Endzweck abzielen.

Dem Unterthanen werden verschiedene Rechte, die größtenteils seine Person oder sein Eigentum betreffen, zugebilligt. Er kann über diese so

47) ZEDLER, Artikel Nothwehr, Bd.24, S.1447.

48) Ibd.: "...sondern muß die Umstände, die dabey seyn können, erwegen; und seine Verteidigung nicht bloß nach der Boßheit des Feindes, sondern auch nach dem von ihm zugefügten Schaden abmessen."

weit verfügen, als sie nicht mit den Rechten seiner Mitmenschen kollidieren. Die wichtigste Art, über seine Rechte zu verfügen, ist der Abschluß von Verträgen⁴⁹⁾. Ein Vertrag wird dabei in seinem Wesen als Vergleich bezeichnet,

"kraft dessen ihrer zwey dergestalt
einig werden, daß einer dem andern
ein gewisses Recht abtrete, und sich
zu etwas gewisses verbindlich mache"⁵⁰⁾.

Der Vertragsabschluß kann dabei als

1. ein pactum expressum, ein ausdrücklicher Vergleich (durch ausdrückliche Worte) oder
2. ein pactum tacitum, ein stillschweigender Vergleich (durch bloße Handlungen) getätigt werden⁵¹⁾.

Darüber hinaus unterscheidet das Lexikon zwischen einem pactum mediatum (Vergleich durch einen Bevollmächtigten) bzw. pactum immediatum⁵²⁾.

Rechtsobjekte können alle Dinge sein, die zum "Handel und Wandel"⁵³⁾ gehören, d.h. bewegliche oder unbewegliche Güter und Dienstleistungen. Die vertragsabschließenden Parteien müssen eine

49) ZEDLER, Artikel Pact, die Handlung, ein Vertrag oder Vergleich, Bd.26, S.114.

50) Ibid.

51) Ibid. S.119.

52) Ibid.

53) Ibid. S.114.

"deutliche und wahrhaftige" Einwilligung erwägen; aller unrechtmäßiger Zwang und Betrug einer oder beider Parteien mache den Vertrag nichtig⁵⁴⁾. Niemand kann durch äußerliche Gewalt gezwungen werden, daß er etwas verspreche, und wenn er ja dazu gezwungen würde, "so ist er doch darum nicht gebunden"⁵⁵⁾.

Wer durch Mangel des Verstandes, Minderjährigkeit, Trunkenheit oder andere nicht genannte Mängel behindert ist⁵⁶⁾, kann keinen rechtsgültigen Vertrag abschließen. Die Rechtsverbindlichkeit eines Vertrages ist beendet, wenn dessen Verpflichtungen erfüllt oder erlassen werden.

Sie wird darüber hinaus aus dem göttlichen Gesetz abgeleitet:

"denn will Gott, daß man in der Gesellschaft die äußerliche Ruhe erhalten soll, so will er auch, daß man sein Versprechen halte, indem, wenn das nicht geschähe, daraus große Verwirrung und Unruhe entstehen würde, folglich, so sehr ich verbunden bin, gesellig zu leben, so sehr bin ich verpflichtet, meiner Zusage nachzuleben"⁵⁷⁾.

54) ZEDLER, Artikel Pact, Bd.26, S.116.

55) Ibid.

56) Ibid. S.115.

57) Ibid. S.120.

Sollten sich aus den Verträgen Rechtsstreitigkeiten ergeben, so müssen die staatlichen Gerichte angerufen werden, um ein Urteil zu sprechen⁵⁸⁾. Die Gerichte sind dabei gehalten, auf den "wahren Sinn"⁵⁹⁾ des Vertrages zu sehen und eine natürliche Billigkeit⁶⁰⁾ gelten zu lassen.

Ein Vergleich, der das Leben der meisten Menschen bestimmt, ist die Eheschließung. Die Ehe wird definiert als

"natürlicher Stand, in welchen zwei Personen von unterschiedenem Geschlecht miteinander treten und sich verbinden, ihre Liebe zur Vermehrung des menschlichen Geschlechts einander alleine zu widmen"⁶¹⁾.

Nach dem Ehemodell des aufgeklärten Naturrechts beginnt die Ehe nicht nur mit einem Vertrag, sondern sie ist Vertrag, nämlich Gesellschaftsvertrag mit personalen Besonderheiten, und unterliegt daher dem Vertrags- und Gesellschaftsrecht. Der Inhalt des Vertragsschlusses bestimmt die Struktur. Die ehemännliche Autorität beruht

58) ZEDLER, Artikel Pact, Bd.26, S.120. vgl. auch Artikel Gerichtsbarkeit, Bd.10, S.1112. Artikel Gerichtshalter, Bd.10, S.1116.

59) ZEDLER, Artikel Pact, Bd.26, S.120.

60) Ibid. und Artikel Billigkeit, Bd.3, S.359.

61) ZEDLER, Artikel Ehestand, Bd.8, S.359.

demnach nach vielfach akzeptierter Auffassung auf einem (stillschweigenden) Unterwerfungsvertrag⁶²⁾, ebenfalls der männliche Vorrang bei der Gewalt über die Kinder⁶³⁾.

Was nun gerade diese Auffassung und damit die Frage der Gleichberechtigung der Ehepartner bei der Erziehung der Kinder angeht, so vertritt das Lexikon hier eine unterschiedliche Meinung. Es weist zunächst darauf hin, daß in der "bürgerlichen Gesellschaft der Mann das Haupt der Familie sey und eine gewisse Herrschaft über die Frau habe, deswegen gehöre ihm auch der Vorzug in der Herrschaft über die Kinder"⁶⁴⁾.

Gleichzeitig spricht es aber von dem Ehestand als einem natürlichen Stand, von einem Stand der "allergenauesten Freundschaft der Eltern"⁶⁵⁾, in dem für die Herrschaft des Mannes über die Frau und damit auch für die Herrschaft des Mannes über die Kinder kein Vorzug möglich sein soll⁶⁶⁾.

62) THOMASIUS, Jurisprudentia divina, 3,2, §§ 103 ff. WOLFF, Jus naturae 7, §§ 488 ff.

63) So bei PUFENDORF, De jure naturae et gentium 6,2, § 5.

64) ZEDLER, Artikel Eltern, Bd.8, S.359.

65) Ibid. S.369.

66) Ibid.

Wenn die Herrschaft des Mannes über die Frau nicht dem natürlichen Stand entspricht, sondern ihren Grund in den bürgerlichen Gesetzen hat, diese aber wiederum immer an den natürlichen ausgerichtet sind, so haben wir es auch hier mit einem Widerspruch zu tun, der im Lexikon allerdings nicht weiter diskutiert wird. Eine Erklärung wird wohl dahingehend möglich sein, daß das Lexikon das christliche Naturrecht für die Bestimmung des rechtlichen Status der Ehe verläßt und sich hier auf das säkularisierte Naturrecht beruft.

Interessant bleibt dabei die Tatsache, daß Zedlers Universallexikon den Ehestand als einen Vergleich sieht, "und die Bedingungen desselben stünden in der Willkür derer diesen Vergleich eingehenden Personen"⁶⁷⁾. Die Forderung von der Ehe als (weltlichen) Vertrag kann als Forderung des absolutistischen Staates verstanden werden, seinen Machtanspruch zu realisieren, d.h. ein direktes Rechtsverhältnis zwischen Staat und Untertan zu schaffen, ohne irgendeinen dazwischen stehenden Rechts- und Machtträger zu dulden; das Individuum soll allein dem Staat gegenüberstehen.

Die vornehmsten Pflichten der Eheleute bestehen in "Erweisung einer dem Endzweck des Ehestandes gemäßen Liebe"⁶⁸⁾ und in der Zeugung der Kinder.

67) ZEDLER, Artikel Ehescheidung, Bd.8, S.351.

68) ZEDLER, Artikel Ehestand, Bd.8, S.369.

Die Auferziehung der Kinder erfordert dabei die "allergenaueste Freundschaft der Eltern"⁶⁹⁾.

Die Dauer der Ehe wird danach bestimmt, wie lange diese Pflichten erfüllt werden; diese Auslegung entspricht der Definition des Vertrages⁷⁰⁾.

Erfüllt ein Ehepartner seine Pflichten dem anderen gegenüber nicht, so fällt auch für den Partner die natürliche Verbindlichkeit weg. Wo der "Grund Freundschaft, die Gleichheit derer Gemüther sich nicht findet"⁷¹⁾, ist eine Ehescheidung möglich.

Eine Scheidung wird sogar dann befürwortet, "wenn der geschickte Ehegatte gerne Kinder haben wolle, oder sonst ohne einer tüchtigen Gefolgin nicht leben könne"⁷²⁾. Voraussetzung einer Scheidung ist hier allerdings die Zusage einer ausreichenden Versorgung für den "untüchtigen Ehegatten"⁷³⁾.

69) ZEDLER, Artikel Ehestand, Bd.8, S.369:
"Die vornehmsten Pflichten im Ehestand bestehen in Erweisung einer dem Endzweck des Ehestandes gemäßen Liebe, die Zeugung derer Kinder erwahnet einen jeden insonderheit an dasjenige zu dencken, was wir die eheliche Pflicht zu nennen pflegen..."

70) Siehe Seite 305 der vorliegenden Arbeit.

71) ZEDLER, Artikel Staatskrankheiten des Ehestandes, Bd.39, S.660.

72) ZEDLER, Artikel Ehescheidung, Bd.8, S.353.

73) Ibd.

Die Ehe wird nach dem 'Zerrüttungsprinzip' geschieden, welches auch bei uns gegenwärtig gilt. Zedlers Lexikon schließt sich dabei der Meinung von Rechtsgelehrten⁷⁴⁾ (Pufendorf, Thomasius, Hochstätter, Kayzers) an, die einem Fürsten die Aussprechung der Ehescheidung in folgenden Fällen grundsätzlich zubilligen: Bei

1. Ehebruch;
2. Nachstellung nach dem Leben;
3. beständiger Abtreibung der Frucht;
4. Ungleichheit der Gemüter, "weil es einerley sey, ob ein paar Ehegatten dem Leibe oder dem Gemüthe nach sich voneinander trennen..."⁷⁵⁾
5. Ruchlosigkeit;
6. ansteckende Seuchen und Krankheiten;
7. Unfruchtbarkeit;
8. Zank und unversöhnliche Feindschaft⁷⁶⁾.

Im Falle der Notzucht liegt für das Lexikon kein Ehebruch vor und somit kein Grund zur Ehescheidung⁷⁷⁾. Die Tugend der Frau mit Gewalt anzugreifen, ist ein größeres Verbrechen als Schmeichelei und Überredung anzuwenden. Beim Notzuchtverbrechen ist in erster Linie die Frau die Geschädigte, beim Ehebruch hingegen der Mann⁷⁸⁾.

74) ZEDLER, Artikel Ehescheidung, S.358.

75) Ibid. S.358.

76) Ibid.

77) Ibid.

78) Ibid.

Insgesamt gesehen läßt sich somit feststellen, daß gerade die im Lexikon genannten Gründe für eine Ehescheidung grundsätzlich eine Lösung der Familie aus ihrem sozialen Zusammenhang bedeuten. Mit der Erleichterung der Ehescheidung zu Beginn des 18. Jahrhunderts wird in der Tat ein häufiges Auswechseln familiärer Verbindungen ermöglicht und somit der statusbestimmende Charakter der Ehe abgebaut. Mit der Klassifizierung der Ehe als Vertrag wird nicht nur der Weg frei gemacht für ein Nebeneinander von staatlichem und kanonischem Recht, sondern die im Lexikon geschilderte Haltung paßte auch in das Programm des aufgeklärten Absolutismus, der das vom älteren Familienrecht ererbte obrigkeitliche Familienreglement im Sinne einer als staatsnützlich empfundenen Befreiung der Person von familiären Bindungen handhabte⁷⁹⁾.

Wenn wir die Hauptgedanken dieses Kapitels noch einmal zusammenfassend betrachten, so dürfte die Gesetzmäßigkeit staatlicher Gewaltausübung besonders hervorzuheben sein. Indem gerade das Recht auf Eigentum, das Recht auf Leib und Leben als höchste Rechtsgüter nach 'regelmäßigen Grundsätzen' geschützt werden, wird nicht nur eine Grenze zwischen dem Bereich

79) vgl. Artikel Familie, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, a.a.O., Bd.2, S.280 ff.

der Eigenverantwortlichkeit des Untertanen und dem Bereich staatlicher Tätigkeit gezogen, sondern es wird vor allem der Forderung nach Rechtssicherheit in dem durch Gesetze bestimmten Bereich voll Rechnung getragen. Die rechtliche Gleichstellung der Untertanen untereinander sowie die Betonung gewisser natürlicher und unveräußerlicher Rechte verleiten geradezu dazu, von einer begrifflichen Verstärkung der "bürgerlichen" Freiheit zu sprechen. Diese Schlußfolgerung kann allerdings nur andeutungsweise gezogen werden, denn die überwiegende Aussage der hier in Frage kommenden Artikel läßt eine Möglichkeit, dem absoluten Herrschaftsanspruch des Staates zu begegnen, kaum zu. Da die Tätigkeit des Gesetzgebers sich nach dem Staatszweck richtet, der Herrscher überdies 'legibus solutus' ist, kann auch indirekt der Freiheitsraum des Untertanen nicht grundlegend erweitert werden. Die Staatsverfassung ist noch auf die Autonomie des Ganzen, auf das 'interesse status publici' gegründet. Soweit auf Grund der Aussage einiger Artikel der Eindruck entstehen könnte, daß die Rechtsordnung individuellen Interessen der Untertanen Rechnung trägt, so trägt dieser Schein; die individuelle Komponente, die das Lexikon hier einbringt, dient letzteren Endes nur dem Herrschaftsanspruch des absolutistischen Fürsten, sich seine Untertanen direkt - d.h. ohne einen dazwischen liegenden Rechtskreis - untertan zu machen und zu bewahren. Wenn dieses Ziel erreicht ist, so tendiert der 'Polizeistaat' dahin, die Sphäre der spontanen Entwicklung der Individuen

auf das praktisch erreichbare Minimum herabzudrücken, das gesamte öffentliche und private Leben zu lenken und damit auch die Sorge für die bürgerliche Wohlfahrt zu übernehmen.

Etwas überspitzt formuliert könnte man sagen: der Untertan ist dort frei, wo die Gesetze regieren, und steht dort in einem absoluten Abhängigkeitsverhältnis, wo der Herrscher die Gesetze mißachtet. Die daraus notwendige Konsequenz wäre die Forderung einer Bindung des Fürsten an die eigenen Gesetze. Darin dokumentierte sich dann das Entstehen eines Gefährdungsbewußtseins gegenüber dem Staat, das auf einen Wandel des Verhältnisses zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat und damit auf tiefere Hintergründe verweisen würde.

Dieser gedankliche Schritt ist in Zedlers Lexikon noch nicht zu erkennen, er wäre einfach verfrüht. Die Eigeninitiative der Untertanen wird stattdessen weitgehend auf den wirtschaftlichen Sektor verwiesen, denn hier wäre der Nutzen für den Staat am sichtbarsten. Die Auffassung des Staates als Machtorganisation steht nach wie vor an dominierender Stelle; seine Zielsetzungen sind dem Individuum zwar nicht notwendig, aber doch potentiell zuwider. Die Tatsache, daß dem einzelnen gewisse 'Menschenrechte' zugestanden werden, spricht keineswegs dagegen: das Recht eines jeden Untertan auf einen Rechtsentscheid der Gerichte, um ein Beispiel zu nennen, ist somit zunächst kein Zugeständnis an das Individuum als Rechtssubjekt, sondern die Durchsetzung des absolutistischen Anspruchs auf das Rechts- und Herrschaftsmonopol.

K A P I T E L VII

ZUSAMMENFASSUNG

Die Auffassung von Recht, Staat und Politik
und Gesellschaft in Zedlers Lexikon

Es war die Aufgabe der vorliegenden Arbeit, die theoretischen Positionen von Recht, Staat, Politik und Gesellschaft in Zedlers Lexikon zu bestimmen. Es ist im Verlauf der vorstehenden Ausführungen deutlich geworden, daß die Auffassung des Lexikons im wesentlichen aus den Artikeln abzuleiten ist, die sich in abstrakt-theoretischer Form mit Wesen und Aufgabe des Staates beschäftigen; eine in sich geschlossene Staatslehre oder ein detaillierter Verfassungsentwurf konnte somit nicht erwartet werden.

Das Lexikon folgt in seinen Ausführungen über den Staat dem vertragstheoretischen Konzept des preußischen Naturrechts und betont, daß jedem Menschen durch Gott und Natur die Pflicht gesetzt ist, seine und der anderen Glückseligkeit zu fördern, d.h. seinen Teil zur Entwicklung der Kultur beizutragen. Dieser Verpflichtung vermag er teils aus Mangel an Einsicht, teils wegen äußerer Hemmungen in der Absonderung nicht zu genügen. Deshalb ist er gehalten, auf seine individuelle Freiheit zu verzichten, wie es der gesellschaftliche Zusammenschluß

und die Erfüllung der natürlichen Pflicht erfordert. In starker Anlehnung an Pufendorf und die Aristotelestradition hebt das Lexikon deren Auffassung hervor, daß der Mensch nur in Gesellschaft leben könne und ihm von Natur aus ein Trieb zur Gesellschaft gegeben sei. Der Verzicht der natürlichen Freiheit hat aber nur dann einen Zweck und eine Berechtigung, wenn die Gesellschaft, zu deren Gunsten er erfolgt, die Erfüllung der natürlichen Pflicht in möglichst großem Umfang gewährleistet. Hierzu ist erforderlich, daß die Gesellschaft durch Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und genügenden Schutz gegen äußere Feinde dem Individuum die außerhalb seiner Person liegenden Hemmnisse fernhält, und daß sie ferner das Individuum durch ihre Einrichtungen und Maßnahmen innerlich befähigt, vollkommener zu werden.

Nach Auffassung des Lexikons ist das Handlungsschema der Gesellschaft der Vertrag, d.h. die Vereinbarung der Individuen über gemeinsame Zwecke. Mit dieser Vorstellung geht das Universallexikon nicht nur wieder mit Pufendorf konform, sondern es findet sich auch eine Parallele zu Christian Wolff, der mit seinem Buch "Vernünfftige Gedancken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen", die aristotelische Politiktradition wiederholte, indem er sie dem naturrechtlichen Vertragsdenken anglich. Die Auffassung Wolffs "wenn Menschen miteinander eins werden, mit vereinigten Kräften ihr Bestes wo-

rinnen zu befördern, so begeben sie sich miteinander in eine Gesellschaft. Und demnach ist die Gesellschaft nichts anderes als ein Vertrag einiger Personen mit vereinigten Kräften ihr Bestes worinnen zu befördern"¹⁾ entspricht der Definition der Gesellschaft in Zedlers Lexikon, das darunter "eine würckliche Vereinbarung (also Vertrag) der Kräfte vieler zur Erlangung eines gemeinschaftlichen Zweckes"²⁾ versteht.

Der Begriff der altständisch bürgerlichen Gesellschaft hat demnach im Lexikon wie bei Wolff einen doppelten Sinn: er ist gleichbedeutend mit "Vertrag", zugleich aber mit der "Menge der Menschen selbst", die einen Vertrag, d.i. eine Gesellschaft überhaupt schließen.

Für den staats- und gesellschaftstheoretischen Zusammenhang ist von großer Bedeutung, daß das Lexikon bei dem eigentlichen Akt der Staatsgründung der naturrechtlichen Theorie eines zweifachen Gesellschaftsvertrages³⁾ folgt. Indem zwischen dem "freyen Willen... in eine Gesellschaft zu treten"⁴⁾ und einem "Pactum... zwischen Volck und der künfftigen Obrigkeit... daß jene Macht haben sollte..."⁵⁾ unterschieden

1) Christian WOLFF, Vernünfftige Gedancken von dem Gesellschaftlichen Leben der Menschen, a.a.O., 1, § 2; vgl. § 3 ff. (S.3 ff.).

2) ZEDLER, Artikel Gesellschaft, Bd.10, S.1260.

3) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.658.

4) Ibid.

5) Ibid.

wird, zeichnet sich im Lexikon eine erste Differenzierung zwischen dem bürgerlichen und politischen Status der Gesellschaft ab. "Die Dichotomie von 'politisch' und 'civil' = 'bürgerlich', bringt sprachlich zum Ausdruck, was geschichtlich Folge der Entstehung des modernen Staates ist: die Konzentration der politischen Herrschaftsgewalten in der Hand des absolutistischen Herrschers und seiner Bürokratie"⁶⁾.

Die Entstehung der *societas civilis* wird somit im Gesellschaftsvertrag mit eingebaut. Das Recht der öffentlichen Gewalt empfängt seine Legitimation nicht durch das 'natürliche Recht', sondern wie alle Herrschaftsgewalt unter den Menschen aus dem Vertrag. Entsprechend dieser aufklärerischen Theorie vom Gesellschaftsvertrag veräußern die Individuen das natürliche Recht, die Herrschaft über sich selbst, an die Gesellschaft als Ganzes, die so die Berechtigung der Herrschaft erwirbt⁷⁾.

Die so entstandene Gesellschaft bzw. der 'Staat' als Institution haben entsprechend des vertrags-theoretischen Konzepts des preußischen Naturrechts vorrangig für die Erhaltung von Ordnung

6) vgl. Artikel Gesellschaft (bürgerliche), in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.746.

7) ZEDLER, Artikel Obrigkeit, Bd.25, S.146. ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1218. vgl. auch Werner FRAUENDIENST, Christian Wolff als Staatsdenker, a.a.O., S.99 ff.

und Sicherheit Sorge zu tragen. Darin erfüllt der Staat indessen nur den mehr negativen Teil seiner Aufgabe, indem er Störungen verhindert und beseitigt. Wichtiger ist der positive Teil, nämlich die Förderung der körperlichen und geistigen Vollkommenheit der Untertanen. Die Sorge dafür ist der Obrigkeit übertragen, die ein ausreichendes Maß von Wissen und Wollen zur Bewältigung ihrer Aufgabe besitzen muß. Ob dies der Fall ist, hängt ebensosehr von der richtigen Wahl der Regierungsform wie von den persönlichen Eigenschaften der Obrigkeit ab. Es steht deshalb von vornherein nicht fest, ob der Staat seiner negativen und seiner positiven Aufgabe gerecht werden kann. Da er aber nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erfüllung der den Menschen obliegenden natürlichen Pflicht ist, so erscheint nicht der Staat schlechthin, sondern nur der gute Staat durch die Beweisführung des Lexikons gerechtfertigt. Diesem Mangel, der jeder Vertragstheorie anhaftet, setzt das Lexikon zwei Erwägungen gegenüber. Einmal sei der schlechteste Staat immer noch sehr viel besser als die Isolierung, und zweitens gebe es keine zur Vervollkommenung des Individuums geeignetere Form des Zusammenschlusses. Die vor dem Staate vorhandenen Gesellschaften vermögen das Ziel keinesfalls zu erreichen. Ein größerer Zusammenschluß hingegen wäre entweder wieder ein Staat, der trotz seines weiteren Umfangs keine vermehrte Garantie böte, oder eine Gesellschaft von Staaten, die zwar eine wertvolle Ergänzung des einzelnen Staates bildet, aber der Staatsgewalt entbehrt. Die

Individuen müssen daher die Gebundenheit im Staate auf sich nehmen, weil nur dieser ihnen, wenn auch nicht die Gewißheit, so doch die Möglichkeit bietet, ihrer natürlichen Pflicht zu genügen und dadurch glücklich zu werden⁸⁾.

Als Endzweck des Staates wird genannt, daß jeder Staat berechtigt sein muß, sich der Kräfte und Fähigkeiten jedes einzelnen wegen der "gemeinen Wohlfahrt" zu bedienen und "zuförderst für seine eigene Erhaltung, Wohlfahrt und Sicherheit zu sorgen"⁹⁾. Entsprechend der schon oft zitierten Vertragstheorie und der Realität absolutistischer Herrschaftspraxis kann festgestellt werden:

1. Der Endzweck ist ein weltlicher;
2. der Staat wird nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck betrachtet;
3. die Tatsache, daß die Sicherheit als vorrangig und die Glückseligkeit des einzelnen innerhalb des Staates als deren denkbare und zu erstrebende Konsequenz betrachtet wird, weist auf die Interpretation des Staates als eine vom Fürsten bestimmte 'Machtorganisation' hin. Es geht nicht um die Gewährung politischer Freiheit, sondern der Fürst versteht sich als Sachwalter der zum Endzweck des Staates erhobenen Kriterien.

8) Hans THIEME, Die Zeit des späten Naturrechts, ZRG (GA), 56 (1936), S.207.

9) ZEDLER, Artikel Staatsinteresse, Bd.39, S.649.

Dieser Anspruch der Sachwalterschaft schließt nach den Ausführungen des Lexikons durchaus ein, daß der bei der Entstehung des Staates zugrundegelegte Herrschaftsvertrag ein einseitiger ist. Die Individuen veräußern ihre Rechte an die Gesellschaft, empfangen aber nicht das Recht zurück, das deren Herrschaftsgewalt zu einer allgemeinen und gesetzlich notwendigen machte. Diesen Schritt vollzieht das Lexikon nicht, sondern das Recht der öffentlichen Gewalt wird noch immer nach dem "Gesetz" bemessen, wonach die Menschen durch die Zwecke ihres Lebens miteinander verbunden sind¹⁰⁾.

So ist es auch zu verstehen, wenn das Lexikon jegliche willkürliche Handlung der herrschaftlichen Obrigkeit ausschließt. Durch die Anpassung an die humanitäre Staats- und Gesellschaftstheorie der Aufklärung besteht die Hauptaufgabe darin, die Wohlfahrt des Staates und die Glückseligkeit seiner Untertanen zu fördern¹¹⁾. Die gesamte Regierungstätigkeit des Herrschers ist daran gebunden, denn die Verwirklichung der Glückseligkeit wird als Rechtsanspruch anerkannt und ist mit dem Staatszweck identisch¹²⁾. Das Glück des einzelnen und das Glück oder Wohl des Staates bedingen einander¹³⁾ und der Mensch

10) ZEDLER, Artikel Natur-Rechts (Grundsatz des), Bd.23, S.1218. ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.541: "Denn Überall wird sie (die höchste Gewalt) durch die Nothwendigkeit dessen was die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit erfordert bestimmt, und gehet demnach so weit, als die Nothwendigkeit der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit selbst".

11) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.663.

12) Ibd.

13) Ibd.

bedarf des Staates und der Gesellschaft, um sein Menschsein¹⁴⁾ verwirklichen zu können.

Das Lexikon betont immer wieder, daß die Obrigkeit den 'Nutzen' und die 'Wohlfahrt' der Untertanen im Auge hat. Die utilitaristische Deutung der Aufklärung - die Rationalisierung des herkömmlichen Eudämoniegedankens - neutralisiert den herrschaftlichen Gesichtspunkt einer noch 'unaufgeklärten' Tradition. Das "Beste" als die "Absicht" einer Vereinigung beruht auf der Wohlfahrt des Staates, die zum Hauptgesetz des "gesellschaftlichen Lebens der Menschen" erklärt wird¹⁵⁾. Mit anderen Worten: alles geschieht für den Staat, nichts durch das Volk!

In diesem Zusammenhang können wir auch die Frage beantworten, weshalb sich im deutschen Raum eine gewisse Phase lang "aufgeklärter Absolutismus" entwickeln konnte. Die Erklärung ist darin zu finden, daß die Emanzipation des Bürgertums ausgesprochen bildungsgerichtet war und daß durch den bestimmenden Einfluß der Wolffschen Schulphilosophie, d.h. die Verbindung der aristotelischen Politiktradition der altständisch bürgerlichen Gesellschaft mitdem

14) vgl. Joachim RITTER, Das bürgerliche Leben, in: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 32 (1956), S.67.

15) Manfred RIEDEL, Topologie des klassisch-politischen und des modern-naturrechtlichen Gesellschaftsbegriffs, a.a.O., S.309.

neueren Naturrecht von Grotius und Pufendorf, eine Abschwächung des aufklärerischen Selbstverständnisses zustande kam. Die daraus resultierende Sonderstellung der deutschen Aufklärung läßt auch erkennen, warum "sie sich nicht revolutionär gegen die geschichtlich vorhandene Verfassung der alten bürgerlichen Gesellschaft (*societas civilis*) richtete"¹⁶⁾, sondern, "bedingt durch die große Synthese an ihrem Beginn -, die klassisch-gelehrte Tradition und ihr Begriffsgefüge auf dem Gebiet von Staat und Politik für Deutschland in erheblichem Maße wirksam geblieben war"¹⁷⁾.

Die konkrete Frage nach der besten Staatsform wird im Lexikon nicht bloß formal entschieden, es wird vielmehr eine Sinnfrage gestellt: jede Staatsform ist gut, wenn sie am allgemeinen Wohl¹⁸⁾ orientiert ist; daß dies in einer Monarchie am wahrscheinlichsten sei¹⁹⁾, nimmt das Lexikon allerdings an. Es redet der unumschränkten, d.h. nicht ständisch begrenzten Monarchie das Wort, die wegen der Schnelligkeit und Sicherheit der Entscheidungen und ihrer Durchführung der beschränkten Monarchie auf alle Fälle vorzuziehen sei. Der Monarch müsse nur richtige aufgeklärte Begriffe (*Svarez*) haben, dann werde er auch kein Interesse zeigen, das

16) Manfred RIEDEL, Aristotelestradition am Anfang des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S.286.

17) *Ibd.*

18) ZEDLER, Artikel Staatsinteresse, Bd.39, S.649.

19) ZEDLER, Artikel Democratie, Bd.7, S.524 ff.

von dem des Volkes abweiche oder gar ihm entgegengesetzt sei. Ebenso wenig wird die Regierungstätigkeit eines Herrschers als bloße Funktion betrachtet, dem personalen Moment kommt vielmehr große Bedeutung zu; Charakter und Gesinnung des Herrschers sind Bestandteil und Inhalt seiner Regierungstätigkeit.

Der Begriff der obersten Staatsgewalt wird in Zedlers Lexikon im Sinne von Herrschaft mit Majestät wiedergegeben. Der Monarch ist Träger aller Hoheitsgewalt, als deren vornehmster Bestandteil das Gesetzgebungsrecht erscheint. Es wird nicht mehr als "Handhabung. Friedens und Recht" gesehen, sondern gilt als Instrument im Dienste des Gemeinwohls. Unter dem Einfluß von Justus Lipsius gilt die fürstliche Macht nur im Notstand der *necessitas* als *legibus solutus*, die Untertanen wiederum sind an das fürstliche Gesetz gebunden und darin liegt die prinzipielle 'Gleichheit vor dem Gesetz'. Aus der Feststellung, daß der Regent der moralischen Zustimmung der Untertanen zu seiner Gesetzgebung bedürfe²⁰⁾ und eine Orientierung der Gesetzgebung an den Fundamentalgesetzen reichsrechtlicher bzw. ständischer Tradition erfolgt, öffnet sich ein

20) ZEDLER, Artikel Staats-Recht, Bd.39, S.677.
Artikel Obrigkeit (Gewalt der),
Bd.25, S.253.
Artikel Obrigkeit (allerhöchste),
Bd.25, S.247.
vgl. auch Hans THIEME, Die Zeit des späten
Naturrechts, a.a.O., S.207 ff.

erster Weg zu größerer persönlicher Freiheit der Untertanen, nämlich die Möglichkeit, eigene Wohlfahrt nach bester Einsicht zu befördern.

Die Ausführungen des Lexikons über die Bindung des Fürsten an göttliches und natürliches Recht und die Beschränkung obrigkeitlicher Gewalt durch das Recht auf Eigentum seitens der Untertanen und Rücksichtnahme auf deren natürliche Freiheit - und dies wiederum der "Beförderung der Ruhe und äußerlichen Glückseligkeit wegen"-, sind noch ganz der aristotelisch-scholastischen Tradition des sogenannten "bene vivere" verbunden. Eine Entscheidung über Recht und Unrecht liegt beim Souverän als Sachwalter, der an sittlichen Prinzipien und am Staatszweck orientiert ist.

Das Lexikon billigt dem Herrscher eine durchaus absolutistische, d.h. an keinen Konsens gebundene Stellung zu, schwächt dies aber gleichzeitig wieder ab, wenn es von den Pflichten des Fürsten gegenüber dem Staat spricht. In Anlehnung an Pufendorf bekennt sich das Lexikon uneingeschränkt zu dem Satz: "Salus populi suprema lex esto"²¹⁾. Diese Pflicht ist jedoch nicht erzwingbar, obwohl der Fürst, wenn er seine Macht mißbraucht, das Recht verletzt; ein Recht des Widerstandes gegenüber dem Fürsten daraus ableiten zu wollen, wäre allerdings noch verfrüht.

21) PUFENDORF, De jure naturae et gentium, lib. VII, c. IX, § 3.

Diese Auffassung des Universallexikons spiegelt somit die herrschende Lehre des Naturrechts²²⁾ wider und zeigt eine deutliche Übereinstimmung mit Christian Wolff, wenn es ausführt: der Herrscher regiert löblich, wenn er das öffentliche Wohl befördert, schlecht aber, wenn er das Gegenteil tut; er ist zu guter Regierung verpflichtet²³⁾.

Wenn im Universallexikon immer wieder betont wird, daß die positiven Gesetze den natürlichen nicht widersprechen dürfen, so lehnt sich das Lexikon auch hier wieder an Pufendorf und Christian Wolff an, die beide in den positiven Gesetzen eine Konkretisierung des Naturrechts sahen²⁴⁾. Die natürlichen Gesetze sollen dem Gesetzgeber als Grundlage für sein Werk, darüber hinaus auch dem Gesetzgeber und Richter als Leitfaden zur Interpretation der bestehenden Gesetze dienen, besonders dann, wenn ein Fall eintritt, der im positiven Gesetz nicht ausdrücklich berücksichtigt ist²⁵⁾.

22) von VOLTELINI, Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts, a.a.O., S.77.

23) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.539.
ZEDLER, Artikel Obrigkeit (Gewalt der), Bd.25, S.255.
vgl. auch Christian WOLFF, Institutiones iuris naturae et gentium pars 3, sect.II, c.6, § 1075, 1078; Ius naturae pars 8, c.1, § 84 ff.

24) Artikel Gesetz, in: Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd.2, S.861.
vgl. auch Hans THIEME, Die Zeit des späten Naturrechts, a.a.O., S.226.

25) Ibd. S.228.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß bei aller Übereinkunft und Ausrichtung der positiven Gesetze am modernen Naturrecht, die Verbindlichkeit der positiven Gesetze als ein vom Herrscher willentlich gesetzter und sanktionierter Befehl aufgefaßt wird. Was Recht ist, wurde nicht mehr mit ständischem Konsens vereinbart, sondern aus fürstlichem Anspruch geboten.

Bei einer Zusammenfassung der bisher getroffenen Aussagen läßt sich folgender Sachverhalt hervorheben:

1. Der Landesherr tritt dem absolutistischen Herrschaftsanspruch entsprechend als Quelle des Gebotsrechts in den Vordergrund.
2. Die Gesetzgebungsgewalt in den Reichsterritorien ist nicht als vereinzelt Hoheitsrecht zu sehen, sondern muß als Teil der seit 1648 förmlich anerkannten, einheitlichen und ungeteilten Landeshoheit behandelt und deshalb im Zweifel mit dieser dem Landesherren allein zugestanden werden (ius territorii).
3. Der Anspruch des Lexikons, daß das Gesetz der Weg sei, auf dem der Staat unmittelbar auf seine Untertanen einwirke und jeder sein Recht ausschließlich vom Staat erhalte, muß rein theoretisch gesehen werden. Gerade der Fortbestand der grund- bzw. gutsherrlichen Verfassung, die Wahrung des patrimonialen Charakters,

den die lokale Obrigkeit des Stadtrats, des Rittergutsbesitzers und des Domänenamtmanns besaß, zeigen, daß im Lexikon der Bezug zur Verfassungswirklichkeit fehlt. Dies ist dem Einfluß der Wolffschen Schulphilosophie zuzuschreiben, die auf die Ausschaltung jeglicher Form von Volkssouveränität zielt.

4. Die besondere Ausprägung des naturrechtlichen Denkens durch Christian Wolff verhindert eine Erörterung der Gewaltenteilungslehre. Obwohl Montesquieus 'Geist der Gesetze' bereits 1753 erstmals übersetzt wurde und damit den Verfassern des Lexikons bekannt gewesen sein dürfte, findet sich im Universallexikon kein Hinweis dafür. Der englische Verfassungsgedanke war auf Grund des Einflusses der Naturrechtslehre kein Vorbild für das Lexikon. Die Aufgabe der Reichsterritorien nach dem 30-jährigen Krieg richtete sich in Theorie und Praxis viel stärker auf das Wohl der Gesamtheit als auf die Rechte der Individuen.
5. In Zedlers Lexikon lassen sich lediglich rechtsstaatliche Ansätze dahingehend erkennen, ein 'ius scriptum' zu schaffen, um den Staat in das Recht zu stellen. Auch hierbei hatte eher die deutsche naturrechtliche Auffassung als die Aufklärungsphilosophie westeuropäischer Prägung Einfluß.²⁶⁾

26) so schon von VOLTELINI, a.a.O., S.69, 71.

6. Unter dem bestimmenden Einfluß von Lipsius und mit wörtlicher Übereinstimmung Christian Wolffs, betont das Lexikon, daß alles erlaubt ist, was nützlich oder notwendig für den Staat ist:

"Thue, was die gemeine Wohlfahrt befördert und die gemeine Sicherheit erhält; hingegen unterlaß, was die gemeine Wohlfahrt hindert und der gemeinen Sicherheit zuwider ist"²⁷⁾.

Ausgehend von diesem Zitat bietet sich - zumindest in Grundzügen - eine abschließende Erörterung über die rechtliche Stellung des Untertanen bzw. über sein Verhältnis zur Gemeinschaft an. Auch hier können wir feststellen, daß die Verfasser des Lexikons rein theoretischen Erwägungen den Vorzug geben und den Bezug zur Verfassungswirklichkeit meiden. So wird die bereits erwähnte Erhaltung der gutsherrlichen Verfassung und der damit verbundene Einfluß auf die Landbevölkerung nicht erörtert, die Stellung der 'städtischen Bürger' der Landstädte mit ihrer großen Bedeutung für das wirtschaftliche Leben nur gestreift. Der Einfluß der Wolffschen Schulphilosophie läßt auch hier eine 'gesellschaftliche' Theorie als solche nicht aufkommen, stattdessen haben wir es mit rechts- und moralphilosophischen Erwägungen zu tun.

27) ZEDLER, Artikel Majestät, Bd.19, S.540.

Was die rechtliche Stellung der Untertanen angeht, so verweisen die Verfasser des Lexikons zunächst auf den Naturzustand und heben hervor, daß mit dem Übergang in den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft kein Verzicht auf die natürlichen Rechte gegeben ist. Dadurch, daß eine Einschränkung der natürlichen Freiheit nur durch staatliches Gesetz erfolgen kann, wird das Prinzip der Gesetzmäßigkeit staatlicher Gewaltausübung zugrundegelegt.

Was nun diese naturrechtliche Sphäre anbelangt, so wird man nach Auffassung des Lexikons von einer allgemeinen Rechtsfähigkeit aller Menschen sprechen können. Aber diese Sphäre ist nicht Teil der Privatrechtsordnung, die identisch ist mit dem positiven Recht. Sie existiert nur dort, wo die Privatrechtsordnung endet, und das ist ein sehr schmaler Bereich. Der Begriff der natürlichen Freiheit bedeutet somit keine echte Möglichkeit, dem absolutistischen Herrschaftsanspruch zu begegnen. Sowohl der Begriff der Freiheit als auch die Begründung des Staates durch Gesellschaftsvertrag dienen zur Rechtfertigung der rechtlich doch mehr oder weniger uneingeschränkten Sachwalterschaft des absolutistischen Staates.

Nach der Staats- und Gesellschaftstheorie des Lexikons erscheint der Mensch zwar als grundsätzlich gleich und frei, aber Gleichheit und Freiheit bleiben in den Naturzustand verbannt, werden nicht zur Forderung an den Staat. Der Bürger wird im wesentlichen nicht als Rechts-

subjekt, sondern als Objekt obrigkeitlicher Fürsorge gesehen, deren Modalitäten mit Vernunftgründen entwickelt werden. Entsprechend dem Einfluß von Christian Wolff, vor allem seiner Auffassung, daß Herrschaft das Recht beinhaltet, über die Handlungen eines anderen zu verfügen, wird die ganze Konzeption des Staatslebens vom Souverän her gesehen²⁸⁾.

Diese einseitige Interpretation des Gesellschafts- bzw. Herrschaftsvertrages zugunsten des Fürsten in der erwähnten Starrheit, dürfte in vielerlei Hinsicht jedoch auch unter dem Aspekt praktischer Reformmöglichkeiten zu sehen sein, denn das Lexikon schließt nicht aus, daß die Obrigkeit einen Teil dieser Freiheit den Untertanen zu eigener Verfügung überlassen kann. Dies zeigt sich in der Hervorhebung der materiellen Selbständigkeit des Untertanen, in der Möglichkeit, Verträge bezüglich seiner Person oder seines Eigentums abzuschließen, es zeigt sich weiterhin in der Notwehr, dem Recht auf Anrufung der Gerichte und der mehr oder weniger garantierten Gleichberechtigung der Ehepartner bei der Kindererziehung.

28) Der Begriff der Freiheit im Staat wird als Qualität der Obrigkeit betrachtet, Gehorsam ist stattdessen oberste Pflicht der Untertanen; "folglic hat die Obrigkeit Freyheit deren Unterthanen zu befehlen, was sie thun und lassen sollen, und die Unterthanen müssen der Obrigkeit gehorchen" (ZEDLER, Artikel Obrigkeit/ Gewalt der, Bd.25, S.250).

Nicht zuletzt muß in diesem Zusammenhang die Aufforderung gegenüber den 'Amtsträgern' genannt werden, einer willkürlichen Obrigkeit aktiv entgegenzutreten²⁹⁾.

Es gilt aber auch hier festzustellen, daß für Zedlers Universallexikon diese Möglichkeiten, d.h. "bürgerliche" Freiheiten noch nicht rechtlich abgesichert sind. Es handelt sich vielmehr um einen faktischen Rest der natürlichen Freiheit und diese ist in ihrer Existenz und Ausdehnung vom Willen des Herrschers abhängig.

Der Freiheitsbegriff des Lexikons ist noch nicht im späteren liberalen Sinne mit einem Schutz gegen obrigkeitliche Eingriffe ausgerüstet, sondern das Lexikon geht den umgekehrten Weg, d.h. die Herrschergewalt ist an die Vorschriften des Naturrechts und an das Gemeinwohl als Zweck des Staates gebunden. So betont das Lexikon zwar immer wieder die Verpflichtung des Fürsten zur Einhaltung des natürlichen Rechts, ein Hinweis auf dessen Einhaltung oder gar positiv-rechtliche Erweiterung wird allerdings kaum beansprucht. Der Umfang der Freiheit bleibt somit für die Untertanen sehr klein und die Verpflichtung des Herrschers als Sachwalter des gemeinen Besten zur Beachtung der Grenzen seiner Macht ist eigentlich nur moralischer Natur.

29) vgl. darüber das Kapitel 'Das Widerstandsrecht'.

Wenn wir diese Auffassung im Lexikon noch einmal überdenken, dann ist es nur allzu schlüssig, wenn bei dem angesprochenen Verhältnis von Untertan, Gemeinschaft und Staat der Schwerpunkt eindeutig bei letzterem liegt. Die Hervorhebung des gemeinschaftlichen Endzwecks, die Verwirklichung der Glückseligkeit als oberste Aufgabe jedes einzelnen im Staat, lassen eine Beurteilung des Untertanen als Individuum nur andeutungsweise zu. Indem das Lexikon die Gemeinschaft überordnet und dies aus dem Staatsvertrag ableitet, erfährt der Gemeinschaftsgedanke eine individualistische Begründung, denn die Sanktion der Einzelglieder wird damit vorausgesetzt.

Was nun das angesprochene Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat betrifft, so können wir bei aller Einseitigkeit des Pflichtenkatalogs für den Untertanen erste Ansätze für einen Wandel feststellen. Die wiederholten Hinweise auf das Ziel des 'gemeinen Besten' und damit auf die Grenzen der Staatsgewalt, zeigen doch, daß die Obrigkeit nicht völlig frei sein soll, sondern durch die Absicht der modern verstandenen bürgerlichen Gesellschaft eingeengt wird. Umgekehrt ist der Untertan nur insoweit eingeschränkt, als es der Endzweck des Ganzen verlangt. Demnach ist es ein Mißbrauch monarchischer Herrschaft, wenn die Obrigkeit die Freiheit der Untertanen da einschränken will, wo es die Absicht einer vernünftigen Regierung nicht erfordert.

Eine zusammenfassende Betrachtung über Recht, Staat, Politik und Gesellschaft verlangt noch einige Überlegungen darüber, wie die Ausführungen des Lexikons auf das Leserpublikum, auf das politische und soziale Bewußtsein der Menschen gewirkt haben mögen.

Sicherlich steht zunächst einmal u.a. die Darlegung staats- und gesellschaftspolitischer Kriterien im Vordergrund, die aber - und dies muß hervorgehoben werden - der Theorie verhaftet bleiben und den Bezug zur Verfassungswirklichkeit vermissen lassen. Darüber hinaus geht es um die Unterrichtung über neue philosophische Ideen, um die Belehrung der Gebildeten und nicht so sehr um Rüstzeug zum politischen Kampf oder umwälzende gesellschaftliche Kritik wie es z.B. in der französischen Enzyklopädie³⁰⁾ der Fall war.

Soweit der gebildete Leser kritisch, räsonierend und rezensierend an Zedlers Universallexikon herangig und es damit dem Urteil eines wirtschaftlich und sozial schwachen, durch die monarchische Herrschaft erst entwickelten Bürgertums unterwarf, so dürfte es ihm nicht schwer gefallen sein, sich mit der gemäßigten politischen Anschauung des Lexikons zu identifizieren. Wir hatten schon wiederholt darauf hingewiesen, daß gerade das Naturrecht unter dem

30) vgl. dazu Eberhard WEIS, Geschichtsschreibung & Staatsauffassung in der Französischen Enzyklopädie, a.a.O.

Einfluß von Christian Wolff das Ziel und den Zweck des Staates in Zedlers Lexikon sehr weit gesteckt hat. Indem der Staatszweck nicht nur in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit gipfelte, sondern in Anlehnung an Thomasius in der Verschaffung alles dessen, was zur Notdurft, Bequemlichkeit und Ergötzung der Untertanen dient, mit einem Worte in der Beförderung des öffentlichen Wohls oder der Glückseligkeit der Untertanen³¹⁾, erhebt das Lexikon einen Anspruch, der der bürgerlichen Elite und ihrer bildungsgerichteten Emanzipation entsprach.

Wer so dachte, konnte mit dem Staat eng verbunden sein, stand als Beamter, Offizier, Richter und Lehrer direkt in staatlichen Diensten oder hatte Stellen inne, die unter staatlichem Einfluß besetzt wurden. Meist ohne wirtschaftliche Selbständigkeit (die ja auch der Dienstadel nicht besaß und deshalb auf Einkünfte aus Amt und Beruf angewiesen) erwarteten sie in der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung soziale Sicherheit, Anerkennung und politischen Einfluß.

Darüber hinaus bewirkte die vielfältige - soziale wie ideelle - Bindung an die bestehenden staatlich-gesellschaftlichen Verhältnisse, daß die Gebildeten nicht eine revolutionäre Beseitigung

31) ZEDLER, Artikel Republick, Bd.31, S.661.
vgl. auch von VOLTELINI, a.a.O., S.98.

erstrebten, sondern an ihrer Verbesserung, ihrer evolutionären Auflockerung und Verwandlung von innen her festhielten und noch nicht gegen die Obrigkeit, sondern mit ihr, in ihrem Dienste, nicht in Opposition, sondern in 'Teilnahme' am Staat handeln wollten.

Diese Einstellung spiegelt sich schon in Zedlers Lexikon wider und sie erklärt sich aus der Wolffschen Schulphilosophie des 18. Jahrhunderts mit ihrer noch immer gegebenen Zusammengehörigkeit von Ethik und Politik, der in der Praxis des bürgerlichen Lebens das Ineinander von Moralismus und 'öffentlichem' Bewußtsein entsprach.

So sind im Lexikon noch einmal die verschiedenen Momente gegeben, die in der Politik- und Naturrechtstradition der Neuzeit die Identität von 'Staat', 'Volk' und 'bürgerliche Gesellschaft' bedingen. Daneben konnten wir allerdings die bedeutende Feststellung treffen, daß durch die im Lexikon vertretene Auffassung von der Konzentration der politischen Herrschaftsgewalt in der Hand des Fürsten die ursprünglich 'bürgerliche', d.h. selber politisch verfaßte Gesellschaft zur 'zivilen' Gesellschaft wird. Die Strukturen der alten bürgerlichen Gesellschaft kommen damit in Bewegung und ein erster Wandel zeichnet sich ab.

Wenn die Vorstellungen des Lexikons über staatliche Ordnung u.a. darin gipfeln, den Staat als

moralische Anstalt zu verstehen und 'Policey' und Erziehung zu verbessern, dann handelt es sich um Ausführungen, die den gebildeten Leser von der Identität des wohlverstandenen individuellen Interesses mit dem Gesamtinteresse überzeugen konnten.

Es ginge über den Umfang dieses Kapitels hinaus, wenn wir noch einmal die aus dem Staatszweck abgeleiteten Aufgaben der Staatsverwaltung nennen wollten. Sicherlich hat aber die Tätigkeit des Staates - so wie sie in Zedlers Universallexikon beschrieben und begründet wird - eine ausgesprochen integrierende und staatsbejahende Wirkung auf die Leser ausgeübt. Die Pflicht des Staates für die materielle Wohlfahrt, für das geistige und geistliche Wohl der Untertanen zu sorgen, die Forderung nach Ausübung von Gerechtigkeit, um somit zum Glück der Menschen beizutragen, all dies sind keine allgemein gehaltenen Betrachtungen, sondern Programmpunkte, mit denen der erhoffte Leser übereinstimmen sollte.

Wie weit die Tätigkeit der Verwaltung ihr Ziel überschritt und die Freiheit der Untertanen selbst in ihrem Privatleben auf kleinliche Art einschränkte, danach wurde in Zedlers Lexikon nicht gefragt, denn alles geschah im Namen des gemeinen Wohles. Dem kritischen Leser war es sicherlich hier überlassen, zwischen Theorie und Praxis abzuwägen, freilich muß hier in Rechnung gestellt werden, daß das Gruppen- und

Interessenbewußtsein der Gebildeten, die allein als Protagonisten hätten auftreten können, noch viel zu wenig ausgeprägt war, um gegen die bestehende Gesellschaftsordnung Front zu machen.

Die entsprechenden Artikel in Zedlers Universallexikon müssen somit in der Funktion der Stärkung des politischen Bewußtseins des spezifisch deutsch-preußischen Bürgertums gesehen werden. Sie sind ein Zeugnis dafür, daß durch Gewissensfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und durch die Lehre von der 'gemeinen Wohlfahrt' in friedlicher Weise Zustände garantiert wurden, die in Frankreich - rund 30 Jahre später - erst gewaltsam erkämpft werden mußten.

K A P I T E L VIII

BENUTZTE LITERATUR

A) Quellenverzeichnis

Zedlers "Großes vollständiges Universallexikon aller Wissenschaften und Künste", Bände 1-64 und 4 Supplementbände, Leipzig und Halle 1732 - 1754.

Folgende Artikel wurden zentral herangezogen:

Artikel	Academie,	Bd.1,	S. 241 ff.
	Accise,	Bd.1,	S. 276.
	Adel,	Bd.1,	S. 467 ff.
	Agendi potestas (Macht einen zu verklagen)	Bd.1,	S. 767.
	Alliance,		
	Allianz,	Bd.1,	S.1255.
	Amtmann,	Bd.1,	S.1814.
	Amtsasse,	Bd.1,	S.1814.
	Ansehen,	Bd.2,	S. 448 ff.
	Arbeit,	Bd.2,	S.1148 ff.
	Armuth,	Bd.2,	S.1155 ff.
Artikel	Begnadigungs-Recht,	Bd.3,	S. 922.
	Beruff,	Bd.3,	S.1449 ff.
	Billigkeit,	Bd.3,	S.1847 ff.

Artikel	Brandenburg (die	Bd.4,	S.1037 ff.
	Marggraffschafft),	Bd.4,	S.1875 ff.
	Bürger,	Bd.4,	S.1881 ff.
Artikel	Bürgschafft,	Bd.4,	S.1881 ff.
	Cameralwesen,	Bd.5,	S. 385 ff.
	Cammer-Gericht,	Bd.5,	S. 427 ff.
	Cantzeley,	Bd.5,	S. 602 ff.
Artikel	Colbert (Jo.Bapt.),	Bd.6,	S. 649 ff.
	Democratie,	Bd.7,	S. 524 ff.
	Dienstfertigkeit,	Bd.7,	S. 834 ff.
	Dienst-pflichtige	Bd.7,	S. 838 ff.
	Leute,	Bd.7,	S. 838 ff.
Artikel	Dominium, das Eigen-	Bd.7,	S.1215 ff.
	thums-Recht,	Bd.7,	S.1215 ff.
	Ehescheidung,	Bd.8,	S. 351 ff.
	Ehestand,	Bd.8,	S.359 ff.
	Eid,	Bd.8,	S. 475 ff.
	Eltern,	Bd.8,	S. 936 ff.
Artikel	Erbfolge eines	Bd.8,	S.1489 ff.
	Reichs,	Bd.8,	S.1489 ff.
	Familie,	Bd.9,	S. 205 ff.
	Feind	Bd.9,	S. 445 ff.
	Feindseligkeit im	Bd.9,	S. 451 ff.
	Krieg,	Bd.9,	S. 451 ff.
	Findungs-Recht	Bd.9,	S.941 ff.
	Freyheit,	Bd.9,	S.1870 ff.
Artikel	Friede,	Bd.9,	S.2094 ff.
	Fürstenschule,	Bd.9,	S.2267.

Artikel	Gericht,	Bd.10,	S.1110 ff.
	Gerichtsbarkeit oder Gerichte,	Bd.10,	S.1112 ff.
	Gerichtshalter,	Bd.10,	S.1116 ff.
	Geselligkeit,	Bd.10,	S.1260.
	Gesellschaft,	Bd.10,	S.1260 ff.
Artikel	Haus,	Bd.12,	S. 873 ff.
	Höflichkeit,	Bd.13,	S. 353 ff.
Artikel	Jurisdictio (Macht, Sachen zu entschei- den),	Bd.14,	S.1672.
Artikel	Kauffmannschaft oder Kauff-Handel, Handlung,	Bd.15,	S. 264 ff.
	Kinder-Zucht,	Bd.15,	S. 654 ff.
	Kirchengesetze,	Bd.15,	S. 747.
	Kirchen-Ordnung,	Bd.15,	S. 749.
	Kirchen-Recht,	Bd.15,	S. 751.
	Kleid,	Bd.15,	S. 889 ff.
	Krieg,	Bd.15,	S.1889 ff.
	Kriegs-Articel,	Bd.15,	S.1899 ff.
	Kriegs-Commissarius,	Bd.15,	S.1905 ff.
	Kriegs-Kunst,	Bd.15,	S.1914 ff.
Artikel	Land - Stand,	Bd.16,	S. 559 ff.
	Lehrer,	Bd.16,	S.1498 ff.
	Lex,	Bd.17,	S. 699 ff.
	Libertas,	Bd.17,	S. 791 ff.
Artikel	Macht der Obrigkeit,	Bd.19,	S. 90 ff.
	Machtspruch,	Bd.19,	S. 92.

Artikel	Majestät	Bd.19, S. 534 ff.
	Majestät (die eigen- thümliche),	Bd.19, S. 548.
	Majestät (die einge- schränkte),	Bd.19, S. 548.
	Majestät (die Gött- liche),	Bd.19, S. 548.
	Majestät (Unum- schränkte),	Bd.19, S. 550.
Artikel	Natur-Rechts (Grundsatz des),	Bd.23, S.1205 ff.
	Natur-Recht, Natur- liche Rechtsgelahr- heit,	Bd.23, S.1192 ff.
	Noth-Recht,	Bd.24, S.1434 ff.
	Nothwehr, die natür- liche oder notwendige Gegenwehr,	Bd.24, S.1440 ff.
Artikel	Obrigkeit,	Bd.25, S. 145 ff.
	Obrigkeit, (aller- höchste),	Bd.25, S. 247/248.
	Obrigkeit (Geist- liche),	Bd.25, S. 249.
	Obrigkeit (Gewalt der), Obrigkeitliche Gewalt,	Bd.25, S. 250 ff.
	Obrigkeit (Unter) oder Niedrige Obrig- keit,	Bd.25, S. 258 ff.
Artikel	Pact, die Handlung, ein Vertrag, oder Vergleich,	Bd.26, S. 114 ff.
	Pietisten,	Bd.28, S. 109 ff.
	Policey oder Polizey,	Bd.28, S.1503.

Artikel	Policey-Gesetze, Polizey-Gesetze, Polizei-Ordnung, Politick,	Bd.28, S.1503/1504. Bd.28, S.1526 ff.
Artikel	Rath, Rath (Commerzien), Rath der Rechtsge- lehrten, Rechtsbe- lehrung, oder Con- sult, Recht, Recht (Bürgerliches) Recht (göttliches, allgemeines) oder das allgemeine Sit- ten- und Moral- Recht, Rechtfertigung, Recht eines Fürsten in Kirchensachen, oder die Gewalt des Fürsten in der Christlichen Kirche, Recht zu reformi- ren, oder Refor- mations-Recht, Rechts-Ansprüche oder Prätensionen hoher Häupter, Regalien, Herrlich- keiten, Majestäts- rechte, kayserliche oder königliche Ho- heit u.Reservaten, die Reichs-Hoheiten, Regent, Regiment (Kirchen), Regimentsform der Kirche, Reichs-Stand, Reichs-Stände,	Bd.30, S. 926 ff. Bd.30, S. 934 ff. Bd.30, S. 962 ff. Bd.30, S.1327 ff. Bd.30, S.1338 ff. Bd.30, S.1350 ff. Bd.30, S.1383 ff. Bd.30, S.1391 ff. Bd.30, S.1418 ff. Bd.30, S.1423 ff. Bd.30, S.1706. Bd.30, S.1767 ff. Bd.30, S.1826 ff. Bd.30, S.1840 ff. Bd.31, S. 170 ff.

Artikel	Reichs-Tag, Reichs-Convent, Reichs-Versammlung, Reichs-Zusammenkunft,	Bd.31, S. 174.
	Reichthum,	Bd.31, S. 198 ff.
	Religion (Christliche),	Bd.31, S. 465 ff.
	Religions-Recht,	Bd.31, S. 520 ff.
	Republick, das gemeine Wesen,	Bd.31, S. 656 ff.
	Richter (peinlicher), Bann-Richter, Blutrichter etc.,	Bd.31, S.1376 ff.
Artikel	Schule,	Bd.35, S.1474 ff.
	Schul-Leute,	Bd.35, S.1548 ff.
	Societät (bürgerliche),	Bd.38, S. 174.
	Societät (öffentliche), oder gemeine Societät,	Bd.38, S. 180.
	Staat, Stand,	Bd.39, S. 639.
	Staat oder Etat,	Bd.39, S.639/640.
	Staat (Civil), Bürgerlicher Staat,	Bd.39, S.640.
	Staat (Kriegs) oder Militair-Staat,	Bd.39, S.640.
	Staats-Collegium, oder Staats-Rath,	Bd.39, S.647.
	Staats-Eigenthum, Dominium eminens,	Bd.39, S.647.
	Staats-Geschichte, Staats-Historie,	Bd.39, S.648.
	Staats-Interesse, oder Staats-Absichten,	Bd.39, S.649/650.
	Staats-Klugheit,	Bd.39, S.650 ff.
	Staats-Kranckheiten, Staats-Bedürfnisse, Staats-Beschwerden, Staats-Gebrechen, Staats-Mängel, Staats-schäden, Staats-Uebel,	Bd.39, S. 653 ff.

Artikel	Staats-Raison,	Bd.39,	S. 672 ff.
	Staats-Recht, oder		
	Reichs-Recht,	Bd.39,	S.676/677.
	Staats-Recht (allgemeines),	Bd.39,	S.677/678.
	Staats-Recht (besonderes),	Bd.39,	S. 678.
	Staats-Recht (Deutsches),		
	Teutsches oder Römisch-Deutsches Staats-Recht, oder auch Staats-Recht des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation,	Bd.39,	S. 679 ff.
	Stadt-Rath,	Bd.39,	S. 819.
	Stand, Zustand, Stand der Menschen oder Personen,	Bd.39,	S.1093 ff.
	Steuern,	Bd.39,	S.2052.
Artikel	Straffe, Strafe, Züchtigung, Bestrafung	Bd.40,	S. 499 ff.
	Straffe (peinliche),	Bd.40,	S. 585 ff.
	Tyrann,	Bd.45,	S.2193 ff.
	Tyranney, Tiranney,	Bd.45,	S.2202.
Artikel	Universität, Academie, Hohe Schule,	Bd.49,	S.1771 ff.
	Unterthan, Unterthanen,	Bd.49,	S.2253 ff.
	Unterthanen (ungehorsame),	Bd.49,	S.2285 ff.
Artikel	Vocation, Beruff,	Bd.50,	S. 17 ff.
	Vocation (Göttliche),	Bd.50,	S. 32 ff.
	Völker-Recht,	Bd.50,	S. 98 ff.
	Volck,	Bd.50,	S. 362 ff.
	Volck (ein freyes),	Bd.50,	S. 378 ff.
	Vermögen,	Bd.47,	S.1310 ff.

Artikel	Wille des Menschen,	Bd.57,	S. 59 ff.
	Willens (Freyheit des),	Bd.57,	S. 131 ff.
	Wirthschafft,	Bd.57,	S.113o ff.
	Wolf,Christian,	Bd.58,	S. 549 ff.
	Wolfische Philosophie,	Bd.58,	S. 883 ff.
Artikel	Zedler (Joh.Heinrich),	Bd.61,	S. 309 ff.
	Zoll-Freyheit,	Bd.63,	S. 243 ff.
	Zoll-Recht, oder		
	Zoll-Gerechtigkeit,	Bd.63,	S. 338 ff.

B) Sekundärliteratur:

- ACTA BORUSSICA, Behördenorganisation. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert. Bd. 2, Berlin 1898.
- AMBROS, Dankmar: Gesellschaft. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 4, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1965, S. 427-433.
- ANGERMANN, Erich: Das Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft im Denken des 18. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Politik, N.F. 10 (1953), S. 89-101.
- BADER, Karl Siegfried: Volk, Stamm, Territorium, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter (Wege der Forschung II), Darmstadt 1956, S. 243-283.
- BLÜHM, Elger: Johann Heinrich Zedler und sein Lexikon, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. VII, Würzburg 1962, S. 184-200.
- BRUNNER, Otto: Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter. Wien/Wiesbaden 4 1959.
- DERSELBE: Die Freiheitsrechte in der altständischen Gesellschaft, in: Aus Verfassungs- und Landesgeschichte (Festschrift für Th. Mayer), Bd. 1, Lindau/Konstanz 1954, S. 293-303.
- DERSELBE: Das 'Ganze Haus' und die alteuropäische 'Ökonomik', in: Otto Brunner, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968, S. 103-127.

- COING, Helmut: Der Rechtsbegriff der menschlichen Person und die Theorien der Menschenrechte. Beiträge zur Rechtsforschung (hg. von Ernst Wolff), Sonderveröffentlichung der Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht, Berlin/Tübingen 1950, S.191-218.
- CONZE, Werner: Nation und Gesellschaft. Zwei Grundbegriffe der Revolutionären Epoche, in: HZ 198 (1964), S.1-16.
- CONRAD, Hermann: Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18.Jahrhunderts, Köln u.Opladen 1961.
- DERSELBE: Individuum und Gemeinschaft in der Privatrechtsordnung des 18. und beginnenden 19.Jahrhunderts (Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe. Schriftenreihe, Heft 18), Karlsruhe 1956.
- CONRAD, Hermann, KLEINHEYER, Gerd (Hg): Vorträge über Recht und Staat von Carl Gottlieb Svarez (1746-1798), Köln u. Opladen 1960.
- EBEL, Wilhelm: Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland, Göttingen 2 1958.
- EHMKE, Horst: Staat und Gesellschaft als verfassungstheoretisches Problem, in: Staatsverfassung und Kirchenordnung (Festgabe für Rudolf Smend), Tübingen 1962, S.23-44.

- ENGEL, Josef: Der Wandel in der Bedeutung des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWU Jhrg.8 (1968), S.468-485.
- ERLE, Manfred: Die Ehe im Naturrecht des 17. Jahrhunderts (jur.Diss.), Göttingen 1952.
- ESCHENBURG, Johann: Lehrbuch der Wissenschaftskunde. Ein Grundriß encyklopädischer Vorlesungen, Berlin/Stettin 2 1800.
- FRAUENDIENST, Werner: Christian Wolff als Staatsdenker (Historische Studien, Heft 171), Berlin 1958.
- FUNKE, Hermann: Die Lehre vom Fürsten bei Samuel Pufendorf (phil. Diss.), Berlin 1930.
- GERHARD, Dietrich: Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema europäischer Geschichte, in: HZ 174 (1952), S.307-337.
- GESCHICHTLICHE
GRUNDBEGRIFFE: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (Hg. O.Brunner, W.Conze, R.Kosellek), Bd.1, Stuttgart 1972, Bd.2, Stuttgart 1975.
- GIERKE, Otto von: Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, Aalen ⁵ 1958.
- DERSELBE: Das deutsche Genossenschaftsrecht (unveränderter Nachdruck der 1.Ausgabe), Bd.3, Darmstadt 1954.

- HANTSCH, Hugo: Absolutismus, in: Staatslexikon (hg. von der Görres-Gesellschaft), Bd.1, Freiburg im Breisgau 1957, Sp.31-35.
- HARTUNG, Fritz: Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15.Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 9 1969.
- DERSELBE: Der aufgeklärte Absolutismus, in: HZ 180 (1955), S.15-42.
- DERSELBE: Herrschaftsverträge und ständischer Dualismus in deutschen Territorien, in: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, 10 (1952), S.163-177.
- HAUSHERR, Hans: Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19.Jahrhunderts, Berlin 1953.
- HECKEL, Martin: Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: ZRG (KA) 73 (1956), S.117-247 und 74 (1957), S.202-308.
- HEYLAND, Carl: Das Widerstandsrecht des Volkes (gegen verfassungswillige Ausübung der Staatsgewalt im neuen dtsh. Verfassungsrecht), Tübingen 1950.
- HINRICHS, Carl: Pietismus und Militarismus im alten Preußen, in: Archiv für Reformationsgeschichte, 49 (1958), S.270-322.

- HINRICHS, Carl: Der hallische Pietismus als politische und soziale Reformbewegung des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 2 (1953), S.177-189.
- HINTZE, Otto: Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg zu Beginn des 17.Jahrhunderts, in: HZ 144 (1931), S.229-286.
- DERSELBE: Staatsverfassung und Heeresverfassung (1906), in: Staat und Verfassung, Gesammelte Abhandlungen, Bd.1, Hg. G.Oestreich, Berlin 1962, S.52-83.
- DERSELBE: Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte (1910), in: Staat und Verfassung, Gesammelte Abhandlungen, Bd.1, Hg.G. Oestreich, Berlin 1962, S.242-274.
- HOBBS, Thomas: Leviathan (edit.by Oakeshott), Oxford 1965.
- HÜSS, Irmgard: Die konfessionale Lage in Brandenburg-Preußen und Österreichs des Absolutismus, in: GWU 15 (1964), S.616-626.
- JUNTKE, Fritz: Johann Heinrich Zedlers großes vollständiges Universallexikon. Ein Beitrag zur Geschichte des Nachdrucks in Mitteldeutschland, in: Fritz Juntke zu seinem 70.Geburtstag am 3.Sept.1956. - Halle/Saale 1956 (Schriften zum Bibliotheks- u. Bücherwesen in Sachsen-Anhalt. 15/16).

- KERN, Fritz: Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter (zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie), Darmstadt 1954.
- KIRCHHOFF, Albrecht: Lesefrüchte aus den Acten des städtischen Archivs zu Leipzig. 5: Klagen und Mißstände im Anfang des 18. Jahrhunderts, in: Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels, Jhrg.15 (1892), S.73-102.
- KLEINHEYER, Gerd: Staat und Bürger im Recht (Die Vorträge des Carl Gottlieb Svarez vor dem preußischen Kronprinzen, 1791-92), in: Bonner Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd.47, Bonn 1959.
- KOSSMANN, Bernhard: Deutsche Universallexika des 18. Jahrhunderts (Ihr Wesen und ihr Informationswert, dargestellt am Beispiel der Werke von Jablonski und Zedler), in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 24 (1968), S.2952-2966.
- KÜNTZEL, Georg,
HASS, Martin: Die politischen Testamente der Hohenzollern nebst ergänzenden Aktenstücken. Bd.I, Die politischen Testamente des Großen Kurfürsten, Friedrich II/I und Friedrich Wilhelm I, Leipzig/Berlin 1919.
- LEHMANN, Ernst Herbert: Geschichte des Konversationslexikons, Leipzig 1934.

LUDEWIG, Johann
Peter von:

Gelehrte Anzeigen in
alle Wissenschaften, so
wol geistlicher als welt-
licher, alter und neuer
Sachen, welche vormals
denen Wöchentlichen Hal-
lischen Anzeigen einver-
leibet worden. Halle 1743.

MAIER, Hans:

Die ältere deutsche Staats-
und Verwaltungslehre
(Polizeiwissenschaft),
Neuwied a.Rhein/Berlin 1966.

DERSELBE:

Die Lehre der Politik an
den älteren deutschen Uni-
versitäten, in: Politische
Wissenschaft in Deutsch-
land (Aufsätze zur Lehr-
tradition und Bildungs-
praxis), München 1969,
S.15-52.

DERSELBE:

Ältere deutsche Staatslehre
und westliche politische
Tradition, in: Politische
Wissenschaft in Deutsch-
land (Aufsätze zur Lehr-
tradition und Bildungs-
praxis), München 1969,
S.133-152.

MERK, Walter:

Der Gedanke des gemeinen
Besten in der deutschen
Staats- und Rechtsentwick-
lung, in: Festschrift für
A.Schultze, Weimar 1934,
S.451-520.

MEUSEL, Johann:

Lexikon der vom Jahr 1750
bis 1800 verstorbenen
deutschen Schriftsteller.
Bd.8, Leipzig 1808. Bd.11,
Leipzig 1811.

MEYERS enzyklopädisches Lexikon, Mannheim/Wien/Zürich
1971 ff.

- MITTEIS, Heinrich: Land und Herrschaft. Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch O.Brunners, in: HZ 163 (1941), S.255-281 und S.471-489.
- NIELSEN, Axel: Die Entstehung der deutschen Kameralwissenschaft im 17.Jahrhundert, Jena 1911.
- OESTREICH, Gerhard: Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, Berlin 1969.
- DERSELBE: Calvinismus, Neustoizismus und Preußentum, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 5 (1956), S.157-181.
- DERSELBE: Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates, in: HZ 181 (1956), S.31-78.
- DERSELBE: Römischer Stoizismus und organische Heeresform, in: HZ 176 (1953), S.17-43.
- PETERSEN, Peter: Geschichte der aristotelischen Philosophie im protestantischen Deutschland, Stuttgart-Bad Cannstadt 1964 (Nachdruck der Ausgabe Leipzig.1921).
- PFISTER, Bernhard, HILDMANN, G.(Hg.): Widerstand und Grenzen der Staatsgewalt, Berlin 1956.
- PUFENDORF, Samuel: De jure naturae et gentium, Frankfurt 1967 (Nachdruck der Ausgabe Frankfurt/Leipzig 1759).
- RAUMER, Kurt von: Absoluter Staat, Korporative Libertät, persönliche Freiheit, in: HZ 183 (1957), S.55-96.

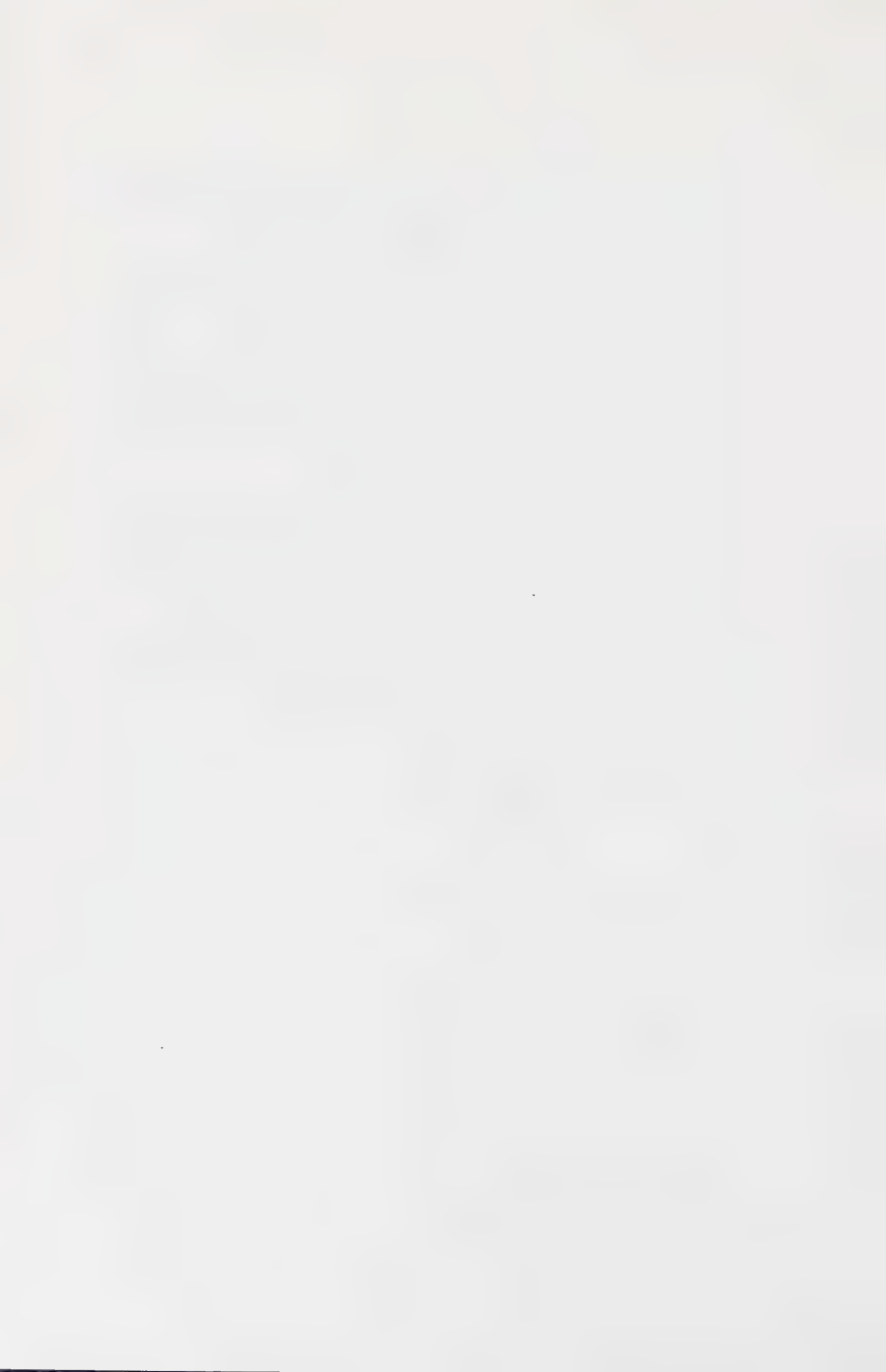
- RAUMER, Kurt von: Ewiger Frieden, Friedens-
rufe und Friedenspläne
seit der Renaissance,
Freiburg/München 1953.
- REIBSTEIN, Ernst: Volkssouveränität und
Freiheitsrechte, Texte
und Studien zur Politischen
Theorie des 14.-18.Jahr-
hunderts (hg.von C.D.Schott),
Bd.1 und Bd.2, München 1972.
- DERSELBE: Völkerrecht, eine Geschichte
seiner Ideen in Lehre und
Praxis. Bd.1, von der An-
tike bis zur Aufklärung,
Freiburg/München 1959.
- RIEDEL, Manfred: Aristotelestradition am
Ausgang des 18.Jahrhunderts.
Zur ersten deutschen Über-
setzung der Politik durch
Joh.Georg Schlosser, in:
Alteuropa und die moderne
Gesellschaft, Festschrift
für Otto Brunner, Göttingen
1963, S.278-315.
- DERSELBE: Zur Topologie des klas-
sisch-politischen und des
modern-naturrechtlichen
Gesellschaftsbegriffs, in:
Archiv für Rechts- u.
Sozialphilosophie, 51
(1965), S.291-316.
- RITTER, Joachim (Hg.): Historisches Wörterbuch
der Philosophie, Bd.3,
Darmstadt 1974.
- DERSELBE: Zur Grundlegung der prak-
tischen Philosophie bei
Aristoteles, in: Archiv
für Rechts- und Sozial-
philosophie, 45 (1960), S.
179-199.

- RITTER, Joachim: Das bürgerliche Leben, in: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 32 (1956), S.60-94.
- ROSCHER, Wilhelm: Geschichte der Nationalökonomie, München 1924.
- RUMPEL, Hubert: Das Staatskirchentum des Absolutismus und die Französische Revolution, in: Staat und Kirche im Wandel der Jahrhunderte (Hg.W.P.Fuchs), Stuttgart 1966, S.130-145.
- SCHOTTENLOHER, Karl: Die Widmungsvorrede im Buch des 16. Jahrhunderts, Münster 1953 (Reformationsgeschichtliche Studien und Quellen, 76/77).
- SHORR, Philip: Science and superstition in the 18th century. A study of the treatment of science in two encyclopedias of 1725-1750, Chambers' Cyclopedia, Zedlers Universal Lexicon (Phil. Diss.), New York 1932.
- THIEME, Hans: Die Zeit des späten Naturrechts, in: ZRG (GA) 56 (1936), S.202-263.
- THOMASIIUS, Christian: Fundamenta Juris Naturae et Gentium, Aalen 1963 (Ndr. der 4. Auflage 1718).
- TREUE, Wilhelm: Das Verhältnis von Fürst, Staat und Unternehmer in der Zeit des Merkantilismus, in: VSWG 40 (1957), S.26-56.
- TROELTSCH, Ernst: Das stoisch-christliche Naturrecht und das moderne profane Naturrecht, in: HZ 106 (1911), S.237-267.

- VATTEL, Emer de: Das Völkerrecht oder die Grundsätze des Naturrechts, angewandt auf das Verhalten und die Angelegenheiten der Staaten und Staatsoberhäupter 1758. (Die Klassiker des Völkerrechts, (hg. von W.Schätzel, Bd.III), Tübingen 1959.
- VERZEICHNIS der in deutscher Sprache verfaßten Real-Wörterbücher über Wissenschaften und Künste, in: Journal von und für Deutschland, 8 (1791), S.1049-1061.
- VIERHAUS, Rudolf: Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat (Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte), 6 (1967), S. 175-196.
- DERSELBE: Montesquieu in Deutschland. Zur Geschichte seiner Wirkung als politischer Schriftsteller im 18.Jahrhundert, in: Collegium Philosophicum; Studien, Joachim Ritter zum 60.Geburtstag, Basel/Stuttgart 1965, S.403-437.
- DERSELBE: Ständewesen und Staatsverwaltung in Deutschland im späten 18.Jahrhundert, in: Dauer und Wandel der Geschichte (Aspekte Europäischer Vergangenheit), Festgabe für Kurt von Raumer zum 15.Dez. 1965, Münster 1966, S.337-360.
- VOLLMER, Ferdinand: Die preußische Volksschulpolitik unter Friedrich dem Großen (Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd.56), Berlin 1918.

- VOLTELINI, Hans, von: Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts, in: HZ 105 (1910), S.65-104.
- WAGNER, Fritz: Friedrich Wilhelm I. Tradition und Persönlichkeit, in: HZ 181 (1956), S.79-95.
- WALDER, Ernst: Aufgeklärter Absolutismus und Staat (zum Staatsbegriff der aufgeklärten Despoten), in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, 15 (1957), S.156-172.
- WEIS, Eberhard: Geschichtsschreibung und Staatsauffassung in der Französischen Enzyklopädie (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd.14), Wiesbaden 1956.
- WELZEL, Hans: Die Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts, Berlin 1958.
- WOLF, Erik: Große Rechtsdenker der deutschen Geistesgeschichte, Tübingen ³ 1951.
- DERSELBE: Grotius, Pufendorf, Thomasius. Drei Kapitel zur Gestaltgeschichte der Rechtswissenschaft. Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte. 11, Tübingen 1927.
- WOLFF, Christian: Vernünftige Gedanken von dem Gesellschaftlichen Leben der Menschen und insbesondere dem gemeinen Wesen. 4.Auflage, Frankfurt/Leipzig 1736.

- WOLFF, Christian: Jus naturae methodo scientifica pertractatum, Bd.1, Halle 1749.
- DERSELBE: Grundsätze des Natur- und Völkerrechts, Halle 1754.
- WOLZENDORFF, Kurt: Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt, Breslau 1916.
- WUNDT, Max: Die deutsche Schulphilosophie im Zeitalter der Aufklärung (Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd.32), Tübingen 1945.
- ZISCHKA, Gert: Index lexikorum. Bibliographie der lexikalischen Nachschlagewerke, Wien 1959.



Dietrich Fuhrmann
8721 Oberwerrn
Quellenweg 3

L E B E N S L A U F

Geburtsdatum/-ort:	7. 6. 1939 in Brieg/ Schlesien
Vater:	Gerhard Fuhrmann, geb. 20. 8. 1913 in Bad Salzbrunn, Verkehrs- direktor
Mutter:	Johanna Fuhrmann, geb. Launer, geb. 28. 6. 1913
Zahl der Geschwister:	eins
Konfession:	evangelisch-lutherisch
Schulbildung:	Volksschule 1946 - 1952 Oberschule 1952 - 1959
Bundeswehr:	Wehrdienst von 1959-1961
Studium:	Beginn: SS 1961 Ende: SS 1967 Fächerverbindung: Geschichte, Englisch, Sozialkunde Examen: Erstes Staats- examen für das Lehramt an Gymnasien in Geschichte und Englisch an der Uni- versität Erlangen im Herbst 1967;

Erweiterungsprüfung
im Fach Sozialkunde
im Juni 1969

Promotion: seit 1973

Akademische Lehrer:
Berve, Borst, Ernst-
berger, Lades, Ruff-
mann, Fuchs, Rumpel,
Pfeiffer, Kluxen, Bes-
son, Jasper, Stanzel,
Matthes, Wolff.

verheiratet:

seit 1968

